

Dr. Karl Polanyi: Der Bericht der Kohlen-Kommission.

Die Empfehlungen der Samuel-Kommission sowie einige ihrer wichtigsten Feststellungen sind aus dem am 11. März veröffentlichten Auszug der „Times“ bereits bekannt. Aber der soeben in Buchform erschienene Bericht*) selbst enthält noch viel Bemerkenswertes. Manche aus den Diskussionen der jüngsten Zeit geläufige Gesichtspunkte erhalten erst durch ihn einen ziffernmäßigen Inhalt, manche freilich auch ihre autoritative Widerlegung.

Vielleicht die wichtigste Feststellung des Berichtes von allgemeiner Bedeutung ist, daß „die schwere Krise, die Ende 1920 die britische Schwerindustrie heimgesucht hat, seither ständig auf der Lauer war, auch über die Kohlenindustrie hereinzubringen, was nur infolge einer Reihe rein zufälliger Umstände aufgeschoben wurde“. Wäre also der englische Kohlenstreik von 1921, der amerikanische Anthrazitstreik von 1922 und nachher die Ruhrbesetzung in 1923 nicht dazwischengekommen, „so hätte die englische Kohlenindustrie schon vor vier Jahren in jene Schwierigkeiten geraten müssen, mit denen sie jetzt zu kämpfen hat“.

Bei der Darstellung dieser Schwierigkeiten geht nun der Bericht von einer Analyse des Kohlenbedarfes aus, und zwar auf Grund folgender Zahlen, die die Krise der englischen Kohlenindustrie in der Tat auf ihre kürzeste Formel bringen:

	1909—1913 in Millionen Tonnen**)	1921	1925
Kohlenproduktion	269.59	267.12	242.42
Kohlenexport	86.37	81.75	68.97
Inlandsverbrauch	181.22	185.37	175.45

Der Inlandsverbrauch ist demnach nur unwesentlich gesunken; der Sitz der Krise ist im Export zu suchen.

Trotzdem ist ein Vergleich der Zusammensetzung des Inlandsverbrauches in 1924 mit der der Friedenszeit von allgemeinerem Interesse; betrifft doch die Analyse des englischen Inlandsverbrauches zumeist einzelne Konsumfaktoren, deren Entwicklungsproblematik nicht nur für England aktuell ist.

Diese sind:

a) Die Elektrizität. Obwohl der Kohlenverbrauch je Kilowattstunde gefallen ist (seit 1918 gegen 1925 von 3.47 englischen Gewichtspfund auf 2.53), ist der Kohlenbedarf der Elektrizitätswerke seit 1913 von 4.9 Millionen Tonnen auf 7.75 Millionen Tonnen gestiegen. In den nächsten 15 Jahren (Baldwinsche Elektrizitätsgesetze usw.) ist eine weitere Steigerung dieser Verbrauchsmengen auf mehr als das Doppelte zu erwarten. Dabei dürfte ein Rückgang des Kohlenbedarfes als Folge der beginnenden Elektrifizierung der Eisenbahnhauptlinien wenigstens in den nächsten zehn Jahren noch nicht fühlbar werden. Auch von der Elektrifizierung der Lokalstrecken wird eine solche Wirkung in erheblichem Maße vorerst nicht befürchtet, da diese Elektrifizierungen fast ausnahmslos erfolgen, um den Umfang des Verkehrs (um 50 bis 100%) zu erweitern.

*) Report of the Royal Commission on the Coal Industry (1925) with Minutes of Evidence & Appendices, Vol. I: Report, London 1926, 294 S.

***) Gemeint sind stets englische Tonnen à 20 cwt = 2240 engl. Pfund = 1016 kg.

Die Ausbeutung der Wasserkräfte kommt für England auch in Hinkunft kaum in Betracht. Die Severn-Stauung dürfte, wenn sie fertig wird, etwa eine Million Tonnen an Kohle ersparen. Andere Wasserkräfte sind jedoch so gut wie nicht vorhanden.

b) Eisenindustrie. Von 21.2 Millionen in 1923 ist der Kohlenverbrauch der Roheisenerzeugung auf 14.04 Millionen Tonnen in 1924 gesunken. Und in 1925 verbrauchte die Eisen- und Stahlindustrie zusammen nur 22 Millionen Tonnen bei einem errechneten Verbrauch von 37 Millionen Tonnen bei Vollbetrieb. Mit Recht stellt der Bericht fest: „Nur von der Belegung der Schwerindustrie könnte die Kohlenindustrie eine beträchtlichere Steigerung des Inlandsbedarfes erhoffen.“

c) Gaserzeugung. Trotz der großen Steigerung im Gasverbrauch ist der Kohlenverbrauch der Gasindustrie infolge technischer Verbesserungen stetig geblieben.

d) Hausbrand. Wiewohl die Bevölkerung seit 1913 um drei Millionen gewachsen ist, bleibt sich auch der Kohlenverbrauch der Haushaltungen gleich. Auch in Hinkunft habe man damit zu rechnen, daß die Spargewohnheiten, Zentralheizung, Gaskochen usw. den Bevölkerungszuwachs ungefähr aufwiegen.

e) Bergwerke. Der Kohlenverbrauch der Bergwerke selbst zeigt eine erfreuliche, wenn auch nicht bedeutende Abnahme.

f) Allgemeiner industrieller Bedarf. Von den hier besonders in der Heizungstechnik noch zu erwartenden weiteren Fortschritten befürchtet man dennoch keinen Rückgang des Kohlenbedarfes; vielmehr glaubt man, daß die durch solche Verbesserungen ermöglichte Ausdehnung der Produktion eher zu einer gesteigerten Kohlennachfrage führen dürfte.

Den Übergang vom Inlandsverbrauch zum Export bildet der Bedarf an Bunkerkohle:

Fast so schwer wie in der Roheisenindustrie liegt die Nachfrage in der englischen Schifffahrtsindustrie darnieder. Vor dem Krieg sind jährlich 19.6 Millionen Tonnen als Bunkerkohle verschifft worden, gegen 17.5 Millionen in 1924 und 16.2 in 1925. Dieser schwere Rückgang, meint der Bericht, sei zum Teil dem allgemeinen Rückgang der Kohlenexporte (da auf jede Million exportierter Kohle etwa 270.000 Tonnen Bunkerkohle zur Verfrachtung notwendig sind) und zum Teil der zunehmenden Ölförderung und Verwendung von Dieselmotoren zuzuschreiben. In 1913 sind wohl kaum mehr als eine halbe Million Tonnen Erdöl in England verwendet worden; in 1924 war der Bedarf der im Außenhandel tätigen Schiffe allein mehr als eine Million. Und von 1913 bis 1925 stieg die Tonnage der bei Lloyd als ölgeheizt registrierten Schiffe von 1½ auf 20½ Millionen. Die entsprechende Zahl bei Schiffen mit Kohlenfeuerung sank hingegen von 44 auf 42 Millionen. Auch erreichte anfangs 1926 die Tonnage der im Bau befindlichen Motorschiffe schon fast die Tonnage der im Bau befindlichen Dampfschiffe.

Der Rückgang der Kohlenproduktion geht also kaum zu Lasten des Inlandsverbrauches, auch zu einem mengenmäßig nicht beträchtlichen Teil zu Lasten der Bunkerkohle, sondern des übrigen Kohlenexportes, in erster Linie des Exportes nach Deutschland, Rußland, Italien und Südamerika. Klar zeigen im Bericht diesen Exportverlust folgende Zahlen an:

	Export	Ab- oder Zunahme in	
	im Jahres- durchschnitt 1909—1913	1924	1925
Frankreich	10,836.700	+ 3,890.000	- 411.100
Skandinavien und Dänemark	9,917.900	+ 1,672.800	- 1,111.600
Italien	9,383.200	- 3,409.000	- 3,244.600
Deutschland	3,089.200	- 1,864.500	- 3,815.800
Südamerika	5,751.000	- 3,127.900	- 2,217.100
Rußland	3,110.500	- 2,767.000	- 3,184.200
Ägypten	2,952.100	- 1,088.700	- 952.900
Spanien	2,527.200	- 817.300	- 550.200
Holland	2,186.100	+ 608.800	- 638.100
Belgien	1,707.000	+ 1,719.400	+ 917.500
Verlust per Saldo auf obigen Märkten		- 3,185.300	- 15,207.600

Von dem gewaltigen Verlust von 15.207.600 Tonnen entfallen auf Deutschland und Rußland allein genau 8 Millionen Tonnen. Nun verbraucht Deutschland etwa um 6 Millionen Tonnen, Rußland um etwa 13 Millionen Tonnen Kohle weniger als im Frieden. Während aber in Rußland der Grund des Minderkonsums in der wirtschaftlichen Desorganisation des Landes liegt, kommt für Deutschland hauptsächlich der Ersatz durch Braunkohle in Betracht, welche auf Weichkohle umgerechnet einem weiteren Kohlenverbrauch von etwa 15 Millionen Tonnen entspricht. Hierzu kommt noch die auf etwa 10% geschätzte Ersparnis durch bessere Feuerungsmethoden und der Zuwachs an ausgebauten Wasserkraften. Wieder anders in Italien. „Hier kann“, meint der Bericht, „von einem Minderverbrauch keine Rede sein. Es ist eine bemerkenswerte Tatsache, daß trotz intensiver Ausnutzung der Wasserkraft die nach Italien eingeführte Gesamtmenge von Kohle nicht abgenommen hat. Die Wahrheit ist die, daß, während im Frieden 90% der eingeführten Kohle aus England stammten, gegenwärtig dieser Prozentsatz bloß etwa 63 beträgt. Die Differenz kommt fast ganz Deutschland zugute.“

Ähnlich ist im Grunde die Lage in Frankreich, das zwar dreimal so viel Hydroelektrizität verwendet wie im Frieden und um 3 Millionen Tonnen mehr Kohle produziert, dennoch aber um 6 Millionen mehr Kohle importiert als vor dem Krieg. Und auch hier macht der Anteil Englands an der Einfuhr weniger aus als früher. So ungern es der Bericht anscheinend zugeben will, geht es doch aus ihm klar hervor, daß sowohl in Italien wie, wenn auch in milderem Grad, in Frankreich die Reparationskohle zum Schrittmacher des deutschen Kohlenexports geworden ist. Auf den südamerikanischen Märkten hat das Vordringen der Ölföuerung mehr als 2 Millionen Tonnen englischer Kohle ersetzt. Über diesen Vorgang enthält ein Bericht der argentinischen Staatsbahnen in der Beilage auf Seite 258 in doppelter Hinsicht lehrreiche Daten. Erstens geht aus ihnen hervor, daß die Ölföuerung auf den Staatseisenbahnen innerhalb der Jahre 1918 bis 1924 von 1,9% auf 26,9% des Heizstoffes (1 Tonne Öl = 1¼ Tonnen Kohle) gestiegen ist; zweitens, daß auch hier die Bitume nicht in den Himmel wachsen, denn in 1925 war nicht nur keine weitere Steigerung dieser Progression, sondern vielmehr ein Rückgang des Ölanteiles auf 21,5% zu konstatieren. Vorläufig geht jedenfalls auch in Ägypten der Verbrauch englischer Bunkerkohle wegen der zunehmenden Ölföuerung zurück. Belgien, welches gegenwärtig mehr Kohle als vor dem Krieg produziert, nimmt dabei auch um

gut 50% mehr englische Kohle ab. Auch in der Gruppe Skandinavien und Dänemark ist der Kohlenkonsum trotz der sehr gesteigerten Hydroelektrizität wesentlich größer geworden, was auch England in 1924 fühlbar zugute kam, ein Vorteil, den es aber in 1925 fast ganz zugunsten Deutschlands aufgeben mußte. Von Polen, das heute an vierter Stelle unter den Exportstaaten der Welt zählt und gegenwärtig etwa 11 Millionen Tonnen ausführt, sei, nach dem Bericht, nur so lange eine ernsthafte Konkurrenz in sonst englischen Märkten zu erwarten, als Deutschland seine Grenze gegen Polnisch-Oberschlesien gesperrt hält. Sollte diese Sperre wieder aufgehoben werden, so wird Polen seinen jetzigen zusätzlichen Export nach Skandinavien und Italien gegen England kaum behaupten.

Im letzten Quartal 1925 ist freilich dieses Bild infolge der in den Kohlensubsidien versteckten Exportprämien nicht unwesentlich verrückt worden. Hierzu bietet der Bericht vielsagende Zahlen, deren Bedeutung er sichtlich verkleinern möchte. Gegenüber dem Juni-Quartal haben sich im Dezember-Quartal folgende Exportmengen und -preise ergeben: Rußland 4001 Tonnen je 25 s im Juni-Quartal gegen 45.473 je 17 s 7 d im Dezember-Quartal; Skandinavien 1,685.129 je 17 s 6 d gegen 2.142.461 je 16 s 3 d; Deutschland 904.638 je 16 s 2 d gegen 1,431.951 je 14 s 4 d; Holland 363.134 je 18 s 2 d gegen 448.245 je 16 s 1 d; Südamerika 1,046.046 je 23 s 11 d gegen 1,110.012 je 21 s 6 d. Allerdings kann der Bericht darauf hinweisen, daß in mehreren Märkten, darunter zwei wichtigen, trotz der Subsidien eher ein Rückgang zu verzeichnen war, nämlich in Frankreich mit 2,550.384 Tonnen je 21 s 0 d im Juni-Quartal gegen 2,445.444 je 17 s 7 d im Dezember-Quartal; in Italien mit 1,801.358 je 20 s 9 d gegen 1,664.951 je 18 s 4 d, sowie auch in Spanien und Ägypten, wo ebenfalls ein Rückgang eintrat. Demnach ergeben die Gesamtzahlen in diesen wichtigsten Ländern für das Juli-Quartal 12,746.126 Tonnen je 20 s 7 d gegen 13,252.303 Tonnen je 18 s 5 d im Dezember-Quartal. Daß sich gerade in Frankreich und in Italien die sehr beträchtliche Preissenkung im Subventionsquartal nicht auswirkte, spricht einfach für den Druck, den die Reparationskohle auf den englischen Export immerhin übt.

Alles in allem kann also im Bericht vom englischen Gesichtspunkt gesagt werden, daß, „während Deutschland sowohl in Frankreich, Italien und neuerlich auch in Skandinavien uns einigen Abbruch getan hat und während wir anderwärts, zum Teil wegen der Verarmung unserer früheren Käufer, zum Teil wegen gesteigerter Ölföuerung an Boden verloren haben, doch die Gründe für den Exportrückgang im englischen Kohlenbergbau überwiegend auf allgemeine Ursachen zurückzuführen sind, denen fast alle europäischen kohlenproduzierenden Länder ausgesetzt sind.“

Trotz dieses allgemeinen Vorbehalts scheint uns der Bericht in den Zuständen des britischen Bergbaues eine selbständige und fast zutreffliche Ursache der spezifisch englischen Kohlenkrise zu bieten. Einige auch in England sehr verbreitete Annahmen über den englischen Bergbau werden allerdings restlos widerlegt. So die Meinung, daß die zünftlerischen Praktiken der Trade Unions und das berüchtigte Ca'canny für den Rückgang der Kohlenförderung je Kopf der Belegschaft verantwortlich seien. Dieser Rückgang ist sehr beträchtlich

und hat von 1879 bis 1925 in ununterbrochenem Fortschreiten den Förderungsertrag von 319 Tonnen je Kopf und Jahr auf 217 Tonnen herabgedrückt. Aber es ist ganz unbemerkt geblieben, daß zum Beispiel in 1905 auf je 58 unmittelbar an den Flözen Arbeitenden 42 anderswo untertag Beschäftigte (off-hand workers) entfielen, in 1924 dieses Verhältnis sich auf 51 : 49 verschoben hatte. Oder mit Einbeziehung der Obertagarbeiter: auf je 100 am Flöz Beschäftigte entfielen in 1905 je 72 ebenfalls untertag, aber nicht am Flöz Beschäftigte, und hiezu noch 42 Tageslichtarbeiter, also insgesamt 114 Andersbeschäftigte auf je 100 am Flöz. In 1924 entfielen aber schon 145 anderwärts Beschäftigte auf je 100 am Flöz, somit von 1905 bis 1924 ein Zuwachs von 31 unter- und obertag Beschäftigten, denen der Ertrag derselben 100 am Flöz in der Statistik zugerechnet werden muß. Wie der Bericht ausführlich nachweist, sind für diese zunehmend ungünstige Arbeitsverteilung zum Teil die Sicherheitsvorschriften, zum Teil die Beschränkungen der Arbeitszeit, zum Teil die verbesserten Kohlenreinigungsmethoden, vielleicht auch das Vermächtnis der Kriegswirtschaft an Überbesetzungen verantwortlich. „Aber die natürlichste und die allgemeingültigste Erklärung für diese Zunahme“, meint der Bericht, „ist einfach die gleichfalls zunehmende Länge und Beschwerlichkeit der Verbindungswege in den Gruben.“ In der Tat zeigt eine genaue Berechnung, daß der Ertrag der Arbeit des Häuers zwischen 1905 und 1924 nur um etwa 15 Prozent zurückgegangen ist, wiewohl innerhalb dieses Zeitraumes die Arbeitszeit zweimal (in 1909 und 1919) um insgesamt etwa 18 Prozent verkürzt wurde. „Man hat also allen Grund anzunehmen, daß der Arbeitsertrag je Stunde am Flöz in Wirklichkeit eher zu- als abgenommen hat.“ Der sozialpolitische Aspekt der Bergbaufrage in England wird vermutlich nur durch wenige Feststellungen des Berichtes so stark und zwar im Geiste der Versöhnlichkeit beeinflußt werden wie durch diese exakte Widerlegung der „Cannery-Legende.“

Eine umso stärkere Stütze erhält durch die Daten des Berichtes die alte Ansicht, daß die Organisation des britischen Bergbaues gänzlich überholt sei. In 1924 zählte der Bergbau nicht weniger als 1490 voneinander unabhängige Unternehmungen mit insgesamt 2481 Zechen, unter denen es welche gab, wie eine in Rhondda-Valley, die — zwei Leute beschäftigt. Dabei werden 84 Prozent der Kohle von 323 Unternehmungen mit einer Arbeiterzahl von über 1000 Arbeitern je Unternehmung produziert. Das berühmte Argument gegen die Rationalisierung der englischen Kohlenindustrie, daß die 2500 Zechen des Landes sozusagen in keiner Beziehung miteinander vergleichbar wären, wird durch eine sehr verdienstliche Analyse des Berichtes in die Grenzen der Wahrheit gewiesen. Aus den Angaben von 600 nach Größe geordneten Unternehmungen, die insgesamt 95% der Gesamtförderung aufbringen, hat es sich streng nachweisen lassen, daß 1. der Arbeitsertrag fast ausnahmslos mit der Größe des Betriebes wächst, (von 16.25 cwt/s auf 19.75 cwt/s), 2. die Produktionskosten mit absoluter Regelmäßigkeit mit ihr fallen, (von 20/23 s je Tonne auf 17/11), schließlich 3. daß, während der Durchschnittserlös einen Verlust von 3 d je Tonne zeigte, vier der wichtigsten und der Größe nach aufeinanderfolgenden Gruppen von Unternehmungen folgendes Ergebnis aufwies: die kleinste einen Verlust von 1 s 3 d, die nächstgrößere einen Verlust

von 9 d, die zwei weiteren einen Profit von je etwa 3 d. Damit wäre der strikte Beweis dafür geliefert, daß auch die englische Bergbauindustrie unter der ausnahmslosen Herrschaft des Gesetzes von der Überlegenheit des Großbetriebes steht — ohne hieraus freilich in der Praxis auch die Konsequenzen zu ziehen. Die 300 insgesamt weniger als 200.000 Tonnen im Jahr produzierenden Betriebe sollten, sobald als möglich geschlossen werden. Dies wird im Bericht auch ganz offen ausgesprochen. (S. 143.) Auch sonst ist seine Beweisführung ganz und gar auf die Förderung des Großbetriebes, der Vereinheitlichung, der Vertrustung eingestellt und mehr als einmal wird als der entscheidende Vorsprung Deutschlands der Umstand angeführt, daß im westfälischen Kohlengebiet weit mehr als ein Drittel der englischen Kohlenproduktion von 70 Unternehmungen gefördert wird. Je mehr man sich in den Bericht vertieft, um so stärker fühlt man, daß nach der Überzeugung des Verfassers der Hebel hier anzusetzen wäre. Aber auch, daß gerade in dieser Hinsicht die einem jeden wirklichen Zwang abholden und stark verklausulierten Empfehlungen der Samuel-Kommission sich als unzulänglich erweisen dürften.

Univ.-Doz. Dr. Karl Schmidt: Zur Novellierung des Steuer- und Gebührenbegünstigungsgesetzes

Die österreichische Bundesregierung hat im Dezember des Vorjahres (zu 483 der Beilagen zu dem stenographischen Protokoll des österreichischen Nationalrates vom Jahre 1925) einen Gesetzentwurf über Änderungen des Steuer- und Gebührenbegünstigungsgesetzes vom Jahre 1922, B. G. Bl. Nr. 308 ex 1924, eingebracht. Dieser Entwurf ist bekanntlich vom Finanzausschuß zwecks Einholung von Gutachten der beteiligten Kammern abgesetzt worden, die bis 5. März dieses Jahres erstattet werden sollten.

Die Vorlage der Bundesregierung muß vom volkswirtschaftlichen Standpunkt als ungenügend bezeichnet werden! Dies wird nicht überraschen, da es ja allgemein bekannt ist, daß gegenüber den Erfordernissen der modernen großindustriellen Entwicklung die österreichische Steuer- und Gebührengesetzgebung seit langem unzureichend war.

Zwei Gruppen von gesetzlichen Bestimmungen vor allem kommen für die im Zuge befindliche industriewirtschaftliche Entwicklung in Betracht: a) Die Steuer- und Gebührenbestimmungen über Fusionen. b) Die sogenannten Steuerbegünstigungen für Schachtelgesellschaften.

Bis zur Personalsteuernovelle vom Jahre 1920, B. G. Bl. Nr. 372 ex 1920, hat die österreichische Stenergesetzgebung überhaupt keinerlei Begünstigungsbestimmungen für die Konzentrationsbewegung gehabt. Mit Artikel V der erwähnten Personalsteuernovelle wurde in sehr begrenztem Ausmaß eine Begünstigung für bestimmte Formen von Schachtelgesellschaften zugestanden, die durch das Steuer- und Gebührenbegünstigungsgesetz vom 17. Februar 1922, B. G. Bl. Nr. 117, weiter ausgedehnt wurden und mit dem Gesetz vom 11. Juli 1923, B. G. Bl. Nr. 380, ihre de-

Dr. K. P.: Der Rückfall.

Es ist nicht richtig, daß sich in Genf nur der Völkerbund blamiert, Locarno aber sich bewährt habe. Auch die Gebrechen von Locarno haben sich in Genf erwiesen. Sie waren auch der eigentliche Grund des Zusammenbruches.

Daß nicht nur der Völkerbund, sondern auch das Werk von Locarno heute in Frage gestellt ist, braucht kaum erst bewiesen zu werden. Sowohl formell als auch sachlich ist die Rechtskraft der Locarno-Verträge vom Eintritt Deutschlands in den Völkerbund abhängig gemacht. Formell, weil ohne ihn die Verträge für alle Teile unverbindlich bleiben, sachlich, weil gerade ihre wesentlichsten Bestimmungen die Mitwirkung des Völkerbundes erfordern.

Will man sich nun über die europäische Gesamtlage nach dem Erdbeben von Genf keinerlei Illusionen hingeben, so muß man sich vorerst darüber klar werden, was eigentlich geschehen ist.

Zuerst in Genf. Der Völkerbund hat versagt, weil die den Polen im geheimen zugesicherte gleichzeitige Aufnahme mit Deutschland in den Völkerbundrat nicht durchgeführt werden konnte, und zwar einfach wegen des Widerstandes Deutschlands, das sich aber schließlich noch mit dieser Benachteiligung allein abgefunden hätte, jedoch nicht auch mit jenen noch immer nicht genau bekannten anderweitigen Benachteiligungen für die Zukunft, die erst zu allerletzt ersichtlich wurden, so die geheimen Anrechte der Kleinen Entente auf eine turnusmäßige Vertretung im Völkerbundrat. Die Berufung auf den Widerstand Brasiliens dürfte sich demnach nur als bloße Beschönigungsmache erweisen. Im stillen wird man Brasilien für sein völkerbundwidriges Betragen nicht weniger dankbar gewesen sein, als man es offen gegenüber der prachtvollen Haltung Schwedens war. Denn wenn Schweden den Völkerbund vor nicht wieder gut zu machendem moralischen Schaden bewahrt hat, so hat doch das störrische Brasilien, wenn auch vielleicht wider seinen Willen (und mehr gemäß dem Italiens) den Sündenbock für alles Unheil abgegeben, das in Wirklichkeit die führenden Ratsmächte verbrochen hatten.

Dieses begreifliche Bestreben Briands und Chamberlains, ihre Stellung um jeden Preis zu retten, muß auch sonst das größte Mißtrauen gegen die Ehrlichkeit der sentimentalen Schlußakkorde in Genf erwecken. So erfreulich es ist, daß beide in der Not gerade das Werk von Locarno als den letzten Strohalm betrachten, an den sie sich klammern zu können glauben, so wenig ernst sind doch ihre Beteuerungen sachlich zu nehmen. Vielmehr ist es leider klar, daß sich in Genf nichts anderes gezeigt hat, als was bereits in Locarno hätte erkannt werden müssen, nämlich die Unzulänglichkeit des dort aufgeführten Friedenswerkes.

Worin bestand diese Unzulänglichkeit? Nicht etwa in der Unaufrichtigkeit der deutsch-französischen Verständigung, die ihr eigentlicher Kern war. Sondern in der zwiespältigen Rolle Englands, dessen Rheingarantie den in der Tat unentbehrlichen Schlußstein des Sicherheitsabkommens bilden sollte. Aber diese Garantie hätte, wenn anders der Vertragsgedanke überhaupt verwirklicht werden sollte, so wirksam und ernsthaft gestaltet werden müssen, daß Frankreich auf

seine Ostverbündeten völlig und ganz hätte verzichten können. Völlig und restlos — denn jede Verquickung der Ostfragen mit den Westfragen, jedes Quentchen eines Anrechtes, das Polen oder der Tschechoslowakei noch belassen worden wäre, um auf die Westfragen Einfluß zu nehmen, mußte das ganze Vertragswerk unterhöhlen. Denn, daß England wegen polnischer Grenzfragen oder tschechoslowakischer Anschlußgegnerschaft sich nie in einen kontinentalen Krieg einlassen würde, wußte doch ein jeder. Was tat nun Chamberlain? Erklärte er seinen Landsleuten offen und ehrlich, daß sie, wenn sie auf dem Kontinent den Frieden haben wollten, dafür auch wirkliche Opfer zu bringen, für ihre Friedensgarantie im Vertragsfalle unbedingt mit den Waffen einzusetzen bereit sein müßten? Er tat das Gegenteil. In zahllosen Wiederholungen bemühte er sich, das englische Volk zu beruhigen, daß das Locarno-Abkommen es um nichts, aber auch um gar nichts darüber hinaus verpflichte, als wozu es durch — den Völkerbundpakt ohnehin schon verpflichtet wäre. Durch den Völkerbundpakt! Jedes Kind in England weiß, daß der Völkerbundpakt im Ernstfall zu nichts verpflichtet, ausgenommen dazu, wozu man verpflichtet zu sein gerade für gut findet. Oder glaubte Chamberlain, daß diese seine authentische Interpretation der Verpflichtungen Englands aus Locarno jenseits des Kanals unbekannt bleiben würde? Sehr genau hat man sie dort vermerkt und die ominöse Wendung „nicht um eine neue Verpflichtung mehr, als sie der Völkerbund ohnehin schon enthält“, ist dort nur zu gut verstanden worden. (Nicht umsonst haben die Franzosen seit sieben Jahren den Schutz durch den Völkerbundpakt — mit Recht — als angelsächsischen Bluff bezeichnet.)

Der Schlußstein zu einem deutsch-französischen Sicherheitsvertrag — eine unbedingte britische Militärgarantie — hatte also in Locarno von allem Anfang an gefehlt. Die Folge war, daß Chamberlain von Briand die Preisgabe der französischen Rückversicherungen im Osten gar nicht ernstlich verlangen konnte. Deshalb ist es oberflächlich, die in Locarno gegebenen geheimen Versprechungen an Polen und — indirekt — auch an die Tschechoslowakei als die eigentliche Ursache des gegenwärtigen Mißerfolges hinzustellen. Die Geheimversprechungen sind in Wirklichkeit die Folgen und nicht die Ursachen der Locarno-Konstellation gewesen. Wenn der Westpakt für sich allein nicht tragfähig gemacht werden konnte, mußten die Ansprüche des Ostens wenigstens im geheimen berücksichtigt werden. Der tiefere Grund des jetzigen Zusammenbruchs lag also ohne Zweifel schon in den Konstruktionsfehlern von Locarno beschlossen.

Es wäre nur sehr zu bedauern, wenn durch die Mystifikation mit dem Liberum-Veto Brasiliens dieser wahre Sachverhalt verhüllt werden sollte. Nicht durch einen Konstruktionsfehler des Völkerbundes, durch den der Rhein von dem Amazonenstrom angeblich überflutet werden könnte, sondern durch den falschen politischen Aufbau unseres Kontinents, der das Friedensbedürfnis der alten Weststaaten noch immer von dem abenteuerlichen Lebensdrang junger Oststaaten abhängig sein läßt, ist selbst die relative Leistung von Locarno momentan in Frage gestellt worden. Nur durch die Kraft dieser Erkenntnis kann das in Locarno Begonnene zu einem lebensfähigen Abschluß geführt werden. Denn dieses Ziel, das ist klar, wird weitere Opfer verlangen. In erster Linie von England, dem es

eine noch energischere kontinentale Einstellung aufzwingt als bisher.

Am stärksten werden den Rückfall von Genf freilich die zentral-europäischen Völker zu spüren bekommen. Rußland und Italien feiern den Triumph ihrer völkerbundfeindlichen Politik. Daß der Völkerbund in seinem gegenwärtigen Aufbau sich von seiner unerbittlichen Bloßstellung nicht mehr wird erholen können, muß gleichfalls als eine Tatsache gelten. Aber auch die Abschaffung des Liberrum-Veto, dem sein Kollaps angeblich zuzuschreiben sei, ist nicht mehr als ein bloßes Schlagwort. Noch vor der Genfer Tagung hat sich Chamberlain im Unterhaus gegen Mehrheitsentscheidungen im Völkerbundrat ausgesprochen. In der Tat wird jenes Schlagwort heute von den Franzosen ausgegeben, die sich eben im Besitz der Ratsmehrheit befinden. Mehrheitsentscheidungen im Rat müßten aber unweigerlich zu ständigen Gruppenbildungen führen, zur Konsolidierung einander entgegengesetzter Mächtegruppen in Genf. In dieser Richtung kann also die Lösung für das Problem des Völkerbundes kaum gesucht werden.

Damit wären wir auch zur eigentlichen Hauptfrage gelangt: welche Aussichten bestehen dafür, daß die Anfänge von Locarno doch noch zu einem gedeihlichen Ende geführt werden? Die Völkerbundküche, so glauben wir, gezeigt zu haben, kommt für diese Berühnungen vorerst nicht mehr in Betracht. Auch auf die fernere Teilnahme Italiens wird man, wenn auch nicht formell, aber doch in der Sache, wohl lieber verzichten. Das bedeutet, daß, statt des scheinbar juristischen Weges, der rein politische Weg beschritten wird: nicht ein Sicherheitspakt und nicht formale Garantien — die Instrumente mögen auch diesen Namen tragen —, sondern die faktische Erledigung der zwischen Frankreich und Deutschland noch schwebenden zahlreichen Gegensätze muß seine Grundlage bilden. Die Übermacht der deutschen Bevölkerungszahl und die darin liegende objektive Gefährdung der französischen Sicherheit jedoch wird auch dann als Befriedigungshindernis kaum anders als durch eine englische Militärgarantie aus der Welt geschafft werden können. Mit anderen Worten: an die Stelle der eingerissenen Völkerbundfassade wird, erst locker und eher bloß stimmungsmäßig, später aber immer fester geknüpft, ein deutsch-französisch-englisches Kontinentalbündnis treten, gegründet auf den Ausgleich aller regionalen Sonderinteressen und in gewollter Unabhängigkeit von den ost- und südeuropäischen Unruhezentren.

Dr. Rudolf Bienenfeld: Das Gesetz gegen Zeitungserpressungen.

Die Vorlage, welche die Mehrheitsparteien zur Bekämpfung von Mißbräuchen im Pressewesen eingebracht haben, will das geltende Recht materiell in dreifacher Richtung und außerdem noch in einem Punkt prozessual ändern. Der erste neu geschaffene Tatbestand besteht darin, daß derjenige, der für Unterlassung einer Veröffentlichung in einer Zeitung einen Vermögensvorteil verlangt, sich versprechen läßt oder annimmt,

wegen Verbrechens mit Kerker von sechs Monaten bis zu einem Jahre zu bestrafen ist, wobei überdies der Vermögensvorteil, der zu diesem Zwecke geleistet wurde, auf Verlangen zurückzuerstatten ist. Der Unterschied gegenüber dem gegenwärtigen Rechtszustand besteht darin, daß sonst zum Tatbestand der Erpressung eine Bedrohung gehört, welche geeignet ist, dem Bedrohten begründete Besorgnisse einzufloßen. Es wird mit Recht von nun an angenommen, daß das Begehren einer Entschädigung für das Unterbleiben einer Nachricht schon an sich die Drohung enthält, andernfalls diese Nachricht zu veröffentlichen, was offenbar dem Bedrohten in allen Fällen Furcht einzujaugen pflegt. Die Strafe ist daher, da der neue Tatbestand eigentlich ein Fall der Erpressung ist, bei welchem durch die Anwendung des Mittels der Veröffentlichung in der Presse die Größe der Drohung bereits gegeben ist, dieselbe wie im Fall der gewöhnlichen Erpressung. Daß ein Rückforderungsanspruch gegeben wird, ist selbstverständlich, war schon bisher im § 27 des Preßgesetzes begründet und könnte ohne Schaden auch aus dem Entwurfe gestrichen werden, weil dann, wenn das Rechtsgeschäft ungültig und sogar ein Verbrechen ist, der Rückforderungsanspruch auch schon nach allgemeinen Grundsätzen immer besteht.

Etwas zu weit gefaßt scheint der Tatbestand insofern, als der Umstand, daß jedermann bestraft wird, der die im Gesetz vorgesehene Handlungsweise setzt, offenkundig den Lebensnotwendigkeiten nicht ganz gerecht wird. Angenommen, eine Person wünscht nicht, daß ihr unangenehme Tatsachen in die Zeitung kommen, so ist nicht einzusehen, warum sie nicht gegen Entgelt eine andere Person, also einen ihrer Angestellten, dem sie eine Remuneration verspricht, einen Rechtsanwalt usw. beauftragen soll, gegen Entgelt bei der Zeitung zu intervenieren, ohne daß er jedoch der Zeitung Geld gibt. Es müßte also wohl heißen: Der Herausgeber oder der Redakteur ist strafbar, welcher sich einen Vermögensvorteil versprechen läßt. Jedermann ist mitschuldig, der diesen Personen einen Vermögensvorteil zu dem strafbaren Zwecke anbietet.

Der zweite Tatbestand des Gesetzes behandelt eine wesentlich kompliziertere Frage. Es wird bestimmt, daß jedermann, der einen Vermögensvorteil annimmt, damit in einer Zeitung eine Veröffentlichung erfolge, verpflichtet ist, über Verlangen den Vermögensvorteil dem zurückzuerstatten, der ihn geleistet hat, falls es den guten Sitten widerspricht, Veröffentlichungen dieser Art gegen Entgelt zu bewirken. Dieser Tatbestand erscheint einerseits zu weit, andererseits zu eng gefaßt. Die Bestimmung sollte sich eigentlich vor allem gegen den Redakteur richten; denn dieser muß sich jederzeit bewußt sein, daß eine Veröffentlichung, die er gegen Entgelt vornimmt, gesetzwidrig ist, weil die Redakteure mit der Administration nichts zu tun haben sollen. Anders ist es bei dem Herausgeber oder bei Mitgliedern der Administration. Diese verstoßen, falls sie eine Nachricht in redaktioneller Form bringen, welche in Wirklichkeit eine Ankündigung oder eine Anpreisung ist, ohnehin gegen den § 26 des Preßgesetzes, wonach solche Ankündigungen und Anpreisungen, für deren Aufnahme die Zeitung ein Entgelt erhält, deutlich erkennbar sein müssen. Strafbar sind bereits jetzt nach § 26 des Preßgesetzes der Herausgeber und der Eigentümer der Zeitung. Es müßten in Abänderung des § 26 des Preß-

Dr. Karl Polanyi: Kritik an Lausanne.

Lausanne ist ein weltgeschichtliches Datum, aber kein Ereignis. Das Lausanner Abkommen hat die einzigartige Eigenschaft, daß nicht seine Unterzeichnung, sondern seine Ratifizierung als die Hauptsache gilt; es ist nur eine großartige Verhandlungskulisse zwischen zwei Ereignissen, einem vergangenen und einem erhofften: dem Hoover-Moratorium, das dem Young-Plan und den Reparationen den Todesstoß versetzt hat, und der Streichung der amerikanischen Kriegsschuldforderungen, welche die Voraussetzung der Ratifizierung des Lausanner Abkommens ist. In dieser Entwicklung ist Lausanne eine Etappe. Es hat eine Einheitsfront der Gläubiger Amerikas zustande gebracht (mit einem abwartend und abseits stehenden Deutschland). Es hat die deutsch-französische Annäherung nicht zustande gebracht, zu welcher die Wegräumung der Reparationen hätte die Brücke sein können. Nach dieser Fehlleistung wird es geschichtlich beurteilt werden.

Denn mit staatsmännischem Maß gemessen, ist dies das Entscheidende: Es war unvermeidbar, daß die gewissermaßen sich von selbst vollziehende Liquidierung der Reparationen entweder einen neuen Gegensatz oder aber eine wesentliche Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich ergeben mußte. Entweder fiel zugleich mit den Reparationen das letzte Hindernis ihrer Verständigung, oder die Kluft, die sie trennt, wurde erst in ihrer ganzen Tiefe sichtbar. Wie die Dinge liegen, wird man von Glück sagen können, wenn Lausanne nicht, wie einst die Rheinlandräumung, eine neue Hochspannungsperiode zwischen Deutschland und Frankreich einleitet.

Papen und Herriot haben versucht, in Lausanne auch einen politischen Ausgleich ins Werk zu setzen. Das soll nicht verkannt werden. Aber dieser Versuch ist mit unzulänglichen Mitteln unternommen worden und mußte misslingen. Leichter als Papen wird dafür Herriot die Verantwortung tragen können, denn er hat wenigstens sein großes Ziel erreicht: die Kriegsschuldner Amerikas in eine Front zu rücken. Aber an dem bitteren Nachgeschmack von Lausanne tragen sie beide die Schuld.

Nur aus völliger Verkennung der Gesamtlage konnte Herriot vom Reich als Preis der Reparationsstreichung ein politisches Moratorium, das heißt den Dauerverzicht Deutschlands auf eine unabhängige Außenpolitik fordern. So wertvoll für Deutschland die Umwandlung des rein tatsächlichen Zustandes der Zahlungsunfähigkeit in den juristischen einer vereinbarten Schuldenstreichung sein mußte, so war doch der von Herriot verlangte Preis nicht erörterungsfähig. Der Fehlgriff Papens war fast noch krasser. Während Außenminister Neurath Frankreich durch Anlehnung an England und Italien zu vereinsamen und dadurch zu zwingen suchte, meinte der deutsche Reichskanzler, die bekannte irrationale Zukunftsangst Frankreichs vor Deutschland in der Gegenwart eskomprieren zu können. Frankreich, so scheint er erwartet zu haben, werde im Austausch für einige freundliche Redewendungen nicht nur die Reparationen freudig erlassen, sondern überdies

auch noch die Rüstungsgleichheit zugestehen. Die gegenseitige Mißstimmung schwoll dermaßen an, daß schließlich nicht einmal die übliche Freundschafts- und Zuversichtspräambel, geschweige denn das geplante große Friedensmanifest herauskam. Das Mißtrauen war so groß geworden, daß darob selbst die Aesthetik des Schlußaktes Schaden nahm.

In der Sache selbst, in der Frage der von Deutschland noch zu tragenden Lasten, lag über den Verhandlungen der Konferenz eine Stimmung völliger Irrealität. Der Berg des Young-Plans war durch das Hoover-Moratorium gesprengt worden und die Sturzflut einer kataklysmatischen Kreditkrise hatte das Zerstörungswerk vollendet — verlohnte es sich da noch für Frankreich, ernstlich um Kieselsteine zu raufen? Es gab auf der Konferenz einen Augenblick, da Papen „unbedingte“ zwei Milliarden Mark anrug, Herriot „bedingte“ vier Milliarden Mark verlangte. Das Papen-Anbot war zweifellos eine schwerere Belastung für Deutschland als die französische Forderung. Uebrigens hatte der Kanzler durch sein Anerbieten Deutschlands gesamte Verhandlungsstellung so gut wie preisgegeben; beruhte sie doch auf der von den Basler Sachverständigen anerkannten Unfähigkeit Deutschlands eben zu „unbedingten“ Zahlungen. Was schlägt's? Den Franzosen war die Abfassung der Amerikaklausel wichtiger als der Unterschied zwischen vier und zwei Milliarden; MacDonald tat, was er konnte, um dem Reichskanzler den Rückweg zu erleichtern, und auch Herriot scheint dabei redlich mitgeholfen zu haben. Ein Scheitern der Konferenz wegen der Zahlen war in solcher Lage undenkbar. (Umgekehrt als seinerzeit in Paris und im Haag, wo es eben um die Zahlen ging.) Hätte die Konferenz fehlgeschlagen, so hätten die Zahlen bloß den Vorwand für den politisch bedingten Abbruch geboten. Freilich mußten sie deshalb erst recht in den Brennpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit gerückt und dadurch „politisiert“ werden.

Diese Stimmung verschwommener Irrealität war schon in der von MacDonald abgefaßten Einladungsformel zur Lausanner Konferenz deutlich merkbar: Als Ziel der Konferenz galt (wörtlich) die „Errichtung einer dauernden Regelung der durch den Basler Bericht erwähnten Fragen, ebenso wie der Maßnahmen, die notwendig sind, um Abhilfe bezüglich der anderen wirtschaftlichen und finanziellen Fragen zu schaffen, die die Krise, unter der die Welt leidet, hervorgerufen haben und zu verlängern drohen.“ Weder Reparationen noch Kriegsschulden waren darin auch nur erwähnt! Aber wie hätte man sie auch erwähnen sollen, da Amerika die Erwähnung der einen, Frankreich die Erwähnung der anderen nicht dulden zu können erklärte? Der Basler Bericht aber, der das einzig Fallbare in der Formelgallerte scheint, hatte nach der entsprechenden Stelle des Young-Plans, der seine Rechtsquelle bildete, eigentlich zur Aufgabe, „die Maßnahmen anzugeben, die nach Ansicht des Basler beratenden Sonderausschusses zur Anwendung des gegenwärtigen Planes ergriffen werden sollen“. Des „gegenwärtigen“ Planes, d. h. des Young-Planes. Genau genommen war der Lausanner Konferenz also die Aufgabe gestellt, den Young-Plan wieder in Anwendung zu bringen! Formeln und Wirklichkeit klapften auseinander. Dem Streit über die Zahlen fehlte jegliche Grundlage.

Wenn die Ergebnisse der Pariser und Haager Konferenzen ein ganzes Buch füllen, so ist der Inhalt der Lausanner Abmachungen mit Deutschland in wenige Zeilen zu fassen: Statt der Young-Annuitäten von durchschnittlich 2000 Mill. RM durch 34 Jahre und rd. 1650 Mill. RM durch weitere 18 Jahre zahlt Deutschland frühestens vom 1. Juli 1935 an höchstens 180 Mill. RM im Jahr durch 35 Jahre, vielleicht aber auch das nicht. Denn vorerst erhält Deutschland ein dreijähriges Moratorium, in dessen Verlauf es nur Dawes- und Young-Anleihe, ferner die außerhalb des Young-Planes an Amerika (Besatzung und mixed claims) und Belgien (Markabkommen) geschuldeten Beträge zu zahlen hat. Insgesamt 258 Mill. RM im Jahre 1932/33. Sogleich nach Unterzeichnung des Vertrages übergibt das Reich Schuldverschreibungen im Nennwert von 3 Milliarden der B. L. Z. Wenn Deutschlands Kredit sich in den drei Schonjahren soweit bessert, daß die 3%igen Schuldverschreibungen mit einem Zeichnungspreis von 90% unterzubringen sind (und zwar ohne jede Bürgschaft der Gläubigerstaaten, die nicht zulässig ist), so wird die B. L. Z. die Schuldverschreibungen begeben. Ist das nicht möglich, so muß die Begebung noch zwei weitere Jahre unterbleiben. Erst 1937 darf der Verwaltungsrat der B. L. Z., auch entgegen deutschem Einspruch, allerdings nur mit Zweidrittelmehrheit, die Herabsetzung des Emissionskurses beschließen, freilich nur, wenn er zugleich feststellen zu können glaubt, daß „der deutsche Kredit wieder hergestellt“ sei. Andererseits kann auf deutschen Wunsch eine Herabsetzung der Verzinsung verfügt werden, wenn eine Emission zu pari gesichert ist. Um die Kurshaltung zu erleichtern, wird das Reich verpflichtet, ein Drittel des Erlöses aller Anleihen, die länger als ein Jahr laufen, zum Rückkauf der nicht emittierten Bonds zu verwenden, und zwar zu einem Kurs, der ihren Ertrag dem der emittierten gleichstellt. Ob es also je zur Emission kommt, hängt nicht nur von der weltwirtschaftlichen Entwicklung und Deutschlands Stellung in dieser ab, sondern auch von den Beschlüssen des Verwaltungsrats der B. L. Z., einer Regierungseinflüssen durchaus nicht unzugänglichen Stelle. Die Emission von Regierungsbonds politischen Ursprungs bleibt aber unter allen Umständen ein Vorgang, dessen Durchführung oder Nichtdurchführung eine Sache der Regierungen ist. Ob Deutschland je 3 Milliarden zahlen wird, ist also keineswegs sicher. Unter dem Schutz der vertraglichen Bürgschaften vermag es diese Restzahlung jedenfalls ohne Gefahr der Ueberbürdung zu leisten. Namentlich, da das Erlöschen der Schuldverschreibungen schon von der Unterzeichnung des Vertrages, nicht erst von der Ratifizierung an läuft — also unbedingt.

Das leitet zur wichtigen Frage der Rechtsfolgen des Lausanner Abkommens über. Nur die Übergangsbestimmungen (Annex II) erwachsen mit der Unterzeichnung sogleich in Rechtskraft. Ihre wichtigste Bestimmung ist die Verlängerung der bekannten Lausanner Eröffnungserklärung vom 16. Juni, mit der die Kriegsschulden- und Reparationszahlungen an die Konferenzmächte zurückgestellt werden. Ausdrücklich wird diese Erklärung auf die Nachzahlungen erstreckt, die Deutschland für das Hoover-Jahr zu leisten hätte. Deutschland hat also bis auf weiteres keine Reparationen zu zahlen. Daran ist nicht zu

rütteln. Aber wie lange? Bis der mit Deutschland in Lausanne am selben Tag abgeschlossene Hauptvertrag (Annex I) in Kraft tritt oder, falls er nicht in Kraft tritt, eine der einladenden Regierungen oder die deutsche selbst erklärt, daß sie ihn nicht ratifizieren werde. Daß eine deutsche Erklärung, den Vertrag nicht ratifizieren zu wollen, das dem Reich im Hinblick auf diese Ratifizierung gewährte Moratorium fünfjährig machen würde, ist selbstverständlich. Was aber, wenn eine der Gläubigerregierungen, etwa Belgien oder Japan, dasselbe erklärte? Nach dem Wortlaut der Übergangsbestimmungen leben dann nicht nur die Forderungen dieser Staaten auf, sondern auch die aller anderen Staaten. Wichtiger noch: Weder für die Ratifizierung noch für die Erklärung, nicht ratifizieren zu wollen, ist im Vertrag eine Frist gesetzt. Das bedeutet freilich, daß der Zahlungsaufschub sowohl zwischen den Gläubigern untereinander als auch zugunsten Deutschlands unbegrenzt laufen kann. Auch das steht also außer Zweifel. Aber was wird unterdessen mit den Bestimmungen des Hauptvertrages?

Der Hauptvertrag (Annex I) enthält das eigentliche Abkommen mit Deutschland. Er tritt erst in Kraft, wenn er von allen Unterzeichnern ratifiziert ist, die Ratifikationsurkunden ordnungsmäßig hinterlegt sind usw. Aber nicht von der Ratifizierung, sondern schon von der Unterzeichnung an laufen alle zu Deutschlands Gunsten bedungenen Fristen und Bestimmungen. So läuft der ganze Apparat der Bondsemission mit seiner fünfzehnjährigen Fallfrist, in die sich die drei- und fünfjährigen Teilfristen einfügen, vom Tage der Unterzeichnung an. Es wäre also der Fall denkbar, daß die B. L. Z. die deutschen Schuldverschreibungen emittiert und Deutschland für ihren Dienst aufkommt, ohne daß der Vertrag ratifiziert worden wäre! Nur eine einzige Bestimmung des Emissionsapparats ist davon ausgenommen, nämlich die Verpflichtung des Reiches, ein Drittel des Erlöses seiner längerfristigen Anleihen zum Rückkauf der Bonds zu verwenden. Diese Bestimmung wird ausdrücklich erst wirksam, wenn der Vertrag in Kraft ist. Man hat es hier mit lauter Nothelfen zu tun. In Wirklichkeit nimmt man mit Recht an, daß, ehe die Dreijahresfrist der ersten Bondsemission abgelaufen ist, der Vertrag entweder ratifiziert oder endgültig gescheitert sein wird. So wird denn auch die Deutschland befreiende Hauptbestimmung des Vertrages, nämlich die Ersetzung der Young-Annuitäten durch die neue 3-Milliarden-Restzahlung, erst nach Inkrafttreten des Vertrages, also nach ordnungsmäßiger Ratifizierung, juristisch wirksam. Bis dahin gilt die von allen Unterzeichnern mit Einschluß Deutschlands in der Präambel des Hauptvertrages ausgesprochene rechtliche Anerkennung des Haager Abkommens und des Young-Planes. Diese Vorsichtsmaßregel würde gegebenenfalls den Gläubigern nicht viel nützen. Im Falle der Nichtratifizierung wäre nur ein Rattenschwanz unlösbarer Rechtsfragen die Folge.

Der eigentliche Grund all dieser Unklarheiten war einzig und allein Amerika. Herriot mußte vor seinem Lande den Standpunkt vertreten können, daß er den Young-Plan erst preisgeben werde, wenn Amerika die Kriegsschulden erlassen haben wird. Andererseits konnte dem Reich nicht zugemutet werden, daß es eine Lösung als endgültig anerkenne, welche

dadurch bedingt wäre, ob Amerika die Kriegsschulden erläßt oder nicht. Amerika wiederum hatte seine Bereitschaft, über Kriegsschuldenfragen zu verhandeln, ausdrücklich davon abhängig gemacht, daß die Reparationsgläubiger mit Deutschland eine endgültige Abmachung treffen. Der Lausanner Vertrag ist die Kulisse, die das Unvereinbare optisch zur Deckung bringen soll.

Außerhalb des Vertrages, in einer einfachen mündlichen Erklärung des Vorsitzenden ist das gentlemen's agreement verkörpert, das das Um und Auf dieses seltsamen Abkommens ist. Die deutsche Öffentlichkeit wartet noch immer vergeblich auf einen amtlichen Wortlaut dieser entscheidenden Erklärung. Auch die „Times“ enthielt ihn nicht. Wir zitieren deshalb nach dem „Temps“: „Im Falle der Nichtratifizierung des Vertrages mit Deutschland wird, ehe etwas unternommen wird, eine Konferenz einberufen.“ So lautete die Antwort MacDonalds auf den Wunsch des deutschen Reichskanzlers nach einer Erläuterung der Übergangsbestimmungen. Seither hat MacDonald im Unterhaus diese Erklärung etwas erweitert, zum Teil durch Erwähnung des Young-Planes verschlechtert, zum anderen Teil durch einen stärkeren persönlichen Einsatz verbessert. Den Saldo aller Widersprüche von Lausanne hat James Ramsay MacDonald auf seine Schultern genommen. England hat seine Schlüsselstellung in der Weltpolitik zurückerobert.

Papen hat die „hundert Meter“ Brünings nicht ganz bewältigt. Die unstete Führung der deutschen Delegation hat Deutschlands Ansehen nicht erhöht, sie konnte jedoch das von der Staatsmannskunst Brünings angesammelte große Kapital nicht ganz verwirrschaften. Aber auch Herriot kann sich der Verantwortung dafür nicht entziehen, daß das europäische Friedensfest in Lausanne das Herz Amerikas vorerst nicht gerührt hat.

Dr. Franz Klein: Anleihebedingungen ohne Anleihe.

Seit zwei Wochen versucht Dr. Dollfuß, dem österreichischen Volk eine Narrenkappe aufzusetzen. In allen Tonarten der Verführung, aber auch der Einschüchterung des „Miesmachertums“, wird es aufgefordert, eine Anleihe hochleben zu lassen, von der es nicht einmal weiß, wie hoch sie ist, und an einen Anleiherfolg zu glauben, der ein Mißerfolg ist.

Man erinnere sich bloß der überaus günstigen Ausgangsstellung, von der aus der Bundeskanzler die Verhandlungen aufnehmen konnte. Die Frage war: Anleihe oder Transfermoratorium. Und das Bedürfnis der Westmächte, diesem Transfermoratorium zu entgehen, war viel stärker als das Oesterreichs. Das Ergebnis ist eine Anleihe von so geringer Höhe, daß das Transfermoratorium erst recht verhängt werden muß.

Man kann das trotz allen Irreführungsmanövern an den Fingern abzählen. Die Regierung spricht von einer Gesamtsumme von 500 Mill. S, und da sie zur Stimmungsmache gewiß einen möglichst hohen Betrag bekaugtibt, kann man überzeugt sein, daß da-

Gemeinde Wien Städtische Versicherungs- Anstalt

DIREKTION:
WIEN, I, TUCHLAUBEN NR. 8

TELEPHON Nr. U-27-5-40 Serie

FILIALEN IN:

Graz, Innsbruck, Klagenfurt, Linz
und Salzburg

mit der Nennwert gemeint ist. Man greift aber kaum fehl mit der Annahme, daß der Zuzahlungswert um etwa 15% niedriger sein wird. Das ergäbe einen Gesamterlös von 255 Mill. Zur Ermittlung des Reinerlöses, des wirklichen Devisenzuflusses, muß man davon wegen der Rückzahlung des englischen Vorschusses und des Rediskontkredits der B. I. Z. 190 Mill. abziehen. So verbleiben 65 Mill., und hartnäckig erhält sich das Gerücht, daß davon noch ein erheblicher Teil der unbeglichenen Spitzen verschiedener Devisenclearings abgezogen wird. Das Nachtragsbudget, das schwerlich von „Miesmachern“ aufgestellt worden ist, läßt als tatsächliche Verwendung des Anleiherlöses nur einen Betrag von 54 Mill. erscheinen. Nach dem jüngsten Bericht des Herrn Rost von Tonningen erfordert die Bedienung der Auslands-

heit einschließlich Prof. Cassels irgend etwas vorgebracht haben, was veranlassen könnte, in der Abkehr von der Goldwährung mehr als ein Unglück zu sehen, aus dem baldmöglichst herauszukommen und zur Goldwährung zurückzukehren, aller Bestreben sein muß.

Dr. Karl Polanyi: Gleichberechtigung und Völkerbund.

Es ist eine Frage von Leben und Tod, nicht nur für Deutschland, sondern für die gesamte abendländische Zivilisation, wie das deutsche Volk die Gleichberechtigungsthese auslegen wird. Brüning hatte sie in seiner Reichstagsrede vom 11. Mai als das Recht auf allgemeine Abrüstung gefaßt. Er hat in derselben Rede darauf angespielt, daß die Nationalsozialisten durch ihre Pariser Mittelleute eine entgegengesetzte Auslegung vertreten lassen: Deutschlands Aufrüstung im Austausch dafür, daß es sein Recht auf die allgemeine Abrüstung preisgibt. Zumeist versucht man, sich eine Entscheidung überhaupt zu ersparen: Jeder Weg zum Rüstungsausgleich sei Deutschland genehm, ob durch Abrüstung der anderen, ob durch eigene Aufrüstung oder durch beides — es wird dabei gewissermaßen als eine untergeordnete Frage behandelt, ob die Völker der Erde (samt Deutschland) einer neuen dauernden Friedensorganisation der Völker die Bahn brechen oder ob diese Völker (wieder einschließlich Deutschlands) in einen neuen alles bisherige überbietenden Wahnsinn des Wettrüstens landen! Im Handwerk des Diplomaten mag ein derartiger Begriff des Rüstungsausgleichs seine formal-glatte Rolle spielen. Ein großes Volk kann sich nie und nimmer daran „desinteressiert erklären“, ob sein Aufstieg der Menschheit neuen Krieg oder entscheidend-neue Friedensordnung bringt. Politik ist nicht nur Zielsetzung, sie ist auch Wegweisung. Wenn Deutschland die Gleichberechtigung auf dem falschen Weg erreicht, dann werden Geschlechter dafür büßen müssen.

Unter Realpolitikern hat Abrüstung einen schlechten Klang. Man hält sie für einen Wunschtraum weltfremder Pazifisten oder für eine konventionelle Lüge der Nachkriegsdiplomatie. Im Grunde versteht man nicht, weshalb der Völkerbund an seinen offenkundig nutzlosen Abrüstungsbemühungen so zäh festhält. Namentlich in Deutschland ist, begreiflicherweise, die Meinung im Schwang, daß diese Bemühungen ein Gipfel der Heuchelei sind, noch dazu einer Heuchelei, von der man nicht weiß, warum man sich mit ihr so bemüht. Die Rechte spricht das offen, die Linke, die dem Völkerbund geschichtlich näher steht, gedämpft, aber doch deutlich genug aus. Ueber das Wesen der politischen Nachkriegsorganisation Europas herrscht überhaupt wenig Klarheit. Nichts ist dafür bezeichnender, als daß die schicksalhafte Bedeutung der Gleichberechtigung für Völkerbund und Frieden erst zehn Jahre nach dem Krieg allgemein erkannt worden ist. Die deutsche Linke zumal hatte die Gleichberechtigung für ein bloßes

Schlagwort gehalten. Sie erkannte nicht, daß sie das Kernproblem des Völkerbundes ist. Sie verkannte, daß sie der Schlüssel zur Abrüstungsfrage ist. Sie war blind dafür, daß die Gleichberechtigung eine realpolitische Waffe deutscher Friedenssendung ist, auf die Deutschland nicht verzichten kann, ohne die Hoffnung der Menschheit auf die Abrüstung endgültig zu verschütten. Sie hat die Gleichberechtigungsthese, diesen machtvollsten aller deutschen weltpolitischen Hebel, der Rechten überlassen, die damit nicht die Abrüstung erkämpfen will, sondern die Aufrüstung, weil sie nicht an den ewigen Frieden, sondern an den ewigen Krieg glaubt. Das aber hieße, das deutsche Volk einer einzigartigen Gelegenheit berauben, seine Zukunft im sicheren Grunde weltpolitischer Allgemeininteressen zu verankern. Indem der Friedensvertrag und die Völkerbundsatzung Deutschlands und der übrigen kleineren Besiegten Recht auf die allgemeine Abrüstung ausgesprochen haben, haben sie Deutschland geradezu zum Anwalt dieser Menschheitsforderung bestellt. Durch ein unvergleichlich bedeutsames Geschick ist das Deutsche Reich zum Weichensteller der Menschheit geworden. Die Weiche heißt Gleichberechtigung. Wenn Deutschland das Gleis, das zur allgemeinen Abrüstung führt, sperrt, dann gibt es keine Macht auf Erden, die diese Bahn wieder öffnen kann. So merkwürdig und so folgenschwer ist die deutsche Gleichberechtigung mit der politischen Nachkriegsorganisation Europas, mit Völkerbund- und Friedensvertragsordnung, verknüpft.

Der Urgrund all der Widersprüche, unter denen die Nachkriegsorganisation der europäischen Staaten leidet, ist die geistesgeschichtliche Tatsache, daß die angelsächsischen Länder ihren militärischen Sieg einer Kriegsmaschine verdankten, die erst im Krieg, im Zeichen pazifistischer Ideen und Stimmungen, aufgebaut werden mußte. Die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in diesen zu tiefst von einem religiös gestimmten persönlichen Freiheitsdrang beherrschten Ländern, wäre anders wohl kaum möglich gewesen. In Frankreich hatte dagegen die allgemeine Wehrpflicht schon zur Zeit des Kriegsausbruchs bestanden, zu einer die Regierung dem eigenen Volk gegenüber bindenden pazifistischen Kriegszielsetzung, wie in England und Amerika, ist es hier nicht, oder nicht in annähernd gleicher Klarheit gekommen. Der Friede, der den Besiegten diktiert wurde, trug die Spuren dieses Widerspruchs aufs krasseste. Er war vor allem ein Gewaltfriede. Besiegte Länder wurden zerstückt, es wurden ungeheure Tribute auferlegt, Gebieteile aus strategischen Gründen von einem Land an das andere verschoben, die Besiegten aller Kolonien beraubt, schließlich wurden sie entwaffnet und dauernd wehrlos gemacht. Und dieser selbe Gewaltfriede enthielt das Versprechen der Sieger abzurüsten! Scheinbar ein aberwitziger Widerspruch. Der erste und Hauptgrund hierfür war, wie angedeutet, der angelsächsische

Werbet für den
„Oesterreichischen Volkswirt“

Versicherungs-Aktien-Gesellschaft für Handel, Industrie und Gewerbe (früher Pensions-Verein)

Wien, I., Schellinggasse Nr. 1, Tel. R-22-1-10 u. R-26-2-34.

Einfluß Lloyd George und Wilson hatten ihre Armeen durch das Gelübde aus dem Boden gestampft, es werde diesem Krieg eine neue politische Organisation der Welt, eine Ordnung des dauernden Friedens entspringen. „Krieg dem Kriege!“ Deshalb der sonderbare Anspruch des Gewaltfriedens, zugleich als ein „gerechter Frieden“ zu gelten, deshalb das Abrüstungsziel, deshalb die Errichtung des Völkerbundes als eines Bundes freier und gleicher Völker, der Wächter des Friedens sein solle. — Der andere Grund für das Abrüstungsversprechen lag paradoxerweise auf französischer Seite. Die einseitige Entwaffnung der Besiegten für alle Zeiten, war eine Ueberspannung des Gewaltfriedens. Eine ewige Entwaffnung eines großen Staates ist nur möglich, wenn dieser Staat zugleich als Mandat, Kolonie oder sonstwie unter der militärischen Besetzung des Siegers bleibt; einem bloßen Vertrag kann eine derartige Zauberwirkung, grade wenn man auf Gewalt, und nur auf sie baut, nicht zugeschrieben werden. Zudem war dieser Zustand ewiger Entwaffnethet — also zweierlei Rechts — im vollständigen Widerspruch mit der Schaffung eines Völkerbundes: Der Völkerbund konnte nur ein freiwilliger Verband sein, da ein Ueberstaat nicht errichtet werden sollte, auch nicht errichtet werden konnte. Freier Verband und zweierlei Recht sind völlig unvereinbar. Denn als Staatenbund zweierlei Rechts hätte er zwangsläufig zu einem Organ der Beherrschung der Staaten niederen Rechts durch die völiberechtigten ausarten müssen, was die Besiegten wiederum mit dem jederzeit zulässigen Austritt aus dem Völkerbund beantwortet hätten. Dauernde Wehrloshaltung ohne gleichzeitige militärische Dauerbesetzung war ein Unding; ein auf solche Wehrloshaltung eines Teiles seiner Mitglieder gebauter Völkerbund war nicht minder ein Unding; eine derart zusammengezwimmerte politische Organisation Nachkriegseuropas aber wäre eine Absurdität gewesen, nicht das Papier wert, auf dem sie geschrieben stand. Der angelsächsische Pazifismus rettete den französischen Gewaltgedanken vor Selbstzerstörung. Im Versprechen der Sieger zur Abrüstung, da lag die Lösung. Dieses Versprechen nahm der einseitigen Abrüstung den Wesenszug der Versteigtheit und Unwirklichkeit. Er stellte die durch diese einseitige Entwaffnung verleugnete Gleichberechtigung der Völkerbundmitglieder als Grundsatz wieder her und eröffnete damit, logisch-juristisch zumindest, die Möglichkeit eines wahren Völkerbundes. Zugleich enthielt das Abrüstungsversprechen die folgenschwere Einräumung, daß die Gleichberechtigung die Voraussetzung des Völkerbundes sei.

Weil sie bisher unerfüllt ist, deshalb hat der Völkerbund versagt. Er mußte versagen, da in Wirklichkeit sogar seine Gründung erst vollendet würde, wenn er die Gleichberechtigung seiner Mitglieder verwirklicht oder wenigstens zu verwirklichen begonnen hätte. Als politisch-juristisch unvollkommene Körperschaft vermochte er in den entscheidenden Augenblicken der Nachkriegsgeschichte schon gar nicht wirksam zu werden. Der Tardieu-Vorschlag z. B., dem Völkerbund eine Armee anzuvertrauen, um dadurch die Sicherheit zu schaffen, die Frankreich zur Abrüstung brauche, stößt auf den logischen Einwand, daß der Völkerbund, ehe er mit einer bewaffneten Macht ausgerüstet wird, doch erst begründet werden müßte.

Deshalb läßt andererseits der Völkerbund von den Abrüstungsbemühungen nicht ab. Er kann von ihnen nicht lassen, ohne sich selbst anzugeben. Er würde sich sonst als unfähig bekennen, die Gleichberechtigung seiner Mitglieder jemals herzustellen. Der Austritt der Besiegtenstaaten wäre dann nur eine Frage der Zeit. Virtuell wäre er so gut wie vollzogen. Der Völkerbund, der heute noch ungeboren ist, aber doch die Anwartschaft besitzt, ein Ding der Wirklichkeit zu werden, wäre endgültig zu einer Scheinexistenz verdammt. Auch äußerlich wäre das das Ende. Denn Frankreich kann sich mit der Scheinexistenz des Völkerbundes nur dann abfinden, wenn diese Scheinexistenz in der scheinbaren Beschäftigtheit mit der Abrüstung besteht. Eine Scheinexistenz des Völkerbundes auf Grund seines Verzichtes, sich mit der Abrüstung weiter zu bemühen, das wäre für Frankreich unerträglich. Würde es doch sogleich den Grundwiderspruch im politischen System Nachkriegseuropas offenbar machen: den Widerspruch zwischen einseitiger Entwaffnung Deutschlands einerseits, einem Völkerbundsystem mit Einschluss Deutschlands andererseits. Während das enttäuschte Deutschland wähnt, die Penelope-Arbeit des Völkerbundes sei nichts als abgründige Heuchelei, sind Genf und Paris in Wirklichkeit mit chernen Klammern an diese Arbeit geschmiedet.

Es liegt uns fern, die Anerkennung des deutschen Anspruchs auf Gleichberechtigung, die darin enthalten ist, zu überschätzen. Es ist eine platonische Anerkennung unter Verleugnung der effektiven Leistung. Und dennoch: Solange diese Anerkennung Tag für Tag wiederholt werden muß, ist Deutschland der große Gläubiger in der Weltpolitik. Die Siegerstaaten schulden ihm die allgemeine Abrüstung. Wehe Deutschland, wehe der Welt, wenn eine falsche Reichsführung sie unwissentlich von dieser Schuld befreit!

der Bericht nicht. Wir wissen, daß die Baumaterialindustrie noch nicht zwei Drittel ihrer Vorkriegsproduktion erreicht hat.

Worauf also stützt sich die kühne Behauptung des Berichtes, daß die industrielle Produktion bereits 80% ihres Vorkriegsumfanges betrage, da alle Daten, die der Bericht selbst anführt, diese Behauptung widerlegen? „Die Schätzung hat uns eine der höchstgestellten industriellen Persönlichkeiten geliefert“, bemerkt der Bericht in der Einleitung mit einer befremdlichen Bescheidenheit. Die industrielle Persönlichkeit selbst bleibt ungenannt. In Wirklichkeit besteht zwischen der industriellen Produktion und der industriellen Arbeitslosigkeit kein Widerspruch, sondern eine ganz parallele Entwicklung. Und wenn etwa seit dem zweiten Quartal dieses Jahres in manchen Industriezweigen sich eine Belebung zeigt, so geht sie wieder ganz parallel mit einer saisongemäßen Bewegung des Arbeitsmarktes, einer Verringerung der Arbeitslosenzahl.

Natürlich lassen sich im Gesamtbild einer Wirtschaft immer einige erfreuliche Züge feststellen. Ein solches Bild ist nie ganz einheitlich und je stärker die Not drückt, um so erfinderischer wird der Menschengeist, sie zu überwinden. Auch die österreichische Industrie war in diesen Jahren nicht untätig. Sie hat nicht die Hände in den Schoß gelegt und den lieben Gott einen guten Mann sein lassen. Sie hat unter den widrigsten Umständen Bedeutendes geleistet und auf vielen Gebieten mit ihren Bemühungen Erfolg gehabt. Aber um so schlimmer ist es, daß die Masse der Industriellen diesen Kampf immer mehr als hoffnungslos empfindet und sich in der internationalen Entwicklung immer stärker zurückgeschlagen fühlt. Denn mit keinem Wort erwähnen die Experten die entscheidende Tatsache, daß die österreichische Wirtschaftskrise mit ihrer bedrohlichen und andauernden Arbeitslosigkeit in eine Zeit fällt, in der alle Nachbarstaaten industrielle Hochkonjunktur haben und ihre Arbeitslosigkeit fast völlig verschwinden sehen. Das gilt von der Tschechoslowakei und Deutschland ebenso wie von der Schweiz und Italien.

Bezüglich der Arbeitslosigkeit in Bankwesen, Handel und freien Berufen wissen übrigens nicht einmal die Experten einen tröstlichen Rat. Für diese Kategorien der Arbeitslosen gebe es gar keine Besserung ihrer Lage. Nach allgemeiner Ansicht werden die Banken vor an neue Entlassungen schreiten müssen, bis ihre Generalunkosten wieder normal geworden sein werden. Der Umstand, daß damit über 33.000 Arbeitslose, die nach Ansicht der Experten Zuzug erhalten werden, das wirtschaftliche und soziale Todesurteil gesprochen wird, macht die Experten in ihrem Optimismus nicht irre. Daß hier eine der gefährlichsten Wurzeln des österreichischen Wirtschaftsproblems liegt, über deren soziale und kulturelle Wirkungen die Statistik keine Auskunft gibt, daran sehen die Experten achtlos vorbei. Die Arbeitslosigkeit in der Metallindustrie wird einfach als internationale Erscheinung qualifiziert und damit abgetan. Aber zunächst trifft diese Qualifizierung in solcher Allgemeinheit gar nicht zu. Sie gilt von der Steinkohle, aber schon nicht von der Braunkohle, die zum Beispiel in Deutschland Hochkonjunktur hat, sie gilt vielleicht von Roheisen, aber nicht von Halbprodukt und vor allem nicht von der Maschinen- und Metallindustrie, die zum Beispiel in der Tschechoslowakei voll oder nahezu voll beschäftigt ist und in Deutsch-

land in vielen Zweigen immer neue Arbeiter einstellt. In Wirklichkeit hat die Krise der österreichischen Metallindustrie ihre ganz speziellen Gründe, die vor kurzem in der Denkschrift der Österreichisch-Deutschen Arbeitsgemeinschaft klar entwickelt worden sind. Sie liegen vor allem darin, daß es sich dabei um Industriezweige handelt, die von öffentlichen Aufträgen (Staat, Ländern und Gemeinden) abhängig sind und deshalb bei keinem Zollregime mit Absatz in den Nachbarstaaten rechnen können, sowie um ehemalige große Rüstungsbetriebe, denen die Umstellung nicht oder nur für einen geringen Teil ihrer riesigen Anlagen gelungen ist. Aber auch hier zeigt sich wieder, daß die Experten die Besonderheit des österreichischen Wirtschaftsproblems nicht sehen, weil sie es aus politischen Gründen nicht sehen dürfen. Kein Wunder, daß sie für die anderen Krankheitssymptome des österreichischen Wirtschaftskörpers eine ebenso optimistische Deutung finden wie für die Arbeitslosigkeit. (Fortsetzung folgt.)

Dr. Karl Polanyi: Die neue Internationale.

Die Sozialistische Arbeiterinternationale, die vor zwei Jahren in Hamburg gegründet wurde, ist nicht eine bloße Fortsetzung der alten. Dies hat auch ihr jüngster Kongreß in Marseille bewiesen. Ihrem geographischen Schwerpunkt, ihrer Zusammensetzung und ihrer inneren Gesamthaltung nach ist sie im wesentlichen etwas Neues.

Erstens, weil die alte Internationale ein von Osten nach Westen gerichteter Kraftstrom war, getragen von den russischen Revolutionen und den im Kampf um die Bürgerrechte stehenden Arbeiterparteien der halbabsolutistischen Habsburger- und Hohenzollernstaaten, Österreich-Ungarn, Preußen; die neue ist von Westen nach Osten gerichtet, ihr Strahlungszentrum die fortgeschrittenste Demokratie, England.

Zweitens, weil dieser Internationale, in ausgeprägtem Gegensatz zur Vorkriegszeit, Parteien angehören, die in England, Deutschland, Frankreich, Rußland, Italien, Schweden, Dänemark, Polen, Österreich, der Tschechoslowakei, Ungarn, Bulgarien und den Randstaaten entweder allein oder im Rahmen von Koalitionen an der Regierung waren oder diese mindestens vorübergehend unterstützten, zum Teil auch gegenwärtig unterstützen.

Drittens und endlich hat die alte Internationale die Folgen ihres Zusammenbruches vom 2. August 1914 auch innerlich nicht überlebt. Daß sie den Ausbruch des Völkerkampfes, der Arbeiterpartei gegen Arbeiterpartei stellte, nicht zu verhindern vermocht hatte, konnte an ihr noch als bloßer organisatorischer Mangel erscheinen; programmatisch war ja jene Weltkatasrophe sogar enger eine Bestätigung für die Richtigkeit ihrer Voraussagen gewesen. Aber der Bruderkampf der Arbeiterparteien innerhalb der einzelnen Länder selbst, den dann der Bolschewismus entfesselte, zeigte tiefer. Die Illusion, daß die Wissenschaftlichkeit, die der Marxismus dem sozialistischen Programm verleiht, auch eine Gewähr für die Eindeutigkeit im proletarischen Massenhandeln sei, war widerlegt. Hatten doch die verschiedenen Ausdeutungen dieser Wissenschaft hier zu ebenso unlösbaren Gegensätzen geführt wie einst die

Glaubenskämpfe. Auch die völlige Selbstauslöschung der marxistischen Parteien Deutschlands und Frankreichs beim Kriegsausbruch, verglichen mit der pazifistischen Zähigkeit der wegen ihrer religiösen Einstellung stets als Sozialisten zweiter Klasse behandelten Engländer, war ein Hauptschlag gegen die herkömmliche Ideologie. Zu alledem kam als letzte und unerwartete Konsequenz der Enttäuschungen, die die Arbeiter erlitten hatten, der Faschismus hinzu. Daß die parasitäre Ausnützung sozialistischer Schlagworte die Arbeiter in militanten Massen ins gegenrevolutionäre Lager führen kann und noch dazu im internationalen Maßstab, das ist die Tatsache, die vielleicht mehr als alles andere einen Trennungsstrich zwischen der alten und der neuen Internationale ziehen mußte.

Das Ergebnis ist eine neue Internationale: „Die Internationale des Alltags“, wie sie sich nach einem Wort Friedrich Adlers gerne nennt. Aus Parteien bestehend, die fast alle die Haltung einer impossibilistischen Opposition mit der Regierungsverantwortlichkeit eingetauscht, ihre Versöhnungspathetik an den Völkerbund abgegeben, sich vom deterministischen Materialismus des Ostens dem praktischen Idealismus des Westens zugewendet haben, versucht sie nach den furchtbaren Lehren des Kriegszusammenbruchs, des Bolschewismus und des Faschismus einen neuen breiteren und sichereren Weg zum Aufstieg der Arbeiterklasse zu bahnen. Einen breiteren, der durch schulhafte Vorurteile weniger eingeengt ist, einen sichereren, der einer ephemereren Revolution die radikale Reform vorzieht.

Nebenbei bedeutet das auch das Aufkommen neuer Ideen, neuer Methoden, neuer Lösungen in vielen wichtigen Teilfragen. So des Gildensozialismus, auf dem Gebiete der Wirtschaftsorganisation gegenüber der früheren Alleinherrschaft des kollektivistischen Staatssozialismus. Eines neuen Internationalismus, der den Eigenwert des Nationalen nicht mehr zugunsten eines abstrakten Internationalismus opfern mag. Eines Bedeutungswandels in der antiklerikalen Einstellung, durch die die religiösen Unterströmungen idealistischer Überzeugung nicht länger vom Sozialismus künstlich abgelenkt werden. Die politischen Erfolge der betont religionsfreundlichen englischen und belgischen Arbeiterparteien, die schulförderische Leistung der Österreicher, welche sie der in diesem einen Fall weise geübten Ausschaltung des Kulturkampfes zu verdanken haben, sind Anzeichen dieser neuen, weitherzigeren kulturpolitischen Haltung. Langsam dämmert auch die schicksalhafte Problematik der Kluft zwischen Stadt und Land, zwischen Industriepolitik und Agrarpolitik, Proletariern und Bauern auf. Es darf sich nicht noch einmal ereignen, sagt man sich, daß sozialdemokratische Parteien den roten oder den weißen Terror der Demokratie vorziehen, bloß weil diese eine Bauerndemokratie wäre. Ersteres war bekanntlich in Bulgarien der Fall, wo die Sozialdemokraten aus purem Marxismus sich gegen die Bauernherrschaft Stambuljiskis mit den reaktionären Stützern Zankoffs verbündeten. Weniger beachtet wurde der analoge und scheinbar entgegengesetzte Fall, zu dem es in Ungarn kam. Hier wählten die Sozialdemokraten, wiederum aus demselben Grunde, eher den Bolschewismus, als daß sie den Bauern einen Anteil an der Volksrepublik unter dem Grafen Károlyi vergönnt hätten.

Freilich handelt es sich hier noch um bloße Entwicklungsansätze. Die Erfahrungen der Ostvölker in der

Bauernfrage, die Fortschritte der Westvölker in der Kulturpolitik und ähnliche Wandlungen mehr sind vorläufig weitaus nicht allgemein. Seitdem jedoch der geistige Verkehr und der Gedankenaustausch zwischen den Arbeiterparteien verschiedener Länder um so vielerregter geworden ist, ist für die Verbreitung solcher Teilerkenntnisse auch ganz anders gesorgt. Auch darin unterscheidet sich die neue von der alten Internationale, daß ihr Horizont weiter und die Verbindung zwischen ihren Mitgliedern enger ist. Was wußte früher der englische Arbeiter vom eigentlichen Nationalitätenproblem, von der Ideologie absolutistischer Militärmonarchien oder von der Zukunftsstaatsromantik des osteuropäischen Proletariats? Und was selbst die geschulteren Führer der mittel- und osteuropäischen Arbeiterschaft von den Problemen der großen Imperien, der sachlichen Verstrickung der britischen, der japanischen, der nordamerikanischen oder der australischen Arbeiterschaft in Einwanderungs-, Kolonial- und Rassenfragen? Die gefällige Ordnung, in die Kaursky einst die Weltgeschichte, wenigstens vom Gesichtspunkt der deutschen Sozialdemokratie aus gebracht hatte, sie gilt nicht mehr.

Die neue Internationale ist nicht mehr die einzige auf der Welt. Gegen zwei mächtige Konkurrenten ankämpfend ist sie entstanden: den Völkerbund und die Moskauer Internationale. Der eine hat die harmonistischen, der andere die antagonistischen Momente der sozialen und weitpolitischen Atmosphäre der Nachkriegszeit organisiert und unter seine Führung gestellt. Aber Pazifismus einerseits, Klassenkampf andererseits, aus diesen beiden hatte ja in der Hauptsache auch die alte Internationale bestanden. Sie fand sich über Nacht zwischen Genf und Moskau gewissermaßen geistig aufgeteilt. Dies der tiefere Grund, weshalb gerade die Friedensfrage und das Ostproblem, also die Auseinandersetzung mit Genf und Moskau (natürlich nur außenpolitisch), die beiden Brennpunkte der Marseiller Tagung bilden mußten.

Aber das Resultat hat eher gezeigt, daß auch die neue Internationale keine ganz unabhängige Stellung neben, zwischen oder gegenüber jenen beiden Mitbewerbern beanspruchen kann. Eine mittlere Linie zwischen Genf und Moskau wurde auf dem Kongreß nur von der österreichischen Delegation gesucht, jedoch nicht gefunden. Nur die Österreicher waren gegen Genf, die Engländer, die sonst überall den Ausschlag gaben, sowohl für Moskau wie für Genf. Fast alle anderen Delegationen erklärten sich gegen Moskau und für Genf. Der Völkerbund hat sich in Marseille ohne Zweifel als stärker erwiesen denn Moskau. An den Traditionen des westlichen Pazifismus, den Folgen der Wilsonschen Initiative und dem Anteil, den sowohl MacDonald wie der von Léon Blum unterstützte Herriot an dem Ausbau des Völkerbundes bereits genommen hatten, mußten die theoretischen Bemühungen Otto Bauers, die neue Internationale auf eine eigene von Genf unabhängige Friedenspolitik hinzuführen, scheitern.

Und dennoch — oder gerade darum — hat Otto Bauer recht, wenn er im Völkerbund den engeren Mitbewerber der Sozialistischen Arbeiterinternationale erblickt. Zwar behaupten amtlich die Sozialisten, daß die Befriedungsfortschritte der letzten zwei Jahre — Dawes-Bericht, Londoner Abkommen, Anerkennungen Sowjetrußlands, Genfer Protokoll, Garantiepaktvorschlag — in erster Linie ihnen zu verdanken seien. Aber

die Eingeweihten unter ihnen wissen, daß dies für die Ideen zutreffen mag, nicht aber für deren Verwirklichung. Nicht der Druck der sozialistischen Parteien oder ihrer Internationale, sondern das englisch-amerikanische Finanzkapital war überall die entscheidende Macht gewesen. Jeder Befriedigungsfortschritt wurde von ihm von Fall zu Fall durch ein kaum verhülltes Diktat erzwungen. Und gerade wo die Arbeiterinternationale am schwächsten ist, in Amerika, ist das Finanzkapital am mächtigsten und weiß auch ohne die Anwesenheit Amerikas im Völkerbund seine Wirtschaftsmacht über Europa eben durch diesen Völkerbund zur Geltung zu bringen.

Jedoch eben deshalb müßte die Internationale in der Friedensfrage eine Politik betreiben, die auch ihr einen wirksamen Einfluß auf den Völkerbund sichert. An Handhaben hierzu könnte es ihr nicht fehlen. Kein Finanzdiktat allein vermag den Frieden Europas dauerhaft zu erzwingen. Weder das aus dem Geburtenrückgang entspringende rassenbiologische Minderwertigkeitsgefühl der Franzosen noch das überschwellige Volkstum junger Staaten sind den Vernunftgründen der wirtschaftlichen Logik restlos zugänglich. Gar sehr bedürfte deshalb der Völkerbund einer Verankerung in den innenpolitischen Demokratien seiner Gliedstaaten, eines pazifistischen Massenheeres, dessen gleichgerichteter Druck in allen Ländern die jeweils widerstrebenden Regierungen wirkungsvoll isolieren würde. Nun ist zur Heranbildung einer solchen Volksbewegung nur die Arbeiterinternationale imstande, eine Leistung hinwieder, die ihr bald die Vormachtstellung im Völkerbund eintragen müßte. Doch hat die Internationale in Marseille die weitgeschichtliche Chance, dem Völkerbund den Rang abzulaufen, sich entgehen lassen. Die europäischen Verhandlungen über den Sicherungspakt boten eine Gelegenheit wie keine andere. Der Völkerbund kann nur zu einer wirklichen Macht emporsteigen, wenn in nicht allzu ferne Zeit ein Sicherungspakt oder etwas ihm gleichwertiges zustande kommt. Aber der Völkerbund ist zu dessen Verwirklichung aus eigener Kraft offenbar unfähig. Hier bot sich also für die Internationale die beste Möglichkeit, die ganze Kraft für den Sicherungspakt einzusetzen und so in den Völkerbund selbst einzudringen. Dies wäre um so eher möglich, als nicht nur der Völkerbund, sondern auch die beteiligten Regierungen, wie immer klarer zu ersehen, die ursprüngliche und allein lebensfähige Idee eines solchen Sicherungspaktes ohne Mitwirkung ihrer Oppositionen nicht durchzuführen vermögen. Diese Idee ist, die wirksame militärische Gewähr Englands für ein auf wahrer Gegenseitigkeit beruhendes deutsch-französisches Friedensabkommen. Diese Idee folgerichtig durchzuführen ist nur die deutsche Regierung (und die deutsche Opposition) bereit. Schon die französische Regierung nicht, die durch ihr Beharren auf dem Militärbündnis mit Polen die reine Gegenseitigkeit mit Deutschland unmöglich macht. Aber sie würde auf dieses Bündnis verzichten können — und das ist der springende Punkt — wenn England mit seiner Militärgarantie wirklich Ernst machen wollte. England will jedoch nicht recht und wenn die Konservativen, denen weltpolitische Weitsichtigkeit nicht abzusprechen ist, dafür auch zu haben wären, so hindert sie doch daran die Labour Party, teils aus mißverstandenen Pazifismus, teils aus oppositioneller Taktik. Was tat nun der Kongreß? Er lehnte zwar den völkerbundfeindlichen Standpunkt der Österreicher ab und sprach sich einstimmig

Gösser Bier

die Qualitätsmarke der Kenner!

Betriebsstätte:
Gösser Brauerei A. G. vorm. Max Kober in Göss
bei Leoben.

Bestellungen für Wien:
Evidenzbüro, Wien, IV., Schwindgasse 10
Telephon 53-5-28.

für den Sicherungspakt aus — jedoch ohne die Engländer von ihren Vorbehalten abgebracht zu haben. In einer Lebensfrage der neuen Internationale hatten sich schließlich sowohl die Österreicher als auch die Engländer, die beide sozusagen tonangebend waren, von ihren innenpolitischen Gesichtspunkten mitbeeinflussen lassen. Die Wiener brachten es eben nicht über sich, Genf ihre Reverenz zu bezeigen, die Engländer verharteten dabei, ebenfalls aus taktischen Gründen, das Genfer Protokoll Macdonalds — von dem doch momentan nicht die Rede sein kann — gegen den Sicherungspakt auszuspielen. Und so blieben denn die deutschen und französischen Sozialisten mit ihrem einzig wirklichkeitsgemäßen Vorschlag, den Sicherungspakt zu einem ehrlich gegenseitigen und effektiv gewährleisteten Friedenswerkzeug unter der Kontrolle eines demokratisch erneuerten Völkerbundes auszubauen, allein.

Aber auch der Gefahr von Moskau her gelang es nicht voll zu begegnen. Ein eventueller Präventivkrieg Englands gegen Rußland, den natürlich auch diesmal nicht die Engländer, sondern vielleicht die Donau- und Balkanländer, sowie die Randstaaten ausfechten würden, könnte die breiten Massen wieder von der Arbeiterinternationale ab und ins kommunistische Lager hinüberführen. Hier war allein die These Otto Bauers richtig, daß die Arbeiterinternationale von vornherein gegen ein solches imperialistisches Abenteuer politisch rüsten müsse. Das ist übrigens auch österreichisches Interesse. Doch die antikommunistische Stimmung in Marseille war zu stark, um die Gefahr eines englisch-russischen Zusammenstoßes für die neue Internationale — und Europa — klar zu erfassen. So begnügte sich denn der Kongreß mit einem im Grunde nichts, weil alles mögliche enthaltenden Resolutionsstückwerk.

Auch nach Marseille bleibt die realpolitische Stellung der neuen Internationale zu Genf und Moskau und damit in der Weltpolitik unklar.

Dr. Fritz Hesse, Berlin: Mossul*).

Unter den ungelösten Fragen der Orientpolitik nimmt die Mossulfrage mit Recht einen hervorragenden Platz ein. Der soeben veröffentlichte Bericht der Völkerbundskommission (C. 400, M. 147, 1925, VII.) macht die Frage ganz besonders aktuell. Es mag daher am Platz sein, kurz auf die wirtschaftliche Seite der Frage und ihre Rückwirkung auf die Politik, be-

*) Gemeinsamer Bericht des „Österreichischen Volkswirt“ und des „Wirtschaftsdienst“, Hamburg.

DER OESTERREICHISCHE VOLKSWIRT

19. JAHR

WIEN, 12. FEBRUAR 1927

NR. 20

ERSCHEINT JEDEN SAMSTAG. — REDAKTION UND ADMINISTRATION:
WIEN, IX. BEZIRK, PORZELLANGASSE Nr. 27 — TELEPHON Nr. 16-1-43
PRAGER BUREAU: DR. ADALBERT WORLICZEK, PRAG VII, 78.

	Hauptblatt allein	mit der Beilage „Die Bilanzen“ vierteljährig		Hauptblatt allein	mit der Beilage „Die Bilanzen“ vierteljährig
Für Deutschösterreich	Schilling 10.—	Schilling 17.—	Für Deutschland	Goldmk 7.—	Goldmk 11.50
Für Ungarn	uK 115.000.—	uK 180.000.—	Für Rumänien	Lei 400.—	Lei 660.—
Für die Tschechoslowakei	čK 55.—	čK 90.—	Für Italien	Lira 50.—	Lira 80.—
Für Polen	Zloty 20.—	Zloty 34.—	Für das übrige Ausland	schw. Fr. 10.—	schw. Fr. 17.—
Für Jugoslawien	Din. 100.—	Din. 170.—			

Einzelnummern: Schilling 1.30, uK 16.000, čK 8.—, Zloty 2.50, Din. 13.—, Goldmk 1.—, Lei 60.—, Lira 7.—, schw. Fr. 1.20

Die Beilage wird nur an Abonnenten des Hauptblattes abgegeben.
Abonnements auf den „Oesterreichischen Volkswirt“ und die Beilage können mittels Erlagscheines der Postsparkasse oder Postanweisung bei unserer Administration sowie bei jeder Buchhandlung angemeldet werden.
Postsparkassenkonto: Wien 21.177, Prag 21.177, Zagreb 40.361, Warschau 190.559, Budapest 37.768, Berlin 122.846.
Im Falle der Erhöhung der Druckkosten behalten wir uns die Erhöhung der Bezugspreise während der Laufzeit des Abonnements vor. — Probenummern auf Verlangen gratis.

AUS DER WOCHE

Nichts werden die kommenden Neuwahlen, wie immer sie verlaufen mögen, dem Land einbringen. Weder im Ausland noch im Inland wird durch sie die österreichische Frage ihrer Lösung nähergebracht werden. Die Neuordnung Europas ist im Gang und wir begehen eine Sünde gegen uns selbst, wenn wir jetzt unsere Stimme nicht mit aller Kraft erheben. Aber auch innenpolitisch werden durch die Ausschaltung der Anschließfrage die Wahlen im vorhinein unfruchtbar gemacht. Wer von der Lebensunfähigkeit dieses selbständigen Österreich gewaltsam absehen will, verzerrt dessen Probleme bis zur völligen Sinnlosigkeit. Oder ist es nicht absurd, wenn die beiden großen Parteien einander für die wirtschaftliche Rückbildung des Landes, die damit verbundene Dauerarbeitslosigkeit und schlechte Ausnützung der Betriebe, die eben hiedurch bewirkte verhältnismäßige Übersteuerung und sozialpolitische Überlastung bei niedrigsten Löhnen verantwortlich machen wollen — samt und sonders Symptome, die mit der Notwendigkeit von Naturgesetzen das Absterben eines verkrüppelten Gemeinwesens begleiten. Die Kräfte des Volkes, die man mit allen Mitteln auf die immerhin lösbaren oder wenigstens linderungsfähigen Probleme vereinigen müßte, werden so in einem Windmühlkampf gegenseitiger Beschuldigungen vertan, die beiderseits an dem Kern der Dinge vorbeigehen. Freilich, wer wie Seipel seine Hauptaufgabe darin sieht, unser Land mit dem Bürgerblock, das heißt mit dem Klassenkampf von oben zu beglücken, dem kann das recht sein. Die von ihm aus Anschlußgegnerschaft künstlich genährte Illusion eines selbständig lebensfähigen Österreich, an dessen Nöten nur die Breitner-Steuern Schuld trügen, das gibt gleichzeitig auch die beste Wahlplattform für die Seipelsche, die wirkliche Klassenpolitik ab. Und die Partei des Klassenkampfes, die Sozialdemokraten? Dank ihrem Ungeschick und ihrem Kleinmut haben sie sich erst von

Seipel die nur zu berechtigte Wahlanklage gegen die Partei des Centralbank- und Postsparkassenskandals ablisten lassen, um dann freiwillig dem Bürgerblock eine bequeme Kampfbasis gegen sich selbst zu schaffen, indem sie die Anschließfrage in ihrem Wahlprogramm einfach übergangen haben.

Mussolini erklärt jetzt in einem Interview, das unter anderem in der „Neuen Freien Presse“ erschienen ist,

„der Anschluß Österreichs an den deutschen Staatenbund ist für Deutschland ein viel bedeutenderes Problem als für Italien. Er mag eines Tages kommen, aber das Wachstum von Reichen ist ein langsamer Prozeß... Die Verhältnisse in Österreich haben sich ständig gebessert. Nichtsdestoweniger gibt es viele Leute, die der Meinung sind, daß in einem Jahrhundert die meisten Kleinstaaten verschwinden werden. In der internationalen Politik, in der internationalen Industrie ist kein Platz für kleine Einheiten.“

Ogleich diese unsere ganze weltpolitische Lage berührende Äußerung des italienischen Ministerpräsidenten gerade in einem Wiener Blatte der Öffentlichkeit bekannt wurde, ist sie überall auf der Erdkugel mehr beachtet und besprochen worden als in Wien. Freilich darf sie realpolitisch auch nicht überschätzt werden. Mussolini spricht viel und vielsagend, aber er widerspricht sich zu oft. Heute mit Spanien gegen Frankreich, morgen mit England gegen China, ist er inzwischen auch ein wenig mit Deutschland gegen Frankreich. Übermorgen mag er wieder ein „Nie!“ gegen den Anschluß loslassen, emphatisch wie vorgestern. Nur eben etwas weniger imponierend. Denn wenn zwischen das wiederholte „Niemals!“ sich manchmal auch ein „Vielleicht doch“ einschleicht, büßen die großen Worte beträchtlich an Wirkung ein. Die Endgültigkeit von gestern wird zum Tauschobjekt von heute, wobei sich dieses sogar unschwer in ein Subjekt mit eigenem Willen verwandeln könnte. Aber gerade davor will uns ja Seipel mit jenem „Niemals“ zurückhalten, das in Wien uns auch dann noch

in den Ohren klingen soll, da man in Rom längst schon anders redet.

„Verhältnismäßige Querschichtungen“

Bundeskanzler Seipel, nicht in St. Andrä-Wördern, auch nicht auf dem paneuropäischen Kongreß, sondern in einem immerhin ernsten Kreise, der Österreichischen Völkerbundliga und dem österreichischen Nationalkomitee der internationalen Handelskammer:

„Man hat uns im Inland und im Ausland im Verdacht gehabt, im Inland auf der einen Seite mit dem Hinweis darauf, daß das Gerade vom größeren Wirtschaftsgebiete, von der Wirtschaftsfreiheit nichts anderes sei als ein Umweg zum Anschluß an Deutschland, auf der anderen Seite hat man geglaubt, es sei nur ein Umweg, der zu einer Wiederkehr des alten Österreich-Ungarn in irgend einer Form führt. Deshalb war man der Ansicht, daß dieses Stück Österreich, das vom alten übrig blieb und mit Recht denselben Namen führt wie das alte Österreich, wer weiß was für politische Aspirationen hätte, um in einem größeren Wirtschaftsgebiete über sein eigenes Gebiet hinaus irgend eine Fremdherrschaft aufzurichten.“

Ob wohl das Ausland für solch witzig gemeinte Mätzchen mehr Verständnis aufbringen mag als wir? Vor einem internationalen Publikum scheint es uns denn zumindest wenig angebracht, wenn der Kanzler über das Wirtschaftsproblem dieses in Armut versinkenden Österreich und die dringend notwendige wirtschaftliche Annäherung an Deutschland in doppeldeutigem Ton einer deplacierten Selbstironie spricht. Kein gerader Gedanke, kein gerades Wort dringt aus Österreich in die Welt. Deshalb ist das Mißtrauen auch gegen unsere berechtigtesten Bestrebungen so groß, deshalb erreicht Seipel bei all seiner Klugheit weniger für Österreich, als wer immer sonst, dem man auch Glauben schenkte, an seiner Stelle erreichen würde. Man stellt uns die Frage: Wollt ihr die wirtschaftliche Annäherung an Deutschland bloß aus politischen Gründen oder ist euch diese Annäherung ein wirtschaftlicher Selbstzweck, den ihr auch abgesehen von allen anderen Gründen anstreben würdet? Darauf will jetzt Europa — und kann es auf Grund der Verträge leider mit Recht verlangen — eine klare Antwort von uns haben. Und was antwortete Seipel in derselben Rede darauf? „Verhältnismäßige Querschichtungen,“ das sei der Schlüssel zum Problem Österreich—Deutschland, denn was das österreichische Volk im Grunde wolle, sei nichts anderes als die „verhältnismäßige Querschichtung von Staat und Nation...“ Ob geschmackvoll oder nicht, vertrauenerweckend ist diese Art Kreuzworträtselspiel gewiß nicht.

Unser

Arbeitslosigkeit

Die Zählung der unterstützten Arbeitslosen in ganz Österreich ergab am 31. Jänner einen bisher nie erreichten Höchststand von 235.475, das ist um fast 12.000 mehr als Mitte Jänner, aber auch um fast 1500 mehr, als im Vorjahr (Mitte Februar) zu höchst gezählt wurden. Außerdem sind rund 36.000 nicht unterstützte Beschäftigungslose zur Vermittlung vorgemerkt. Wenn die Arbeitslosenkurve noch weiter ansteigt, wie es saisonmäßig bis Mitte Februar oder anfangs März zu erwarten ist, so wird man wohl bald den traurigen Rekord verzeichnen können, daß jeder vierte Arbeiter und Angestellte in Österreich arbeitslos ist. Die Entwicklung des Arbeitsmarktes ist um so beunruhigender, als die verantwortlichen Wirtschaftskreise, Unternehmer- und Arbeiterführer, diesem Katastrophenzeichen gegenüber fast stumm bleiben. Man ist oben ratlos geworden.

Die „Arbeiter-Zeitung“ bringt in ihrer Nummer vom 6. Februar weitere Argumente gegen den von uns gemachten Vorschlag zur Wahlreform vor*). Der Kern dieses Vorschlages war, unser Wahlverfahren dahin abzuändern, daß die gebundene Liste abgeschafft und sodann jedem Wähler das Recht eingeräumt werden soll, den alphabetisch geordneten Stimmzettel seiner Partei selbst zu reihen. Will er sich dieses Rechtes nicht bedienen, so kann er den Stimmzettel seiner Partei auch ungereiht, wie er ist, abgeben; auch kann zählt seine Stimme für seine Partei; die Person des Abgeordneten jedoch wird durch jene Wähler bestimmt, die ihren Stimmzettel auch gereiht haben. Mit bereits fertig gereiht ins Wahllokal mitgebrachten Stimmzetteln darf nicht abgestimmt werden. Es ist uns natürlich gar nicht eingefallen, diesen Vorschlag als einen idealen hinzustellen; ein ideales Wahlverfahren, darin geben wir der „Arbeiter-Zeitung“ recht, gibt es nicht. Aber das heißt noch lange nicht, daß es nicht besser sein kann als das gegenwärtige, welches jedermann für schlecht hält. Hier möchten wir uns darauf beschränken, die unwillkürlich irreführende Problemstellung der „Arbeiter-Zeitung“ zu berichtigen. Sie fragt, warum wir, wenn uns die gebundene Liste nicht behagt, nicht einfach für eine von der Parteileitung gereichte Liste sind, mit dem Recht der Wähler, diese Reihung abzuändern? Die Antwort hierauf hat einmal die „Arbeiter-Zeitung“ in einer Artikelserie zur Wahlrechtsfrage selbst erteilt, indem sie auf die Unwirksamkeit dieses Rechtes der Wähler hinwies. In der Tat ist das Recht der Wähler, eine bereits gereichte Liste abzuändern, ein bloßes Scheinrecht. Warum? Weil jene weniger interessierten Wählermassen, die eigentlich nur für die Partei stimmen wollen und sich um die Person der Abgeordneten nicht kümmern, hier unwissentlich dazu benützt werden, jene anderen zu überstimmen, die auch an der Person der Abgeordneten ein Interesse nehmen und deswegen die offizielle Liste abgeändert haben. Darum und nicht etwa, um das „Köpfen“ unmöglich zu machen, haben wir unseren Vorschlag gemacht. Das „Köpfen“ ist ja zum Beispiel auch beim belgischen System der „freien Liste“ ausgeschlossen. Auch wird das „Köpfen“ bei uns nicht etwa schon dadurch unmöglich, weil unsere Liste überhaupt keinen „Kopf“ hat — auch auf der alphabetischen Liste merkt der Gegner sehr wohl die Köpfe: Seipel, Otto Bauer usw. — sondern aus einem anderen Grund, weil nämlich die durch Ordnungszahlen bewirkte Reihung hier kumulativ wirkt. Eindruck macht auf uns nur der in der „Arbeiter-Zeitung“ nicht klar ausgesprochene, aber immerhin unterstellte Einwand, daß bei uns auch die Wahl der volkstümlichsten Parteiführer unerwünschten Wahlfällen ausgesetzt sein könnte, ein Einwand, dem wir mit dem Recht der Partei, auf der alphabetischen Liste je einen Kandidaten als „Ersten Bewerber“ oder „Listenfürher“ zu bezeichnen, begegnen wollten. Auch auf die Unterführer ausgedehnt, wäre jedoch dieses Bedenken schon viel weniger gewichtig. Führerköpfe und fachliche Berater unersetzbarer Qualität dürfte wohl keine Partei in größerer Anzahl besitzen, als die Zahl der sicheren Wahlkreise beträgt; und bei allen anderen Abgeordneten ist deren Unentbehrlichkeit mehr Gewohnheit und Einbildung als Wirklichkeit; sie sind lediglich Vertrauensmänner von Wählergruppen und so scheint es die Hauptsache, daß sie dieses Vertrauen auch wirklich genießen. Daß übrigens auch das belgische Verfahren dem österreichischen überlegen ist — die völlig gebundene Liste wird

* Vgl. „Österreichischer Volkswirt“, Jahrg. 19, Nr. 12/13 vom 18. Dezember 1926 und Nr. 16 vom 15. Jänner 1927; auch Jahrgang 17, Nr. 36 v. 6. Juni 1925. Ferner „A.-Z.“ 11. April 1926, 6. Jänner und 6. Februar 1927.

in der Literatur von niemandem mehr ernsthaft verteidigt — zeigt sich auch in der dort herrschenden, viel lebendigeren innerparteilichen Demokratie; man denke zum Beispiel an das jüngste Ortsgruppenreferendum der belgischen Sozialdemokratie über die Frage der Regierungsbeteiligung oder an die sofort wirksam werdenden Linksversionen innerhalb der katholischen Partei. Trotzdem ist in allen belgischen Parteien eine starke Agitation im Gang — Abschaffung der *casés de tôte* zugunsten der ausschließlichen Zulassung von Nominativstimmen — das Wahlverfahren in dem von uns hier vertretenen Sinn abzuändern. Freilich, wie ein Wahlverfahren in der Praxis wirkt — dies eine haben die Erfahrungen bewiesen — kann nur die Anwendung lehren. Ein Versuch in einem der Länder schiene uns nicht zu gewagt.

Karl Polanyi.

Der Leihpreis des Geldes verbilligt sich in ganz Europa. Die Deutsche Reichsbank ist zum $\frac{5}{2}$ prozentigen Zinsfuß zurückgekehrt. Die Bank von Frankreich hat die Bankrate auf $5\frac{1}{2}$ prozent herabgesetzt. In der Schweiz, in Holland sind die Geldsätze überaus niedrig. In London und New York bleiben die Bankraten noch relativ hoch mit 5 und 4%, aber das hindert nicht, daß der Kontinent mit billigen Geldangeboten überschwemmt wird. Auch die Österreichische Nationalbank hat die Bankrate auf 6% ermäßigt und damit einen Zinsfuß erreicht, der auch vor dem Krieg vorkam, allerdings damals als Höchstsatz. Aber im Gegensatz zum Ausland wird die Wirtschaft dieser Ermäßigung des Zinssatzes nicht froh. Wohl werden die Debetzinssätze der Banken automatisch im gleichen Ausmaß wie die Bankrate, also um $\frac{1}{2}$ prozent ermäßigt, aber das bedeutet wenig, da die Kosten eines Bankkredites heute nahezu doppelt so hoch sind wie die Bankrate. Der Zinssatz ist zwar nur $1\frac{1}{2}$ prozent über der Bankrate, also $7\frac{1}{2}$ prozent. Aber dazu kommt die Vorlageprovision von 1% pro Vierteljahr und die Umsatzprovision von $\frac{1}{2}$ prozent pro Halbjahr von der größeren Umsatzseite, mindestens aber vom Dreifachen des höchsten Debetbaldes, und das Ergebnis ist, daß der billigste Schillingkredit sich auf 12% stellt. Ob aber der Zinssatz 12 oder 12% beträgt, das spielt bei den Gesteuungskosten der Industrie eine geringe Rolle. Nur eine Ermäßigung um 2 bis 3% — womit die Kosten eines Kredites immer noch wesentlich höher wären als vor dem Krieg und als im Ausland — könnte von der Geldseite her die ja auch sonst nach jeder Richtung ungünstigen Wettbewerbsbedingungen der österreichischen Industrie merklich bessern. Die Banken erklären sich aber außerstande, eine ausgiebige Ermäßigung der Debetsätze zu bewilligen. Sie können die Einlagenzinssätze nicht mehr wesentlich herabsetzen, weil sie fürchten, sonst Einlagen zu verlieren. Man hat schon das letztmal nur den Zinssatz der 90- und 30tägigen Kassenscheine um $\frac{1}{2}$ prozent, die der 60- und 10tägigen und der täglich verfügbaren Bucheinlagen nur um $\frac{1}{4}$ prozent herabgesetzt. Eine Ermäßigung um $\frac{1}{2}$ prozent anläßlich der neuerlichen Herabsetzung der Bankrate steht ganz außer Frage. Man überlegt, ob man den Satz für täglich abhebbare Einlagen unverändert lassen, oder um $\frac{1}{4}$ prozent auf 4% herabsetzen soll. Die Vergütungssätze für gebundenes Geld dürften wieder verschieden behandelt, um $\frac{1}{2}$ prozent, um $\frac{1}{4}$ prozent und zum Teil vielleicht gar nicht ermäßigt werden. Ob für die Banken wirklich so viel Gefahr bestände, wenn sie den Zinssatz für täglich fällige Guthaben auf 4% und sogar darunter setzen und die Spannung für die gebundenen Gelder, die jetzt bis $1\frac{1}{4}$ prozent beträgt, erheblich vermindern würden, sei dahingestellt. Heute, wo das Publikum genugsam erfahren hat, daß es gefährlich ist, einer etwas höheren Verzinsung

halber das Geld zu schwachen Instituten zu tragen, wo diese überdies fast ausnahmslos verschwunden sind, ist die Gefahr einer Abhebung der Einlagen nicht sehr groß, schlimmsten Falles würden die Einleger Wertpapiere damit kaufen und den Banken Gelegenheit geben, sich von ihren übervollen Portefeuilles ein wenig zu entlasten. Aber auch eine Ermäßigung der Vergütungssätze um $\frac{1}{4}$ bis $\frac{1}{2}$ prozent und auch eine über $\frac{1}{2}$ prozent etwas hinausgehende Ermäßigung der Debetsätze würde, wie schon gesagt, das Übel der übermäßigen Kosten eines Bankkredites nur wenig lindern. Zu weitergehenden Ermäßigungen der Debetprovisionen erklären sich die Banken außerstande wegen der hohen Unkosten. Es ist gar kein Zweifel, daß diese gegenüber der Vorkriegszeit wesentlich gewachsen sind. Das Personal ist noch immer nur bei ganz wenigen Banken auf den Vorkriegsstand gebracht, und auch wenn dies der Fall ist, so bewältigt dieses Personal ein ungleich geringeres Geschäft. Bei den meisten Banken ist das Personal noch übergroß. Seine Entlohnung ist zurzeit gewiß bescheiden, aber die Leistung nicht minder. Die Bankbeamten wollen begreiflicherweise verhüten, daß der Abbau noch größeren Umfang annehme, und richten danach ihre Leistung in der ohnedies kurzen Arbeitszeit ein. Überstunden müssen sehr hoch bezahlt werden. Das ist alles sehr begreiflich. Es fragt sich nur, ob es nicht in letzter Linie doch zum Schaden der Bankbeamten selbst, gewiß aber der viel zahlreicheren anderen Angestellten und Arbeiter ausgeht, wenn wegen der hohen Spesen die Zinssätze auf einer wirtschaftsfeindlichen Höhe gehalten werden müssen. Selbstverständlich sind nicht nur die hohen Personallasten schuld, die wirklich alles eher als vernünftige Einhebung der Fürsorgeabgabe bei Banken im mehr als doppelten Ausmaß der normalen und die enorme Höhe der übrigen Steuern trägt natürlich zu den hohen Selbstkosten der Banken bei. Ob nicht trotzdem die Banken ihre Konditionen ermäßigen könnten, ist für den Außenstehenden schwer zu beurteilen. Es läge schon deshalb in ihrem eigensten Interesse, weil es immer wieder vorkommt, daß gerade die besten Kunden sich im Ausland zu viel billigeren Sätzen Geld beschaffen. Eine fachmännische Enquete — allerdings sind die unabhängigen Fachmänner schwer zu finden — zur Überprüfung der Selbstkosten der Banken wäre sehr nützlich. Vielleicht würde sie ergeben, daß tatsächlich eine Änderung nicht möglich sei. Es wäre ein neuer Beweis, daß eben dieses Land mit seinen geringen Geschäftsmöglichkeiten auf keinem Gebiet wettbewerbsfähig ist. Aber sicher ist, daß bei solchen Debetzinssätzen eine Konkurrenz der Industrie unmöglich ist.

Am 1. Mai wird das erste Drittel der Spar- und Kontokorrenteinlagen der Centralbank der deutschen Sparkassen fällig, und da die Liquidation der Bankaktiva natürlich nur langsam vor sich geht, muß für die Fälligkeiten vorgesorgt werden. Das ist wohl die unmittelbare Veranlassung, daß die Verwaltungskommission des „Garantiefonds“ im Einvernehmen mit der Finanzverwaltung an die Ausgabe der Refundierungsobligationen schreitet, obwohl, wie die Ausweise über den Bundeshaushalt zeigen, ein dringender Geldbedarf der Regierung im übrigen nicht besteht. Zunächst soll der Teilbetrag von 60 Millionen Schilling begeben werden, der nach der dritten Centralbanknovelle „ohne Verzugs zu begeben ist“. Nach demselben Gesetz kann der Finanzminister im Verordnungswege die Einlageinstitute, Banken, Sparkassen, Landeskreditanstalten, Kreditgenossenschaften und Bankiers, verpflichten, die Schuldverschreibungen in dem von ihm festgesetzten Ausmaß und Kurs

K. P.: Der 14. Oktober.

Im Jahre 1914 nahm die Oesterreichisch-ungarische Monarchie ein politisches Mordattentat zum Anlaß, um in einem historischen Waffengang die eigene Lebensberechtigung zu erweisen. Die Weltgeschichte ist das Weltgericht. Als das Donauraich fiel und die Macht der Habsburger und Hohenzollern unter seinen Trümmern begrub, da wurde den Besiegten ein Geständnis abgerungen, das falsch war, weil es als Zeugnis der Alleinschuld am Kriege ausgelegt werden mußte. Dennoch war es das Menschheitsgewissen, das hier seinen Spruch gefällt hatte. Schuld hatten wohl auch die anderen gehabt, denn auch sie waren Nutznießer einer Völkerordnung gewesen, die das Ungeheuerliche als Voraussetzung ihres Alltags in sich trug. Aber Oesterreich-Ungarn und Deutschland hatten die Möglichkeit zur Wirklichkeit gemacht, den gutwilligen Rettern des Friedens, die den Lauf des Schicksals hemmen wollten, den Weg verlegt. Die besiegten Völker selbst strafften dafür ihre Herrscher. Auf entsühntem Boden wollten sie sich ihre neuen Staaten errichten. Als metaphysischer Untergrund webte und wirkte an der Schwelle der neuen Staatengründungen das gleiche Bewußtsein, welches fast alle Völker der Erde im Weltkrieg erfüllt hatte: das Bewußtsein von der Kriegsschuld der Mittelmächte.

1919 ist die Schuld der Besiegten gelöscht worden. Die Siegermächte diktieren einen Friedensvertrag, der in jeder Zeile das Bewußtsein einseitig an sich gerissener höchster Verantwortung trug. Die Weltgeschichte ist das Weltgericht. Die Ordnung von Versailles brachte keinen Frieden. Die Sieger hatten vor der Entscheidung versagt, sich entweder ganz zur alten oder ganz zu einer neuen Welt zu bekennen. Sie schwankten zwischen der Vorstellung eines durch Tribute, Entrechtung und Verstümmelung gestrafften Deutschland und eines durch freiwillige Entwaffnung der Sieger und Gleichberechtigung in die Bruderschaft der Völker aufgenommenen Deutschland. Zwischen dem Gedanken, die Selbstbestimmung der Völker Europas zuliebe zu verwirklichen, oder ihn, wieder Europa zuliebe, zu verleugnen. Sie fanden in sich weder die Einheit und Kraft, die Folgerungen der Gewalt zu ziehen und den auf die eigene Macht gestellten Frieden einem von ihren Truppen dauernd niedergehaltenen Gegner aufzuzwingen, noch weniger aber die Größe und den Schwung, ein Regiment der Versöhnung denen darzubieten, die sie nur entweder nochmals durch das Schwert zu brechen oder durch die endlich verwirklichte Verheißung einer höheren und besseren Menschheitsordnung als innerlich Bekehrte zu gewinnen hoffen konnten. Es gibt nicht nur eine Schuld am Krieg, es gibt auch eine Schuld am Frieden. Die Sieger hatten den Frieden auf tausende von Paragraphen gestellt, aber sie hatten vergessen, ihm einen Sinn zu geben. Die Qual der Verstümmelung, die Pein der Jahre langwierigen Aufbaus auf verwüstetem Boden, all das wäre zu tragen gewesen im Zeichen sinnvoller Vollendung. Aber dem Denkenden war es bewußt, daß er sein Lebenswerk nach Plänen zu führen gezwungen ist, die ihm feige und verwirrte Baumeister vorgezeichnet haben, denen es an Mut zum Geständnis gebrach, daß der Weg in die Leere führt. Wo blieb in all den Jahren



TREFFER
ANLEIHE



TREFFER
ANLEIHE

25.

OKTOBER

Zeichnungsschluß

der

Oesterreichischen Trefferanleihe

trotz westlichem Kulturgewissen und Genfer Aeropag jene Stimme von Oben, die den auf dem frisch umgepflügten Boden von Weimar sehnsüchtig um Verständnis und Großmut über die Grenzen horchenden Ohr der deutschen Demokratie verkündet hätte, daß ihr Glaube gerechtfertigt war? Wo die Einsicht, die dem Stärkeren hätte so leicht fallen müssen, Zugeständnis und Erleichterung selbst zu bieten, nicht aber die ausgestreckte Hand betteln zu lassen, um jenen schicksalsvollen Augenblick zu lang, der Dankbarkeit in neues Aufbegehren verkehrt? Die Sieger hatten vor der Aufgabe, eine neue Welt zu gestalten, versagt. Sie hatten im Namen des Rechts gesprochen und Unrecht geschaffen. Sie hatten auf die Welt einen Frieden losgelassen, dessen Furien Tag für Tag ihre Verantwortung und Schuld hinaus-schrien.

1933 ist die Schuld von Versailles gelöscht worden. Deutschland hat sich dem Nationalsozialismus ergeben. Es läßt durch seinen Staat und in ihm eine Lehre verkörpern, die sich als höchstes Ziel die Vernichtung des Menschheitsbegriffes selbst stellt. Der durch das Neue Testament aus den dunkelsten Blättern des Alten gelöschte Wahn der Auserwählten des Blutes, dieser heidnische Aberglaube eines nomadisierenden Hirtenstammes, feiert zwischen Schloten und Retorten, Kraftwerken und Flugplätzen eines 65-Millionen-Volkes seine schreckensvolle Auferstehung. Ein ganzes Volk stellt seine Wissenschaft und seine Religion, seine Moral und sein Recht in den Dienst von Kräften, auf deren Niederhaltung und Vernichtung die Wissenschaft und die Religion, die Moral und das Recht der weißen Rasse gebaut waren. Deutschland ergibt sich wissentlich der geistigen Umnachtung,

um für das, was es plant, Strafbefreiung zu erschleichen. Die Weltgeschichte ist das Weltgericht. Der Nationalsozialismus hat Deutschland und Europa ins Unglück gestürzt. Als reife Frucht gedachte Hitler den Aufstieg Deutschlands zur Gleichberechtigung einheimischen zu können, die das Weimarer Jahrzehnt trotz allem in greifbare Nähe gerückt hatte. Diese Früchte sind verdorrt und die Axt ist an die Wurzel des Baumes gelegt. Völker, die einst das deutsche Volk nicht gehaßt hatten, obgleich sie mit ihm im Krieg standen, hassen es heute selbst ohne Krieg. Das englische Volk war bereit, sich selbst als lebendige Brücke darzubieten, um jene Kluft der Ungleichheit zu überspannen. Heute ist es vom Wahn erfaßt, daß das Beste in ihm fast zum Opfer teuflischer Verstellung eines ganzen Volkes geworden wäre. Das amerikanische Volk, dieser schier unerschöpfliche Ozean eines aufs Allgemeine gerichteten politischen Wohlwollens, bringt es nicht übers Gewissen, französischen Sicherheitswahn zu bekritteln. Der 30. Jänner 1933 reißt die Zeit aus den Fugen und eine furchtbare Zäsur wird in den Leib der Geschichte gebrannt. Am 11. Dezember vorigen Jahres haben die Mächte Deutschland das Versprechen gegeben, daß im Rahmen der Sicherheit seine Gleichberechtigung verwirklicht würde. Dieser rettende Knoten, der die Abrüstungsverhandlungen vor dem drohenden Nichts bewahrt, wird jetzt gelöst. England und die Vereinigten Staaten bescheinigen festerlich, daß die Machtergreifung des Nationalsozialismus Frankreichs Sicherheit einer Gefahr aussetzt, die es vor Recht und Gewissen aller Bindungen enthebt. Der Nationalsozialismus wird von der Welt, der er sein Dasein so laut anmeldet, in Wesen und Folgen begriffen. Je weniger man ihn versteht, um so besser erfaßt man, was er bedeutet. Wie noch nie vielleicht in der Geschichte hat hier ein Volk in einer einzigen Handlung zuchtloser Hybris sich mit einer Schuld beladen, die die der anderen tilgt.

Wen die Götter mit Hybris schlagen, erblindet. Die Art, in welcher Deutschland die Abrüstungskonferenz verließ und aus dem Völkerbund austrat, gehört ins Kapitel jener politischen Fehler, die verräterisch sind. Hätte Deutschland seiner Sache den Schein des Rechtes ernsthaft verleihen wollen, so hätte es im Jänner bestreiten müssen, daß die Machtergreifung Hitlers eine neue Lage in der Beurteilung der Abrüstungsfrage schafft. Niemand, der über die geistig-politische Beschaffenheit des Nationalsozialismus Bescheid wußte, hätte es ihm geglaubt; aber zumindest der Form nach hätte Deutschland die Verantwortung auf die anderen abwälzen können. Es hat das Gegenteil getan. Es hat sechs Monate lang, vom Reichstagsbrand bis zum Reichstagsbrandprozeß, in zahllosen Reden, unter denen Papens Diskurs über den Strohtod wohl am aufschlußreichsten war, in zahlreichen Handlungen, von denen das Ausland oft auch dann erfuhr, wenn dies gewiß nicht in der Absicht lag, die wahre Beschaffenheit des Nationalsozialismus auch dem Begriffsstützigen vermittelt, und es bestritt das Recht seiner Verhandlungsgegner nicht, sich auf die neue deutsche Gefahr zu berufen. Der plötzliche Bruch mit Genf verrät, daß Deutschland sich weder der eigentlichen Quelle seiner Vereinsamung, noch der besonderen Verantwortung bewußt war, die ihm die eigene protestlose Hinnahme der Verschiebung der Verhandlungsgrundlagen nach Hitlers Machtantritt auf-erlegte.

Der Advokatenstreit, den Außenminister Neurath mit Sir John Simon führt, belehrt darüber genügend. Es gehörte wahrlich die ganze Kunst nationalsozialistischer Außenpolitik dazu, um Deutschland nach einem an dramatischen Höhepunkten gewiß nicht armen Weltgespräch über die Abrüstung buchstäblich dem Vorwurf auszusetzen, daß es ohne sichtbaren Grund und Anlaß den Faden abgebrochen hat! Keine verantwortliche Regierung der Erde dürfte sich nach einem solchen technischen Schnitzer vor das Parlament wagen. Zum Ueberfluß meldet sich der von Hitler noch jüngst als sein weltpolitischer Sekundant gerühmte Mussolini eiligst als Kronzeuge dafür, daß er von Hitlers Entschluß überrascht worden sei und, nach der Verhandlungslage zu urteilen, ihn für ausgeschlossen halten mußte! Regierungsproklamationen, Kanzlerrede, Noten des Außenministers erscheinen als bloße Verlegenheitsprodukte, bestimmt zur Verhüllung der Tatsache, daß die deutsche Reichsregierung den sachlichen Grund des Verhandlungsabbruchs ebensowenig anzugeben weiß wie seinen formellen Anlaß. Mag sein, daß die am 6. September in London überreichten „ergänzenden Informationen“ die neuen, unerfüllt gebliebenen Forderungen Deutschlands wirklich enthielten. Aber gerade von dieser Note, die Sir John Simon den Anlaß gab, die Einheitsfront mit Frankreich und Amerika herzustellen, behauptet doch Außenminister Neurath, daß sie nichts Neues enthalten habe, und er bezichtigt doch Sir John Simon förmlich der Fälschung, weil dieser das Gegenteil erklärt. In der Form wie in der Sache ist der Anlaß Deutschlands zum Abbruch noch immer ein Rätsel.

Die Forschung nach dem wahren Grund des deutschen Exzesses, die aus seiner Anlaßlosigkeit Nahrung schöpft, geht über den Austritt aus dem Völkerbund mit Recht hinweg. Ohne solchen Austritt wäre der Rückzug von der Abrüstungskonferenz vollends nur die Wiederholung des im Frühjahr erstmals aufgeführten Streiches gewesen, der damals nach einer prachtvoll drapierten Reichstagsrede Hitlers mit einer glatten Waffenstreckung Nadoyns in Genf endete. Der Austritt aus dem Völkerbund war das Gewürz, ohne welches das Gericht nicht noch einmal hätte aufgetischt werden können. Gerade dadurch aber vermöchte der Eindruck eines Manövers verstärkt werden. Nicht den Beschluß selbst, aber doch seine Plötzlichkeit, schreibt der gewiegte Berichterstatter der „Times“ der neuerlich in der nationalsozialistischen Elite um sich greifenden Enttäuschung über das Ausbleiben jeglicher revolutionären Großleistung des Regimes auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet zu. Um den ins Plansozialistische dringenden Radikalfaschismus abzulenken, habe Hitler die Außenpolitik über Nacht dramatisiert. (Ob er nicht übermorgen wieder außenpolitische Enttäuschungen wird durch Wirtschaftsradikalismus ablenken müssen, das mögen sich die neofaschistischen Konvertiten des Wirtschaftsliberalismus selbst fragen.) Reichstagswahl und Plebiszit seien dem Volk gestellte vaterländische Fleißaufgaben, deren Ergebnis nicht nur zahlenmäßig, sondern gewissermaßen auch politisch vorweggenommen werden könne. Hitler steuere gradewegs auf die große Reichsreform zu, die Preußen nicht anders als das übrige Reich in regionale Gaue zerteilen und damit als Festung sozialkonservativen Widerstandes (mit oder ohne Göring) erledigen werde.

Das außenpolitische Rätsel, das Deutschland der Welt gestellt hat, wird vermutlich noch einige Zeit sein

dunkles Geheimnis wahren. Es wäre beste Hitlersche Manier, einem vermeintlichen Bluff mit einem Bluff zu begegnen. Daß er die Sanktionsdrohungen Frankreichs ebensowenig ernst einschätzen will wie die Gefahr eines plötzlichen Bekenntnisses Englands zu seinen Locarno-Verpflichtungen durch die Tat, entspräche ganz den Vorstellungen eines geistigen Schwebezustandes, in welchem man sich für den Ernstfall auf die inzwischen durch rassistische Bewußtseinschulung hochgezüchtete Eingebung des Augenblicks verläßt. Inzwischen hätte man Zeit gewonnen und den passiv verbleibenden Gegner moralisch müde gemacht. Doch nur wohlfeile Selbsttäuschung wird sich in Deutschland der Einbildung hingeben dürfen, daß der Orkan, den der Nationalsozialismus in der Welt entfesselt hat, sich gehorsam in ein leises Säuseln verwandeln lasse.

W. F.: Bundesvoranschlag.

In einer Pressekonferenz hat der Finanzminister einige Summenzahlen des Bundesvoranschlages für 1934 bekanntgegeben. Um diese Zeit wurde sonst das Budget im Nationalrat eingebracht, entsprechend dem Verfassungsgesetz, das die Vorlage des Haushaltsplanes mit spätestens zehn Wochen vor Ablauf des Finanzjahres befristet. Es ist abzuwarten, auf welche Weise diesmal der Voranschlag selbst — bisher wurden nur wenige Zahlen daraus mitgeteilt — der Öffentlichkeit bekanntgegeben wird. Seine Hinterlegung im Nationalrat, die für den 2. Oktober angekündigt ist, ist unter den gegebenen Verhältnissen nur eine — allerdings sehr wichtige — Formalität. Die Beratung des Voranschlages im Nationalrat blieb leider schon seit Jahren weit hinter der früheren Eindringlichkeit zurück. Die Ausschlußberichte gewährten keine Aufschlüsse, die über die kargen Mitteilungen der Vorlagen hinausgingen, an den Ansätzen wurde nichts geändert, es sei denn seitens der Regierung selbst, was allerdings in den letzten Jahren regelmäßig geschehen mußte, weil sich im Verlauf der Beratungen herausstellte, daß der Rückgang der Einnahmen und die Steigerung insbesondere der sozialen Anforderungen den Voranschlag über den Haufen warfen. Im laufenden Jahr, wo der Ministerrat die Richtigstellungen erst beschlossen hat, nachdem der Nationalrat bereits ausgeschaltet war, hat man diese in der Gliederung des Voranschlages überhaupt nicht mehr erfahren und auch die Gesamtsummen kann man nur mittelbar aus der Veröffentlichung der den Vierteljahrsergebnissen angefügten Abweichungen von dem richtiggestellten Voranschlag errechnen. Es wäre sehr zu wünschen, daß die Regierung — auch wenn sie auf die Beratung des Voranschlages im Nationalrat verzichtet — diesen doch mindestens in gleicher Aufmachung samt Erläuterungen der Öffentlichkeit bekannt gäbe wie bisher. Es ist eine alte Erfahrung, daß nichts die ordnungsmäßige Führung des Staatshaushaltes so sehr subvertiert wie die Kontrolle des Parlaments. Wenn diese fehlt, bedarf das Vertrauen zur staatlichen Finanzverwaltung erst recht der Stärkung durch deren größtmögliche Klarlegung vor der Öffentlichkeit.

Vorläufig weiß man also nur, daß die im Laufe dieses Jahres vorgenommene Scheidung in einen ordentlichen und in einen außerordentlichen Haushalt auch für 1934 beibehalten wird. Das außerordentliche, die Inve-

Gemeinde Wien Städtische Versicherungs- Anstalt

DIREKTION:
WIEN I, TUCHLAUBEN NR. 8
TELEPHON Nr. U-27-5-40 Serie

FILIALEN IN:
Graz, Innsbruck, Klagenfurt, Linz
und Salzburg

stitutionen umfassende Budget ist vorläufig mit 68 Mill. S bemessen, seine endgültige Höhe wird von dem Ergebnis der Trefferanleihe abhängig gemacht, aus der die Bedeckung dieser der Arbeitsbeschaffung dienenden Herstellungen fließt.

Der ordentliche Haushalt schließt im Gleichgewicht und die Einnahmen sind nach der Bruttobudgetierung mit 1898,3 Mill. S eingesetzt, das ist um 75,8 Mill. weniger als der ursprüngliche Voranschlag für 1933 und um 33,2 Mill. weniger als der richtiggestellte.

Die Steuereinnahmen werden brutto mit 1008 Mill. veranschlagt, gegen 1068 Mill. nach dem ursprünglichen Voranschlag. Hier fehlt vorläufig die Möglichkeit eines Vergleiches mit dem richtiggestellten Voranschlag. Im einzelnen werden veranschlagt:

Karl Polanyi: Roosevelt zerschlägt die Konferenz.



Ob die Weltwirtschaftskonferenz sich nach dem Bannfluch, den Roosevelt gegen die Stabilisierung der Währungen geschleudert hat, vertagt oder mit dem Leerlauf bescheidet, ist ziemlich gleichgültig. Weder eine allgemeine Zollsenkung, noch eine Regelung gewisser Erzeugungszweige im Weltmaßstab ist ohne eine vorherige Festlegung der Währungsbeziehungen möglich. Zum Abschluß regionaler Abkommen über die Aufhebung der Devisenwirtschaft oder dergleichen ist wiederum eine Weltkonferenz nicht nötig. Ueber die Endgültigkeit des amerikanischen Nein aber sollte man sich keinerlei Täuschung hingeben. Die Vermutung, daß es sich etwa nur um Taktik handelte, verkennt den Kern der Lage: die tatsächlich bestehende Absicht der amerikanischen Regierung, zum Goldstandard auf lange Zeit nicht zurückzukehren. Allerdings hat Amerika im Laufe dieses Jahres zweimal den Standpunkt gewechselt: im Jänner verteidigte es den festen Dollar gegen das schwankende Pfund; im April ließ es den Dollar fallen, wahrscheinlich in der Absicht, England zu einer Währungsverständigung zu zwingen, wobei es offen ließ, ob beide Währungen zusammen schwanken oder zusammen zum Gold zurückkehren sollten. Nimmt man Roosevelts Botschaft an die Weltkonferenz wörtlich, so hat sich jetzt Amerika für das Schwanken entschieden. Der Präsident stimmt in begeisterten Tönen das Lob der Indexwährung an! Er beteuert fast mit Inbrunst, daß er nicht die Stabilität der Devisenkurse, sondern die Stabilität der Kaufkraft des Geldes einer zukünftigen Generation von Amerikanern vererben wolle. Erstaunlich ist nach alledem nur, daß die Amerikaner in London überhaupt noch an der Fiktion festhalten, daß die Konferenz eine internationale Zusammenarbeit auf dem Währungsgebiet erzielen könne. Aber die naheliegende Erklärung liegt darin, daß die Amerikaner nichts geringeres als den Übergang sämtlicher Staaten zur Indexwährung wünschen, wobei dann die Danaiden-Aufgabe der Aufrechterhaltung der Relationen der einzelnen nationalen Indexwährungen der internationalen Zusammenarbeit allerdings ein weites Feld eröffnen würde... Gewiß, Amerika könnte es sich nochmals überlegen und seine Haltung in der Währungsfrage abermals ändern. Praktisch vermöchte dies jedoch die Wirkung seines letzten Beschlusses kaum mehr aufzuheben, denn das Vertrauen in die herkömmliche amerikanische „Goldgesinnung“ hat einen Stoß erlitten, der nicht so bald überwunden werden kann. Sollte Roosevelt morgen sein Nein wieder in ein Ja verkehren wollen, so würde er damit nicht eine Taktik zu Ende geführt, sondern nur den Beweis mangelnder Willensklarheit geliefert haben. Denn jener angeblichen Taktik fehlte das Ziel. Es ist eine überholte Annahme, daß Amerikas eigentlicher Zweck die Erzielung von Zollermäßigungen sei. Gewiß, noch im Frühjahr war dem so. Damals gedachte Amerika den fallenden Dollar gewissermaßen auf die fremden Zollmauern niedersausen zu lassen und die eigene Währung erst im Austausch gegen einen freieren Absatz auf dem Weltmarkt zu stabilisieren. Voraussetzung war natürlich, daß Amerika selbst seine Hochschutzzollpolitik verlassen und eine Epoche des Freihandels einführen werde. Diese Voraussetzung besteht heute nicht mehr. Amerika hat sich für

einen selbstversorgerisch-planwirtschaftlichen Versuch entschieden, der zwangsläufig zum Hochschutzzoll führt oder zumindest der Freiheit nicht entraten kann, die Binnenwirtschaft mit Schutzzöllen zu umgeben. Damit ist jedem ernstem handelspolitischen Vorstoß zur Niederlegung der fremden Zölle der Boden entzogen. Amerika verfolgt in London überhaupt keine positiven wirtschaftspolitischen Ziele mehr. Ob Roosevelts Hieb gegen die Goldwährung sitzt oder nicht, es war ein Hieb, nicht eine Finte.

Die Schwierigkeit, in der sich die Goldwährungsländer befinden, dem Hieb kraftvoll zu begegnen, kommt von der Haltung Englands. Hier wirkt die Nemesis. England hat sich verrechnet. Es zögerte die Stabilisierung des Pfundes absichtlich hinaus, um das dem Golde treue Amerika durch den Druck seiner schwankenden Währung zur Schuldentstreichung zu drängen. Bewirkt hat es aber nur, daß auch Amerika dem Gold untreu geworden ist und, ohne die Schulden nachgelassen zu haben, den Dollar mit noch größerer Amplitude schwanken ließ als England das Pfund. Die City hatte verkannt, daß wenn die schlechtere Währung einmal der besseren diktiert, die noch schlechtere Siegerin bleiben muß. Das Argument eines drohenden Wettlaufs der Geldabwertung, mit dem MacDonald die Konferenz vor dem Scheitern errotten wollte, wirkt sich heute nicht so sehr gegen Amerika, welches die Konferenz direkt bedrohte, als gegen England selbst aus, das sich wider Willen in das amerikanische Kielwasser begeben hat. Deshalb vermag England, so sehr es vielleicht auch möchte, den Goldländern nicht zu helfen. Umsonst hat es seit Monaten seine Währung dem französischen Franc gegenüber stabil gehalten — wenn der Dollar die Gleitbahn betritt, kann das Pfund nicht auf der Höhe des Franc verbleiben. Nicht nur Kanadas und Australiens wegen, deren Markt dem Dollar sicherer folgen würde als den papierernen Präferenzen von Ottawa, sondern auch um des Mutterlandes willen, dessen Exportkostenproblem das Abgleiten des Pfundes bei gleichbleibenden Inlandspreisen noch keineswegs behoben hat.

Die Farmer stimmen demokratisch

Roosevelt donnert gegen die, die heute die Währungen stabilisieren möchten. Sie trügen die Schuld an der hereinbrechenden Weltkatastrophe, auf ihnen laste der Fluch des Weltuntergangs. Daß Roosevelt, der aus den weltmännischen Ländern Neuenglands stammende Aristokrat, sich in der alttestamentarischen Bildersprache eines Bryan ergeht, der als braver Bimetallist die Welt davor bewahren wollte, an das „goldene Kreuz geschlagen“ zu werden, diese fast nach gespielterm Hinterwäldlertum schmeckende Stülwidrigkeit ist keineswegs Zufall. Franklin D. Roosevelt ist der erste Demokrat, der neben den Stimmen des „sicheren Südens“ auch die der Farmer des mittleren Westens auf sich vereinigt hat. Das bedeutet eine vollkommen neue Zusammensetzung der Demokratischen Partei. Die Bindung Roosevelts an diese Wählergruppe geschah schon lange vor der Wahl, nämlich im demokratischen Konvent in Chicago, wo seine Nominierung zum Präsidentschaftskandidaten der Partei erfolgte. Roosevelt drang gegen „Al“ Smith und die Oststaaten nur mit Hilfe des wachsenden radikalen Flügels der Partei durch, deren Führer u. a. die Senatoren John N. Garner (gegenwärtig Vizepräsident der U. S. A.), MacAdoo (Kalifornien), Long (Louisiana), Wheeler (Montana) sind. Ihnen verdankte er auch

die Unterstützung der an der pazifischen Küste und im mittleren Westen einflußreichen durch und durch nationalistischen und inflationistischen Hearst-Pressen. Doch nicht nur innerhalb des alten Parteirahmens ging eine völlige Umgruppierung vor sich. Bei den Wahlen selbst wirkte der Einfluß der fortschrittlichen Republikaner wie der Senatoren Hiram Johnson und Norris in den Farmergegenden mächtig für Roosevelt. Sie sind Vertreter der Wählermassen, die von jeher in Wall Street die Verkörperung jenes „internationalen Kapitals“ sahen, das seinen europäischen Geschäften zuliebe Verrat an Amerika übe. Aus diesem Lager ist schon im Vorjahr die Goldborough-Bill hervorgegangen, das erste Alarmsignal des heranbrechenden Inflationismus. Verhüllt wurde diese Entwicklung zur Zeit des Parteikonvents von Chicago noch durch den Umstand, daß das Programm der Partei vom alten liberalen Flügel der Partei her stammte. Zu diesem muß man nicht nur die meisten Mitarbeiter Wilsons wie den Colonel House, Newton Baker, Norman Davis und John W. Davis zählen, sondern vor allem die Vertreter des östlichen großstädtischen Kosmopolitismus, die „Al“ Smith, Owen D. Young, Melvin Trayler, Walter Lippmann, diese in der Partei einflußreichsten Gegner des Isolationismus und der Hochschutzzollpolitik. Es ist nun ein sehr wichtiger Umstand, daß kein einziger Vertreter der Wilson-Gruppe oder der „Liberalen“ Senator oder Abgeordneter geworden ist. Der Einfluß dieser Gruppen im Kongreß ist deshalb nur gering. Nach Roosevelts Sieg galten Owen D. Young und „Al“ Smith als Kandidaten für das Schatzamt. Ernannt wurde William H. Woodin, ein ehemaliger Republikaner. Landwirtschaftsminister wurde keiner der alten Garde, sondern Henry Aggard Wallace, ein radikaler Republikaner und Inflationist. Senator Carter Glass, der größte Autorität als konservativer Währungspolitiker in der Demokratischen Partei genießt, wurde umgangen. Roosevelt als Präsident darf nicht mit Roosevelt dem Gouverneur des Staates New York verwechselt werden. Dieser Staat gab seine Wahlmännerstimmen im Konvent nicht für ihn ab. Roosevelt ist heute der Präsident der krisenbetroffenen Farmer, deren Revolte Ende Februar bereits 22 Staaten ergriffen hatte. Mitte Jänner hatte der Staat North Dakota beschlossen, daß die Farmerstaaten sich von den neuen östlichen Finanzstaaten: New York, Massachusetts, Maine, New Hampshire, Vermont, Connecticut, Rhode Island und New Jersey endgültig trennen sollten. Gewiß eine bloße Demonstration, aber eine, deren regionalistische Tendenz von einem sozialen und wirtschaftspolitischen Inhalt getragen ist, der heute in Amerika Roosevelt heißt. Auch das Millionenheer der Arbeitslosen schaut auf ihn. Es vereint sich mit dem Millionenheer unbeschäftigter Unternehmer im Ruf nach Arbeitsbeschaffung. Die Brain-Trust genannte neue Beratergruppe stellt den planwirtschaftlich-faschistischen Generalstab dieser Zielrichtung dar.

Inflationsrausch

Amerika hört heute nur das Geräusch seiner eigenen gewaltigen Betriebsamkeit. Am 16. Juni wird die außerordentliche Tagung des Kongresses geschlossen, die dem Präsidenten Vollmachten gibt, wie sie noch keine demokratische Volksvertretung je der Vollzugsgewalt eingeräumt hat. Der Präsident kann eine Steuer auf die Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse einheben und den Ertrag zur Entschädigung der Landwirte verwenden; er kann die landwirtschaftliche Anbaufläche radikal einschränken; er kann Zwangskartelle errichten

und ihnen Satzungen vorschreiben, die Mindestpreise, Höchstarbeitszeit und Mindestlöhne umfassen; er kann widerstrebenden Unternehmungen, die sich den Satzungen nicht fügen, das Recht entziehen, ihr Gewerbe zu betreiben; er kann Kontingente, Einfuhrbewilligungen, allgemeine Einfuhrverbote oder Zollerhöhungen in jeder Ausdehnung verfügen, um die zwangskartellierte Industrie vor dem Auslandswettbewerb zu schützen; er kann die Schließung von Banken anordnen und die Bedingungen vorschreiben, unter denen sie wieder die Schalter öffnen dürfen; er kann den Goldwert des Dollars bis auf die Hälfte senken. Kaum ist die Session geschlossen, ernannt Roosevelt einen Verwalter zur Durchführung des Industrial Recovery Act, einen „Koordinator“ für das gesamte Eisenbahnwesen und einen vorläufigen Verwalter für die neuen öffentlichen Arbeiten. Kabinettsausschüsse werden eingesetzt, um mit den neuen Bevollmächtigten zusammenzuarbeiten. Beratende Ausschüsse von industriellen und Gewerkschaftsführern werden geschaffen. In Wirklichkeit war General Hugh S. Johnson, der zur Verwaltung der Industrial Recovery Act ernannte Bevollmächtigte, bereits seit Mitte Mai in der Vorbereitung der Reorganisierung tätig. Am 27. Juni findet die erste öffentliche Vernehmung industrieller Interessenten unter dem Zwangskartellgesetz statt. 400 Mill. Dollar werden auf Grund der Industrial Recovery Act vom Präsidenten für den Straßenbau flüssig gemacht. Mit der Einhebung der landwirtschaftlichen Verarbeitungssteuer wird trotz 100%iger Steigerung der Weizenpreise begonnen ... Niemand merkt, daß die Vollmachten einander ausschließende Alternativen darstellen; daß die fieberhafte Tätigkeit jedes wirklichen Planes entbehrt; daß die Preissteigerungen zum Teil die Bewegung auf den Weltmärkten, zum Teil vorweggenommene Geldentwertung spiegeln, zum Teil nur dem Papierwert nach Steigerungen, dem Goldwert nach jedoch effektive Preisenkungen sind. Amerika ist in gehobener Stimmung. Der 3. Juli, an dem der Präsident die Weltwirtschaftskonferenz torpediert, wird dort kaum beachtet.

W. F.:

Opfervolle Bankensanierung.

Die Rechnungsabschlüsse der Wiener Großbanken sind erschienen. Ein Ueberblick über Art und Umfang der Sanierungsaktion, über die Opfer, die von den Aktionären und der öffentlichen Hand gebracht wurden, ist nun möglich. Auf ganz verschiedene Weise ist von Fall zu Fall die Notwendigkeit der Sanierung offenbar geworden, verschieden war auch die Art der Rekonstruktion. Nach dem Zusammenbruch der Credit-Anstalt sind Jahre verstrichen, innerhalb deren Aktionäre, Staat und Nationalbank zu zwei verschiedenen Malen zu Opfern herangezogen wurden, bevor die Bank eine bereinigte Bilanz erstellen konnte. Auch beim Wiener Bank-Verein haben sich nach der ersten Kapitalzusammenlegung und Schuldenkonsolidierung nochmals einschneidende Sanierungsmaßnahmen nicht vermeiden lassen. Die Niederösterreichische Escompte-Gesellschaft hat sich zwar nur einmal um Hilfe an die Öffentlichkeit gewandt und ihre Verluste eingestanden. Die Wirkung war aber, materiell und nicht materiell, um so tiefergreifend.

Die Gesamtverluste

Der Bedarf der drei Banken zur Bilanzbereinigung

oder verfügen; welche Behörden, diese Frage wird durch das Problem Wien fast unlösbar politisch erschwert. Ein sachlich vertretbarer Kompromißweg scheint mir dahin zu gehen, daß in Angelegenheiten der mittelbaren Bundesverwaltung (also im umfangreichsten Teil der Verwaltung) in erster Instanz die politische Bezirksbehörde, in zweiter Instanz (in sämtlichen Ländern einschließlich Wien) der Landeshauptmann entscheidet. In Rechtsfragen sollte in diesem Stadium die Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof, in Ermessensfragen die Berufung an das zuständige Ministerium offenstehen, wie es ungefähr schon der im übrigen viel zu komplizierte Entwurf der im Jahre 1912 eingesetzten Verwaltungsreformkommission vorgeschlagen hatte. Diese Gabelung des Rechtsmittelweges bedingt allerdings eine kasuistische Zuständigkeitsverteilung zwischen Ministerialinstanz und Verwaltungsgericht. Viel überflüssiger Aktenleerlauf würde dadurch erspart werden, daß in allen Fällen, in denen eine Verwaltungssache örtlich auf einen Bezirkssprengel beschränkt ist, die Kompetenz vom Landeshauptmann auf die Bezirksbehörde übertragen wird, die derzeit ohnehin die Grundlagen für die Entscheidung des Landeshauptmannes beizubringen hat. — Die so bewährten Verwaltungsverfahrensgesetze von 1925 sollten den einhelligen Wünschen der Interessenten gemäß auf die Verwaltungsgebiete ausgedehnt werden, die bisher noch von einem alten, meist unmodernen Prozeßrecht beherrscht werden; insbesondere das starre Festhalten der Finanzbehörden an dem gegenwärtigen Steuerverfahren wäre einer besseren Sache würdig. Der Entwurf zur Vereinheitlichung und Vereinfachung des Verfahrens in der Sozialversicherung wird zwar dieser seiner Aufgabe im ganzen und großen gerecht. Doch ist es völlig ungerechtfertigt, gerade diesen Verwaltungszweig, an dem geradezu die Existenz großer Massen hängt, in der beabsichtigten Weise zu bagatellisieren und insbesondere generell die Kontrolle des Verwaltungsgerichtshofes auszuschließen. Das öffentliche Dienstrecht beschäftigt infolge seiner kasuistischen Gliederung der Angestellten- und Pensionistentypen, zahlreichen irrationalen Atavismen und der neuerdings eingeführten Ratenzahlung der Monatsbezüge eine überflüssige Menge von Beamten mit der Behandlung der Angelegenheiten anderer Beamter. Doch sind hier wohl alle ernstlichen Reformmaßnahmen durch fiskalische Schwierigkeiten hoffnungslos blockiert. Scheiterte ja doch selbst der von der Deutschösterreichischen Arbeitsgemeinschaft mit Unterstützung namhafter Verwaltungsbeamter unternommene Versuch, die großzügigen Einrichtungen des Deutschen Reiches im Dienste der Beamtenfortbildung auf Oesterreich zu übertragen, an finanziellen Schwierigkeiten, obwohl der Aufwand des Bundes für solche Einrichtungen im Betrage von etwa 30.000 bis 50.000 S durch Besserung der Qualität der Beamtenleistungen und Vermeidung von Fehlleistungen reichlich wettgemacht worden wäre! Völlig unabsehbar und aus Raumgründen nicht einmal für eine illustrierende Aufzählung geeignet sind die Verwaltungsvorschriften, die teils einer Vereinfachung zugänglich, teils völlig entbehrlich sind.

Wer mit wirklichem gutem Willen und ohne Ausreden an die Verwaltungsreform geht, findet also jedenfalls ein fast unerschöpfliches Betätigungsfeld. Ebenso entschieden wie der Wille zur Tat müßte aber der Wille

sein, die unausbleiblichen günstigen Wirkungen einer wahren Tat nicht wiederum durch unverantwortliche Belastungen des Staatshaushaltes zu gefährden und verschütten.

Karl Polanyi: Zweiter Fünfjahrplan abgebrems

Das Plenum der führenden Körperschaft der Kommunistischen Partei Rußlands hat seine Tagung mit der Bekanntgabe der Planzahlen für das Jahr 1933 beendet. Der zweite Fünfjahrplan ist nicht veröffentlicht worden. Die genau vor einem Jahr amtlich angekündigten Zahlen müssen damit als nicht fällig gelten. Statt dessen hat das Plenum folgende Resolution von weittragender Bedeutung gefaßt:

„Zum Unterschied vom ersten Fünfjahrplan wird der zweite Fünfjahrplan vorwiegend ein Fünfjahrplan der Beherrschung der neuen Unternehmungen der Industrie, ein Fünfjahrplan der organisatorischen Festigung der neuen Unternehmen in der Landwirtschaft, der Kollektivgüter und Sowjetgüter sein, was selbstverständlich eine weitere Entfaltung des Neuaufbaues nicht ausschließt, sondern voraussetzt. Das bedeutet, daß der zweite Fünfjahrplan, wenn er auf einen bedeutungsvollen Erfolg rechnet, die heutige Lösung des Neuaufbaues durch die neue Lösung der Beherrschung der neuen Unternehmen, der neuen Technik ergänzen muß.“

Rußland verzichtet darauf, den Turm des Industriebaus in jene schwindelnden Höhen zu führen, von denen die im Jänner vorigen Jahres veröffentlichten Zahlen des zweiten Fünfjahrplanes sprachen. Denn verlangsamt wird nicht nur der Ausbau der Schwerindustrie, sondern auch der der Leichtindustrie. Also weder forcierte Steigerung der Produktionskräfte, noch des industriellen Verbrauchs. Stalins Ankündigung über die geplante Verlangsamung des Wachstumstempos der Industrie von bisher 22 bis 23% jährlich auf durchschnittlich 13 bis 14% in den nächsten fünf Jahren findet so ihre überaus bedeutsame Erklärung. Den Rahmen des zweiten Fünfjahrplanes sollte die Erzeugung von 250 Mill. t Kohlens und 23 Mill. t Roheisen im Jahre 1937 abgeben. Die neue Endzahl wird nun nicht mehr veröffentlicht. Aber man kann sie ungefähr errechnen. Bei einem Ausgangspunkt für Kohle von etwa 63 Mill. t, für Eisen von 6,2 Mill. t würden die 13 bis 14% Stalins kaum die Hälfte jene Zahlen erreichen. Doch man sollte sich hüten, wie das so oft geschehen, deshalb gleich von einem Zusammenbruch der gesamten russischen Planwirtschaft zu sprechen. Die Einkehr der Russen könnte sich vielmehr als der einzig rettende Ausweg für sie herausstellen. 1933 so übrigens die Steigerung 16,5% ausmachen, offenbar wäre eine allzuschärfe plötzliche Einschränkung des Industriebaus unmöglich wäre. Ueberhaupt muß man sich vor Augen halten, daß, wenn auch verlangsamt, der riesige Anstieg der Produktion sich weiter fortsetzen, ja zum Teil erst jetzt zur Geltung kommen wird.

Aber eines ist klar: Die Russen haben den zweiten Fünfjahrplan radikal abgebrems. Sie haben es getan, weil sie nicht anders konnten. Was war der Hauptgrund des Rückzuges?

Die einfachste, aber recht irreführende Formel dafür könnte lauten: Das Mißlingen des

ersten Fünfjahrplanes.

Diese Formel ist inhaltlos, weil niemand, die Russen wahrscheinlich nicht ausgenommen, heute zu sagen wüßte, ob die Schwierigkeiten der russischen Wirtschaft mehr der Erfüllung oder der Nichterfüllung des Fünfjahrplanes zuzuschreiben sind. Die ungleichmäßige Erfüllung eines richtigen Planes muß offenbar die gleichen wirtschaftswidrigen Folgen haben wie die genaue Erfüllung eines von vornherein falschen Planes. Daß der Fünfjahrplan ganz ungleichmäßig erfüllt worden ist, behaupten die Russen selbst. Wenn Stalin die Planerfüllung mit 93,7% angibt, so mag das also glaubwürdig sein, ist jedoch trotz der Präzision ungenau. In einer Verwaltungswirtschaft ist die Geldrechnung stets eine ganz prekäre Angelegenheit, denn der Betrag der Investitionen gibt nur das Ausmaß der Opfer an, die die Wirtschaft gebracht hat, nicht aber zugleich auch das Ausmaß, in welchem der Erfolg gesichert werden konnte. Auch in der Marktwirtschaft ist der Erfolg nicht von vornherein gewiß, aber er ist zumindest nachträglich feststellbar. In der Verwaltungswirtschaft ist dies rechnungsmäßig zumeist unmöglich. Dennoch wäre es müßig, die Stalinischen 93,7% bezweifeln zu wollen. In Wirklichkeit sind es die Russen und nicht die Ausländer, die das Erreichte als ungenügend erachten; sie sind enttäuscht, weil sie sich noch weit über den ursprünglichen Fünfjahrplan hinausgehender Siege gewiß wähnten. Folgende Zahlen erklären genügend, weshalb die Russen trotz der 93,7prozentigen Planerfüllung die Lage als sehr ernst einschätzen:

	Ursprüngliche Fünfjahr- plan-Zahl 1932/33	1931 geplant	1931 erfüllt	1932 geplant	1932 erfüllt	1933 geplant
	in Millionen Tonnen					
Kohle	75	53,6	56,7	90,5	63	84
Roheisen	10	8	4,9	9	6,2	9

Kohle wie Eisen hatten 1932 den ursprünglichen Fünfjahrplan nicht erfüllt (63 statt 75; 6,2 statt 10). Kohle war nicht um vieles, Roheisen in katastrophalem Ausmaß, um mehr als 33%, zurückgeblieben. Ein genauer Vergleich ist nicht möglich, da der ursprüngliche Plan bis 30. September 1933 hätte laufen sollen. Angesichts der Tatsache nun, daß die Maschinenindustrie weit über den ursprünglichen Fünfjahrplan hinaus ausgebaut wurde, klaffte hier ein ungeheures Mißverhältnis zwischen Rohstoff und Weiterverarbeitung, zwischen Unter- und Oberstufe der Wirtschaft. Diese Spannung war es, die die Russen Jahr für Jahr dazu antrieb, jeden neuen Mißerfolg der Montanindustrie mit immer neuen, noch größeren Produktionsprogrammen zu beantworten. Diese in ihrer perzentuellen Zunahme immer mehr gesteigerten Planzahlen (die sogenannten Kontrollzahlen), die Jahr für Jahr weniger erfüllt werden konnten, mußten allmählich das bedrückende Gefühl der Ohnmacht und der Irrealität erzeugen. Sind doch schließlich die Planzahlen 1933 für Kohle wesentlich niedriger als die Planzahlen des Vorjahrs und nur ebenso hoch, wie es die des Jahres 1931 waren! Bei Roheisen fast das gleiche Verhältnis der Planzahlen, nur daß das Verhältnis der Erfüllung noch ungünstiger ist. Und dennoch: Gerade das beweist, daß nicht in der Mindererzeugung an sich, sondern wie in jeder Wirtschaft, in der mangelnden Verhältnismäßigkeit der eigentliche Krisengrund liegt. Molotow sagt:

„Die Eisenhüttenindustrie erhält somit in der Tat die Aufgabe, ihr vorjähriges Programm in diesem

Jahr zu erfüllen, bzw. den Jahresplan in zwei Jahren auszuführen. Während in der Roheisenproduktion eine gewisse Verbesserung zu verzeichnen war, muß in diesem Jahr besonders auf die Erhöhung der stark zurückgebliebenen Stahl- und Walzeisenproduktion Gewicht gelegt werden. Davon hängt sehr vieles in der Weiterentwicklung der gesamten Wirtschaft ab, besonders die Produktion der Maschinenindustrie, die 1933 bedeutend stärker wachsen könnte als um die im Plan vorgesehenen 23%, wenn sie nicht von der Stahl- und Walzeisenknappheit gebremst würde.“

Das heißt: Die Abbremsung der verarbeitenden Industrie erfolgt also von selbst. Schon gegenwärtig ist die Maschinenindustrie um viele Dutzende von Prozenten der Eisenerzeugung voran. Ein nicht unbeträchtlicher Teil der russischen Maschinenindustrie steht aus Mangel an Rohstoff still. Die Erzeugungszahlen bedeuten keinen Grund zur Herunterschraubung des Planes, denn nicht an diesen an sich, sondern nur an ihrem Mißverhältnis krankt die Wirtschaft.

Es liegt nahe, in den ungenügend ausgebauten

Eisenbahnen

den Hauptgrund der Drosselung des Ausbaus der Industrie zu sehen. Kein Zweifel, daß sich der Fünfjahrplan in diesem Punkt verrechnet hat. Er hoffte, durch organisatorische Reformen irgendwie um die kostspielige Erneuerung und Erweiterung des Oberbaus und des Fahrparks herumzukommen. Besonders 1931 war die Schädigung der Wirtschaft durch den versagenden Frachtenverkehr sehr groß. Unter seinen Opfern waren zahlreiche Hochöfen, die mangels Nachschubs an Erz, Magnesit, Schamotteerde, Kalk usw. ausgeblasen werden mußten und zugrunde gingen. Gerade im vergangenen Jahr war aber die Schwäche des Verkehrswesens leichter zu tragen, denn die wirtschaftliche Konjunktur war rückläufig, wodurch eine unwillkürliche Entlastung des Frachtenverkehrs eintrat.

Auch dem ungünstigen Einfluß der

Weltwirtschaftskrise

auf die Durchführung des Fünfjahrplanes könnte leicht eine übertriebene Bedeutung beigemessen werden. Die ungünstigen Ausführpreise zwangen zwar das Land zu einer mengenmäßig großen Ausfuhr, aber dafür wurde es durch längerfristige Kredite entschädigt, die vielleicht in einer günstigeren Konjunktur von den Lieferanten gar nicht zur Verfügung gestellt worden wären. Der schon vordem verhältnismäßig niedrige Außenhandel Sowjetrußlands, der erst einen Bruchteil des Vorkriegshandels ausmacht, ist, gemessen an den ständig steigenden Werten der Inlandsproduktion, eigentlich noch wesentlich geringer geworden. Der russische Außenhandelswert sollte nicht mehr mit dem Vorkriegsaußenhandel verglichen werden, sondern mit dem Wert der gesamten inländischen Produktion, der sich seit 1913 etwa verdoppelt haben dürfte. Der gesamte Außenhandel hat also für Rußland gegenwärtig stark sinkende Bedeutung.

Und die

Inflation?

Die Finanzierung des Fünfjahrplans war auf die erwartete Senkung der Produktionskosten gebaut, die naturgemäß in Rußland der Staatskasse zugute kommt. Der Fünfjahrplan der Kostensenkung ist nur zur Hälfte erfüllt worden. (Senkung um 35%.) Die Finanzierung des Fünfjahrplans hat nun auch eine starke Zunahme des Notenumlaufs bewirkt, und da dieser eine ent-

sprechende Steigerung der Preise auf dem Fuße gefolgt ist, scheint an der Tatsache der Inflation selbst kein Zweifel bestehen zu können. Oft wird darüber Erstaunen ausgedrückt, daß angesichts der aus Rußland gemeldeten Preise für Lebensmittel auf dem freien Markt die russische Währung überhaupt noch funktioniert. Obgleich nun, wie immer man auch den Begriff des Geldwertes umschreiben wolle, die russische Währung zweifellos entwertet erscheint, so muß doch davor gewarnt werden, diese Entwertung als eine gefährliche Inflation anzusehen. Mitte 1928 betrug der Notenumlauf 1701 Mill. Rubel, Mitte 1932 war er auf 5785 Mill. gestiegen. Der Fünfjahrplan selbst hatte nur eine Zunahme im Umfang von 1250 Mill. vorgesehen. Die Ueberschreitung beträgt also mehr als das Doppelte. Aber angesichts einer Kapitalinvestition unter dem Fünfjahrplan von 64.000 Mill. und einem gesamten Finanzaufwand von 86.000 Mill. Rubel kann es nicht entscheidend sein, ob die Finanzierung durch 1 oder 2 Milliarden Banknoten mehr oder weniger besorgt wurde, besonders da der Staatshaushalt während dieses Zeitraums sich im Gleichgewicht befand und der Rubel im Wege des Außenhandelsmonopols zu einer Inlandwährung gemacht werden konnte. Dennoch liegt, wie gesagt, eine Geldentwertung zweifellos vor, die sich in der Tatsache steigender staatlicher Konsumwarenpreise seit 1 bis 2 Jahren kundgibt. Trotz gelegentlicher Preisermäßigungen, so im Herbst 1931, steigt das Niveau der Verbrauchsgüterpreise ständig. Aber unter einem System allgemeinen staatlichen Handelsmonopols tragen diese Preissteigerungen zum Teil den Charakter von Verbrauchssteuern und gehen auf Kosten des Reallohnes, ohne zwangsläufig den Nominallohn mitzuerhöhen. Steigende Preise bedeuten dieserart oft steigende Besteuerung, also sogar eine Deflation. Nicht Preis-, sondern Lohnsteigerungen sind in Rußland das Kennzeichen der Inflation. Auch solche fehlen nun keineswegs, die Nominallöhne sollen unter dem Fünfjahrplan in der Großindustrie sogar um 67% gestiegen sein. Dem steht die Tatsache gegenüber, daß das Angebot an gewerblichen Verbrauchsartikeln infolge Sperrung der Einfuhr und Vernichtung von Haus- und Kleingewerbe trotz Steigerung der Fabriksproduktion um 187% nur wenig zugenommen haben dürfte. So besteht denn auch eine wirkliche Inflation, jedoch nur in dem Ausmaß, in welchem die Zunahme der Lohnsumme die Zunahme des Verbrauchsgüterangebots übersteigt. Keinesfalls erreicht aber diese Inflation einen Grad, der dem Aufbau des zweiten Fünfjahrplans ernsthaft hinderlich sein könnte. Ausschlaggebend waren andere Gründe.

Daß der Sowjetplan nicht mit den bisherigen Mitteln weitergetrieben werden konnte, ist wohl hauptsächlich die Folge des Umstandes, daß die

Ueberdimensionierung des Plans

sich für die Russen erst jetzt erwiesen hat, und zwar durch ihre spät, aber dafür um so verheerender einsetzenden Wirkungen. Die Schöpfer des Plans vermeinten, daß die Hinausschiebung der Konsummittelproduktion der Industriearbeiterschaft zwar große, aber immerhin noch tragbare Opfer auferlegen werde. Sie dachten nur an den Ausfall an industriellen Fertigwaren. Die Arbeiter, so meinten sie, würden eben zwei bis drei Jahre länger auf neue Kleider und Mützen, Eßbestecke und Lampenschirme warten müssen. In Wirklichkeit war die Folge

auch eine Lebensmittelnot. Die Sozialisierung des Kleinbetriebes hatte schon früher das in Rußland sehr verbreitete Handwerk vernichtet; die Kollektivierung der Landwirtschaft war mit der Vernichtung des dörflichen Handwerks verbunden. So nahm die Dringlichkeit des Bedarfs der Bauern an gewerblichen Verbrauchsartikeln mit der Kollektivierung sprunghaft zu. Da er unbefriedigt blieb, mußte die Kollektivierung wirtschaftlich versagen. Das ist der tiefste Grund der Verschlechterung der Lebensmittellage in den Städten bis zur Beeinträchtigung der vollen Arbeitsfähigkeit. Hinzu kam aber noch ein weiteres. Die Landwirtschaft ist die wichtigste Rohstoffquelle der Leichtindustrie, sie liefert ihr Flachs, Hanf, Borsten, Knochen, Wachs, Talg und unzählige andere Stoffe. Mangel dieser Stoffe konnten die neuen Fabriken der Leichtindustrie nicht sämtlich in Betrieb gesetzt werden. Erst jetzt treten so die ganzen folgenschweren Wirkungen der schwerindustriellen Ueberspannung des Plans an den Tag. Die Forcierung der Schwerindustrie hatte den Arbeitern nicht nur fürchterliche Entbehrungen auferlegt. Sie hatte auf dem Umweg über das Versagen der Landwirtschaft die Fortführung des Plans selbst einfach unmöglich gemacht.

In diesem Licht erlangen die von Molotow mitgeteilten Tatsachen ihr volles Gewicht: Die Fleisch- und Butterversorgung wird nicht einmal im kommenden Jahr verbessert werden. Die Hoffnungen, die man auf eine schnelle Auffüllung des zur Zeit der Kollektivierung von den widerstrebenden Bauern durch Notschlachtungen dezimierten Viehbestandes gesetzt hatte, haben sich nicht verwirklicht. Der Viehstand blieb, vor allem wohl als Folge des geschilderten wirtschaftswidrigen Verhältnisses von Stadt und Land, äußerst gering. Die Fleischaufbringung mußte in Form einer Steuereinhebung geschehen, im heurigen Jahr soll sogar die Getreideaufbringung wieder auf diese Weise statt im Wege staatlichen Ankaufes erfolgen.

Als alles durchdringender zentraler Grund aller Schwierigkeiten hat sich jedoch der unüberwindbare

Mangel an technischem Wissen und Können

der Bevölkerung erwiesen. Die Russen haben das Wunder vollbracht, innerhalb weniger Jahre einem Hundert-Millionen-Volk von Analphabeten das Schreiben und Lesen beizubringen. Aber Schreiben und Lesen ist nicht alles. Es mag politisch dazu genügen, um im Wege des Meinungsmonopols regieren zu können. Aber auch bei größter Anstrengung des gewaltigen Lehrapparats gelingt es nicht, Zehntausende technisch geschulter Ingenieure, Millionen gelernter Arbeiter aus dem Boden der Steppe zu stampfen. Die Leidensgeschichte der russischen Eisenhütten — ein erheblicher Teil mußte 1931 stillgelegt werden — ist eine einzige Geschichte des Versagens halbgeschulter, ungeübter junger Ingenieure, unerfahrener Werkmeister, einer ungelerten Arbeiterschaft. Dem Uebel konnte mit keinem Mittel abgeholfen werden. Denn schneller noch, als die Heranbildung der technischen Kräfte vor sich ging, schneller noch, als die Anzahl gelernter Arbeiter gesteigert werden konnte, nahm eine andere Erscheinung zu, die jede Anstrengung zunichte machte: Die progressive Maschinisierung und Mechanisierung der neuengerichteten Betriebe auf einem Niveau der Technik, das immer zunehmende Anforderungen an den Arbeiter stellt. Und hier liegt vielleicht

als Hauptgrund des großen Entschlusses, den zweiten Fünfjahrplan abzubremfen. Denn damit wurde eines der wichtigsten Auskunftsmitel der Russen ungangbar: Die extensive Verwendung ungelernter Arbeiter als Ersatz für angelernte und gelernte, wo solches möglich ist. Erdarbeiten, Holzfällen, Kaikbrennen, aber auch Straßen bauen oder Häuser anstreichen sind Leistungen, die fast unbegrenzt beschleunigt werden können, wenn man nur mit der Zahl der eingesetzten Arbeiter nicht zu sparen braucht. Eine den Abendländern unvorstellbare Überbesetzung der verschiedensten Betriebe wurde zur Regel, Gemeinschaftsküchen, Kinderausspeisungen oder dergleichen wurden mit dem doppelten, wenn nicht dem dreifachen oder vierfachen Personal des im Westen erforderlichen geführt. Überall trachtete man Kenntnis und Erfahrung durch die Zahl zu ersetzen. Obgleich der Reallohn zugleich gesenkt werden mußte, wurden die Lohnkosten durch diesen Vorgang trotzdem erhöht. Aber ob wirtschaftlich oder nicht — technisch wurde die Arbeit bewältigt. Das geht nun nicht weiter. Denn je mehr mit der Industrialisierung die Mechanisierung und Maschinisierung fortschreitet, um so mehr wird dieser Weg ungangbar. Daher die schwere Krise der Arbeitsorganisation, der massenhafte Abbau von Arbeitskräften, vor allem in der Schwerindustrie. Die Russen haben einsehen müssen, daß sie überhaupt erst lernen müssen, ihre neuen Werke zu führen.

Die andere Grundschwierigkeit, die sich erst spät, aber dann um so stärker meldete, ist die Unmöglichkeit einer Wirtschaft ohne

Rentabilitätsrechnung.

und einer Rentabilitätsrechnung ohne weitgehende, bis ins feinste durchgeführte buchhalterische, kaufmännische, administrative und kreditpolitische Organisation. Wie weit sie davon entfernt sind, geht aus den immer erneuten Anstrengungen hervor, die Kreditreform vom Jänner 1930 und ihre grundlegende Abänderung durch das Gesetz vom 23. Juli 1931 in die Wirklichkeit umzusetzen. Daß eine jede Wirtschaft in ihrer Gründungsperiode mit Verlust arbeitet, ist nicht neu. Aber was die russischen Wirtschaftsführer beängstigt, ist, daß sie nicht im einzelnen angeben können, wo die Verluste herrühren.

Mißverhältnis der Wirtschaftszweige zueinander, versagendes technisches Können angesichts der schnell fortschreitenden Maschinisierung, fehlende Wirtschaftsrechnung haben den einzigartigen Industrialisierungsprozeß in Rußland abgremst.

	Durchschnittspreis 1913	Höchstpreis 1930	Tiefstpreis 1930	Höchstpreis 1931	Tiefstpreis 1931	18. Sept. 1931	Tiefstpreis 1932	Höchstpreis 1932	31. Dez. 1933	24. Jan. 1933	31. Jan. 1933
Weizen, Chicago, je bushel (cts)	90 $\frac{1}{2}$	130,87	69,75	86,12	44,87	48 $\frac{1}{2}$	41,87	61,50	42,87	47,93	47,62
Mais, Chicago, je bushel (cts)	64 $\frac{1}{4}$	101,—	68,78	76,12	33,12	41 $\frac{1}{2}$	21,50	40 $\frac{1}{2}$	22,25	27,—	26,25
Kaffee, New York, je lb. (cts)	9 $\frac{1}{2}$	10 $\frac{1}{2}$	6 $\frac{1}{2}$	7 $\frac{1}{2}$	5 $\frac{1}{2}$	5,56	7,—	9 $\frac{1}{2}$	8,—	8,50	8,50
Zucker, Tschech. Kristall, Hamburg, je 50 kg (RM)	9,10	9,20	5,70	7,20	5,57	5,6 $\frac{1}{2}$	4,58	7,—	4,90	4,80	4,60
Baumwolle, New York, je lb. (cts)	12,83	17,37	9,59	11,35	5,50	6,25	5,—	9,20	6,10	6,30	6,—
Jute, London, je ton (Pf. St.)	30 $\frac{3}{8}$ $\frac{1}{4}$	28,—	21,15	22 $\frac{1}{2}$	14 $\frac{1}{4}$	16 $\frac{1}{2}$	14 $\frac{1}{2}$	20 $\frac{1}{2}$	15,25	14,87	14,62
Kupfer, Elektro, Kartellpr. je lb. (cts)	15,56*	18,—	9,50	10,80	7	7,50	—	—	—	—	—
Kupfer, Stand., London, je ton (Pf. St.)	68 $\frac{1}{10}$	74 $\frac{1}{4}$	41 $\frac{1}{2}$	47 $\frac{1}{10}$	28 $\frac{1}{10}$	27 $\frac{1}{10}$	25,—	42 $\frac{1}{2}$	28,62	28,56	28,50
Zinn, London, je ton (Pf. St.)	22 $\frac{1}{10}$	20 $\frac{1}{10}$	13 $\frac{1}{2}$	14 $\frac{1}{10}$	9 $\frac{1}{10}$	10 $\frac{1}{10}$	10,75	15,68	15,—	14,31	13,93
Zinn, London, je ton (Pf. St.)	201 $\frac{1}{2}$	180 $\frac{1}{2}$	104 $\frac{1}{2}$	141 $\frac{1}{2}$	100 $\frac{1}{2}$	111,—	102 $\frac{1}{2}$	157 $\frac{1}{2}$	149,—	145,62	148,25
Blei, London, je ton (Pf. St.)	20 $\frac{1}{2}$	21 $\frac{1}{2}$	14 $\frac{1}{2}$	16 $\frac{1}{2}$	10 $\frac{1}{2}$	10 $\frac{1}{2}$	9 $\frac{1}{2}$	15 $\frac{1}{2}$	11,—	10,50	10,68
Kautschuk, London, je lb. (d)	37 $\frac{1}{2}$	8 $\frac{1}{2}$	3 $\frac{1}{2}$	4 $\frac{1}{2}$	2 $\frac{1}{2}$	2 $\frac{1}{2}$	2,18	3 $\frac{1}{2}$	2,87	2,62	2,62

* New Yorker Preis. — *) Letzte Börse vor dem Pfundsturz. — *) Da Hamburger Börse geschlossen, Londoner Kurs.

DIE KONJUNKTUR

Weltmarktpreise.

Die Rohstoffmärkte sind im allgemeinen weiter beengt, doch ist eine gewisse Unsicherheit merklich geworden. Getreide war nachgebend, auf den europäischen Plätzen stärker als in U. S. A. Man erwartet, daß Roosevelt die Voluntary Domestic Allotment Bill doch durchführen wird, allerdings nur beschränkt auf Weizen und Baumwolle. In Rotterdam ging Weizen von 4,10 auf 3,90 zurück, Mais hielt sich mit 67 $\frac{1}{2}$, gegen 67 $\frac{1}{2}$, in der Vorwoche besser. — Schwach liegen Zucker und Textilien. Die leichte Belebung in der Textilindustrie ist nahezu ganz geschwunden und die Nachfrage nach Baumwolle hat stark nachgelassen. — Hingegen konnten sich die Metalle mit Ausnahme von Kupfer und Zink befestigen. Zinn hat seine Kurseinbuße im Jänner mehr als wettgemacht. Eine empfindliche Abschwächung hat hingegen Zink erfahren auf die Nachricht, daß die belgischen Hütten die Ratifizierung des neuen dreimonatigen Kartellprovisoriums verweigern. Sie sind vor allem gegen die Strafzahlung bei Quotenüberschreitung und verlangen eine Erhöhung ihrer Quote. — Kautschuk lag vorübergehend etwas an, ging aber schließlich wieder auf seinen Tiefkurs zurück. (Siehe Tabelle unten.)

C H R O N I K

Die in eckigen Klammern gesetzten Ziffern weisen auf die betreffende Nummer des laufenden oder vorhergehenden Jahrganges hin.

Deutschösterreich.

Die Gesandten Englands und Frankreichs unternehmen am 28. Jänner bei der österreichischen Regierung eine Demarche wegen der Hirtenberger Waffenaffäre. Ähnliche Schritte erfolgen auch bei der ungarischen und italienischen Regierung. (Vgl.: „Aus der Woche“ Nr. 18.)

Deutschland.

Reichskanzler v. Schleicher tritt am 28. Jänner zurück. Hindenburg nimmt die Demission an und beauftragt Papen mit der Klärung der politischen Lage. Am 30. Jänner wird Adolf Hitler zum Reichskanzler ernannt. Vizekanzler und Staatskommissär für Preußen: Papen; Reichsinnenminister: Frick; Außenminister: Neurath; Wirtschaft und Ernährung: Hugenberg; Finanzen: Schwerin-Krosigk; Arbeit: Seidte; Reichswehr: Generalleutnant v. Blomberg; als Minister ohne Portfeuille mit den Geschäften des preußischen Innenministers betraut: Göring. Die Regierung Hitler löst am 2. Februar den Reichstag auf und schreibt die Neuwahlen für den 5. März aus. (Vgl.: Artikel und „Aus der Woche“.) [17]

Südslawien.

Die Regierung interniert den Führer der Slowenen Dr. Anton Korosec und den Führer der Kroaten Doktor Wladimir Macék.

Polen.

Die polnische Staatsbank beschließt, zur reinen Golddeckung überzugehen. (Bisher Gold und Devisen.)

Dr. K. P.: Brain-Trust siegt.



uf der Londoner Weltwirtschaftskonferenz hat Staatssekretär Hull im Namen der amerikanischen Delegation und mit Zustimmung des Washingtoner Staatsdepartements die Erklärung abgegeben, daß die Vereinigten Staaten gegenwärtig die Anwendung von Maßnahmen, die eine zeitweilige Stabilisierung der Währungen herbeiführen würden, als inopportun erachte.

Amerika terpediert die Konferenz

Die umständliche Form der Ankündigung diente nicht nur dem Ausdruck besonderer Feierlichkeit, sondern auch dem Beweis, daß zwischen der Washingtoner Regierung und der amerikanischen Delegation in London diesmal Einigkeit herrsche. Da die Hauptaufgabe der Konferenz nach Ansicht aller 66 Regierungen die Stabilisierung der Währungen ist und da die gleiche Einhelligkeit darüber herrscht, daß vorläufige Stabilisierung den einzig gangbaren Weg dahin darstellt, so erscheint die Konferenz bis auf weiteres gescheitert. Weder über die Senkung der Zölle noch über die Regelung der Produktion sind zwischenstaatliche Abreden möglich, wenn die Währungen auch fernerhin schwanken sollen. Dennoch tagt die Konferenz weiter. Die Amerikaner, die die volle Verantwortung für die Verhinderung der Arbeiten zu tragen haben, sind auf ihr verbüben. MacDonald aber glaubt, daß der offene Abbruch oder die Vertagung einen noch ärgeren Rückschlag bewirken müßten als das Scheitern, zu welchem die Konferenz nunmehr verurteilt ist. So macht denn auch Frankreich vorerst mit, doch wohl nur England zuliebe, mit dem es angesichts des amerikanischen Versagens erst recht Fühlung halten will. Möglich, daß die Weltwirtschaftskonferenz, nachdem sie ihren Hauptzweck verfehlt hat, in Nebenleistungen Ersatz sucht, etwa auch in der Hoffnung, daß der Entschluß Amerikas nicht endgültig sei. Halbamtliche Beschönigung ist am Werk, den Mißerfolg auch dann noch zu leugnen, wenn er im Gefolge von für die ganze Menschheit bedeutsamsten Gestaltungen in Erscheinung tritt. So groß in London und in Paris die über Amerika herrschende Empörung auch ist, so will man doch vor allem den Schein wahren. Tragweite und Ausmaß des Geschehens können dem allgemeinen Bewußtsein dadurch nur schwer vermittelt werden.

Schon bisher hat die Unkenntnis der in der Tiefe der amerikanischen Entwicklung wirkenden nationalistischen und planwirtschaftlichen Tendenzen Europas Regierungen die schwersten Enttäuschungen eingebracht. Von Gegenströmungen gehemmt, durch allerhand Einflüsse getrübt, durch persönliche Faktoren bald durchkreuzt, bald gefördert, haben sich nun diese autarkistischen und inflatorischen Tendenzen mit der Wucht eines Erdbebens durchgesetzt. Gewiß war Roosevelts Haltung vor und nach seinem Machtantritt oder, was damit auf den Tag zusammenfällt, vor und nach dem Bankenkraich, nicht die gleiche: Bis dahin hatte Roosevelt nachweisbar die Aufrechterhaltung der Goldparität des Dollar nicht nur als eine politisch-moralische Selbstverständlichkeit erachtet, sondern er vermeinte auch, daß die äußere Festigkeit des Dollar jenseits aller Gefährdung durch innere Preishobungspläne stehe... Gewiß gab es auch nach der Preisgabe des Dollar am 20. April einige Wochen

des Schwankens, in welchen die internationalen Mittel der Preishebung den Vorrang über die nationalen inne hatten: Die Stabilisierung des Pfundes, die Senkung der Zölle, ein Erfolg der Abrüstung und eine Regelung der Schuldenfrage als Gegenleistung für all dies — das waren die Hauptzielepunkte der um die Sendung Norman Davis' gruppierten Aktionen gewesen, die in Roosevelts Botschaft an die 54 Staatsoberhäupter und Amerikas Zugehörigen über die Neutralität im Seekrieg gipfelten... Und gewiß waren nicht nur die vom Kongreß verlangten Vollmachten, sondern auch die Stellungnahmen der amerikanischen Delegation in London von so vielen Widersprüchen durchsetzt, daß politische Panik und Währungshysterie als bessere Erklärungsgründe solchen Verhaltens erschienen, denn praktische Notwendigkeiten oder Vernunftgründe welcher Art immer. Ueber alldem verkannte man die Einheit in der gegensätzlichen Bewegung, den Sinn im scheinbaren Unsinn. In Wirklichkeit hatte sich aus den Untergründen der beispiellosen amerikanischen Wirtschaftskrise heraus eine mit geradezu revolutionärer Emphase auftretende planwirtschaftliche Bewegung Bahn gebrochen, die das Land zwangsläufig aus jeder Verflechtung internationaler Zusammenarbeit vorerst lösen und in die Reihe der großen wirtschaftlichen Experimentierlaboratorien unserer Zeit stellen mußte.

Was will der Brain-Trust?

Die Wurzel des planwirtschaftlichen Gedankens in Amerika, wie er sich in dem nunmehr weltberühmten Brain-Trust, einer Gruppe der persönlichen Ratgeber Roosevelts, verkörpert, ist einfach zu fassen. Sie ist an sich weder sozialistisch noch überhaupt antikapitalistisch, sie ist auch an sich nicht faschistisch. Sie besteht in dem Streben, der amerikanischen Wirtschaftskrise ein Ende zu machen. Der amerikanischen — ob auch andere Länder sich auf die gleiche Art zu helfen vermögen, scheint gleichgültig. Jegliches Mittel, das zum Zweck führt, ist genehm. Kapitalismus oder Sozialismus, Privateigentum oder Gemeineigentum, Goldwährung oder Papierwährung, freie Wirtschaft oder gebundene Wirtschaft, sie alle erscheinen als gleich zulässig. Voraussetzung ist, daß die Krise auch wirklich, und zwar sogleich, überwunden wird. Die Arbeitslosigkeit muß aufhören, die Betriebe müssen in Gang kommen. Die faulen Banken müssen verschwinden, die guten haben zu funktionieren. Zahlungsunfähige Schuldnergruppen, wie die Farmer, müssen entschuldet, Eisenbahnen und Versicherungsgesellschaften saniert, die Märkte aufnahme- und widerstandsfähig gemacht werden. Die regellose Aufzählung dient dem getreuen Ausdruck des Gedankens: Die Krise ist gebeit, wenn ihre Symptome verschwunden sind. Einzige Richtschnur des Handelns ist: Was der Bekämpfung jener Uebel im Wege steht, muß weichen. Ob Rechte der Volkvertretung oder Ansprüche der Dollargläubiger, ob Selbständigkeit der Eisenbahngesellschaften oder Freiheitsphäre des Unternehmers, ob Tarifrecht der Gewerkschaften oder Souveränität der Einzelstaaten, ob Antitrustgesetzgebung oder internationale Gläubigerrechte Amerikas, nichts ist heilig, nichts ist unantastbar, nichts dem Zugriff entrückt. Stalins These lautet, daß Sozialismus in einem Land möglich sei. Im Namen dieser Idee herrscht seine Diktatur in Rußland. Der Königsgedanke des Brain-Trusts ist, daß die Ueberwindung der Weltwirtschaftskrise in einem Land möglich sei — oder doch wenig-

stens in Amerika. Für diese Idee haben sie Roosevelt gewonnen. Das war vom Anfang an der Sinn seiner in demokratischen Formen ausgeübten Diktatur. Man lasse folgende Stellen seiner Inauguralrede vom 4. März auf sich wirken — im Lichte der Ereignisse der vorigen Woche hören sie sich fast wie eine Prophezie an:

„Die Natur überschüttet uns mit ihren Gaben, aber angesichts der Ueberfülle versiegt die Kraft, sie zu nutzen. Vor allem sind daran die Herren über Handel und Wandel schuld wegen ihrer Verstocktheit und Unfähigkeit, die sie selbst verachtet hat.“

„Das Maß der Wiederaufrichtung der Wirtschaft liegt darin, daß soziale Werte höherer Ordnung statt des reinen Geldgewinns gelten müssen... Unser auswärtiger Handel, obgleich ungenauer wichtig, ist gegenwärtig trotz allem weniger wichtig als die Schaffung einer gesunden Nationalwirtschaft... Ich werde keine Anstrengung scheuen, den Welthandel durch internationale wirtschaftliche Anpassung wiederherzustellen, aber der Notstand zu Hause kann darauf nicht warten.“

„Wir sind heute alle bereit, Leben und Eigentum einer Disziplin zu unterwerfen, weil ohne Disziplin weder Fortschritt noch wirksame Führerschaft sein kann...“

„... Dann werde ich vom Kongreß das einzige verbleibende Mittel verlangen, um einer solchen Krise zu begegnen — nämlich eine weitreichende Vollzugsermächtigung zum Krieg gegen den Notstand, so umfassend wie die Macht, die mir verliehen würde zur Abwehr eines kriegerischen Einbruches in unser Land.“

In der gleichen Rede waren die meisten anderen Elemente der Gedankenwelt des Brain-Trusts bereits enthalten: Arbeitsbeschaffung „durch kriegswirtschaftliche Mittel“; Entfaltung der Kraftquellen des Landes; Rückwanderung auf das Land durch staatlich geleitete Siedlung; landwirtschaftliches Vollstreckungsmoratorium; Hebung der Preise der Landwirtschaft; planwirtschaftliche Zusammenfassung und Kontrolle der Verkehrsmittel und -Wege sowie der Public utilities; strengste Kontrolle der Banken und Kapitalanlagen, schließlich „genügende, aber gesunde Zahlungsmittel“.

Amerikas zweideutige Haltung

Wie war es möglich, daß trotz dem in Roosevelts Antrittsrede so klar ausgeprägten Willen, die Erfordernisse der nationalen Wirtschaft denen der Weltwirtschaft voranzustellen und gegebenenfalls auch vor Währungsexperimenten nicht zurückzuschrecken, Amerika sich als der Vorkämpfer der Goldwährung geben und auf England den schärfsten Druck ausüben konnte, das Pfund Sterling zu stabilisieren? Auch vor seinem Machtantritt war der Einfluß Roosevelts auf die Außenpolitik sehr groß und gerade damals vertrat Amerika im Genfer Sachverständigenausschuß zusammen mit Frankreich starr den Standpunkt der sofortigen Rückkehr zur Goldwährung. Amerika focht zu jener Zeit geradezu um den Zusammentritt der Weltwirtschaftskonferenz, um die Rückkehr zum Gold zu beschleunigen, während England sich an der Konferenz fast desinteressiert erklären konnte; noch am 27. Februar rühmte sein Schatzkanzler, Neville Chamberlain das Pfund, daß es „stabiler sei als Gold“, und die City begann ihren Feldzug zugunsten eines Inflationsbudgets. In der Tat glaubten noch Mitte Februar die besten Beobachter der amerikanischen Vorgänge feststellen zu können, daß freiwillige individuelle Schuldabwertung ausreichen werde, um das Problem der Zahlungsunfähigkeit in der Landwirtschaft ohne Liquidation

zu lösen und inflationistische Stützungsmaßnahmen zu vermeiden. Anfang April aber setzte bereits die große außenpolitische Offensive Roosevelts ein, die Amerika auf allen Schauplätzen der Weltpolitik wieder zu einer nur mit den Wilsonschen Zeiten vergleichbaren Aktivität zurückzuführen schien. Cordell Hull hielt seine Anklagerede gegen Amerikas Hochschutzzollpolitik, der er die Schuld an der Weltwirtschaftskrise gab, und Roosevelt erließ einen Appell an alle Staatsoberhäupter zur internationalen Zusammenarbeit für die Errettung der Welt vor dem Zusammenbruch der Wirtschaft, der Währung und des Kredits. Amerika richtete sich in Genf häuslich ein...

Die Erklärung des Rätsels liegt erstens darin, daß Brain-Trust und Isolationismus erst mit der Aufgabe der Goldparität des Dollar zu entscheidendem Einfluß gelangten und daß sie zweitens, ihre Bestrebungen lange Zeit mit der internationalistischen Linie in Einklang zu bringen wußten. Sie prägten eine Formel, die die unsichtbare Achse der amerikanischen Wirtschaftsdiplomatie wurde. Im Mittelpunkt des amerikanischen Programms stehe die Hebung der Preise. Nur wenn die Hebung der Preise in Gold mit Hilfe internationaler Zusammenarbeit ausbliebe, würde sich Amerika zu einer nationalen Preishebung ohne Rücksicht darauf, ob dies in Papier oder in Gold geschähe, entscheiden. Kurz, entweder Weltinflation im Verein mit anderen oder, wenn nicht, Inflation in Amerika allein. Dabei machten sie sich die Zweideutigkeit des Begriffes Stabilisierung zunutze, je nachdem, ob nur die Währungsrelation oder auch das Preisniveau als stabil gilt. So gelang es, international verhandlungs-, ja führungsfähig zu bleiben und zugleich für die Inflation in Amerika freie Hand zu behalten.

Amerikas Entweder — Oder

Diese Lage war MacDonald bekannt, noch bevor er nach Washington fuhr. Schon Ende März hatten Raymond Moley und Herbert Feis mit dem englischen Botschafter Lindsey lange Unterredungen. Die Ansichten, die der Brain-Trust damals vertrat, kennt man aus der Rundfunkrede Moleys vom 20. Mai. Er erinnerte seine Hörer daran, daß „der Außenhandel trotz allem nur einen geringen Hundertsatz des Gesamthandels der Vereinigten Staaten ausmacht.“ Es sei sonnenklar, daß ein Großteil der Schwierigkeiten, unter denen ein jedes Land leidet, häuslicher Natur sei. Eine internationale Konferenz, die diese Schwierigkeiten nur durch Vereinbarung internationaler Maßnahmen beheben wollte, wäre zwangsläufig zum Mißerfolg verurteilt. Jedes Land müsse sein eigenes Haus selbst bestellen und die Begegnung der Vertreter dieser Länder könne zumeist nur dadurch nützlich sein, daß man die einzelnen getrennten nationalen Maßnahmen einander anpassen könne. Und unzweideutig sprach eine offiziöse Veröffentlichung am 29. Mai die Alternative aus, auf der die Haltung der amerikanischen Delegation in London fußen sollte:

„Obgleich wir nicht versuchen werden, den Regierungen anderer Länder die Einzelheiten ihrer heimischen Wirtschaftspolitik vorzuschreiben, so verlangt doch die Rooseveltsche Gesamtpolitik entweder eine einheitliche internationale Aktion oder aber eine neue und höchst bedeutsame Politik der Isolierung, damit dieses Land seinen inneren Wirtschaftsplan ohne Einmischung von außen durchführen könne. Dementsprechend rüstet sich die Regierung durch gesetzgeberische Maßnahmen, die sie befähigen, entweder mit der übrigen Welt zusammenzuarbeiten, falls die

anderen Völker dazu geneigt sind, oder aber neue Handelschranken um ihre weiten Grenzen zu ziehen."

Die Vermutung ist berechtigt, daß man Staatssekretär Cordell Hull nur deshalb freie Hand in London ließ, um die Ungangbarkeit des Stabilisierungsweges dem amerikanischen Volk deutlich zu machen. Nicht nur weil jede Meldung von einer „drohenden“ Stabilisierung die weit über den Wechselkurs vorgeschneitten amerikanischen Rohstoff- und Effektenpreise niederdrückte, sondern weil in London jede Stabilisierung auf Grund einer Weltinflation am französischen Widerspruch scheiterte, eine Stabilisierung ohne weitere Preishebung aber für die inflationsgläubige amerikanische Öffentlichkeit überhaupt nicht mehr in Frage kam.

Warum der Dollar sinken mußte

Amerika hat am 20. April zugleich mit der Goldparität sein herkömmliches Wirtschaftssystem verlassen. Heute weiß alle Welt, was hinter dem Beschluß vom 20. April stand. Nicht eine Währungs-panik, auch nicht die Absicht, England zum Goldstandard zurückzuführen, nicht einmal überwiegend der Gedanke, eine allgemeine Schuldentlastung durch Geldabwertung durchzuführen. Man streifte bewußt die Fesseln ab, die eine liberale Wirtschaft von einer Planwirtschaft trennen. Als dies geschah, war MacDonaid, Englands Ministerpräsident und Vorsitzender der Londoner Konferenz, auf hoher See, auf der Fahrt nach Washington. Die wuchtige Symbolik dieses Umstandes bezeugte deutlich genug, wie wenig Amerika sich um die Weltwirtschaftskonferenz kümmerte. Roosevelt ließ sich vom Kongreß die umfassenden Vollmachten geben, die die Verfassung dem Präsidenten sonst nur im Krieg einräumt. Jede einzelne dieser Vollmachten, ob sie Währung, Zölle oder industrielle Organisation betraf, wies in die Richtung der Isolierungspolitik. Kaum ist die außerordentliche Tagung des Kongresses vorbei, die ihm diese Ermächtigungen gewährt hat, und schon zieht sich Amerika von der Weltwirtschaftskonferenz zurück — sie tagt in Wirklichkeit ohne Amerika weiter — und nutzt das kommende kongressfreie Halbjahr, um die neue Maschine in Gang zu setzen. Präsident Roosevelt erklärt: „Die neue Gesetzgebung stellt eine höchste Anstrengung dar, für alle Zeiten die zahlreichen Faktoren zu stabilisieren, die den Wohlstand des amerikanischen Volkes ausmachen und die die Aufrechterhaltung des amerikanischen Lebensstandards sichern.“

Amerika geht einem großen Abenteuer entgegen. Es beginnt mit der Inflation.

W. F.: Kreditausweitung als Krisenheilmittel*).

Wir haben Herrn Richter-Altschäffer das Wort zu seinen Ausführungen gegeben, nicht weil wir seinen Vorschlag zur Heilung der Wirtschaftskrise für richtig halten, sondern weil wir mit ihm in manchen Feststellungen einig gehen. R. A.'s Replik auf die zu seinem ersten Aufsatz er-

* Vgl. Nr. 32, 33, 34 und 39 vom 6., 13. und 20. Mai und 27. Juni. — Im letzten Aufsatz Richter-Altschäffers ist auf Seite 937, 1. Spalte, 13. Zeile von oben, für „Abschreibungsquoten“ „Abschreibungsquoten“ und in der 17. Zeile von oben für „aufzehrden“ „aufzehrbar“ zu lesen.

Gemeinde Wien Städtische Versicherungs- Anstalt

DIREKTION:
WIEN, I, TUCHLAUBEN NR. 8
TELEPHON Nr. U-27-5-40 Serie

FILIALEN IN:
Graz, Innsbruck, Klagenfurt, Linz
und Salzburg

schiedenen Entgegnungen gibt Gelegenheit, Berührungspunkte und Gegensätze scharf herauszuarbeiten.

Einig sind wir mit R. A. darin, daß die gegenwärtige Krise mit den von der Konjunkturlehre empfohlenen automatischen Selbstheilungsmitteln allein nicht geheilt werden kann. R. A. sieht die Ursache des Versagens der automatischen Selbstheilungsmethoden in folgendem Punkt: In der normalen Krise üben

Abschreibungsquoten,

Reserven und sonstige Kapitalaufzehrungsmöglichkeiten eine Pufferfunktion aus. „Und die Grenze, an der die Funktionsfähigkeit der aufzehraren Kapitalstelle als Puffer erlahmt, ist der Zeitpunkt, in dem die Reserven erschöpft sind, die Vorratsliquidation aus betriebswirtschaftlichen Gründen nicht weitergetrieben werden kann und die Abschreibungsquoten zu auszuliegenden Kosten

Dr. Karl Polanyi: Viererpakt statt Abrüstung.

Aus der Unterhausrede Sir John Simons über die Abrüstungskonferenz:

„Zum Abschluß möchte ich nur noch sagen, daß es toricht wäre, uns in der Hoffnung zu wiegen, daß wir am Vorabend irgend einer bestimmten und endgültigen Vereinbarung schländen.“ (Am 26. Mai 1933.)



Der Viererpakt steht vor der Unterzeichnung. Er soll die nicht zustande gekommene Abrüstungskonvention ersetzen und der Londoner Weltwirtschaftskonferenz einen günstigen Auftrieb schaffen. Das ist eine um so enttäuschendere Entwicklung, als an der letzten Fassung des Viermächtepakts kaum mehr etwas an den ursprünglichen Mussolini-Plan zu erinnern vermöchte.

Der unfertige englische Plan.

Englands Wunsch, die Genfer Arbeiten noch vor der Weltwirtschaftskonferenz zu einem Ergebnis zu führen, das mehr als eine bloße diplomatische Kulisse darstellte, war in Wirklichkeit schon Ende April zum Scheitern verurteilt. Sein am 16. März der Konferenz vorgelegter Abrüstungsplan war in zwei Hinsichten etwas völlig Neues: Ersten enthielt er zahlenmäßige Heeresstärken (jene leidigen Zahlen, um die sich im Wege umständlich aufgesetzter, aber ewig unausgefüllt gebliebener Kataster herumzudrücken, die jahrelange Hauptbemühung aller vorbereitenden Konferenzen gewesen war), zweitens beruhte er auf dem Deutschlands grundsätzliche Gleichberechtigung anerkennenden berühmten Kompromiß vom 11. Dezember 1932, in welchem die tatsächliche Durchführung der Gleichberechtigung (im deutschen Sinne) mit der Organisierung der Sicherheit (im französischen Sinne) gekoppelt war. Der englische Plan sollte eine erste fünfjährige Etappe auf diesem Wege sein, wobei die „Abrüstung“ der Hochgerüsteten sich auf eine gewisse Begrenzung der schweren Angriffswaffen und eine Herabsetzung der Effektivbestände des Heeres beschränkte. Dafür aber sollte auch die „Sicherheit“ nur zum Teil verwirklicht werden: Durch eine von Frankreich als unzulänglich betrachtete Kontrolle der Rüstungsstände (noch dazu ohne Kontrolle der privaten Waffenerzeugung) und einen Konsultativpakt, der vorläufig ohne den Hauptbeteiligten, Amerika, aufgesetzt war. Von Deutschland wurde überdies verlangt, daß es nunmehr auf die Reichswehr verzichte und in deren Umwandlung in eine Miliz mit kurzer Ausbildungszeit willige. Bei diesem letzten Punkt setzte Ende April, als die Abrüstungskonferenz neuerlich zusammentrat, die Obstruktion der Deutschen bekanntlich ein. Als die am 28. April eingebrachten Anträge Deutschlands am 20. Mai zurückgezogen wurden, war wertvolle Zeit verloren. Aber, so lautet die Frage, hatte man auch ohne dieses unglückliche Zwischenspiel ernstlich hoffen können, vor dem 12. Juni den englischen Plan unter Dach zu bringen?

Der englische Plan bestand eigentlich aus zwei Hauptteilen. Erster Teil: Sicherheit, zweiter Teil: Abrüstung. Der erste enthielt einen vorläufigen Wortlaut des Konsultativpakts, der zweite zerfiel in die Abteilung über die Effektivbestände, denen eine zahlenmäßige Aufstellung der Landheeresstärken beigelegt war, und in die

Abteilung über das zulässige Kriegsmaterial, die die Beschränkungen der schweren Angriffswaffen betraf.

Die ursprüngliche Sicherungsklausel

Am weitesten von seiner Vollendung war vielleicht Teil I über die Sicherheit, der zwei Hauptwünschen Frankreichs entsprechen sollte, nämlich Amerika zu einem Teilhaber des Sicherheitssystems zu machen und zugleich für die Feststellung des Angreifers vorzusorgen. Daß die Engländer eine derartige Feststellung nicht gern sehen, ja daß sie darunter überhaupt ganz anderes verstehen wollen als die Franzosen, ist bekannt. Frankreich wünscht die Angabe klarer, juristisch verwertbarer Erkennungszeichen, die die Feststellung des Angreifers gewissermaßen zur reinen Tatfrage werden lassen, während die Engländer eigentlich bloß Verfahren zur möglichen Feststellung darunter verstehen und die Kriterien des Angreifens der moralischen Intuition der Feststellenden überlassen möchten. Dem entspricht freilich der sehr reale Umstand, daß Frankreich sich auf den Gebietsstand der Verträge beruft, dessen Störung eben als Angriffshandlung gelten soll, während England der Weiterentwicklung keine allzu starren Schranken setzen will. Aber nicht nur das Angreifen, sondern auch die Pflicht zur gegenseitigen Hilfeleistung wird von den Engländern wesentlich anders ausgelegt als von ihren französischen Freunden: Frankreich verlangt auf immer neue Arten und Weisen eine strengere Auslegung des Paragraphen über die Völkerbundexekutive, als sie England zulassen will. Nimmt man noch die amerikanischen Empfindlichkeiten hinzu, die zu schonen eine selbstverständliche Aufgabe Englands sein mußte, so kann man erst die Fülle der Fragen abschätzen, die durch die englische Fassung der Sicherungsklausel aufgeworfen waren. Sie lautete:

„Teil I über die Sicherheit ist auf den Bestand des Pariser Paktes (Kellogg-Pakt) gegründet, dem fast alle Unterzeichner der vorgeschlagenen Konvention angehören. Es wird erklärt, daß Kriege jeder Art, die gegen diesen Pakt verstoßen, alle Teilhaber der Konvention angehen und als ein Bruch ihnen gegenüber eingegangener Verpflichtungen aufzufassen sind. Demzufolge wird vorgesehen, daß im Fall eines solchen Bruches oder eines drohenden Bruches die Teilhaber der Konvention sich zu einer Konferenz zusammensetzen haben, wenn wenigstens fünf Teilhaber es verlangen, unter ihnen mindesten eine Großmacht.“

Die Konferenz kann im Wege des Völkerbundes einberufen werden. Den Beratungsergebnissen der Konferenz müssen alle Großmächte und die Mehrzahl der anderen an der Konferenz beteiligten Regierungen zustimmen.

Aufgabe der Konferenz ist: 1. im Falle eines drohenden Bruches des Kellogg-Paktes über die Schritte einig zu werden, die im Hinblick auf einen solchen Bruch zu machen seien, und 2., falls ein Bruch bereits erfolgt ist, festzustellen, welche Seite die Verantwortung trägt.

Regionalabkommen zwischen den Teilhabern können in das Abkommen aufgenommen werden. Ferner sind Bestimmungen notwendig, um die zur Beschlußfassung der Konferenz nötigen Informationen einzuholen, und schließlich, um ein einverständliches Vorgehen der Teilhaber als Folge gefaßter Beschlüsse zu sichern.“

Die neue Sicherungsklausel

Nach Verlesung dieser Stelle des Entwurfes bat Norman Davis für die Vereinigten Staaten um das Wort und verlangte eine Verschiebung der Beratungen, weil hier „ein für Amerika neues Prinzip eingeführt werde“. Das geschah Ende April. Erst am 16. Mai kam die Fortsetzung in der Botschaft Roosevelts. Doch erst am

22. Mai gab Norman Davis in jenen bedeutsamen Erläuterungen zu ihr Amerikas tatsächliche Einstellung bekannt. Das machte eine vollkommene Umformung des Teiles über die Sicherheit erforderlich, die Sir John Simon auch sofort vernahm. Aus der Pflicht zum Beraten wurde das Recht, eine Beratung vorzuschlagen. Und aus einer vom Völkerbund völlig unabhängigen Konferenz wurde eine Beratung zwischen Amerika und dem Völkerbund! § 1 des umgeformten neuen englischen Entwurfes besagt nun, daß im Falle eines Bruches oder eines drohenden Bruches des Kellogg-Pakts entweder der Rat oder die Versammlung des Völkerbunds oder eine den Völkerbund nicht angehörende Macht eine sofortige Beratung vorschlagen könne, und zwar (man merke wohl) wiederum eine Beratung zwischen dem Rat oder der Versammlung des Völkerbundes einerseits, der betreffenden Macht andererseits. Wenn man will, ist unter dieser Macht auch Sowjetrußland zu verstehen. Ausgeschlossen ist es gewiß nicht, aber gemeint ist natürlich, nicht der Outsider Rußland, sondern die Zentrafigur Amerika. Die Vereinigten Staaten werden in der neuen Fassung an Rang und Würde gewissermaßen dem Völkerbund gleichgestellt. Damit aber gewinnt die Konsultativklausel nicht nur in Amerika Sympathien, sondern, wenn auch aus ganz anderen Gründen, auch in Frankreich. Denn nun droht keine Schwächung oder Umgehung des Genfer Machtapparats mehr von dem neuen englisch-amerikanischen Weltsystem zusätzlicher Sicherheiten. An Stelle der Bestimmungen über die „fünf Teilhaber“, „unter ihnen eine Großmacht“, tritt die klare Bindung an Völkerbund, Ratsmitgliedschaft und Völkerbundverfahren. Die erste Fassung hätte Abrüstung und Sicherheit von Genf unabhängig und dadurch vielleicht dem Völkerbund ein Ende gemacht. Die zweite stützt und stärkt ihn nicht nur durch die Bestimmung, Träger von Abrüstung und Sicherheit zu sein, sondern auch durch die mittelbare Anerkennung des Völkerbunds durch die Vereinigten Staaten von Amerika, die einem solchen Konsultativpakt innewohnt.

In der Tat begann damit eine neue Phase der Konferenz. Frankreich entschloß sich nach kurzem Schwanken, Amerikas Beitrag zur „Sicherheit“ als vollauf genügend zu erklären. (In England stellte man ganz ohne Rücksicht auf Völkerbund, Abrüstung und Sicherheit fest, daß Amerika damit die langersehnte Wendung in der Frage des Seerechts vollzogen habe, ohne die die in Washington 1929 dem Geiste nach beschlossene Zusammenarbeit der beiden angelsächsischen Seemächte der wichtigsten kriegsrechtlichen Stütze entbehrte.) Frankreich verlangte, daß nun England seinen Beitrag zur Sicherheit leiste. Die kriegsrechtliche Behinderung Englands durch Amerika, die bisher der Teilnahme der englischen Flotte an einer Völkerbundblockade wider den Angreifer entgegenstand, sei beseitigt. Mit welchem Recht wollte sich Großbritannien weiter jener Verpflichtung zur gegenseitigen Hilfeleistung der Völkerbundstaaten entziehen, die von Frankreich seit dem Genfer Protokoll 1924 ständig vergeblich verlangt worden sei? Sir John Simon wies das Ansinnen in seiner jüngsten Unterhausrede schroff ab; es müsse klar verstanden sein, daß England nicht daran denke, neue zusätzliche Verpflichtungen in dieser Hinsicht auf sich zu nehmen. Simons Worte sind in Paris überaus unwirsch aufgenommen worden. Dort merkte man mit Unbehagen,

daß er zugleich, vorbauend, eine neue Verteidigungslinie der englischen Sicherheitsdiplomatie andeutete. Der Punkt betrifft die ohne Zweifel strittige Definition des Angreifers.

Wer ist der Angreifer?

Norman Davis hatte in der Erläuterung zu Roosevelts Botschaft beiläufig und unverbindlich angeregt, denjenigen als den Angreifer festzustellen, dessen Truppen sich in vertragswidriger Weise auf dem Gebiete des anderen Staates befänden. Darin lag ein wertvolles Zugeständnis an Frankreich, Polen, die Kleine Entente (und nebenbei auch Rußland), die Gruppe der Status-quo-Interessenten also, deren Rechtsstand sich vor allem in territorialen Vorstellungen bewegt. Doch nicht um einen Strich ist Sir John Simon in seiner Unterhausrede von Englands bisheriger Linie abgewichen. Seit 1923, da Lord Cecil mit Nachdruck die Möglichkeit gelehrt hatte, den politischen Begriff des Angreifers im vorhin festzustellen, hat England seine Bürgschaften gegen den „Angreifer“ eifersüchtig auf die französisch-belgische Ostgrenze beschränkt und deren Ausdehnung auf andere europäische und außereuropäische Gegenden beharrlich verweigert. Zwischen kleinen und großen Staaten seien Fälle denkbar, in welchen die fortgesetzte Provozierung durch den Mächtigen an sich unhaltbare Lagen derart zu vergiften vermöchte, daß der Begriff des unschuldigen Opfers nicht mehr mit der nötigen Unbedingtheit vom „angegriffenen“ Mächtigen beansprucht werden könnte.

Alle diese Fragen, die bis zur Wurzel der Europa seit einem Jahrzehnt beschäftigenden Probleme reichen, sind erst in der vergangenen Woche auf der Konferenz in Genf in ihrer harten Gegensätzlichkeit in Erscheinung getreten. Ist es nicht vollauf berechtigt, zu bestreiten, daß unter diesen Umständen eine ernsthafte Möglichkeit bestanden hätte, den englischen Plan noch vor dem 12. Juni zu einer wirklichen Abrüstungskonvention zu gestalten?

Mussolinis Wortlaut

Der Viererpakt soll die Abrüstungskonvention ersetzen. Nicht das erste Mal, seitdem es Abrüstungskonferenzen gibt, fällt feierlichen zwischenstaatlichen Erklärungen und Abreden diese Rolle zu. Wer erinnert sich noch des am 21. Jänner 1931 aus Genf ergangenen „europäischen Friedensmanifests“ der vier uneinigen Großmächte? Und wer der Mitteilung, die Brüning und Laval sechs Monate später, aus Paris datiert, auf dem Gipfel deutsch-französischer Hochspannung über ihre Einigkeit verbreiten ließen? Oder der Erklärung über die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem Reich, die Laval und Briand einen Monat darauf, diesmal aus Berlin, abgaben? In lebhafter Erinnerung steht jedenfalls noch die Viermächteeinigung vom 11. Dezember 1932 über die deutsche Gleichberechtigung, deren vornehmster Zweck es war, über das Versagen der Abrüstungskonferenz eine rettende Brücke zu spannen, mochte auch das Material, aus dem sie gezimmert war, noch so morsch sein.

Der ursprüngliche Entwurf des Vier-Mächte-Pakts — nennen wir ihn Mussolini-Plan — hatte eine würdigere Bestimmung. Er sollte eine Abrüstungskonvention möglich, wenn nicht unnötig machen, indem durch eine Revision der Friedensverträge die Kriegsgefahr gebannt

werden sollte. Die Schaffung eines europäischen Direktoriums zur beschleunigten Revision der Verträge auf friedlichem Wege, das war sein Gedanke. Der in Deutschland so ziemlich unbekannt gebliebene Wortlaut des Mussolini-Planes folgt hier:

Politischer Pakt zur Verständigung und Zusammenarbeit der vier Westmächte.

„§ 1. Die vier Westmächte: Deutschland, Frankreich, England und Italien verpflichten sich, eine Politik tatsächlicher Zusammenarbeit zur Erhaltung des Friedens im Geiste des Kellogg-Paktes und des „Paktes zur Vermeidung gewaltsamer Lösungen“ unter sich zu verwirklichen, und verpflichten sich, auf dem Gebiete der europäischen Politik so zu handeln, daß diese Friedenspolitik, wenn nötig, auch von den anderen Staaten angenommen werde.“

Hier hat man es beisammen: ein Viererdirektorium zur friedlichen Schlichtung der europäischen Fragen, das sich nicht nur zur Behandlung von Fragen für beauftragt hält, die zwischen ihm und anderen Ländern aufzutreten, sondern auch von Fragen, die ausschließlich zwischen anderen gestellt sind, und nicht nur zur Durchführung seiner Beschlüsse durch Taten. Da die Taten friedlich sein müssen, ist ihr vornehmstes Mittel die Beeinflussung der anderen Staaten Europas, damit sie die politische Linie des Direktoriums befolgen. Unter diese anderen Staaten werden unterschiedslos auch diejenigen Staaten gezählt, die bloße Gegenstände der politischen Beschlüsse sind. Das erst verleiht § 2 sein Vollgewicht. Er bestimmt:

„§ 2. Die vier Mächte bestätigen den Grundsatz der Revision der Friedensverträge im Sinne der Bestimmungen der Völkerbundsatzungen im Falle, daß sich Fragen ergeben, die einen Konflikt unter Staaten herbeizuführen geeignet sind. Sie erklären zugleich, daß dieser Grundsatz der Revision nur im Rahmen des Völkerbundes angewandt werden kann, im Geiste gegenseitigen Versehens und der Gemeinbürgerschaft für die beiderseitigen Belange.“

Vor allem: Der Zusatz „im Rahmen des Völkerbundes“ stammt bereits von MacDonald. In der ursprünglichen Fassung enthielt ihn der Mussolini-Plan nicht. Offenbar machte Frankreich seine grundsätzliche Zustimmung von ihm abhängig. Selten ist wohl in einen geschlossenen politischen Gedankenbau ein ärgeres Kuckucksei gelegt worden. Denn dieser eine Satz genügt Frankreich, um aus dem Mussolini-Plan den gegenwärtigen Viererpakt zu machen, das heißt, kurz gesagt, ihn in sein Gegenteil zu verkehren! Herriot hatte die Formel dazu geschaffen: „Die Völkerbundsatzung, die ganze Satzungen und nichts als diese Satzungen.“ Das französische Memorandum zum Mussolini-Plan verwirklichte dieses Programm gründlich.

Doch mit der gleichen Klarheit geht auch dies hervor: Der Mussolini-Plan wäre in seiner ursprünglichen Form der Anfang der Revision gewesen. An den Kräfteverhältnissen lag es, wenn es Frankreich gelang, ihn zunichte zu machen. England hatte sich für ihn eingesetzt. Und auch nach dem Vorbehalt über den Völkerbund wäre er im ursprünglichen Sinne brauchbar gewesen, wenn Englands Vertrauen zu Deutschland im April nicht plötzlich wankend geworden wäre. Denn fraglos wäre eine friedliche Revision in beschleunigter Weise auch „im Rahmen des Völkerbundes“ durchführbar gewesen — wenn man gewollt hätte.

Gemeinde Wien Städtische Versicherungs- Anstalt

DIREKTION:
WIEN, I, TUCHLAUBEN NR. 8
TELEPHON Nr. U-27-3-40 Serie

FILIALEN IN:
Graz, Innsbruck, Klagenfurt, Linz
und Salzburg

Deutschlands Zugeständnisse

Dafür hätte Deutschland eine Verlangsamung der Durchführung der tatsächlichen Gleichberechtigung zugestehen sollen, die sich aber zugleich als eine erste Bürgschaft dieser Gleichberechtigung darstellte:

„§ 3. Frankreich, Großbritannien und Italien erklären, sollte die Abrüstungskonferenz nur teilweise Ergebnisse zeitigen, so ist die Deutschland zugestandene Gleichberechtigung zu einer tatsächlichen zu gestalten; Deutschland verpflichtet sich, diese Gleichberechtigung nach Maßgabe von Stufen zu verwirklichen, die durch aufeinanderfolgende Vereinbarungen unter den vier Mächten im üblichen diplomatischen Wege festzusetzen sein werden.

Die vier Mächte verpflichten sich, sich über Oesterreich, Ungarn und Bulgarien im gleichen Sinne zu verständigen.

Als Ankündigung deutscher Kolonialansprüche war § 4 zu verstehen:

„§ 4. In allen politischen und nichtpolitischen Fragen innerhalb und außerhalb Europas sowie auch in Kolonialfragen verpflichten sich die vier Mächte, so weit als möglich ihr Verhalten nach einer gemeinsamen Linie auszurichten.“

Der Vorbehalt „so weit als möglich“ sollte dem Protest Amerikas gegen eine Bestimmung vorbeugen, die sonst fast einem Anspruch der Vier auf die Herrschaft über den ganzen Erdenrund gleichgekommen wäre. Der Vorbehalt machte daraus eine konkrete Zusicherung der Kolonialmächte an Deutschland (und nebenbei auch an Italien), in Mandatsfragen entgegenzukommen.

Befristung und Ratifikation:

„§ 5. Diese politische Vereinbarung über Verständigung und Zusammenarbeit, die, wenn nötig, innerhalb von drei Monaten den Parlamenten zwecks Zustimmung unterbreitet werden wird, soll zehn Jahre gelten und wird für eine gleiche Frist als vollinhaltlich erneuert gelten, wenn sie nicht von einem der Unterzeichner ein Jahr vor der Frist gekündigt wurde.“

Die zehnjährige Vertragsdauer war das für Frankreich wichtigste Zugeständnis Deutschlands. Es ist die gleiche Frist, für die Laval von Brüning auf dem Höhepunkt deutscher Finanznot vergeblich einen „politischen Waffenstillstand“ verlangt hatte. Aber diesmal sollte Deutschland dafür die Revision und der Aufstieg zur tatsächlichen Gleichberechtigung innerhalb der gleichen Frist eingeräumt werden.

Schließlich:

„§ 6. Dieser Vertrag wird beim Sekretariat des Völkerbundes hinterlegt werden.“

Das ist der Vertrag (bis auf jenen von Frankreich MacDonald abgerungenen Zusatz zum § 2), von welchem die deutsche Regierung halbamtlich erklären ließ, daß sie ihn selbst nicht anders formuliert hätte. Der auf Grund des französischen Memorandums geänderte Wortlaut ist in allen wesentlichen Stücken verschieden. Vom Mussolini-Plan ist kein Stein auf dem anderen geblieben. Deutschland will jetzt jenen zehnjährigen „politischen Waffenstillstand“ ohne Revision und ohne tatsächliche Gleichberechtigung gewähren. Es ist eines der großen aktuellen Probleme der Weltpolitik, was Adolf Hitler zu einem Akt außerordentlicher Mäßigung veranlaßt hat, dessen Beweggründe, deutete man sie, wie man wolle, auf weittragende Entschlüsse der deutschen Reichsführung hinweisen.

W. F.: Deutschlands 1000-Mark- Taxe.

Deutschland sperrt den Reiseverkehr nach Oesterreich. Es führt ein Visum für die Ausreise nach Oesterreich ein und knüpft es an eine Sondergebühr von 1000 RM. Das Reisen nach Oesterreich — außer zu Geschäftszwecken mit behördlicher Genehmigung — wird unter Strafe gestellt. Das ist in mehr als einer Hinsicht ein schwerwiegendes Ereignis.

Die wirtschaftliche Bedeutung des Verbotes darf nicht unterschätzt werden. 90 Prozent der Uebernachtungen ausländischer Reisender in Tiroler Fremdenherbergen und 75% der Uebernachtungen im Salzburgerischen

entfallen auf Reichsdeutsche. In den anderen Bundesländern ist die Zahl geringer, in Wien beträgt sie nur 15%. Gewiß gehören die Reichsdeutschen nicht zu den ausgabefreudigsten Ausländern, aber für Tirol kommt das Ausbleiben der Reichsdeutschen geradezu dem Verzicht auf alle Einnahmen aus dem Fremdenverkehr gleich. In Salzburg ist die Sache nicht viel besser und wirkt sich dort um so ungünstiger aus, als die Stadt Salzburg und vor allem Gastein und andere Sommerfrischen dieses Bundeslandes zu jenen gehören, in denen der Fremde, auch wenn er sparsam ist, ansehnliche Summen Geldes zurücklassen muß. Dazu kommt, daß Salzburg für den angestrebten Ersatz durch andere Ausländer verkehrspolitisch sehr ungünstig liegt, sobald diese — und das ist derzeit bei nicht wenigen der Fall — die Reise durch Deutschland vermeiden wollen. Man darf daher, obwohl natürlich alle Anstrengungen gemacht werden müssen, den in ihren Einnahmen bedrohten Bundesländern eine Entschädigung zu bieten, und obwohl man erwarten darf, daß diese Bemühungen auch einigen Erfolg haben werden, doch nicht allzu große Hoffnungen darauf setzen. Man muß damit rechnen, daß — wenn die Maßnahme nicht sehr bald aufgehoben wird — Tirol und auch den anderen westlichen Bundesländern schwerster, ihre Wirtschaft in diesem Jahr arg bedrohender Schaden zugefügt wird. Denn gerade Tirol lebt derzeit, da Landwirtschaft und Industrie darniederliegen, in erster Linie vom Fremdenverkehr.

Nicht ganz so schwer ist der Gesamtschaden, der der österreichischen Wirtschaft zugefügt wird, einzuschätzen. Gewiß, in unserer Zahlungsbilanz spielt der Fremdenverkehr eine gewichtige Rolle. Man hat die unmittelbaren und mittelbaren Einnahmen daraus vor einigen Jahren auf 250 bis 300 Mill. S geschätzt. Alle Schätzungen der Fremdenverkehrseinnahmen sind äußerst unsicher und es ist zweifellos, daß sie in den letzten Jahren stark zurückgegangen sind, nicht nur infolge des feststellbaren Rückganges der Auslandsfremden, sondern auch, weil deren Kaufkraft und Kaufneigung infolge der allortigen herrschenden Wirtschaftskrise stark gelitten haben. Im laufenden Jahre wäre, auch ohne die jetzt erfolgte Maßnahme Deutschlands, ein weiterer Rückgang der Zahl und der Ausgaben der Fremden ohne Zweifel eingetreten. Aber mit der absoluten Verminderung der Einnahmen aus dem Fremdenverkehr hat sich seine relative Bedeutung für unsere Wirtschaft nicht verringert. Denn auch alle anderen Gebiete wirtschaftlicher Betätigung sind ähnlich, zum Teil noch mehr zusammengeschrumpft. Der Außenhandel — Einfuhr wie Ausfuhr — sind seit 1929 auf ein Drittel zurückgegangen und für das wirtschaftliche Leben sind Einfuhr wie Ausfuhr gleichermaßen Einnahmenquellen, wenn auch vom Gesichtspunkt der Zahlungsbilanz die Verminderung des Passivsaldo des Außenhandels erwünscht sein mag. Ebenso sind die anderen unsichtbaren Bestandteile der Zahlungsbilanz schwer getroffen worden, die Erträge von ausländischen Wertpapieren und Beteiligungen — gleichzeitig auch die ans Ausland gezahlten Zinsen von fremden Vermögensanlagen in Oesterreich — die Einnahmen aus dem Transit, Honorare und Tantiemen der Schriftsteller und Autoren und erfahren zudem neue beträchtliche Abnahme durch die neue Geistesrichtung in Deutschland. Was kann Oesterreich da tun?

Vor allem eines nicht: Den Wirtschaftskrieg,

heit ist also ohnedies den Oesterreichern gewahrt und nur dann, wenn ein österreicherisches Mitglied abwesend ist oder sich der Stimme enthält und dadurch Stimmengleichheit eintritt, gibt die Stimme des Generaldirektors den Ausschlag. Aber auch wenn der Vorsitzende ein Oesterreicher wäre, könnte die Regierungsmeinung in die Minderheit versetzt werden; wenn nicht alle österreicherischen Mitglieder zusammen stimmen, und ein solcher Fall ist schon eingetreten, als die Stelle des Generaldirektors der zu gründenden Holdinggesellschaft zu besetzen war. Es hieß damals, daß die Regierung durch den Aufsichtskommissär Einspruch erheben werde. Was wirklich geschah, hat man nie erfahren. Jedenfalls könnte die Uebertragung des Vorsizes an einen Oesterreicher nur dann unter bestimmten Umständen an dem Stimmenverhältnis der Oesterreicher zu den Ausländern etwas ändern, wenn auch das Dirimierungsrecht des Generaldirektors auf den Vorsitzenden übertragen würde. Es gibt aber noch ein anderes Mittel, um der Regierung immer die Mehrheit im Exekutivkomitee zu sichern. Man hat einem Vertreter der Nationalbank eine Stelle im Exekutivkomitee vorbehalten, als sie der größte Gläubiger der Credit-Anstalt war. Das hat aufgehört. Es könnte nun dem Bund die vierte Stimme im Exekutivkomitee übertragen werden. Freilich macht die Tatsache, daß die Nationalbank durch ihre Mitwirkung an der Sanierung der anderen Banken wohl in der Leitung der Escompte-Gesellschaft und des Bankvereines vertreten sein wird, es vielleicht wünschenswert, daß sie auch in der Leitung der Credit-Anstalt verbleibe. Wie dem auch sei, jedenfalls wird durch die bloße Besetzung des Vorsitzenden im Exekutivkomitee an den Machtverhältnissen so gut wie nichts geändert. Man erinnere sich nur, welche Macht die Satzungen der Credit-Anstalt dem Generaldirektor verleihen. Er führt den Vorsitz im Vorstand, der gegen die Stimme des Generaldirektors keinen Beschluß fassen kann, er hat die Oberleitung der Geschäfte, er kann die Vorstandsmitglieder suspendieren, Vorstandsmitglieder und alle Angestellten sind seinen Anordnungen unterworfen. Er bestellt und entläßt die Angestellten, bestimmt und ändert deren Bezüge und Pensionen — lediglich bei Zuerkennung von Monatsbezügen über 1000 S und Pensionen über 500 S bedarf er der Zustimmung des Exekutivkomitees. Das Exekutivkomitee hat daneben einen bescheidenen Wirkungskreis. Seine Zustimmung muß der Generaldirektor einholen bei Verfügung über Aktiven im Buchwert von mehr als 1 Mill., bei Bewilligung von Krediten und bei Neuerwerbungen für mehr als 1/2 Mill. S, bei Geltendmachung des Einflusses der Bank auf Stilllegung von Industriebetrieben unter der Voraussetzung, daß die Fortsetzung dieser Betriebe keine neue Kreditgewährung erfordert; kann also der Betrieb nur durch Gewährung eines neuen Kredits aufrechtgehalten werden, dann entscheidet der Generaldirektor allein darüber ohne Befragen des Exekutivkomitees. Im übrigen hat das Exekutivkomitee die Grundsätze der Geschäftsführung aufzustellen und die Verbindung mit der Regierung herzustellen. Das ist alles. Hält die Regierung es für angemessen, die Machtverteilung in der Credit-Anstalt zwischen Ausland und Oesterreich zu ändern — und dazu wäre allerdings Grund genug —, dann muß es durch eine Aenderung der Befugnisse des Generaldirektors geschehen. Eine Aenderung im Vorsitz des Exekutivkomitees ist fast ohne Bedeutung.

Die Taktik

Es ist natürlich sehr zu wünschen, daß die neuen Verhandlungen der Regierung zum Ziele führen und eine Verminderung der Lasten des Bundes und eine gerechtere Verteilung der Rechte in der rekonstruierten Credit-Anstalt bringen werden. Die von der Regierung eingeschlagene Taktik zur Erreichung dieses Zieles ist aber denkbar verfehlt. Erst wurde das Abkommen als glänzender Erfolg für Oesterreich hingestellt, und zwar bevor auch nur die Annahme durch die Gläubigermehrheit gesichert war. Dann wurde erklärt, daß die Regierung einige Vorbehalte mache, die vor der Ratifizierung bereinigt werden müßten, unter denen sich aber die finanzielle Hauptfrage nicht befand. Die Verhandlungen im Nationalrat wurden trotz der dringlichen Vorstellungen der Opposition und der Oeffentlichkeit zurückgewiesen mit der Begründung, daß man dieses für den Wiederaufbau Oesterreichs so entscheidende Abkommen nicht den Fährlichkeiten einer parlamentarischen Debatte aussetzen dürfe. Und nun kommt dieselbe Regierung, die die Abmachungen als großes Entgegenkommen der Gläubiger gepriesen und dem Verhandlungsleiter den Dank Oesterreichs ausgesprochen hat, Monate danach und verlangt von den Gläubigern wesentliche Aenderungen. Wie anders stünde die Regierung da, wenn sie das Abkommen vor das Parlament gebracht hätte und, gestützt auf das einmütige Verlangen der Parteien, weitere Erleichterungen zu erzielen, sich zur Vertreterin dieser Forderung hätte machen müssen. Es ist eben nicht wahr, daß eine Regierung besser ohne Kontrolle des Parlaments und der Oeffentlichkeit regiert. Sie regiert bequemer, aber schlechter.

K. P.: Kann Amerika den Weltfrieden retten?

Der Friedensvertrag ist ungerecht — aber er muß aufrecht bleiben. Der Friedensvertrag ist das wirtschaftliche Verhängnis Europas — aber man darf an ihm nicht rütteln. Der Friedensvertrag hat keinen Frieden gebracht, er hat überhaupt keine sinnvolle Ordnung geschaffen — aber er darf nicht angefasst werden. Der Friedensvertrag ist das Unglück der Welt — aber es soll und muß bei ihm bleiben!

Diese verblüffenden Thesen werden in einem sehr ersten Buch von einem der besten Kenner des heutigen Europa verfochten, dem amerikanischen Publizisten Frank H. Simonds. *) Es ist eines jener Werke zur Zeitgeschichte, die man, ob man will oder nicht, zur Kenntnis nehmen muß. Trotz der wunderbaren Leichtigkeit und Durchsichtigkeit, fast möchte man sagen, Volkstümlichkeit seiner Schreibweise, ist es ein Buch von hohem intellektuellen Rang. Auch gibt es nur wenig Publizisten in Amerika, auf deren Ansichten über europäische Dinge die eigenen Landsleute so stark hören würden wie auf den Verfasser von „Kann Europa Frieden halten?“ und „Kann Amerika zu Hause bleiben?“ Was will also Simonds? Was

*) Frank H. Simonds: „Kann Europa Frieden halten?“ (I. Bd.) und „Kann Amerika zu Hause bleiben?“ (II. Bd.). Uebersetzt von Karl Federn, Historisch-politischer Verlag, Berlin 1933. — Der Uebersetzer hat in zwei Anhängen seinem Widerspruch gegen die Ansichten des Verfassers in zahlreichen Punkten Ausdruck verliehen.

sollen diese beinahe bis zur Sinnlosigkeit übersteigerten Widersprüche bedeuten, die mehr eines Paradoxienjägers als eines politischen Schriftstellers von Gewicht würdig zu sein scheinen?

Die Antwort liegt in Person und Zielsetzung des Verfassers. Simonds schreibt ausschließlich als Amerikaner und ausschließlich für Amerikaner. So dankenswert die ausgezeichnete Uebersetzung ins Deutsche ist, so kann sie es doch nur sein, weil Simonds' Buch zu jenen seltenen politischen Werken gehört, aus denen die, gegen deren Interessen es offen gerichtet ist, vielleicht mehr Nutzen ziehen können als die, an welche es sich wendet. Was Simonds bekämpfen will, sind vor allem die Illusionen seiner Landsleute, die Vorurteile, die sie über Europa und Europäer hegen. Als ein solches abgründig gefährliches Vorurteil erachtet er die in angelsächsischen Seelen eingewurzelte Anschauung, daß die Völker des europäischen Festlandes aus einem natürlichen Hang zum Blutvergießen den Frieden der Welt gefährdeten. Für den durchschnittlichen Amerikaner seien die kriegerischen Volksstämme, die sich um Donau und Weichsel befänden, etwa den Indianern der europäischen Phantasie vergleichbar. Der Streit um den Korridor erscheint ihnen als ein Schulbeispiel krankhafter, wenn nicht verbrecherischer Landgier; das oberschlesische Problem nur als ein Fall politischer Zerstörungswut (immer von beiden Seiten, wohlgemerkt); Fragen, wie die nach dem italienischen Besitz Fiumes, dem tschechischen Besitz der Stadt Komorn, kommen als politische Scheinprobleme vor, denen nur ein ihnen artfremder Trieb zu Krieg, Raub und Gewalt wesentliche Bedeutung zuzusprechen vermag; und so weiter, in endloser Reihe. Als eine gefährliche Einbildung betrachtet aber Simonds auch die ebenso verbreitete angelsächsische Ueberzeugung, daß diese Streitigkeiten durch eine einfache Revision der Friedensverträge aus der Welt geschafft werden könnten und daß solcher Revision nur die Kleinlichkeit und der übersteigerte Machtwahn der Siegerstaaten entgegenstünden... Obgleich er selbst fast allerwegs in der Verurteilung der Ungerechtigkeiten der Verträge mit seinen Landsleuten einig ist, einig besonders auch darin, daß das Selbstbestimmungsrecht, welches die Sieger zu achten sich verpflichtet hatten, durch diese Verträge oft verletzt wurde, ist Simonds doch von der Unmöglichkeit, ja Unerwünschtheit einer Generalrevision der Friedensverträge tief durchdrungen, weil sie zwangsläufig noch mehr Ungerechtigkeiten schaffen müsse, als sie beseitigen könnte. Womit wir bei dem Grunddilemma angelangt wären, aus dem all die oft geradezu aufreizenden Paradoxien der Simondsschen Gesamtbeurteilung entspringen. Die Friedensverträge, so lautet dieses Dilemma,

wären auch dann ungerecht ausgefallen, wenn sie das Selbstbestimmungsrecht der Völker ehrlich zu verwirklichen bestrebt gewesen wären (statt, wie Simonds selbst meint, es ebenso oft zu verleugnen). Denn im ethnisch gemischten Europa ist das Selbstbestimmungsrecht eines Volkes nur auf Kosten des gleichen Rechtes des anderen zu verwirklichen, Freiheit, Einheit und Sicherheit eines Volksstammes — das sind die geistig-materiellen Inhalte des Selbstbestimmungsrechtes — sind nie restlos zu verwirklichen, ohne die gleichen Lebensgüter anderer Nationen zu beeinträchtigen. So verdeckte die empörende Verletzung des Selbstbestimmungsrechtes durch die Verträge in einigen Fällen nur die ungleich wichtigere Tatsache, daß die Durchsetzung des Selbstbestimmungsrechtes in all den anderen Fällen zumindest ebenso verhängnisvoll war. Die Errichtung der Nachfolgestaaten in Erfüllung des Selbstbestimmungsrechtes habe ganz Europa in einen Knäuel unlösbarer Probleme verwandelt. Es sei nun völlig oberflächlich, zu glauben, wie es in Amerika so leicht geschieht, daß eine Verwirklichung des politischen Selbstbestimmungsrechtes der Donauvölker sehr wohl hätte möglich sein können, ohne die wirtschaftliche Verflechtung im Donauegebiet zu zerreißen. Simonds weist das als wohlfeilen Selbstbetrug nach, indem er spielend zeigt, daß die politische Selbstbestimmung den Willen zur wirtschaftlichen nach sich zieht, daß es mit anderen Worten völlig utopisch ist, zu erwarten, daß ein frisch zur Welt gekommener Nationalstaat auf den Ausbau seiner Industrie aus Gründen wirtschaftlicher Vernunft je verzichten würde.

Aber das Selbstbestimmungsrecht ist nur ein Beispiel. Was für das Selbstbestimmungsrecht gilt, gilt für die ganzen 14 Punkte. Die Hauptkritik Simonds' am Friedensvertrag ist, daß er nicht so sehr an der Nichtdurchführung der 14 Punkte krankte wie vor allem an dem Versuch ihrer Durchführung. Die 14 Punkte seien eine realpolitische Unmöglichkeit gewesen. Unklarheit und Zweideutigkeit hätten hier einem rein ideologischen Programm den falschen Schein der Realpolitik verliehen. Nur Unkenntnis oder Leichtfertigkeit konnte glauben, die Probleme Europas durch irgendwelche Grenzveränderungen, und wären sie statistisch und geographisch noch so fein ausgeklügelt, zur Befriedigung aller lösen zu können. Zutiefst lag darin freilich ein anderer Irrtum verborgen: der Glaube an die Allmacht der Demokratie. Damit ist Simonds' Analyse zu ihrem Höhepunkt gelangt.

Nach Simonds haben die Friedensverträge deshalb keine Neuordnung in Europa schaffen können, weil ihnen die demokratische Fehleinschätzung der Völker unterlag. Aber wie sich herausstellte, waren die Völker nicht in höherem Maße als vordem ihre Herrscher

**LORENZ
MÖBEL**



bekannt und bevorzugt durch Qualität und Geschmack

Ab Mai 1933 vereinigt in erweiterten Räumen:
WIEN I, PLANKENGASSE 4

März bis April: Verkauf von Lagerbeständen zu sehr billigen Preisen

**VIII, Josefstädterstrasse 21
und I, Plankengasse 4**

willens, auf ihre Selbstsucht aus Friedensliebe zu verzichten. Wilsons Traum war nur ein Wunschtraum gewesen: Die Friedensverträge hätten eine neue, durch die Demokratie geschaffene Ordnung in Europa durchsetzen sollen, statt dessen drückten sie nur die Unfähigkeit der Demokratie aus, eine derartige Ordnung zu gebären. Die von ihren Zaren und Kaisern befreiten Völker haben sich als ebenso unverträglich erwiesen wie ihre früheren Herren. Es sei ein Kapitalkfehler der angelsächsischen Welt, Europa vorzuwerfen, daß es den Frieden nicht halten wolle. In Wirklichkeit sei 1919 überhaupt kein Friede zustande gekommen. Da die meisten Probleme in den Verträgen ungelöst blieben, ging der Kampf einfach weiter. Die Entwaffnung der Besiegten machte allerdings die tatsächliche Durchführung kriegerischer Aktionen überflüssig. Es genugte die Drohung mit den Waffen oder der rücksichtslose Einsatz ökonomischer Zwangsmittel. Es wurden keine Schüsse abgefeuert, keine Bomben geworfen; statt ihrer kamen finanzieller Zwang, Völkerbundkontrolle, Reparationseintreibung, Militärinvestigation, Wirtschaftskrieg. In unblutiger Form dauerte der Krieg auch nach den Friedensschlüssen fort: Ruhrbesetzung 1923, Kreditboykott und Sabotierung des Hoover-Moratoriums 1931 waren wirksamste kriegerische Aktionen ohne Pulververbrauch. Die Vernichtung der deutschen Mittelklassen durch die Inflation, die Zerstörung des deutschen Bank- und Handelskredits im Ausland waren die Folge. Wer könne aber von Europa erwarten, daß es einen Frieden halte, der noch gar nicht vorhanden sei?

Was ist zu tun? Die Antwort Simonds' ist an „Realpolitik“ nicht mehr zu überbieten. Alles, was dem angeblich von Nietzsche und Tröltzsch genährten deutschen Geist je an zynischer Machtanbetung vorgeworfen wurde, wird von diesem amerikanischen Vertreter der reinen Gewalttheorie überholt: Da ein Friede auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes nicht möglich war, ohne das gleiche Recht der anderen zu vergewaltigen, mußte der Friede ein Gewaltfriede sein. Ein Gewaltfriede könne aber nur durch Gewalt aufrechterhalten bleiben. Diese beiden grundlegenden Tatsachen hätten die angelsächsischen Völker verkannt. Ihr Kriegsziel war von dem Frankreich stets verschieden gewesen. „Die Engländer waren um ihre Sicherheit zur See besorgt gewesen, die Amerikaner um ihre Rechte zur See.“ Der Sieg vernichtete die deutsche Seemacht, womit das Kriegsziel beider angelsächsischen Mächte bereits erreicht war. Infolgedessen zogen sie sich als Minderinteressierte von der Durchführung des Vertrages zurück und überließen es Frankreich, ihn den Besiegten aufzudrängen. Sie weigerten sich, ihn zu garantieren, die versprochenen Bürgschaften französischer Sicherheit zu leisten. Amerika verwarf den Versailler Vertrag. Und England lehnte es ab, mit Frankreich ein Militärbündnis ohne Amerikas Beteiligung zu schließen. Die Verblendeten! Denn die Folge davon war eine verhängnisvolle militärische Schwäche der Sieger, die sich schon 1919 gegenüber den Bolschewiken in Rußland, Ungarn, vor Warschau zeigte. Der noch gar nicht unterschriebene Friedensvertrag wurde von bewaffneten Aufständischen in Fiume, in Wilna, in Memel einfach durchlöchert. Diese Schwäche gegen Freund und Feind ermutigte die Besiegten zum Widerstand gegen die für sie qualvollsten Verstümmelungen (gleichgültig stets, ob ihnen diese

„gerechter“- oder „ungerechter“weise zugefügt worden sind.) Reparations- und Entwaffnungsfragen seien aber nichts als Vorgefächte um die eigentliche Revision, die Forderung nach Erfüllung dieser Gebietswünsche. So komme denn Europa nicht zur Ruhe. Nur wenn sich England und Amerika fest, klar und eindeutig auf den Boden der Friedensverträge, gegen jegliche Revisionswünsche (ausgenommen vielleicht die allerbescheidensten und auch diese nur in weiterer Ferne) stellten, würde Deutschland einsehen müssen, daß Polen samt dem Korridor kein vergängliches Gebilde sei, sondern eine eherne Tatsache, nur dann würde Ungarn begreifen müssen, daß seine Revisionswünsche ewig unerfüllbar seien, und Oesterreich, daß der Anschluß unmöglich sei. Simonds plädiert für Gewalt. Gewalt und nochmals Gewalt.

Der Anschluß! Nichts erweist die ganze moralische Unmöglichkeit der Simondsschen Gewaltthese besser als seine Stellung zu dieser Frage. Kapitel VIII des ersten Bandes handelt davon. Es ist vielleicht die wichtigste Anlageschrift, die wegen der Mißhandlung Oesterreichs gegen die Schöpfer der Friedensverträge erhoben wurde. Simonds ist wahrlich kein Gefühlsdusler. Und er kennt die brandigen Stellen Mittel- und Osteuropas aus eigener Anschauung. Dennoch spricht er vorbehaltlos aus, daß dem österreichischen Volk unter allen besiegten Völkern aufs grausamste mitgespielt worden ist. „Das österreichische Experiment ist mißglückt...“ Für Oesterreichs Qualen gäbe es nur eine Lösung: den Anschluß.

„Das aber, womit die Pariser Staatsmänner nicht gerechnet hatten, war das wirtschaftliche Moment. Es reichte ihnen vollkommen der Blick dafür, zu welchem wirtschaftlichen Elend sie das österreichische Volk verurteilten, und sie vermochten daher auch nicht das Vorauszusehen, was schließlich eintrat: nämlich, daß alle anderen Rücksichten für ein Volk nicht mehr zählten, das in schwerster wirtschaftliche Not geriet und politisch völlig waffenlos war. Und aus diesem Geisteszustand erklärt es sich, daß die Oesterreicher heute den Anschluß verlangen...“ „Als die Urheber der Pariser Abmachungen von 1919 dem österreichischen Volk das Recht der Selbstbestimmung verweigerten, machten sie sich wohl einer vollkommenen Verleugnung ihrer eigenen Grundsätze und Beteuerungen schuldig, aber die spätere Forderung des österreichischen Volkes einer Revision des Vertrages von St. Germain entsprang aus fast ausschließlich wirtschaftlichen, nicht seelischen Beweggründen...“

Also wenigstens in diesem einen Punkt eine baldige Revision? Eine Streichung des Anschlußverbotes oder seine Milderung? Oder vielleicht eine andere, dem realpolitischen Geist seines Verfassers entsprechendere Lösung, die immerhin den Realitäten der Wirtschaft entgegenkommt? Nicht im geringsten. Der politische Ueberrealismus des Verfassers schlägt sich hier selber ins Gesicht. Da die Tschechoslowakei sich durch den Anschluß bedroht fühlen müsse, sei der Anschluß ein für allemal unmöglich. So unmöglich, wie daß die Flüsse nach aufwärts strömen... Denn durch den Anschluß „würde genau die gleiche Lage wiederhergestellt sein, die vor dreihundert Jahren zur Aufhebung der Unabhängigkeit des kleinen slawischen Stammes führte“. Ob seit der Schlacht am Weißen Berge sich nicht immerhin auch Dinge ereignet haben, wie die Geburt der Weltwirtschaft und des modernen Verkehrswesens, die die Problemstellung zugunsten neuer Lösungsmöglichkeiten verschoben haben könnten, kommt nicht in Betracht. Und als Schlußargument: „In den Augen Polens würde diese ganz außerordentliche Machtverstärkung einem

Deutschland zugute kommen, das entschlossen ist, den Korridor aufzuheben und Oberschlesien zurückzufordern." Was hilft's, daß die wirtschaftliche Notwendigkeit es gebieterisch verlangt, wenn es einmal in den Augen der Polen einem revisionsüchtigen Deutschland zugute käme. Macht geht vor Recht und Vernunft. Und so streicht denn Simonds zugleich mit allen anderen Revisionswünschen auch den Anschluß ruhig aus dem Bereich der Politik.

Simonds' Kritik und Analyse des Friedensvertrages ragt durch Geisteskraft und Stoffkenntnis aus der Reihe aller in- und ausländischen Leistungen gleicher Art hervor. Aber seine Schlußfolgerungen sind absurd. Nichts würde die Katastrophe unvermeidlicher gestalten als eine heilige Allianz der Sieger zur Aufrechterhaltung der von Simonds in ihrer ganzen widerspruchsvollen Unzulänglichkeit bloßgestellten Bestimmungen von Versailles. Simonds hätte recht, wenn er zur größten Vorsicht in den Revisionsfragen riete. Aber er hat vollends unrecht, wenn er die einseitigen Unterstützungen aller Nutznießer des Sieges durch die angelsächsischen Großmächte als den Ausweg bezeichnet. Nur ein folgerichtiges Festhalten an ihrer Schiedsrichterrolle kann Sieger wie Besiegte zur Einsicht bekehren, daß es ohne allseitige Opfer nicht abgeht, daß aber durch solche Opfer vielleicht das Unmögliche möglich zu machen ist: den Friedensvertrag friedlich zu revidieren. Das aber ist und bleibt die einzige Hoffnung auf Rettung einer in höchste Vernichtungsgefahr geratenen Menschheit.

Philipp Knab: Die Kosten der Lebenshaltung.



Die Preisermittlung, welche am 3. und 4. April stattfand, ergab, verglichen mit der des letzten Vierteljahres, folgende Veränderungen:

- I. Nahrungsmittel: Brot 72 g je 1220-g-Laib (76 je 1260-g-Laib); Mehl 75 (74) g, Kartoffeln 16 (18) g, Kraut 40 (35) g, Wurzelgemüse 40 (35) g, Blattgemüse 55 (50) g, Obst 80 g (1 S), Rindfleisch 2.10 (3) S, Schweinefleisch 2.00 (2.80) S, Butter 5 (6) S, Schmalz 2.40 (2.60) S, Margarine 2.88 (3.06) S je Kilogramm, Eier 13 (20) g das Stück, Milch 45 (47) g je Liter.
- II. Bekleidung: Anzug 95 (100) S, Socken 1.20 (2) S.
- III. Wohnung, Beheizung, usw.: Miete 36 (39) S, Straßenbahnfahrtscheine, Vorverkauf 31 (30) g.
- IV. Kulturelle und sonstige Bedürfnisse: Theater 3.50 (5) S, Seife 1.60 (1.50) S je Kilogramm.

Die bedeutende Verbilligung zahlreicher Nahrungsmittel, wie Brot, Kartoffeln, Obst, Milch und Futter, Fette, hat trotz der höheren Mehl- und Gemüsepreise ein erhebliches, wenn auch z. T. jahreszeitgemäßes Absinken der Lebenskosten bewirkt. Verstärkt wurde dieses Absinken auch durch die in der Gruppe „Bekleidung“ wahrnehmbaren Preisermäßigungen, noch entscheidender aber durch die Verringerung der Miete um 8 2/3, welche vorgenommen werden mußte, um dem allgemein bemerkbaren Ueberangebot an Wohnungen und möblierten Räumen, welches naturgemäß auch von Zins- und Entgeltverminderungen begleitet ist, Rechnung zu tragen. Die Verteuerung der Straßenbahnfahrtscheine im Vorverkauf um 1 g fällt dadurch wenig ins Gewicht. Auch in der Gruppe „Kulturelle Bedürfnisse“ ist eine wesentliche Abnahme durch die starke Verbilligung der Theaterkarten eingetreten. So ist auf allen Teilgebieten des Lebensbedarfes ein Kostenrückgang zu verzeichnen, der nach

Allgemeine Rentenanstalt

Gegründet 1824.

Wien I., Graben Nr. 20.
(Naglergasse 1)

Telephon U-21-510

Die Rentenkasse erzielt
für Sparsamkeit, sie sichert Altersrente
Witwenpension, Kinderfürsorge.

dem ursprünglichen Aufwandsbeispiel insgesamt 4,6%, nach dem erweiterten 4,5% beträgt; er müßte jedoch wahrscheinlich ein Vielfaches davon betragen, um der noch weit stärker gesunkenen Verbrauchsfähigkeit der Bevölkerung auch nur einigermaßen zu entsprechen.

Das zahlenmäßige Ergebnis der neuen Berechnung ist wie folgt:

a) Ursprüngliches Schema:

	Anfang April 1933	Anfang Jänner 1933
	Schilling	
I. Nahrungsmittel	33.20	35.13
II. Bekleidung	16.20	16.60
III. Wohnung, Heizung, Licht, Verkehr, Dienste	74.54	77.43
IV. Kulturelles und Sonstiges	20.10	21.60
	<u>144.14</u>	<u>150.76</u>

Die Indexziffer (1. Jänner 1921: 3859.05 = 100) beträgt 37.351.16.

b) Erweitertes Schema (Siehe „Oesterr. Volkswirt“ vom 1. Jänner 1927): 167.16 (Anfang Jänner 1933: 174.73).

DIE KONJUNKTUR Eisen.

Der Eisenmarkt war bis Mitte März sehr gedrückt. In Deutschland wirkten sich die politischen Ereignisse, im Ueberseegeschäft die amerikanische Banken- und Dollar-krise aufs ungünstigste aus. Der Beschäftigungsstand der amerikanischen Eisenwerke sank zunächst von 17 auf 15% und zuletzt sogar auf 13 1/2% der Kapazität. Im Februar war die Produktion in U. S. A. schwach und der Auftragsbestand des Stahltrusts sank gegenüber Jänner abermals um 45.000 t. Bemerkenswert ist, daß der amerikanische Stahl-export andauernd steigt, während die Einfuhr zurückgeht.

Auf dem deutschen Markt zeigten sich in jüngster Zeit Besserungsanzeichen, zumal auch aus dem neuen Arbeitsbeschaffungsprogramm Aufträge zu erwarten sind. Eine fortschreitende Erholung im Reich dürfte auch dem Eisengeschäft zugute kommen, da die Voraussetzungen für einen stärkeren Auftrieb des Frühjahrgeschäftes zweifellos gegeben sind.

Auf dem belgischen Markt wurden größere Bestellungen für Ostasien sowie aus den skandinavischen Ländern namentlich in Blechen hereingenommen und Stabeisen hat von Antwerpen vorübergehend auf Goldpfund 2,7,6 je t angezogen, schwächte sich aber wieder auf 2,5,6 Pf. St. ab. Die französische Eisenindustrie erhielt größere

Dr. Karl Polanyi: Die verschobene Weltwirtschaftskonferenz.

Die Verschiebung der Weltwirtschaftskonferenz um fast sechs Monate war eine zwangsläufige Folge des unerwarteten amerikanischen Widerstandes in der Kriegsschuldenfrage. Anfangs November noch hatte MacDonald ihre Eröffnung für die Zeit vor Weihnachten angekündigt. Heute sieht fest, daß sie nicht vor dem Mai nächsten Jahres stattfinden kann. Die Engländer, die mit dieser Konferenz unter anderem auch einen Druck auf Amerika ausüben wollten, haben sich bedacht. Sie hofften, daß Washington schon mit Rücksicht auf diese Konferenz in der Schuldenfrage entgegenkommen beweisen würde, da eine ersprießliche Arbeit der Konferenz ohne eine vorausgehende Regelung der internationalen Regierungsverschuldung offenbar kaum möglich ist. Jetzt, da Amerika dennoch abgelehnt hat, halten es die Engländer umgekehrt: Sie scheizen die Konferenz hinaus, da diese sonst leicht einen unerwünschten Druck auf ihre Währungspolitik ausüben könnte, während sie, auf einen genügend entfernten Zeitpunkt hinausgerückt, vielmehr die übrige Welt in eine gewisse Abhängigkeit von Englands Währungsentschlüssen bringt.

England lehnt es ab, seine Währung zu stabilisieren, solange Amerika die Regelung der Kriegsschulden zu Englands Gunsten nicht zugesteht. Das bedeutet keineswegs etwa eine Drohung, sich vom Goldstandard abzuwenden, aber es bedeutet, daß England die endgültige Stabilisierung seiner Währung davon abhängig macht, ob es über einige wesentliche Punkte mit den „Goldländern“ Amerika und Frankreich vorher einig werden kann. Der „Economist“, der diese These mit aller Schärfe vertritt, faßt diese Bedingungen in vier Punkte zusammen:

1. Eine Hebung der Großhandelspreise, die die Regierungen dadurch herbeiführen helfen sollen, daß sie ihre Notenbanken zu einer entsprechenden Politik ermutigen;

2. eine Korrektur der einseitigen Goldverteilung, möglichst durch einen genügend großen Einfuhrüberschuß des amerikanischen und französischen Außenhandels; nötigenfalls sei die Aenderung der Goldverteilung durch Antrieben der goldenthürmten Länder in den Goldländern herbeizuführen oder durch eine Vereinbarung über die Schaffung einer internationalen Goldreserve (etwa bei der B. I. Z.);

3. eine gewisse Parallelität der Notenbankpolitik, die eine Gewähr gegen eine sogenannte Sterilisierung des Goldes bietet, d. h. gegen eine künstliche Hintanhaltung von Preissteigerungen in den Goldländern;

4. eine Verpflichtung der Gläubigerstaaten, daß sie durch eine entsprechend liberale Zollpolitik Zahlungen an sie erleichtern werden.

Ehe diese Bedingungen, namentlich die letzte, nicht erfüllt seien, dürfe England seine Währung nicht an ein bestimmtes Verhältnis zum Gold binden. Die Erfahrungen des vergangenen Jahres weisen darauf hin, sagt der „Economist“, daß, wenn in diesem Kampf um eine gesündere Handels- und Währungspolitik der Zähler siegen soll, England kaum etwas zu befürchten hat. Die Verschlechterung der Wirtschaftslage, der Arbeitslosigkeit und der Staatsfinanzen war in den

„Goldländern“ sogar noch ernster als in England oder in den anderen vom Gold losgelassenen Ländern.

Eigentümlicherweise fehlt unter den vier Bedingungen die wichtigste: die Regelung der Kriegsschulden. Doch das ist aus taktischen Gründen begreiflich. Wäre es doch anklug, den ohnehin überempfindlichen amerikanischen Kongress durch eine derartige offene Pression zu reizen. Der letzte Punkt spricht ja deutlich genug: England verlangt von Amerika eine Herabsetzung seiner Zölle, wenn England zum Gold zurückkehren soll. Bekanntlich verlangt Amerika von England das Gleiche als Gegenleistung für eine Streichung der Kriegsschulden. Von England aus gesehen, bedeutet jener letzte Punkt also, daß das Pfund nur dann stabilisiert werden könne, wenn Amerika seine Zölle senkt oder aber England die Kriegsschulden erläßt. Ehe es das eine oder das andere getan, sei es müßig, auf eine Stabilisierung des Pfundes zu drängen.

Hier widerfuhr nun England ein kleines Mißgeschick. Die zur Vorbereitung der Weltwirtschaftskonferenz eingesetzte Kommission beging etwas, was zu tun wohlgezogene Kommissionen sonst unterlassen. Sie empfahl, was eine Großmacht absolut nicht zu hören wünschte, nämlich die dringende Rückkehr Englands zum Goldstandard! Zwar hatte der englische Regierungsvertreter im Ausschuß dagegen protestiert, aber die von den unabhängigen Sachverständigen kräftig unterstützte Meinung der französischen und amerikanischen Vertreter trug den Sieg davon. Mac Donald erklärte sogleich, daß die Kommission ihre Aufgabe mißverstanden habe. Statt sich auf die Ausarbeitung einer Tagesordnung zu beschränken, habe sie den Beschlüssen der Konferenz vorzugreifen versucht... Man wartete nur noch Amerikas Antwort auf das Stundungsbegehren ab, und da sie ungünstig ausfiel, heeilte man sich, die Weltwirtschaftskonferenz ausgiebig zu verschieben.

Diese Verschiebung bedeutet, daß in absehbarer Zeit kein Versuch unternommen werden wird, das Pfund zu stabilisieren. England rechnet mit einem lange dauernden Schwebezustand in der Schuldenfrage. Weder politische noch moralische Argumente allein werden das wirtschaftlich und finanziell hart bedrängte amerikanische Volk heute zu einem schweren Opfer gegenüber seinen Schuldnern bewegen. Nur die Überzeugung, daß eine dauernde Besserung der Geschäfte so lange unmöglich sei, als die Gefahr eines weiteren Absinkens des Pfundes besteht, kann einen Wandel herbeiführen. Ottawa hat den Wettbewerb Englands in Kanada sehr verschärft und ein fort-dauernder Verfall des Pfundes könnte Amerikas Ausfuhr dort schwer treffen. Fast 8% der amerikanischen Ausfuhr 1950 werden von den Ottawa-Präferenzen der Dominions einerseits, den neuen englischen Getreide-, Kupfer-, Milchprodukte- usf. -Zöllen sowie durch die Speckkontingente zugunsten Kanadas andererseits betroffen. Eine andere Folge des Absinkens der englischen Währung könnte die Konsolidierung jenes Pfund-Blocks sein, den England in Ottawa vergeblich zu schaffen versucht hat, der jedoch bei einer fortschreitenden Abtrennung der Goldparitätsländer von den Pfundparitätsländern wieder als möglich erscheinen könnte.

Die Einberufung einer Weltwährungskonferenz war ursprünglich eine amerikanische Idee. Man gedachte damit, die Stabilisierung des

Pfundes beschleunigen zu können. Die Engländer machten daraus eine Weltwirtschaftskonferenz, indem sie den Abbau der amerikanischen Hochschutzzölle einbeziehen wollten. Und um trotz Amerika auch die Kriegsschuldenfrage auf die Tagesordnung setzen zu können, gedachten sie die Konferenz als Fortsetzung der Lausanner Konferenz aufzubauen. Aber Amerika hat die Kriegsschulden von der Tagesordnung fernzuhalten vermocht. England die Pfundstabilisierung. Welchen Zweck könnte in der Tat eine Weltwirtschaftskonferenz unter diesen Umständen haben?

Dieser Eindruck hätte sich noch sehr verstärken müssen, wenn sich bewahrheitet hätte, daß sogar das Problem der privaten Schulden, also die „Stillhaltungen“, auf Wunsch der amerikanischen Gläubiger von der Weltwirtschaftskonferenz ferngehalten werden sollen. Zum Glück hat die Mehrheit des Sachverständigenausschusses sich dieser Ansicht nicht angeschlossen. Da das deutsche Stillhalteabkommen Ende Februar abläuft, die Konferenz aber bis dahin gewiß nicht mehr zusammentritt, ist die Frage vorerst gegenstandslos geworden. Aber nicht auf die Dauer.

Die anfangs November in London geführten Verhandlungen über eine Neuregelung der deutschen Stillhaltungen sind hauptsächlich daran gescheitert, daß die ausländischen Gläubiger eine Konsolidierung der kurzfristigen Schulden durch reichsgarantierte Valutabonds eines eigens gebildeten Abwicklungstrusts kaum anders in Erwägung ziehen würden als unter einer zusätzlichen Garantie der Regierungen der ausländischen Gläubiger. Die Weltwirtschaftskonferenz wäre natürlich der richtige Rahmen dafür gewesen, die Voraussetzungen einer solchen internationalen Aktion zu schaffen. Wie die Dinge liegen, wird wohl eine nur unwesentliche veränderte Verlängerung des deutschen Stillhalteabkommens um ein halbes Jahr unvermeidlich sein. Da die Bereinigung der internationalen Schuldverhältnisse privater Natur zum besseren Funktionieren des kommerziellen Kredits und dadurch zur Aufhebung der Handelshemmnisse unumgänglich notwendig ist, bedeutet die Verschiebung der Weltwirtschaftskonferenz auch in dieser Hinsicht eine Verzögerung der Gesamtanierung der Krise.

Oesterreich wird die Weltwirtschaftskonferenz auf keinerlei Art mehr in Rechnung stellen können, wenn es an seine akuten Probleme herangeht. Als in den zwei benachbarten Beilagen IV und V des Lausanner Reparationsabkommens Weltwirtschaftskonferenz und Stresa das Licht des Tages erblickten, schienen ihre Schicksale noch eng verbunden. Wahrscheinlich hoffte man selbst in England damals noch, daß die Weltwirtschaftskonferenz gewissermaßen die Krönung des Wiederaufbauwerkes auch an der Donau sein werde. Heute denkt man darüber zumindest in England ganz anders. In einem Leitartikel der „Times“ heißt es: Eine Regelung der kurz- und langfristigen Schulden Oesterreichs und Ungarns hat der erste Schritt zur Durchführung der Stresaer Beschlüsse zu sein. Die Schuldenregelung müsse mit einer Herabsetzung der Schulden verbunden sein. Ein Teil der kurzfristigen Schulden müsse als uneinbringlich abgeschrieben, ein anderer Teil langfristig konsolidiert werden, wobei bei der Beurteilung der einzelnen Fälle

eine ständige Schlichtungsinstanz gute Dienste leisten könne. Grundlage habe das Angebot des Schuldners zu sein, wie dies im Fall Credit-Anstalt offenbar erfolgreich geschehen sei. Fiktive Währungsparitäten seien möglichst bald im Wege der Devaluation auf den wahren Kurs zurückzuführen. Jedoch könne der in Stresa vorgeschlagene Währungsfonds in diesen Fällen nur dann für die Aufrechterhaltung der neuen Parität sorgen, wenn der Ausgleich der sichtbaren und unsichtbaren Handelsbilanz schon früher gesichert wird. Der Völkerbundrat solle den Donaustaaten klarmachen, daß ihnen keine finanzielle Hilfe gewährt werden würde, wenn sie nicht vorher durch einen Zollabbau den gegenseitigen Warenaustausch wieder in Fluß gebracht hätten. Nur dann sei, z. B. in Ungarn, eine Aufhebung der Devisenbeschränkungen trotz Wiederaufnahme des auswärtigen Schuldendienstes möglich. Während also ein Währungsfonds durchaus am Platze sei (weder Betrag noch Aufbringung stehen übrigens fest), sei der in Stresa beschlossene Getreideaufwertungsfonds von 70 Mill. sfr ein schädlicher Versuch, Preissstützungen mit Hilfe ausländischer Anleihen durchzuführen, was schon bisher ein Hauptgrund der Agrarkrise im Donaubecken gewesen sei (wahrscheinlich eine Anspielung auf das berüchtigte ungarische Bollettensystem, da kaum anzunehmen ist, daß unser eigenes Notopfer dem Schreiber bekannt war). Aber in England unterschätzt man wieder einmal die politischen Hindernisse wirtschaftlicher Zusammenarbeit im Donaubecken. Der Fehler ist um so weniger verzeihlich, als die Erweiterung des österreichischen Absatzgebietes nach dem Reich hin uns ausschließlich und offen aus politischen Gründen verwehrt wurde. Auch dies, wie alles Vorherige lehrt, daß Recht und Unrecht nicht das gleiche ist für klein und groß. Großmächte bleiben ohne zwingende Not ungeheure Beträge schuldig. Kleine Staaten müssen zahlen. Großmächte lassen den Wert ihres Geldes absichtlich schwanken. Kleine Mächte haben zu stabilisieren. Großmächte verschieben eine Weltwirtschaftskonferenz, wenn es ihnen genehm ist. Kleine Mächte haben mit ihren Nöten selber fertig zu werden.

Professor Dr. Adolf Merkl: Reform des Gewerberechtes.

Die österreichische Gewerbeordnung, in ihrem Entstehungsjahr 1859 ein Werk aus einem Gull, ein folgerichtiges Dokument der damals herrschenden Idee der Gewerbefreiheit, ist durch eine Unzahl von Novellen zu einem monströsen Flickwerk geworden, einem Kompromiß widersprechender gewerbepolitischer Tendenzen, unter denen ein erneuerter Zunftgedanke die Dominante ist. Mit ihrer Fülle von Novellen, die vom ursprünglichen Gesetzestext nur noch wenige Paragraphen unverändert gelassen haben, ist die heute geltende Gewerbeordnung selbst für den geschulten Juristen, der nicht zugleich gelehrter Oesterreicher ist, ein Geheimbuch voller Rätsel und Unbegreiflichkeiten und nur für einen engen Kreis von Fachleuten der Gegenstand einer Geheimwissenschaft geworden, von deren Problemen unter anderem der mehr als 1600 Seiten starke Kommentar von Emil Heller eine Vorstellung

25. 10. 1932 NR. 4 23/4

Karl Polanyi: Gleichberechtigung und die deutsche Linke.

Noch sind Ort und Zeit der Großmächtekonferenz im Ungewissen, die Deutschlands Verlangen nach Gleichberechtigung untersuchen soll. Aber schon scheint es wieder das Schicksal der deutschen Demokratie werden zu wollen, daß sie ihre Haltung mit Illusionen unterbaut, statt sie auf die Wirklichkeit zu gründen. So hört man auf der Linken im Reich bereits die Ansicht verkünden, daß die Gleichberechtigungsfrage durch einige naheliegende Kompromißformeln über den französischen und deutschen Rüstungsstand aus der Welt geschafft werden könnte.

Das scheint uns eine völlige Verkenning der wahren Lage. Gewiß mag eine Konferenz durch gutgewählte Formeln oder nichtssagende gegenseitige Zugeständnisse den Schein einer Einigung vortäuschen. Aber die mit dem Gleichberechtigungsverlangen erstandene Entwicklungsphase wird damit ihr Ende nicht finden. Ebensovienig wie die Reparationsfrage mit dem Dawes-Plan oder mit dem Young-Plan ihren Abschluß fand. Sie wird weiter gehen bis zur Entscheidung, ob Europa noch die Kraft innehat, jenen Grundzwiespalt zu lösen, in welchem es befangen ist, seitdem vor 13 Jahren zwei einander diametral entgegengesetzte Vorstellungen des Völkerlebens in den Friedensverträgen zusammengekoppelt wurden. Abrüstungsversprechen der Sieger und Völkerbund — höchste Selbstverleugnung und höchste Rechtsverwirklichung einerseits: ewige Entwaffnung und ewige Tribute — die höchste Entrechtung und die höchste Ungleichheit andererseits. Die Verheißung einer neuen Welt wurde hier zusammengeschweißt mit der Bekräftigung der alten. Das Gleichberechtigungsverlangen Deutschlands aber hat die ganz besondere Eigenart, sämtliche Widersprüche fällig werden zu lassen, die in diesem im tiefsten Verstande sinnlosen Dokument ihre Verkörperung gesucht haben. Allzuoft haben die Sieger rühmend, die Besiegten fluchend den Geist der Versailler Ordnung beschworen, als daß man es hätte leicht erkennen können, daß es diese Ordnung nicht gibt. Die Versailler Ordnung — das ist die Lebenslüge Europas. Wird Europa die Kraft aufbringen, sich eine wirkliche Ordnung zu schaffen?

Es ist die Tragik der deutschen Demokratie, daß sie mangels politischer Erfahrung diesen Grundsachverhalt nie erkannt hat. Sie hat damit unbewußt, aber nicht minder folgenschwer die europäische Mission Deutschlands verleugnet. Nur wenigen beginnt selbst heute noch diese wahrhaft menschheitliche Problemstellung aufzuscheinen. Vielleicht zu spät, um in naher Zukunft das Schicksal der deutschen Demokratie zu wenden. Nicht zu spät, um in der Opposition ihre Pflicht Europa gegenüber zu erfüllen und damit ihr Anrecht auf deutsche Zukunftsgestaltung neu zu verankern.

In Deutschland selbst hat die Umwälzung der Meinungen bereits begonnen. Es wäre ganz vergeblich, verschweigen zu wollen, daß die deutsche Linke in den letzten Monaten außenpolitisch einen

Kurswechsel vollzogen hat. Die Gleichberechtigungsthese, die sie noch vor einem halben Jahr als deutschnationale Scharfmacherei abgelehnt hatte, findet bei ihr heute fast das gleiche Verständnis wie auf der Rechten. Daß dieser schnelle Wandel nicht immer offen zugegeben wird, ändert daran nichts. Die Linke berichtigt damit nur den Fehler, für den vor allem sie jetzt durch die nationalistische Hochflut büßt: ihr Versagen in der Außenpolitik. Sie hat versagt, nicht nur als deutsche Linke, sondern noch tiefer und tragischer als europäische Linke. Europa, von der deutschen Linken ungewarnt und ungeweckt, zahlt dafür durch eine lebensgefährdende Hinauszögerung des unvermeidlichen Klärungsprozesses, Deutschland aber durch die seine ganze Zukunft bedrohende Herrschaft der militaristischen Reaktion.

So ist es denn von entscheidender Bedeutung, ob es den Weimarer Parteien gelingen wird, ihre späte Bekehrung zur Gleichberechtigungsthese mit dem Sinn und der Würde weltanschaulicher Selbständigkeit zu erfüllen. Gelingt das nicht, dann steht die deutsche Opposition in Gefahr, einfach zur Mitläuferin der nationalistischen Rechten hinabzusinken. Es kann der Linken nicht erspart bleiben, die ganze Tragik deutscher Gleichberechtigungspolitik auf sich zu laden. Deutschland ist um seiner selbst und der Menschheit willen mit dem Kampf um seine Gleichberechtigung belastet, einem Kampf, in welchem es Gefahr läuft, an seiner Friedensgesinnung irre zu werden. In die politische Realität umgesetzt: Keine Aufrüstung, weder in Deutschland, noch bei den anderen! Abrüstung der Sieger, aber in vollem Ernst! Keine Beteiligung Deutschlands an einer Abrüstungskomödie! Abrüstungsoffensive des Reichs durch Unterbrechung des Baues seiner mehr als wertlosen Kreuzer, deren jeder nur den Vorwand zu neuen überlegenen Rüstungen der Gegner gibt! Austritt aus dem Völkerbund, wenn Deutschlands Gleichberechtigung durch keine vollwertige Abrüstungsleistung Frankreichs ein Unterpfand erhält! Das ist freilich fast die genaue Umkehrung der Politik, die die deutsche Linke tatsächlich befolgt hat und die sie im In- und Ausland um so viel Vertrauen gebracht hat. Sie hatte 1928 die Wahl, auf die Gleichberechtigung zu verzichten und den Panzerkreuzer „A“ zu bauen, oder: ihn nicht zu bauen und von Frankreich die volle grundsätzliche Gleichberechtigung zu verlangen! Das wäre der Kampf gewesen. Kampf nach außen hin gegen Frankreich. Kampf nach innen hin gegen die militaristische Reaktion. Sie fand es realpolitischer, den Weg der Verständigung zu gehen: nach außen mit Frankreich, nach innen mit der militaristischen Reaktion. Das Ergebnis war voraussehbar: Frankreich gebrach es an Vertrauen, weil die Linke gegen die Reaktion im Innern versagte; die deutsche Bevölkerung verlor ihr Vertrauen, weil die Linke für Deutschlands Gleichberechtigung nicht focht. In einer historischen Krise läßt sich eben die Wahrheit einer Politik nur durch den geistigen Kampf auf allen Fronten bewahren. Wie anders hätte doch die Linke an Frankreich und die Welt um die Anerkennung deutscher Rechte und um die Abrüstung der Sieger appellieren können, wenn sie zugleich im Innern Monarchismus und Faschismus mit der Nichterbauung des Panzerkreuzers „A“ die Fehde angesagt hätte! Und wie

anders hätte sie vor dem deutschen Volk in dieser Fehde bestehen können, wenn sie zugleich an die Spitze der friedliebenden Völker in einem alle guten Geister der Menschheit auführenden Kampf gegen den französischen Nationalismus getreten wäre um die Anerkennung deutscher Gleichberechtigung! Statt dessen versagte sich die Linke jeder aktivistischen Außenpolitik — mit Berufung auf die militärische Uebermacht Frankreichs. In einer Weltlage, die als Folge der wurzelhaften Fragwürdigkeit der sogenannten Friedensordnung in einem nie erlebten Maße durch geistige Faktoren bestimmt war, berief sich die Linke auf das militärpolitische Argument! Als ob es nicht zu ihrer naturgegebenen Wirkungsweise gehörte, gegen die angeblich allein wirklichen militärischen Kräfte die Realität moralischer und geistiger Potenzen zu behaupten und zu erweisen. So entstand die einzigartige Lage, daß die Linke, ausgerechnet die Linke, alle Argumente naturrechtlicher und ideologischer Art der militaristischen Rechten überließ, während sie selbst ihre passivistische Außenpolitik militärpolitisch begründete. Und doch, wer wäre besser legitimiert gewesen, für Abrüstung und Völkerbündrecht zu streiten als sie, die 1918 das Schicksal ihres Vaterlandes dem Glauben an diese idealen Werte anvertraut hatte? Abrüstung und Völkerbund — das waren Karten im Spiel der internationalen Politik, die nur in ihren Händen stechen konnten. Allerdings nur dann, wenn Deutschland das Gesamtproblem der Friedensverträge aufrollte. Wenn es kühn und klar die Frage aufwarf, welche Ordnung denn eigentlich in Versailles geschaffen worden sei. Das heißt eben, wenn es die Gleichberechtigung forderte.

Das führt zu Versailles zurück, einem Flickwerk aus Neuem und Altem Testament. Deutschland wurde entwaffnet und es wurde ihm für alle Zeiten verboten, seine Rüstungen zu erhöhen; die Siegerstaaten blieben aufgerüstet. Die logische Folge einer derartigen Bestimmung hätte die Dauerbesetzung oder die Aufteilung des seiner vollen Souveränität beraubten Gebietes sein müssen, dessen vermindertem Rechtsstatus dann auch sein internationaler Status etwa als Mandat, Kolonie oder Protektorat entsprechen hätte. (Daß eine solche Fremdverwaltung Deutschlands aus überaus zahlreichen Gründen eine Unmöglichkeit war, beweist nur, daß die einseitige Dauerentwaffnung eben ein Ungedanke ist.) Wären die Entwaffnungsbestimmungen befristet gewesen, man hätte ihnen kraft des Vertrages noch einen gewissen Bestand zuerkennen können. Aber sie waren unbefristet, sie waren, so komisch es klingt (oder einst klingen wird), sie waren buchstäblich für ewig. Weder mit einem, noch mit zehn Menschenaltern begrenzt, noch mit dem Lebensalter des biblischen Methusalem.

Es kann nicht oft genug wiederholt werden, gerade weil diese Einsicht dem Besiegten so fremd zu sein scheint, daß diese einseitige ewige Entwaffnung eines großen und reichen Staates ohne die selbstverständliche Bürgschaft einer militärischen Dauerbesetzung seines Gebietes durch die Sieger eine Unmöglichkeit aussprach, der gerade vom Gesichtspunkt der Generalsmentalität, der eine derartige Maßnahme doch allein entspringen konnte, an sich nicht der geringste Ernst einzuräumen war. (In

diesem Lichte wird man der Raubtierlogik Clemenceaus besser gerecht, der die Aufteilung Deutschlands oder wenigstens die endgültige Rheingrenze sowie ein französisch-englisch-amerikanisches Militärbündnis gegen Deutschland für eine unumgängliche Ergänzung des Friedensvertrages hielt. Die ewige Dauer der Entwaffnung widerlegte einfach sich selbst.) Aber hier griff als deus ex machina das Gegenprinzip, jene frohe Botschaft von Recht und Frieden ein. Deutschlands Abrüstung solle gar nicht einseitig sein. Nicht sollten die Besiegten aus der Gemeinschaft der Völker ausgestoßen werden. Eine neue Zeit bricht an, in der Löwe und Lamm friedlich nebeneinander hausen, weil der Löwe verspricht, daß er freiwillig abrüsten wird. In diesem Versprechen des freiwilligen Abrüstens der Sieger lag die Befristung der einseitigen Abrüstung verborgen. Die Einseitigkeit sollte nicht ewig dauern. Es sollte die Zeit kommen, da auch Deutschland die gleiche Sicherheit genießen sollte wie die Sieger, weil diese gleichfalls abgerüstet haben würden. Diese scheinbare Lösung führte natürlich nur zu neuen Widersprüchen. Denn als Symbol der Gleichberechtigung sollte der Völkerbund dienen, ein freier und freiwilliger Verein der Staaten, dem daher kein Staat angehören würde, wenn ihm die volle und wahre Gleichberechtigung nicht gesichert ist. Aber jene Gleichberechtigung war doch nur ein Zukunftswechsel, während der Völkerbund sie als bereits verwirklicht voraussetzte! Der Ausweg war also kein Ausweg. Im verfehlten Bau klaffte Riß um Riß.

So viel ist klar: An der Gleichberechtigung Deutschlands hängt die Sache der Abrüstung. In der Gleichberechtigung liegt das Dasein und die Zukunft des Völkerbundes. Die deutsche Demokratie, welche Abrüstungs- und Völkerbundpolitik wahrlich nicht wohlfeil von der Geschichte erstanden hatte, ist es sich schuldig, diese Gleichberechtigung auch dann zu fordern und zu erkämpfen, wenn Deutschland sich dadurch in den Verdacht des Militarismus brächte. Einer Linken, die im Ringen mit der Reaktion im Innern das Vertrauen der ganzen Welt gewonnen hätte, müßte es wahrlich nicht bange werden, wenn Frankreichs Militaristen ihr Gleichberechtigungsverlangen als verkappten Militarismus verdächtigten. Liege es doch nur an Frankreichs Regierung, die Probe darauf zu machen. Eine Linke, die diese Probe nicht zu fürchten brauchte, würde durch einen Sieg auf der Abrüstungsfront davor bewahrt bleiben, sie bestehen zu müssen. Und was die Linke als Regierung zu vertreten hätte, das hat sie schon als Opposition zu verkünden — und sich damit den Weg zur Regierung zu bahnen.

Was aber, wenn der verstockte Militarismus seiner Gegner Deutschland nichts übrig ließe, als selbst aufzurüsten? Dieses Dilemma wird heute von der Rechten absichtlich falsch gestellt. Für sie, die weder die Abrüstung noch die Völkerbundpolitik ehrlich bejaht, heißt es einfach: Rüstet ihr nicht ab, so rüstet wir auf — und wir werden dafür sorgen, daß ihr nicht viel Lust zum Abrüsten habt! Wir werden euren eigenen angeborenen Widerwillen

¹⁾ Vgl. Karl Polanyi: „Gleichberechtigung und Völkerbund“ in Nr. 39 vom 25. Juni 1932.

gegen das Abrüsten wahrlich nicht durch unsere Ueberredungskünste abschwächen wollen! Was wir von euch verlangen, ist gar nicht, daß ihr die Waffen ablegt, sondern daß ihr uns endlich bescheinigt, daß ihr gar nicht abzurüsten gedenket! — Die Politik der Linken muß umgekehrt sein, den Siegern den Weg zur Abrüstung so leicht als möglich machen, ihnen die Verweigerung der Abrüstung nach Kräften erschweren. Eine zähen Abrüstungsabotage würde sie nicht durch ein schleuniges Aufrüsten, sondern durch eine gesteigerte Abrüstungs-offensive begegnen, die auf allen Gebieten öffentlicher Tätigkeit, in Schule und Verwaltung, den Gedanken der Friedensmission Deutschlands überzeugend verkörperte. Nur Schritt für Schritt, jeden Fußbreit Friedensbodens mit allen Mitteln verteidigend, dürfte sich Deutschland von dem Boden der Abrüstung drängen lassen, den Sieger auf den Boden eigener Aufrüstung drängen lassen, das furchtbare Unglück eines neuen Wett-rüstens aller Welt ständig vor Augen führend. Und nicht einmal dann dürfte Deutschland sich auf die für das Reich besonders verhängnisvolle Bahn des Wett-rüstens begeben. Wie es auch in einer protektionistischen Welt Freihandels- und Schutzzollstaaten gibt, dürfte Deutschland seine durch den Sturz des Völkerbunds und das Versagen aller Abrüstungsarbeiten heimfallende Gleichberechtigung nicht zum Wett-rüsten, sondern es müßte sie zu einem ständigen Druckmittel auf Frieden und Verständigung hin benutzen, als die Freiheit, seine Friedensgesinnung trotz allem zu wahren. Es ist möglich, daß dies alles dennoch fruchtlos wäre. Daß Deutschland seinen Rüstungsstand zu erhöhen gezwungen sein wird, wenn es seine faktische Gleichberechtigung wahren will. Diese Verantwortung würde dann auch die Linke zu tragen haben. Sie müßte, sie könnte sie tragen. Sie hätte getan, was menschenmöglich war, um aus dem Chaos der Nachkriegswelt zu einer neuen Völkerordnung aufzusteigen. Sie hätte gekämpft und gezahlt, gezahlt und gekämpft, um sich vor der Schuld des Rüstens reinzuhalten. Sie würde Deutschland lehren, die Last der Rüstungen unwillig zu tragen, als ein Zeichen dessen, daß die Zeit noch nicht gekommen ist, in der die Welt die Bedeutung der deutschen Friedensbestimmung erfaßt hat.

Wer wagte dann den Anwurf, daß eine deutsche Linke, die dies um Deutschlands und der Menschheit willen vermöchte, eine bloße Mitläuferin der militaristischen Reaktion geworden wäre? Wer würde ihr nicht den Sinn und die Würde einer Tragik zubilligen, die sie schuldlos-schuldvoll zum Rüsten zwingt, gegen ihr in Kämpfen bewährtes innerstes Wesen?

Die kommenden Konferenzen über die Gleichberechtigung sind nur der Anfang einer neuen Entwicklungsphase, in der die europäische Illusion einer 1919 aus dem Krieg geborenen Ordnung verfliegen wird. Spät hat die deutsche Demokratie verstanden, daß die deutsche Gleichberechtigung die einzige Hoffnung bietet, die halben Verheißungen von Versailles auf Kosten seiner Verbrecchen und Irrtümer der Welt zu erhalten. Sie möge darüber wachen, daß die neue Erkenntnis sie nicht schwäche, sondern stärke. Daß sie nicht selbst eine Beute der Reaktion wird, sondern den Weltanschauungsboden wiederfindet, der sie unüberwindlich macht.

W. F.: Hofrat Sterns Gutachten.

Wir haben vorige Woche das Gutachten des Hofrat Stern über die Schadenersatzpflicht der Leiter der Credit-Anstalt und Boden-Credit-Anstalt nach einem Zeitungsartikel besprochen. Inzwischen liegt uns der in Finanzkreisen verbreitete Bericht des Hofrates Stern selbst vor.

Bei dem Zusammenbruch der Credit-Anstalt zweifelten wir nicht, daß die einbekannten ungeheuren und doch nur einen Teil der wirklichen ausmachenden Verluste unmöglich seit der letzten Bilanzaufstellung nach der Fusion mit der Boden-Credit-Anstalt Ende 1929 entstanden sein konnten, sondern daß sie zum großen Teil den Leitern der Bank schon früher erkennbar gewesen sein mußten. Es waren also

Gemeinde Wien Städtische Versicherungs- Anstalt

DIREKTION:

WIEN, I, TUCHLAUBEN NR. 8

TELEPHON Nr. U-27-5-40 Serie

FILIALEN IN:

Graz, Innsbruck, Klagenfurt, Linz
und Salzburg

Dr. Karl Polanyi: Der Friede von Locarno.

Die Staatsmänner, die den Vertrag von Locarno geschlossen haben, waren über sein schließliches Zustandekommen wahrscheinlich nicht wenig überrascht. Dies gilt natürlich nicht für die allerletzten Phasen der Verhandlungen, aber um so mehr, wenn wir an deren Anfang zurückdenken. Und nicht zuletzt für die Deutschen, von denen die Idee dieses Vertrages ausgegangen ist. Die Umstände, unter denen Stresemann sein Garantieangebot machte, sprechen dafür, daß er es damit kaum ernster gemeint haben mochte, als die Regierung Cuno mit ihrer fast gleichlautenden Anregung in der Silvesternacht des Jahres 1922. Wie Cuno zehn Tage vor dem drohenden Ruhr-Einmarsch, so hatte Stresemann in Erwartung der Entwaffnungsnote im Februar l. J. seinen Vorschlag gemacht. Zu einer „Friedensoffensive großen Stiles“ hat er ihn erst später umgedeutet. Noch weniger dachte Herriot, gewiß auch ein ehrlicher Friedensfreund, daß die Paktidee ernst zu nehmen sei. Er versuchte ihr mit der einzigen schweren Entgleisung seiner Laufbahn, der Jännerrede, zuvorzukommen, die auf eine Drohung mit einer ewigen Rheinbesetzung hinauslief. Dieses Zweiflungsargument war allerdings in erster Linie an die Adresse Chamberlains gerichtet, von dem es schon damals bekannt war, daß er das Genfer Protokoll Herriot-Macdonald vom Oktober 1924 ablehne. Tatsächlich ließ Chamberlain in seine höhnische Kritik des Protokolls bei der Sitzung des Völkerbundesrates im März l. J. als Ersatz für das Protokoll eine laise Andeutung über den Frieden durch regionale Abmachungen einfließen und machte bald darauf im Parlament eine entschiedene Geste zugunsten des deutschen Angebotes. Daß Herriot hierauf mit einem Fragebogen antworten wollte, der keinesfalls paktfreundlich gemeint war, ist bekannt. Trotz alledem scheint Chamberlain, freilich auch nur er allein, von allem Anfang an an das Zustandekommen des Paktes geglaubt zu haben. Aber noch zur Zeit des deutsch-französischen Notenwechsels im Hochsommer hätte wohl auch er den Zeitpunkt des schließlichen Gelingens eher in zwei, drei Jahren als in den zwei, drei Monaten gemutmaßt, nach denen es eintraf.

Noch selten wurde übrigens ein großes Werk von kleineren Staatsmännern geleistet. Stresemann — ein deutscher Briand, Briand — ein französischer Stresemann, und Austen Chamberlain, ehrlicher als beide, aber alles eher als eine geistige Persönlichkeit von durchschlagendem Kaliber — so sah die Welt ihre Vertreter, denen in Locarno zu eigener und zu aller Überraschung der Wurf gelang, der einem Macdonald, einem Rathenau versagt blieb.

In so einem Fall spricht man von der Logik der Tatsachen. Man meint damit, daß die unmittelbar Beteiligten weniger Einfluß auf das Resultat hatten als die Umstände, unter denen sie ihre Bemühungen verfolgten. Die Tatsache, deren Logik schließlich zu Locarno führen mußte, war, daß weder der Krieg, noch der Friedensschluß die Aufrechterhaltung des früheren politischen Systems in Europa zuließ. Dieses System, das sich in den letzten Jahrhunderten herausentwickelt hatte, das in Deutschland übrigens kaum zwei Menschenalter zählt, war das der souveränen Machtstaaten. Zu ihm gehört auch der Krieg als das Mittel,

Streitigkeiten zwischen solchen Staaten endgültig zu erledigen und damit das System im Gang zu halten. Aber der Weltkrieg bowies, daß die wirtschaftliche Verflechtung der Großmächte in Europa zu fortgeschritten ist, als daß es dieses Erledigungsmittel noch gestattet. Kaum war der Krieg zu Ende, als an der deutschen Niederlage erst England, dann Frankreich schwer erkrankte und immer größere Opfer von ihnen gebracht werden mußten, um die deutsche Wirtschaft wieder aufzurichten. Die Entwicklung der Technik auf dem Gebiete des chemischen und des Gaskrieges bewirkte, daß die Furcht Frankreichs vor dem zertrümmerten Gegner nach dem Sieg größer war, als sie vor dem Krieg gewesen. Nicht einmal einen relativen wirtschaftlichen Vorteil vermochten die Sieger als Beute einzuharsten. Die Arbeitsteilung in Europa ist so weit entwickelt, daß eine Kriegskontribution in Waren — und eine andere gibt es nicht — durch die Wirtschaft des Empfangenden nicht ohne deren organische Störung aufgesogen werden kann. Daß der Friedensschluß infolge einer gänzlich unerwartet sich offenbarenden Versittlichung des Weltbewußtseins nach dem Kriege von allen Beteiligten und Unbeteiligten vom Gesichtspunkt der Gerechtigkeit aus verurteilt oder verteidigt wurde, war, wenn auch weniger bemerkt, eine weitere Selbstwiderlegung des souveränen Staatensystems. Krieg und Friedensschluß haben nur einen Sinn, wenn sie als Gewalttatsachen gewertet werden. Ein Friedensvertrag, der nicht die Machtverhältnisse ausdrücken, sondern der Gerechtigkeit entsprechen soll, ist eine Absurdität. Eine solche war auch deshalb der Versailler Frieden von allem Anfang an. Die Notwendigkeit, ihm immer wieder mit Gewalt Geltung zu verschaffen, ließ diesen seinen inneren Widerspruch nie zur Ruhe kommen. Aber erst als alle nur denkbaren Scheinauswege versucht worden waren, tat man dann aus Hilflosigkeit, was die Lage von allem Anfang an erfordert hätte.

Dies war, sachlich, eine deutsch-französisch-englische Dauerverständigung auf dem Kontinent zu schaffen; formell, die Erreichung einer Instanz, die diese Verständigung verkörperte. Hat nun Locarno jene kontinentale Entente bewerkstelligt und hat es den Völkerbund dazu befähigt, jene Schiedsinstanz zu werden, ohne die ein Rechtszustand unter sonst noch immer souveränen Staaten alten Schlages auf die Dauer undenkbar wäre?

Sachlich zeigen die Friedensinstrumente von Locarno in drei Hinsichten, daß eine solche Entente in der Tat zustande gekommen ist.

Erstens verzichtet Deutschland auf Elsaß-Lothringen und erklärt sich mit seiner französisch-belgischen Grenze einverstanden. Auch willigt es in die Demilitarisierung der Rheinzone.

Zweitens erklärt sich England an diesen Grenzen für interessiert, in erster Linie natürlich gegenüber einem deutschen Überfall, aber auch gegenüber eventuellen Erweiterungsbemühungen von französischer Seite her. Daß es England mit dieser Garantie ernst ist, zeigt die Fassung des Artikels II, § 1, des Westpakt, der vom Garantiefall handelt. Dieser ist so abgefaßt, daß es einerseits ganz vom englischen Ermessen abhängt, ob der Garantiefall gegeben ist oder nicht, andererseits durch ihn genau jene Sachlage umschrieben wird, bei der England sich aus eigenem Antrieb auch sonst neben Frankreich stellen würde.

Eigentlich formuliert also England hier nur Art und Grenze seiner Interessiertheit und behält sich im übrigen vor, gegebenenfalls selbst zu beurteilen, ob es sich nicht geirrt hat. Aber wozu dann überhaupt ein Vertrag? könnte man fragen. Gewiß nicht, um die Parteien zu zwingen, etwas zu tun, was sie ohne ihn lassen würden. Solche Verträge wären, wenigstens heute noch, nicht das Papier wert, auf das sie geschrieben sind. Sondern um eine faktisch erfolgte Wendung in der englischen Kontinentalpolitik offen zum Ausdruck zu bringen. Sie folgt aus der Entisolierung Englands durch Luft- und Unterschiffen. Sie schaut weniger auf das „kontinentale Gleichgewicht“ als auf die Sicherheit des Rheins. Ein Einfall Deutschlands in Frankreich oder in Belgien ohne Verletzung der demilitarisierten Zone kommt nun praktisch kaum in Betracht. Nicht nur militärisch, auch diplomatisch wird die breite Rheinzone zum Vorwerk der französisch-englischen Sicherheit. Natürlich vorerst der französischen. Im Notfall, aber auch nur im Notfall, wird sie auch England verteidigen. Deswegen heißt es hier mit aller angelsächsischen Umsticht, daß der Garantiefall (Demilitarisierung der Rheinzone), sofern ein solcher Verstoß eine nicht provozierte Angriffshandlung darstellt und wegen der Zusammenziehung von Streitkräften in der demilitarisierten Zone ein sofortiges Handeln notwendig ist“. Der Verstoß der Deutschen muß also flagrant sein, der Verstoß muß von einer Angriffshandlung begleitet sein, diese Angriffshandlung darf nicht provoziert sein, muß überdies eine Zusammenziehung von Streitkräften im Gefolge haben, und zwar müssen diese Streitkräfte in der demilitarisierten Zone selbst zusammengezogen sein und schließlich müssen alle diese Bedingungen auf eine Weise zusammenreffen, die nicht nur Handeln, sondern sofortiges Handeln erheischt und dies nicht bloß als angemessene oder als wünschenswerte, sondern als notwendige Verteidigungsmaßnahme. Und nach Artikel IV, § 3, hat all dies England erst „erkennbar zu werden“, ehe es „sofort seinen Beistand gewährt“. Die vielen Vorbehalte des Garanten zeugen in diesem Falle für den Ernst seiner Versprechungen.

Drittens ist die Verbindung sowohl Deutschlands als auch Frankreichs mit den Oststaaten gelockert worden. Wenn auch nicht genügend, so doch stark genug, um die Voraussetzungen für einen Westpakt zu bieten. Hinsichtlich Deutschlands geht es hier, wie einst um die österreichisch-ungarische, jetzt um die russische Verbindung, hinsichtlich Frankreichs, wie einst um die russische, jetzt um die polnische und tschechoslowakische. Keineswegs ist Deutschland durch das Kollektivschreiben der Völkerbundmächte vom § 16 der Völkerbundsatzungen (Durchmarschrecht) einfach enthoben worden. Der Hinweis auf seine militärische Lage ist in diesem Schreiben kaum mehr als nur eine Wiederholung dessen, was Absatz 2 des Artikels 16 ohnedies enthält. Aber auch der Hinweis auf die geographische Lage Deutschlands scheint uns nicht eindeutig, ist doch ein Durchzug stets geographisch bestimmt. Zweischneidig bleibt übrigens der ganze Vorbehalt, soweit er einer ist, schon deshalb, weil eine jede Erleichterung, die Deutschland in der Durchführung der Völkerbundexekutive gegen Rußland gewährt wird, es Deutschland erschweren muß, grundsätzlich gegen diese zu stimmen.

Was die französischen Ostverbündeten betrifft, ist die Situation klarer. Indem Frankreich einwilligt, einen Teil der friedensvertraglichen Grenzen unter die von England und Italien bekräftigte territoriale Garantie Deutschlands zu stellen, indessen dasselbe hinsichtlich der Ostgrenzen unterbleibt, erklärt es sich, wenn auch indirekt und wohl auch widerwillig, aber nicht minder deutlich, als an diesen Ostgrenzen für minderinteressiert. — Die drei wichtigsten Voraussetzungen für einen deutsch-französisch-englischen Kontinentalpakt wurden also in Locarno in der Tat fast restlos erfüllt: die Ausschaltung des deutsch-französischen Gebietsstreits, die Einfügung einer ernst, weil eigeninteressiert, gemeinten englischen Garantie für diese Urfehde und die fast gänzliche Loslösung des europäischen Kerngebietes von verhängnisvollen Ostverstrickungen.

Aber auch die Schiedsinstanz ist jetzt vorhanden, auf die sich die Parteien als objektive Verkörperung ihres Vertragswillens beziehen können: der Völkerbund. Erst durch den Vertrag von Locarno ist er hierzu geworden. Wäre dem anders, so hätte es kaum eines Locarno bedurft. Aber der Völkerbund beruhte bislang nur auf den Völkerbundsatzungen und diese verpflichten im Ernstfall niemanden. Kommt es zum Krieg, so kann Genf nur Ratschläge oder genauer Empfehlungen erteilen, denen man in so einem Fall wohl die eigenen vorzieht. Juristische Verpflichtungen strikter Art und eine ihnen angemessene Befehlsgewalt hat der Völkerbund auch nach den eigenen Satzungen nie besessen.

Befehlsgewalt gewinnt er auch durch die Verträge von Locarno nicht. Aber er wird zum Angelpunkt eines Schiedssystems (des „Systems Gaus“), das sich in letzter Linie auf ihm aufbaut. Die Entschließungen des Völkerbundes wird dieser auch von nun an nicht selbst erzwingen, aber ohne seine Entschließung wird schwer etwas geschehen können. Wenn auch nicht die Aktivität, so wird doch die Passivität des Völkerbundes zu einem wirklichen Faktor vorrücken. Und je mehr durch Völkerbundsentscheidungen erworbene Rechte es auf der Welt geben wird, um so größer wird auch die Wucht jenes Trägheitsmoments werden, das ihm schließlich vielleicht sogar die relative Selbsttätigkeit zu verleihen vermöchte.

Innenpolitische Gefahren dürften der Ratifizierung der Abkommen von Locarno schwerlich mehr drohen. In allen beteiligten Staaten waren seit dem Friedensschluß Linksregierungen und sind im Augenblick wieder Rechts- oder Halbrechtsregierungen am Ruder. Das ist in diesem Fall ein günstiger Umstand. Denn eine pazifistische Unterschrift, der die Auslöschung durch eine nationalistische droht, ist nicht viel wert. Am haltbarsten ist eine nationalistische, die widerwillig, aber notgedrungen unter ein Friedenswerk gesetzt wird.

Der Besiegte von Locarno ist Rußland. Nicht nur die westeuropäische Arbeiterschaft, auch das westeuropäische Staatengebilde hat es jahrelang durch die Ideologie des revolutionären Krieges zu spalten vermocht. Aber innenpolitisch war es nicht die Arbeiterschaft und außenpolitisch nicht das besiegte Deutschland, das den Vorteil hieraus gezogen hat. Es war vielmehr die innenpolitische Reaktion und außenpolitisch die Gruppe der Siegermächte. Auch das gehört zur Logik, vielleicht zur folgenschweren Logik der Tatsachen, wenn die ersten Schritte auf dem Weg zu einem wirklichen Völkerbund jetzt ohne Rußland gegangen werden.

dem Erreichten vielleicht weniger Grund als die bürgerlichen Parteien, die sich die Beistellung der erforderlichen Zweidrittelmehrheit verschiedenerlei Zugeständnisse an die Sozialdemokratie kosten lassen mußten, welche in der ursprünglichen Fassung der Gesetzentwürfe nicht vorgesehen waren. Nicht nur daß die Föderalisierung in den Ländern mit bürgerlicher Mehrheit, vom Standpunkt der Sozialdemokratie aus gesehen — durchaus nicht auch von einem neutralen Blickpunkte aus — zum guten Teile unschädlich gemacht ist, daß ferner die zentralisierenden Einschläge in der Verfassungsnovelle vorzugsweise sozialdemokratischen Parteiinteressen entsprechen, wird die sozialdemokratische Mehrheit in Landtag und Landesregierung von Wien, dank der auch auf Wien auswirkenden Föderalisierung, womöglich noch mehr als bisher Herrin im eigenen Hause und erlangt das Land Wien sogar in gewisser Beziehung erstmals eine gewiß nicht ungerechtfertigte rechtliche Vorzugsstellung vor den anderen Ländern. Die Sozialdemokratie ist sich vermutlich bewußt, warum sie, auch abgesehen von dem sehr begrifflichen Wunsche, den Abschluß der Völkerbundkontrolle zu fördern, gerade dieser Verfassungsreform ihre Stimmen gegeben hat.

(Schluß folgt.)

Dr. Karl Polanyi: Das Bergbauproblem in England.

In einer wirklichen Demokratie müssen die großen Wirtschafts- und Lohnkämpfe notwendig einen im historischen Maßstabe problemartigen, Recht und Unrecht, Gerechtigkeit und Ungerechtigkeit der Parteien formelhaft ausprägenden, einen von der Exposition bis zur friedlichen oder katastrophalen Lösung in spannenden Abschnitten verlaufenden, mit einem Wort, einen dramatischen Charakter annehmen. Denn nur so kann die sonst urteils- und hilflose öffentliche Meinung, die als ein ungeheures Volksgericht vorgestellt wird, durch ihre Organe: Parlament, Untersuchungsausschüsse, Presse, den Kern des Konflikts erfassen, wird sie von den Lösungen der Parteien zur Stellungnahme gedrängt, aber auch befreit. Sie gelangt zur Urteilsreife und sammelt in sich die moralische Wucht an, die Vollstreckung des Verdikts durch die gewaltlose Übermacht ihrer unpersönlichen Allgegenwart demokratisch zu erzwingen. So auch im Falle der englischen Bergbaukrise, deren neueste Peripetie wir sehen erleben. Für den Fernerstehenden ein Drama für sich, ist für die englische Demokratie die durch die jüngst erfolgte Intervention Baldwins zeitweilig wieder entspannte gegenwärtige Krise nur ein neuer Anzug im vieljährigen Drama des britischen Bergbaues. Das erste Stadium der Auseinandersetzung war der Kohlenstreik 1912, das zweite der Sankey-Bericht 1919, das dritte der letzte Riasenausstand im Sommer 1921. Seither blieb das Problem in Schwebelage. Im Frühjahr dieses Jahres wieder akut geworden, spitzte es sich am 31. Juli bis zu dem in England gewohnten Entscheidungsaufmarsch zu, dem aber, wie gleichfalls nicht ungewohnt, kein Zusammenstoß folgte. Dennoch gewinnt man den Eindruck, daß das Bergbauproblem in England sprichreif geworden ist. Wie und warum es so kommen mußte, wollen wir an den mächtigen Gestaltungen die-

ses zwölfjährigen Prozesses aufzeigen*). Zur bündigen Kennzeichnung der einzelnen Stadien werden wir hierbei jeweils die Rolle hervorzuheben haben, die das Lohnsystem, die Sozialisierungsidee und die Regierungskontrolle in ihnen gespielt haben.

Der allgemeine Bergarbeiterstreik 1912 war der erste Lohnkampf in England, bei dem die Arbeiter mit einem Sozialisierungsvorschlag, die Regierung mit einer gesetzgeberischen Aktion auf den Plan traten. Beides geschah kaum mehr als andeutungsweise, wirkte sich aber durch die folgenden Jahre der Zwangswirtschaft im Kriege als mächtige Anregung aus. Das Lohnsystem selbst blieb auch nach 1912 im wesentlichen das alte. Dieses baute sich auf gänzlich unübersichtliche, revierweise vereinbarte herkömmliche Grundlöhne (basis rates) auf, die zum Beispiel im Revier Durham auf der Lohnhöhe von 1879, in Schottland auf der von 1888 usf. fußten. (Sie sind auch heute noch in Geltung.) Prozentuelle Zu- und Abschläge von diesen Grundlöhnen wechselten im Sinne einer gleitenden Skala, die die Höhe der Zuschläge von der Höhe des jeweiligen Kohlenpreises abhängig machte. Dieser Skala unterlag keineswegs irgend eine genaue Gestehungskostenberechnung, sie war vielmehr das Ergebnis jahrzehntelanger praktischer Anpassungen und wurde nach kürzeren oder längeren Zeiträumen neu vereinbart. In Schottland zum Beispiel ergab die gleitende Skala bei Preissteigerungen um 4 Pence per Tonne eine Erhöhung des Taglohnes um 3 Pence, was etwa einer Zunahme der Gestehungskosten per Tonne Kohle um $2\frac{1}{2}$ Pence gleichkam, die Bergarbeiter erhielten also von den 4 Pence $2\frac{1}{2}$ Pence, die Arbeitgeber $1\frac{1}{2}$ Pence, oder in Prozenten = $62\frac{1}{2}\%$ und $37\frac{1}{2}\%$. Hieraus ersieht man auch, daß die Gewinnbeteiligungsidee von 1921 in gewissem Sinne nur eine Rückkehr zum traditionellen System bedeutete, bloß mit dem Unterschied, daß nicht Löhne und Preise, sondern unmittelbar Löhne und Gewinne miteinander in Beziehung gebracht wurden. Eine Rückkehr aber, weil gerade infolge des Streiks 1912 das System der gleitenden Skalen mit wenigen Ausnahmen (Northumberland, Forest of Dean) aufgegeben wurde, und zwar zugunsten periodisch vereinbarter sogenannter Standard-Löhne, das heißt, um die jeweilig vereinbarten Revierprozente (Zu- oder Abschläge) veränderter Grundlöhne. Als neues Element trat das gesetzliche Minimumprinzip hinzu, das, von den Gewerkschaften mit der größten Energie vertreten, im Bergbau-Minimallohngesetz 1912 seinen Niederschlag fand. Dieses Gesetz hielt sich jedoch in den bescheidensten Grenzen. Es verfügt, daß in jedem Revier Minimallöhne festgesetzt werden, diese gelten aber nur für Akkordarbeiter, die „an abnormal ungünstigen Stellen“ beschäftigt sind und deren Verdienst deshalb hinter dem Standardlohn zurückbleiben würde. Der Minimallohn von 1912 darf also in keinem Falle mehr als den Standardlohn im Revier betragen, hat sich somit an den niedrigsten vertraglichen Lohn (Standardlohn) anzugleichen. Sozialpolitisch stellte selbst diese zaghafte Ini-

*) Vgl. Dr. Toni Kassowitz, im „Oesterreichischen Volkswirt“, „Der Kampf um die Sozialisierung des englischen Bergbaues“, Nr. 50 und 51 vom 13. und 20. September 1919; „Die Vorgeschichte des englischen Kohlenstreiks“, Nr. 5 vom 30. Oktober 1920; „Die Weltkrise im englischen Kohlenbergbau“, Nr. 28 vom 9. April 1921 und „Der englische Kohlenstreik“, Nr. 42 vom 16. Juli 1921.

tiative eine radikale Neuerung dar, ebenso wie der Umstand, daß die führende Bergarbeitergewerkschaft im Wege der Labour Party einen „Gesetzentwurf über die Nationalisierung der Kohlengruben“ dem Parlament vorlegte. Er beruhte noch vollends auf dem kollektivistischen Gedanken der Verstaatlichung der Produktion und des Vertriebes, wobei die Schürfrechte (Royalty) ohne Entschädigung, die Bergwerke selbst gegen eine Entschädigung in der Höhe des Bruttoertrages eines Durchschnittsjahres abgelöst werden sollten. Danach hätte die Ablösungssumme etwa 150 Millionen Pfund Sterling, das heißt kaum etwas mehr als der Reingewinn von fünf Jahren, ausgemacht. Wichtiger scheint, daß dieser Nationalisierungsvorschlag eher nur als Geste gemeint und mit dem Prinzip der Rationalisierung, der Ertragssteigerung und also auch mit der Lohnhöhe in keinen konkreten Zusammenhang gebracht war. Als Ausklang des Streites zeigte sich die öffentliche Meinung durch den, wenn auch kaum mehr als theoretischen, Präzedenzfall einer gesetzlichen Lohnfixierung zwar beunruhigt, nahm auch die Nationalisierungsidee der Gewerkschaften als eine wenig sympathische, weil allzu doktrinaire, Marotte an. Hoffte aber im übrigen, daß sich, wie alles in England, so auch die richtige Verfassung des Bergbaues schließlich von selbst finden werde.

Zwei Jahre später brach der Krieg aus und sowohl Minimallohn wie Nationalisierung wurden zur Tatsache. Im Februar 1917 übernahm der Staat die freie Verfügung über den Förderungsertrag der Zechen, normierte Preis und Menge der Export-, der Bunker-, der Hausbrand- und der industriellen Kohle, garantierte den Eigentümern einen reichlichen Gewinn und machte infolge der Weltkohlennot selbst kein schlechtes Geschäft dabei. Die alten chaotischen Grundlöhne, die auf sie aufgebauten Revierprozent und Standardlöhne verschwanden bald unter der dicken Kruste der gleichförmigen staatlichen Teuerungszuschläge und verloren fast jede Bedeutung. Als während der Periode des Labour Unrest im Frühling 1919 der erste Bericht der Sankey-Kommission (20. März) aussprach, daß „das herrschende Eigentums- und Betriebssystem im Kohlenbergbau unhaltbar ist und durch ein anderes ersetzt werden muß, ob Verstaatlichung, ob Vertrustung durch staatlichen Auskauf in Verbindung mit gemeinschaftlicher Leitung durch den Staat und die Arbeiter oder durch eine solche gemeinschaftliche Leitung allein“ — erklärte die Regierung Lloyd George, hinter der die erdrückende Mehrheit des Parlaments stand, am selbigen Tag in der Person Bonnar Laws feierlichst, daß „sic diesen Bericht dem Geiste und dem Buchstaben nach sofort ausführen werde“. Dabei erhielten noch die Arbeiter als Folge des Sankey-Berichtes eine sofortige Lohnerhöhung von 2 Shilling pro Schicht, der Arbeitstag, der seit 1908 acht Stunden betrug, wurde mit dem 15. Juli 1919 auf sieben herabgesetzt und der Gewinnanteil der Grubenbesitzer auf 1 sh 2 d pro Tonne beschränkt. „Eine neue Ära hat begonnen“, hieß es in der Proklamation der Bergarbeitergewerkschaft vom 26. März, die schon darauf hinweisen konnte, daß Justice Sankey den Auftrag bekommen habe, bis zum 20. Mai 1919 über die Durchführung der Nationalisierung des Bergbaues seinen Bericht zu erstatten. Die einmütige vernichtende Kritik der Sankey-Kommission, der auch hervorragende Vertreter der

Industrie angehörten, hatte die Öffentlichkeit überzeugt, daß der englische Kohlenbergbau rückständig und verschwenderisch arbeite und daß eine radikale Reform im Sinne der Vereinheitlichung der Bergwerkseitung ein dringendes nationales Interesse sei. Der Ausstar wurde von den Arbeitern abgesagt und bereits im Sommer sollte das große Werk in Angriff genommen werden.

Statt dessen wurde der von Lloyd George bestellte zweite Bericht der Sankey-Kommission über die Nationalisierung der Bergwerke (Juni 1920) von ihm selbst, nach einer meisterhaft zur Stimmung machte ausgenutzten Pause der höchsten Spannung am 18. August 1919 verworfen. Die Wut und die Enttäuschung der Arbeiter war unbeschreiblich. Der von Lloyd George zugestandene Plan zur Schaffung von Privattrusts unter Staatsaufsicht erschien ihnen nur als schwacher Trost. Tatsächlich hörte man nie mehr von der Sache.

Wieder neue Ideen brachte der kurze Streik vom Oktober 1920 auf. Die Bergwerke standen noch immer unter Staatskontrolle. Die Konjunktur hatte ihren Scheitelpunkt erreicht. Die Arbeiter verlangten eine Lohnernöhung. Da schlug Lloyd George ein System vor, das die Lohnhöhe von dem Förderungsertrag der gesamten Kohlenindustrie abhängig machte. Bei je vier Millionen Tonnen erwartbaren Jahresmehrertrages (auf Grund der Wochenleistungen in Voranschlag gebracht) sollte sich der Lohn um 6 Pence per Schicht erhöhen. Diese gleitende Skala 1921 brachte also die Lohnhöhe weder mit den Preisen (wie vor 1912) noch mit den Gewinnen (wie nach 1921) sondern mit dem Bruttoertrag in natura in Verbindung. Fourier hatte bekanntlich berechnet, daß seine Plausungen aus dem genossenschaftlichen Mehrertrag an Eiern allein die englische Staatsschuld in einem Jahr abtragen würden. An den Preis, den so viele Billionen von Eiern auf dem Markt holen würden, hatte er vergessen. Ähnliches war hier Lloyd George widerfahren. Auf das neue Abkommen hin stieg die Förderung gewaltig an, die einsetzende Weltkrise sperrte aber der Absatz noch schneller. Der Lohnzuschlag von 3½ sh per Schicht, von den Arbeitern in wenigen Wochen durch Mehrleistung errungen, war ebenso bald wieder verronnen. Die Weltkrise pochte an die Tür.

Und gerade jetzt sollte es zum Entscheidungskampf kommen. Im allgemeinen Bergarbeiterstreik 1921, dem ersten seit 1912, brach die Macht der Arbeiterschaft zusammen. Als am schwarzen Freitag (15. April) deren Tripelallianz mit den Eisenbahnern und den Transportarbeitern versagte, war das Schicksal der Bergleute auch äußerlich besiegelt. Ihr Kampf war von vornherein aussichtslos gewesen. Unmittelbar nach dem Sturz des Kohlenpreises von 83 sh auf 43 sh pro Tonne kündigte die Regierung — vorzeitig! — die gesetzliche Gewinngarantie der Unternehmer, peitschte die Kündigung durch das Unterhaus durch und gab damit den Arbeitern den Gnadestoß. Sie mußten auf den geforderten Lohnausgleichsfonds (pool) verzichten und sich mit einem Rahmenvertrag über Mindestlöhne begnügen. Prinzipiell bedeutsam war hierbei das Zugeständnis der Regierung, daß während einer dreimonatigen Übergangszeit die Mindestlöhne der Arbeiter nur in einem gewissen Ausmaß sinken dürften. Das verursachte Defizit, das mit etwa 10 Millionen Pfund Sterling angenommen wurde,

sollte durch eine staatliche Subvention gedeckt werden. Das neue Lohnsystem griff im übrigen auf die revierweise verschiedenen Standardlöhne der Vorkriegszeit (zurück (nach dem Abbau der gleichmäßigen Zuschläge der Kriegszeit war dieser schon fast in Vergessenheit geratene Untergrund des Lohnbaues wieder sichtbar geworden) und ergänzte die Standardlöhne durch ein Gewinnbeteiligungssystem. Vom Bruttoertrag eines jeden einzelnen Reviers werden im Sinne dieses Gewinnbeteiligungssystems abgezogen: 1. die Standardlöhne; 2. 17 Prozent letzterer Summe als Standardgewinn der Unternehmer; 3. sonstige Kosten, wie Schurfrechte, Regie, Grubenholz usw. Der verbleibende Rest (wenn einer vorhanden ist) wird wieder im Verhältnis von 83:17 auf Löhne und Profite aufgeteilt. Wesentlich ist noch, daß ein 20prozentiger Zuschlag zu den Standardlöhnen als Mindestlohn gilt, der auch auf Kosten des Bruttogewinnanteils der Unternehmer gezahlt werden muß. Unter dem gegenwärtig in England unkämpften national minimum wage ist stets bloß eine solche vertragliche untere Grenze des Lohnes zu verstehen. Dieses Lohnsystem, welches im Sommer 1924 neuerlich revidiert wurde, jedoch ohne an dessen Grundlagen zu rühren, ist bis heute in Geltung. Unter seiner vierjährigen Herrschaft sank die englische Grubenarbeiterschaft knapp an die unterste Stufe der Lohnpyramide herab. In ihrem jüngsten Angebot vom Anfang Juli 1925 schlugen nun die Besitzer eine Regelung vor, nach der die geltenden Löhne allgemein um weitere 10 bis 40 Prozent verringert, die Mindestlöhne aber ganz abgeschafft werden sollten, so daß eine Sicherheit gegen das bodenlose Sinken der Löhne überhaupt nicht mehr bestünde. Die Arbeiter lehnten jede Verhandlung auf Grund von Lohnkürzungen ab. Ebenso wenig nahmen sie aber die Vorschläge zur Nationalisierung von 1919 oder zum Lohnausgleichsfonds von 1921 wieder auf. Sie wollten diesmal nichts als ihr tägliches Brot ungeschmälert erhalten. Man begreift, wie dramatisch es unter diesen Umständen auf die öffentliche Meinung wirken mußte, als die nunmehr von der Regierung eingesetzte, aus Großindustriellen bestehende Enquêtekommission Macmillan-Stamp, vor der die Arbeitervertreter als einer befangenen Instanz zu erscheinen sich weigerten, nach Anhörung der Grubenbesitzer in ihrem Bericht vom 28. Juli 1925 die radikale Reorganisation des Bergbaues als den einzigen Ausweg aus der Krise vorschlug!

Es ist schwer zu glauben, daß dieser Bericht ganz ohne positive Folgen bleiben könnte. Die Lage ist heute eine wesentlich andere, als sie zur Zeit des Sankey-Berichtes 1919 oder zur Zeit des großen Ausstandes 1921 war. Man darf sich durch die äußerliche Analogie nicht täuschen lassen. Gewiß, auch heute steht man inmitten einer schweren Wirtschaftskrise und an die Zahlung von unwirtschaftlichen Löhnen ist auf die Dauer heute ebenso wenig wie damals zu denken. Auch heute stützt sich die Arbeiterschaft auf die Tripelallianz, genauer auf eine Quadrupelallianz (die Metallarbeiter sind hinzugegetreten), wie sie es zu ihrem Verhängnis auch damals tat. Und auch heute gibt es in England starke politische Kräfte, die nur von einer Abrechnung mit den Gewerkschaften eine Gesundung des englischen Wirtschaftslebens erhoffen.

Analysieren wir jedoch den Zustand der öffentlichen Meinung genauer, so merken wir auch einschneidende Unterschiede. Sowohl wirtschaftlich wie politisch

Gösser Bier

die Qualitätsmarke der Kenner!

Betriebsstätte:

Gösser Brauerei A. G. vorm. Max Kober in Göss
bei Leoben.

Bestellungen für Wien:

Evidenzbüro, Wien, IV., Schwindgasse 10

Telephon 58-5-28.

und sozial ist die Atmosphäre heute eine andere geworden. Der phänomenale Sturz der Kohlenpreise war damals nur Teil einer allgemeinen Weltkrise gewesen; heute gibt es allerdings eine spezifische Weltkohlenkrise, die furchtbare Schärfe aber, mit der sie England trifft, wird dort mit Recht nicht so sehr mit der Krise des Weltkohlenmarktes, die mit der von 1921 an Wucht ja gar nicht zu vergleichen ist, sondern vielmehr mit der spezifisch englischen Wirtschaftskrise in Verbindung gebracht. Hierdurch gewinnt das ganze Problem ein anderes Gesicht. Die Rückständigkeit der englischen Werften, denen vor kurzem der Bau von fünf Motorschiffen auf Rechnung der hochpatriotischen Schiffahrtsgesellschaft Withy, Furness & Co. zugunsten deutscher Werften entging, und ähnliche beunruhigende Symptome mehr werden zwangsläufig in Erinnerung gerufen. Die Notwendigkeit der Rationalisierung und Modernisierung des gesamten industriellen Apparates wird immer mehr anerkannt. Lloyd George, der im Jahre 1921 noch die Kraft der privaten Initiative über alles pries, ist seither selbst unter die Förderer eines Rationalisierungsplanes für den Kohlenbergbau und eines Elektrizitätsgesetzes gegangen, das der Konkurrenzwirtschaft auf dem Gebiet der modernen Kraftproduktion ein Ende machen würde. Vor vier Jahren lebte der Wirtschaftsapparat von einem andauernden Zwangsregime in allen Richtungen gehemmt, nach Ungebundenheit und Freiheit; heute neigt die Geschäftswelt schutzzöllnerischen Tendenzen zu. Damals schlug das Schlagwort durch, das Land zähle eine Million Pfund Sterling per Woche auf die Gewinngarantie für die Grubenbesitzer drauf; heute ist es die Arbeitslosigkeit, auf die sie draufzahlt, und alles, was diese mindert, bedeutet einen Schutz für die Steuerzahler. Auch die politische Situation hat sich verändert. Die Khakimehrheit Lloyd Georges fürchtete nicht die Labour Party, die sie ausgerottet zu haben wähnte, sondern die Sprengung der Koalitionspolitik, welche sie mit Hilfe einer wüsten Schlagwortdemagogie gegen die Richards einerseits, die Asquith-Liberalen andererseits verteidigte. Heute steht eher die Gefahr einer Labourmehrheit vor der Tür. Damals waren die Bergarbeiter die Nutznießer der Kriegskonjunktur; heute sind sie unverhältnismäßig schlecht entlohnt, verglichen mit den Arbeitern der der Weltkonkurrenz nicht ausgesetzten Branchen, der sogenannten sheltered industries: den Eisenbahnern, den öffentlichen Angestellten, den Bauarbeitern usw. Hieran liegt es auch, wenn diesmal ihre Unterstützung durch die Quadrupelallianz schließlich allgemein ernst genommen wurde. Im

Jahre 1921 bestand die Tripelallianz schon lange und brach dann im kritischen Zeitpunkt dennoch zusammen. Jetzt kam es eher umgekehrt: Wider allgemeines Erwarten erstand die Quadrupelallianz plötzlich zur Stunde der Gefahr, denn die Bergarbeiter sind heute notorisch unterentlohnt und ihre Verbündeten haben alle Ursache, ihre weitere Verleumdung nach Kräften aufzuhalten. Damals wurde die öffentliche Meinung von einer katastrophalen Krise überrumpelt, die man aber im Grunde doch nur für eine Übergangserscheinung hielt; heute steht man vor der Krise als Dauererscheinung, die zwar als Krise schwer genug ist, jedoch zur Katastrophe nur dann werden müßte, wenn man ihren Ursachen nicht zeitgerecht mit Kaltblütigkeit und Entschlossenheit entgegenwirken würde. Was aber die Rationalisierung des Koblenbergbaues anlangt, sind deren Chancen gerade dadurch so sehr gestiegen, daß dieses Problem jetzt nicht von der Arbeiterpartei aus sozialistisch-doktrinären Motiven, sondern im Gegenteil, trotz des momentanen Verzichtes der Arbeiter auf diese ideale Forderung, durch rein praktische Notwendigkeiten wieder auf die Tagesordnung gesetzt wurde. Daß es sich hierbei um eine Vereinheitlichung der Betriebe auf privatwirtschaftlicher Grundlage handelt, scheint selbstverständlich. Wieviele und welche sozialistischen Momente trotzdem in diesen Prozeß hineingelangen werden, ist freilich bei dem spezifisch englischen Mangel an theoretischer Dialektik in Wirtschaftsfragen nicht abzusehen. So scheint ja auch der jüngste Beschluß der englischen Regierung, das Lohndefizit des Bergbaues während der Verhandlungsperiode selbst zu tragen, nur insoweit als konservativ-protektionistische oder umgekehrt als sozialpolitisch-etatistische Maßnahme, als man sich nicht daran erinnert, daß sie das erstemal von Lloyd George im Jahre 1921 als Mittel der Herstellung der freien Konkurrenz im Namen des Liberalismus angewendet wurde. Wenn aber in England einmal die Parteien sich auf einen Aktionsplan, wenn auch mit verschiedenen Begründungen, geeinigt haben, dann hält man bei der Phase der sogenannten „national policy“, das heißt, das Werk wird ohne Rücksicht darauf, welche Partei am Ruder ist, früher oder später vollendet. Um die Herausbildung dieses Aktionsplanes pflegen sich darum die allerschwersten politischen Kämpfe abzuspielden. In dieses entscheidende Stadium scheint uns das Problem der radikalen Umgestaltung des britischen Koblenbergbaues getreten zu sein.

Dr. Otto Conrad: Ein Beitrag zur Frage der Arbeitslosigkeit.

(Schluß.)*

Nach dem Vorstehenden bietet nun auch die Beantwortung der zweiten der oben gestellten Fragen keine Schwierigkeit mehr. Steht einmal fest, daß die Grenzen des Arbeitsbedarfes durch den Stand der Preise bestimmt werden, dann kann die Erklärung dafür, warum diese Grenzen dauernd zu enge gezogen sind, nur darin gefunden werden, daß der Stand der Preise dauernd über dem Punkte gehalten wird, bei dem alle Arbeiter Beschäftigung finden. Es handelt

sich nunmehr darum, die Kräfte aufzuzeigen, die in der Richtung einer solchen Übertreibung der Preise wirken.

Bisher wurde nur einer der Faktoren genannt, die den Preis emportreiben: die Lohnforderungen der Arbeiterschaft. Der Preis enthält aber außer dem Lohn noch andere Bestandteile: die Grundrente, den Kapitalszins und den Unternehmergewinn. Es ist nun klar, daß die Vergrößerung jedes dieser Preisbestandteile genau dieselbe Wirkung hervorrufen muß, wie eine Erhöhung des Lohnes. Wenn zum Beispiel das Eisenkartell behufs Erhöhung des Kartellgewinnes die Preise des Eisens hinaufsetzt, so wirkt dies genau so, wie wenn die Arbeiterschaft der Eisenbranche eine Lohnerhöhung durchsetzt. Auch hier ist die Preiserhöhung gleichbedeutend mit einer Minderung der Kaufkraft der Konsumenten, auch hier muß diese Kaufkraftminderung eine Verminderung der Nachfrage (in irgend einer Richtung), eine Einschränkung der Produktion und daher eine Einengung der Arbeitsgelegenheit zur Folge haben. Auch hier muß man sich wieder vor der irrigen Vorstellung hüten, als ob die Verminderung der Kaufkraft der Konsumenten durch die Vermehrung der Kaufkraft, die der Kartellgewinn verschafft, aufgewogen werde. Vielmehr gilt auch hier der Satz, daß es die Kaufkraft der infolge der Preiserhöhung beschäftigungslos werdenden Arbeiter ist, die auf das Kartell übergeht, während die Kaufkraftverminderung der Konsumenten ohne Gegengewicht bleibt. Also auch jede Erhöhung des Unternehmergewinnes, die durch eine Preiserhöhung herbeigeführt wird, muß im Sinne einer Einengung des Arbeitsbedarfes, einer Vermehrung der Arbeitslosigkeit wirken und ganz dasselbe gilt natürlich auch von jeder Erhöhung des Zinsfußes sowie von jeder Erhöhung der Grundrente, sofern sich diese Erhöhungen in einer Preiserhöhung auswirken. Schließlich sei noch hervorgehoben, daß das Gesagte auch von jeder Steuererhöhung und von jeder Erhöhung der sozialpolitischen Lasten gelten muß, sofern sie eine Preiserhöhung zur Folge haben.

Danach ist die Frage, welche Kräfte den Stand der Preise über dem Punkte halten, bei dem alle Arbeiter Beschäftigung finden könnten und die Arbeitslosigkeit verschwinden müßte, un schwer zu beantworten. Es ist das Streben aller Stände nach möglichst weitgehender Erhöhung ihres Einkommens. Je rücksichtsloser die verschiedenen Stände dieses Ziel verfolgen, desto sicherer muß Arbeitslosigkeit eintreten, und je hartnäckiger an dem erreichten Einkommensniveau festgehalten wird, desto weniger kann eine einmal entstandene Arbeitslosigkeit wieder verschwinden. Der Kampf der Menschen um einen möglichst großen Anteil am Ertrag der Volkswirtschaft ist die Ursache der dauernden Arbeitslosigkeit.

Es drängt sich nun noch die Frage auf, warum die Arbeitslosigkeit erst seit dem Kriege als Dauererscheinung auftritt, da doch die Kräfte, die nach dem Vorgesagten dauernde Arbeitslosigkeit hervorrufen, schon vor dem Kriege wirksam gewesen sind. Läßt man diese Kräfte Revue passieren, dann zeigt sich, daß ein derselben seit dem Kriege ganz außerordentlich erstarkt ist. Die Machtstellung, die die Arbeiterschaft errungen hat, muß natürlich auch die Kraft verstärken, die von Seite des Lohnes her auf den Preis einwirkt. Damit erst ist der Kreis der Kräfte, die den Preis em-

* Vgl. Nr. 43 und 44 vom 25. Juli und 1. August 1925.

Dr. Karl Polanyi: Das Ausmaß der Wirtschaftskrise.

Das Datum der Weltwirtschaftskonferenz rückt nahe. Im Mittelpunkt des Kampfes der Meinungen werden Wege und Methoden der Krisenbekämpfung stehen. Wir wollen aus diesem Anlaß die ungeheuren Ausmaße der gegenwärtigen Krise im Vergleich mit allen früheren kurz zur Darstellung bringen. Der Grund dafür ist dieser:

Wenn die theoretische Nationalökonomie gegen die währungs- und kreditpolitische Quacksalberei einer in wirtschaftlichen Dingen besonders gefährlichen Allergewalt nur schwer aufkommt, wenn sich namentlich inflationistische Schlagworte auf dem Gebiete der Krisenbekämpfung zunehmend durchsetzen, so kann sich die Theorie dem Vorwurf nicht ganz entziehen, daß sie den Gegnern das Spiel doch allzu leicht macht. Ihr Anspruch, mit Hilfe der Abstraktion die Wirklichkeit, mit Hilfe der Analyse früherer Krisen auch Wesen und Verlauf der herrschenden unfehlbar richtig erkannt zu haben, wird fraglos überspannt, wenn sie dabei die unterschiedlichen Merkmale der gegenwärtigen Krise scheinbar nicht berücksichtigt.

Problem der Größenordnung

Vor allem: Das naive Empfinden des praktischen Geschäftsmannes, daß die heutige Krise durch ihre Riesenausmaße aus der Reihe ihrer Vorgängerinnen gewissermaßen herausgehoben wird, ist an sich durchaus richtig. Und wenn er der Theorie entgegenhält, daß sie sozusagen nur auf normale Krisen anwendbar sei, nicht auch auf Krisen wie die jetzige, so brauchte die darin enthaltene Unterstellung methodisch durchaus nicht vuzutreffend zu sein. Gewiß, qualitative Erkenntnisse gelten ohne Rücksicht auf quantitative Ausmaße, oder mit anderen Worten: die Daten selbst können an der Eigenart der zwischen ihnen bestehenden Zusammenhänge nichts ändern. Aber andererseits gilt, und zwar nicht nur auf dem Gebiete der Sozialwissenschaften zuweilen auch die entgegengesetzte Regel des „Umschlagens der Quantität in die Qualität“, d. h. daß die Größenmaße sehr wohl das Wesen des Problems selbst wandeln können. Welche der beiden Regeln jeweils gilt, ist aber für den unvoreingenommenen Sozialwissenschaftler eine Tatsachenfrage. Denn wie die wissenschaftliche Gesetzeskenntnis aus der Erfahrung geschöpft ist, so sind auch die Grenzen der praktischen Anwendbarkeit wissenschaftlich begründeter Verhaltensmaßregeln nur an der Hand der Erfahrung abzustecken. Nicht im Sinne des Experiments freilich, dem Sozial- und Wirtschaftswissenschaften nur selten zugänglich sind, sondern in dem der Feststellung der Umstände und Bedingungen, unter denen die theoretisch gewonnene Maxime in der Praxis spielt. Der Einwand des Geschäftsmannes, daß zwar unsere Krise „zu arg“ sei, um mit den normalen Mitteln der Kosten- und Diskontpolitik bekämpft zu werden, ist an sich keineswegs unwissenschaftlich. Wir halten allerdings die inflationistische Tendenz, die aus dem Vorwurf für falsch und gefährlich, aber für nicht unbegründet hielten wir eine Theorie, die sich im Widerspruch zu den richtigen Maximen über die konkreten Tatsachen hinwegsetzte.

Der folgende Ueberblick über die Ausmaße und Kennzeichen der Krise soll zeigen, daß die Theorie über die Frage der Größenordnung schon rein methodisch nicht hinweggehen kann, freilich darüber auch keineswegs hinwegzugehen braucht. Sie darf es nicht, wenn ihre unseres Erachtens richtigen Ratschläge vom Praktiker nicht in den Wind geschlagen werden sollen; sie braucht es auch nicht, weil diese Größenordnungsunterschiede die Normhaftigkeit des Gesamtvorgangs nur scheinbar aufheben. Dies wollen wir am Schluß wenigstens an einem wichtigen Beispiel darlegen.

Erzeugung im Weltmaßstab gedrosselt

Das bedeutsamste Kennzeichen der Weltwirtschaftskrise im Unterschied zu früheren ist, daß sie in den naturalen Gang der Erzeugung viel unmittelbarer eingreift. Frühere Krisen waren mehr auf die Wert- und Kreditsphäre beschränkt; der naturale Prozeß der Wirtschaft, der Erzeugung und Realinvestition, namentlich der Erzeugung agrarischer Rohstoffe war entweder überhaupt nicht betroffen oder ihre Umstellung fügte sich doch in fast unmerklicher Anpassung der Leitung durch die Preise. Zum erstenmal ist in der Weltwirtschaftskrise der Erzeugungs- und Austauschprozeß selbst optisch zum Hauptschauplatz der Krise geworden. Zum erstenmal wurde im Weltmaßstab der naturale Gang der Wirtschaft in absoluten Zahlen auf die Jahre zurückgeschraubt. Im Vergleich mit dem Gang der heutigen Krise haben vergangene Krisen es sagen bloß die Oberfläche der Wirtschaft gekräuselt.

Die Weltwirtschaft im modernen Sinne reicht auf etwa zwei Menschenalter zurück. Die erste Krise, die weltwirtschaftlichen Charakter i. e. S. annahm, war die v. J. 1873. (1857 war noch eine reine Spekulationskrise.) Die zweite, die sich über den ganzen Erdball ausdehnte, war die auf die Kriegs- und Nachkriegskonjunktur folgende Krise der Jahre 1920/21. Die dritte ist die gegenwärtige, die wohl für immer den Namen „Weltwirtschaftskrise“ führen wird. Ihr Beginn wird mit dem Herbst 1929 angesetzt; ihr Ende ist noch nicht abzusehen. Kleinere Krisen, wie 1883 bis 1885, 1890 bis 1892, und 1907 bis 1908 zogen nicht die ganze Weltwirtschaft in Mitleidenschaft. Ihre Berücksichtigung in den Zusammenstellungen Professor Ohlins *) scheint uns dadurch gerechtfertigt, daß es in Wirklichkeit einen einheitlichen Typus der Wirtschaftskrisen gar nicht gibt, so z. B. bestand die 1873 einsetzende Krise aus jahrelang in verschiedenen Ländern und Erdteilen aufflackernden Teilkrisen, die sich nur im Gesamtbild zu einer Weltwirtschaftskrise zusammenfügten. 1920/21 hinwieder dauerte die Krise bei großer Heftigkeit der Erscheinungen verhältnismäßig kurz, wanderte schnell über den Erdball und nur in England nahm sie die Züge einer chronischen Erkrankung an, die die englische Wirtschaft nie ganz überwunden hat.

Will man auf allgemeine Anssagen über die Natur der Krisen nicht überhaupt verzichten, so

*) Als statistische Quelle dienten uns die beiden bekannten Völkerbundveröffentlichungen „Le Cours et les Phases de la Dépression Economique Mondiale“ von Professor Ohlin, Stockholm, vom September 1931 und das als Fortsetzung und erstes Wirtschaftsjahrbuch des Völkerbundes erschienene Werk von Prof. J. B. Condliffe „World Economic Survey 1931 bis 1932“ vom August 1932. So weit, als es uns möglich war, haben wir ihre Angaben durch neueste Zahlen ergänzt.

muß man eben von ihren Verschiedenheiten absehen und sie nach dem ordnen, was ihnen gemeinsam ist. Wir beginnen mit der Produktion.

Roheisenerzeugung fällt 1873 um 8%, 1933 um 71%

Wenn auch in etwas geminderter Würde, ist Roheisen auch heute noch der vornehmste Produktionspegel. In den sechs wichtigsten Erzeugungsländern — England, Frankreich, Deutschland, Belgien, Schweden und USA. — ging die Roheisenerzeugung im Laufe der Wirtschaftskrisen wie folgt zurück:

1873 bis 1874	8 %
1883 bis 1885	10 %
1890 bis 1892	6,5 %
1907 bis 1908	23 %
1920 bis 1921	43 %
1929 bis Februar 1933	71 %

1873 gilt als das klassische Beispiel einer Wirtschaftskrise großen Stils. Ueber volle neun Jahre breitete sich ihre Wirkung aus. Die Produktion war zu verschiedenen Malen in verschiedenen Ländern schwer getroffen (gerade die Eisenhüttenwerke sollen in U. S. A. bis auf ein Drittel der Kapazität gedrosselt worden sein). Aber zu keinem Zeitpunkt summierten sich diese Rückgänge zu mehr als einer 8%igen Schrumpfung der Roheisenerzeugung in den sechs wichtigsten Ländern (Rußland mit seinem unabhängigen Produktionsaufbau ist unberücksichtigt). Man vergleiche das mit den 71% der gegenwärtigen Krise.

Odor: Die Weltkohlenförderung ist in vergangenen Krisenzeiten so gut wie überhaupt nicht gefallen. Die gewohnte Zunahme blieb aus — das war alles. (1920/21 bildete eine Ausnahme, denn die aus den bekannten technischen Gründen entspringende strukturelle Krise der Kohlenindustrie senkte die Förderung stark.) In der Weltwirtschaftskrise ging die Förderung (wieder ohne Rußland) von 1929 bis 1932 um nicht weniger als 33% zurück.

Oder betrachten wir ein Einzelland. Die Bauindustrie ist in den U. S. A. nicht nur ein empfindlicher Konjunkturmesser, sondern auch eine der wichtigsten Industrien. Die Bauvorhaben privater und öffentlicher Gebäude gingen zurück um:

1906 bis 1908	20%
1920 bis 1921	11%
1930 bis 1932 (Juni bis Juni)	81%

In der Bauindustrie wie bei Kohle und Roheisen: das Ausmaß des Produktionsrückganges unterscheidet sich in der Größenordnung von früheren Krisen.

Welthandel schrumpft 1874 um 5%, 1932 um 62%

Wie in der Produktion, so im Austausch. Auch hier Welch ein Unterschied der Größenordnung. Der Welthandelsumfang geht wertmäßig zurück:

1873 bis 1874	5 %
1883 bis 1884	4 %
1890 bis 1891	1 %
1900 bis 1901	0,5 %
1907 bis 1908	7 %
1929 bis 1932	62 %

Währungsschwankungen lassen einen Vergleich mit 1920/21 nicht zu.

Im Vergleich mit der gegenwärtigen gingen die Krisen der letzten zwei Menschenalter bei fast unverändertem Umfang des Welthandels vor sich. Allerdings hat auch noch keine unter derartigen Hemmnissen des Waren- und Zahlungsverkehrs gelitten wie diese. Wenn auch Devisenbewirtschaftung wie Kon-

tingente zumist nur Folgeerscheinungen aus dem Gleichgewicht geratener Zahlungsbilanzen sind, deren ungedeckte Saldi die Währungen bedrohten, so haben doch gerade diese Schutzmaßnahmen den Rückgang des Außenhandelsumfanges ins Mehrfache gesteigert.

Im engsten Zusammenhang damit steht das Ausmaß des allgemeinen Preisrückganges. In den Ländern mit vergleichbaren Preisindices betrug der Rückgang der Großhandelspreise vom Höhepunkt bis zum Tiefpunkt der Krise in Hundertsätzen:

	Frankreich	Deutschland	U. S. A.
1873 bis 1875	10	13	7
1891 bis 1892	4	18	7
1900 bis 1902	5	7	2
1907 bis 1908	7	6	4
1929 bis 1933 (Februar)	37	33	32

Im Vergleich mit anderen Krisen der letzten 70 Jahre stellt sich der Rückgang der Großhandelspreise mit 37, 33 und 32% als ein Vielfaches dar!*) Dies ist es aber, was allen Behauptungen über einen steigenden Goldwert letzten Endes zugrunde liegt. Ohne volle Anerkennung dieser Tatsache muß jegliche gegen monetäre Abhilfemaßnahmen gerichtete Argumentation ins Leere stoßen.

Der Getreidepreis — ein Merkmal der Krise

Ins Bodenlose stürzende Getreidepreise gehören zum Bild der gegenwärtigen Krise. Gerade diese Verbindung von Agrar- und Industriekrise ist aber dasjenige, was sie von allen ihren Vorgängerinnen am verhängnisvollsten unterscheidet. Während die Preise der Lebensmittel landwirtschaftlichen Ursprungs durch die langen Zeiträume des zwanzigsten Jahrhunderts langsam sanken, fielen sie gerade während der verhältnismäßig kurzen Zeiträume akuter Wirtschaftskrisen in den Vorkriegsjahren überhaupt nicht. Man beachte zum Beispiel die Entwicklung der Großhandelspreise in England für Lebensmittel einerseits, Mineralien und Textilrohstoffe andererseits:

	Pflanzliche Lebens- mittel	Tierische Lebens- mittel	Nicht- eisen- metalle	Textilien
1900 bis 1902	+ 2	+ 2	-24	- 8
1907 bis 1908	+ 1	+ 1	-18	-20
1929 bis 1931 (1. Hbj.)	-29	-14	-21	-51

Im September 1931 verließ das Pfund die Parität, eine Fortführung der Zahlenreihe verbietet sich somit. Aber ein Vergleich der letzten Reihe mit den beiden vorangehenden sagt genug. 1901 und 1908 waren jeweils zweijährige Wirtschaftskrisen, die bereits im Anfangsjahr einen starken Rückgang der industriellen Preise gebracht hatten. Trotzdem stieg der Preis der Lebensmittel pflanzlicher und tierischer Herkunft noch über den in der Hausse erzielten Preisstand hinaus. Sogar 1874 hielt er sich auf einem verhältnismäßig hohen Stand und stieg 1876, da die sonstigen Preise noch im heftigsten Rückgang waren, schon wieder an.

Ohne Agrarkrise keine inflationistische Theorie

Dieses letzte Merkmal der Krise ist aber in doppelter Hinsicht bedeutungsvoll. Die Erzeugung organischer Rohstoffe ist noch in keiner Krise auch nur annähernd so schwer beeinträchtigt worden wie in der gegenwärtigen. Dies, wie überhaupt die Wucht und der Tiefgang der Weltwirtschaftskrise ist wohl vor allem

*) Die ersten beiden deutschen Krisen nach der Reichsgründung fallen in eine Zeit allgemein sinkender Preise.

eine Folge der Vereinheitlichung der Weltwirtschaft, der gegenüber früher sehr viel größeren gegenseitigen Abhängigkeit und gegenseitigen Durchdringung ihrer Teile. Die wachsende Marktabhängigkeit der kapitalistischen Landwirtschaft und die neuerdings gleichfalls stark zunehmende Verbundenheit vieler organischer Erzeugungsprozesse mit den Kapitalmärkten haben bewirkt, daß die Krise alle Wirtschaftszweige umfaßt hat. Professor Condliffe hat die dabei entscheidende Rolle der internationalen Kreditverflechtung nachgewiesen. So ist der naturale Gang der Erzeugung von dieser Seite her viel unmittelbarer gestört worden als ehemals. Dazu kommt jedoch ein zweiter, die Theorie noch ungleich stärker berührender Umstand, dessen Hervorhebung so manchen Irrtum aufklären könnte:

Wenn das Zusammentreffen von Agrarkrise und Industriekrise bei der unleugbar zunehmenden Verflechtung der Gesamtwirtschaft vielleicht nicht mehr ganz zufällig war, so ist doch vom Gesichtspunkt der monetären Krisentheorie dieses Zusammentreffen jedenfalls nur als zufällig zu betrachten. Es gibt nichts im Wesen des Geldes, was bewirken könnte, daß sich eine Erzeugungskrise in allen Bezirken der Produktion zugleich, in Landwirtschaft und Industrie, äußern müßte — das beweist am besten die lange Reihe „normaler“ Krisen, in denen ein solches Zusammentreffen nicht stattfand! Und doch: Die inflationistische Deutung der monetären Theorie fußt genau genommen einzig und allein auf der Allgemeinheit des Preisrückganges in der gegenwärtigen Krise, also auf dem Zusammenfallen von Agrar- und Industriekrise. Denn hätte sich der Preisrückgang auf industrielle Fertigwaren und industrielle Rohstoffe beschränkt, so hätte die folgenschwere Irrmeinung nie aufkommen können, daß diese Krise ihren Ursprung in einer Steigerung des Goldwertes habe und daß daher ihr Gegenmittel nur in einer Senkung des Goldwertes liegen könne. Die Theorie braucht die riesenhaften Ausmaße und daraus erfließenden Besonderheiten der Krise nur mutig anzuerkennen, um nicht nur den Praktiker von ihrer Wirklichkeitsnähe zu überzeugen, sondern auch wirksamste neue Argumente gegen die inflationistische Theorie zu gewinnen.

Prof. Robert Bartsch: Entwurf einer Vergleichs- ordnung.

Das Bundesministerium für Justiz hat vor wenigen Tagen den Entwurf einer Vergleichsordnung, die an die Stelle unserer Ausgleichsordnung treten soll, zur Begutachtung an die wirtschaftlichen Berufskörperschaften gesendet. Der Entwurf stellt den Endpunkt zweier Entwicklungsreihen dar.

Die eine ist die österreichische Reformbewegung, die seit der Zeit, da die Ausgleichsordnung von 1914 in größerem Maße zur Anwendung kam, niemals ganz verstummt ist. Die Begründung des Entwurfes schildert es anschaulich, wie sich bald nach Hereinbrechen der Insolvenzwelle vor etwa zehn Jahren die ersten Reformwünsche geltend machten, anfänglich stark untermischt mit Wünschen nach gänzlicher Beseitigung des Ausgleichsverfahrens, wie es dann zur Novelle von 1925 gekommen, die das Ausgleichsverfahren im Sinne einer

Gemeinde Wien Städtische Versicherungs- Anstalt

DIREKTION:
WIEN, I, TUCHLAUBEN NR. 8

TELEPHON Nr. U-27-5-40 Serie

FILIALEN IN:

Graz, Innsbruck, Klagenfurt, Linz
und Salzburg

stärkeren Wahrung der Gläubigerinteressen ausgebaut hat, und wie endlich auf dem Weg über eine Enquete vom Jahre 1928 und einen Regierungsentwurf von 1930 die heutige Vorlage entstanden ist.

Die zweite Entwicklungsreihe ist die Bewegung der Rechtsangleichung an Deutschland. Gleichartige Reformwünsche und Unzufriedenheit der Wirtschaft mit dem geltenden Recht führten dazu, daß die seit 1925 immer stärker bemerkbaren Angleichungsbestrebungen sich auf das Insolvenzrecht zu erstrecken begannen. Ein in dieser Richtung gehender Beschluß des Deutschen Industrie- und Handelstages und des Oesterreichischen Kammertages führte dann anfangs 1929 zur Bildung einer Insolvenzrechtskommission, die aus den Kreisen der Wirtschaft und der Fachjuristen beider Staaten zusammengesetzt war und die im Sommer 1931 bereits

Karl Polanyi: Eine Welt im Wanken.

„Wir können einer Aufrüstung Deutschlands keinen Augenblick unsere Zustimmung erteilen.“ (Lansbury, Führer der Opposition im Unterhaus, 16. Oktober.)

„Die Aufrüstung Deutschlands, in welcher Form immer und unter welchen Bürgschaften immer, ist mit Geist und Buchstaben der Völkerbundsatzungen, mit dem Gedanken einer Organisation des Friedens selbst unvereinbar.“ („Temps“, 13. Dezember.)

„Die Aufrüstung Deutschlands zu verhindern, ist unmöglich.“ („Times“, 15. Dezember.)



In nackter Gegensätzlichkeit stoßen These und Antithese aufeinander. Für und wider die Aufrüstung, für und wider den Völkerbund. Das Leben am Rande der Katastrophe empfindet der Europäer fast schon als seine normale Daseinsform. Zwischen Jänner und Dezember 1933 wurde beinahe jede Sicherung abgetragen, die dem Frieden noch als Stütze dienen könnte. Spätere Geschlechter werden den Gleichmut bewundern, mit dem wir die Nachricht von Tatsachen nahmen, deren jede einzelne einen neuen hypokratischen Zug ins Antlitz unserer Epoche zeichnete. Der Nationalsozialismus ergreift in Deutschland die Macht, die Abrüstungskonferenz wird gesprengt, der Völkerbund wird lahmgelegt. „Klar zum Gefecht.“ Was trennt uns noch von jenem, mit zwangsläufiger Folgerichtigkeit nahenden „Zufall“, für den keiner die Verantwortung tragen will, weil seine Folgen zu ungeheuerlich sind, um noch menschlichem Gewissen verantwortlich zu erscheinen? Wer wollte eine Fristsetzung wagen?

Ein schwacher Hoffnungsschimmer ist gerade in den jüngsten Tagen vom eigentlichen Schauplatz der großen politischen Entscheidung aufgestiegen. Auf einer Tagung der Völkerbundligen hat Unterstaatssekretär für Außenwesens, Eden, gemeinsam mit Lord Cecil, Henderson und Avenol, den drei Völkerbundpolitikern, eine Erklärung zugunsten einer aufrechten Völkerbundpolitik abgegeben. Sir John Simons bedeutsame Weihnachtsrundfahrt mag wieder ein Quentchen Zuversicht erwecken, wenn der Außenminister diesmal wirklich das vertritt, was sein Unterstaatssekretär aussprach. Denn nur England, dessen Politik die durch die deutsche Katastrophe heraufbeschworene Lage erst so ungeheuerlich gefahrvoll gestaltet hat, könnte vielleicht noch in zwölfter Stunde den rettenden Ausweg weisen.

Wer der Ueberzeugung Ausdruck verleiht, daß das Schicksal Europas heute von den Entscheidungen Englands abhängt, meint damit dies: England ist die einzige Großmacht, der die Freiheit des Handelns noch gewissermaßen verblieben ist. Denn Frankreich ist durch den übermächtigen Trieb der Selbsterhaltung ebenso dem Zwange der Lage verfallen, wie Deutschland zum Opfer dunkler Besessenheit geworden ist, seit es sich dem Nationalsozialismus ergeben hat. Wenn man auf der Oberfläche der Politik diesem Deutschland jedes Manöver zutraut, so doch nur, weil man es im tiefsten manövrierunfähig weiß. Der Nationalsozialismus, der jetzt Deutschlands Schicksal ist, durchläuft die Phasen seiner verstiegenen Logik nach Gesetzen, die überlegener Macht nicht weichen, sondern an ihr zerschellen. Aber gerade im Sinne dieser inneren Unfreiheit glaubt er zu

den kühnsten Manövern nach außen hin berufen zu sein. Ein zur heiligen Verschwörung zwangsgeeinetes Volk, das ist das geschichtliche Subjekt, zu welchem er Deutschland emporsteigern will. Daß die sechzigmillionenköpfige Kollektivperson dem Feinde nicht einmal im Traume ihren geheimen Zielgedanken verraten darf, erscheint ihm als triviale Selbstverständlichkeit...

Das Gegenteil gilt für das Volk Großbritanniens. In leidenschaftlicher, dem Ausland so gut wie unverständlicher Vielstimmigkeit ringt es um politisch verwertbare Erkenntnis. Wichtiger noch als Regierungsakte sind dort die sich in Volksstimmung und Massenstromung umsetzenden Bewußtseinsakte. Eine widerspruchsvolle Außenpolitik ist in der Regel nur das Anzeichen entscheidungsvoller Wandlungen des nationalen Selbstbewußtseins. Wenn heute in England die Hauptprobleme der Weltpolitik — Abrüstung, Völkerbund, Revision — immer wieder gewissermaßen in den Schmelztiegel geraten, so ist dies nicht so sehr aus der unzweifelhaften Länderbefähigung Sir John Simons zu großangelegter Führerschaft noch aus MacDonalds angeblicher Wankelmütigkeit, als vielmehr aus den Peripetien eines noch nicht abgeschlossenen inneren Klärungsprozesses abzuleiten.

Von Jänner bis März baut MacDonald seine Deutschlandpolitik auf die seit dem Kriegsende herkömmliche Grundstimmung des britischen Volkes, deren Zielrichtung Abrüstung und Revision sind. MacDonald will Hitler zu einem Entgegenkommen in der Abrüstungsfrage bewegen, indem er Deutschland gewisse Möglichkeiten friedlicher Revision eröffnet. Englischer Abrüstungsplan und italienischer Viermächtepakt waren in Wirklichkeit nur zwei von einander scheinbar unabhängige Bestandteile einer und derselben großzügigen Gesamtlösung. Um sie gegen Frankreich durchzusetzen, hätte es einer englisch-italienisch-deutschen vertrauensvollen Zusammenarbeit bedurft. Auch dies entsprach der Übung englischer Nachkriegsdiplomatie. Aber im entscheidenden Augenblick fehlte das Vertrauen. Anfangs April brach die erste Sturzwellen urtümlich nationalsozialistischer Innenpolitik über Deutschland herein. Innerhalb weniger Tage legte das englische Volksbewußtsein einen im Laufe von fast 15 Jahren vollendeten Weg der Versöhnung mit Deutschland in umgekehrter Richtung zurück. Der ursprüngliche Viermächtepakt scheiterte daran, daß der auf Abrüstung und Revision hindringende Pazifismus der englischen Massen vor der Selbstenthüllung des Nationalsozialismus mit Grausen zurückschrak. Eine entscheidende Rolle im Stimmungsumschwung der Labour Party spielte die Erkenntnis, daß der den Menschheitsgedanken radikal verleugnende Nationalsozialismus Viererpakt und Revision nicht zur Festigung, sondern zur Schwächung des Völkerbundes nützen wollte. Hitler erkannte, daß hier Unwiederbringliches verlorengegangen war, und kapitulierte vor der Paris und London, Washington und Moskau gegen das Dritte Reich verdingenden Uebermacht. Er nahm den Viermächtepakt ohne Revision und den englischen Abrüstungsplan ohne den ursprünglichen Viermächtepakt an. Man mußte Zeit gewinnen um jeden Preis, um der Einkreisung zu entgehen.

April bis Oktober. MacDonald tut, was er tun muß. Der pazifistische Strom der Massen hatte sich von Deutschland weg- und Frankreich zugekehrt. Statt mit

Deutschland und Italien gegen Frankreich gedacht. MacDonald nun mit Frankreich und Amerika (vielleicht auch Italien) gegen Deutschland die offenen Fragen der Weltpolitik zu lösen. Italien schien dem in sein Gegenteil verkehrten Viermächtepakt beinahe ebensoviel Geschmack abzugewinnen wie dem ursprünglichen. Der Völkerbund aber war wieder jeder Gefahr entrückt. Das war die Hauptsache. Denn zur Realpolitik wird in England der Pazifismus unter allen Umständen nur in einer einzigen Form: als Völkerbundpolitik, als Eintreten für eine Herrschaft des Rechts, des Friedens und der Ordnung, dessen Hüter er ist. Eine englisch-amerikanisch-französische Zusammenarbeit hatte, wenn sie auf dem Völkerbund fußte, die Massenstimmung in England auch dann für sich, wenn sie, dem Zwang der Lage gehorchend, nur einen bescheidenen Schritt zur Abrüstung machte.

Daher die tiefgehende, dem gesamten Ausland, ja vielleicht auch dem britischen Inland so überraschend kommende Wirkung des deutschen Austritts aus dem Völkerbund. Es ist nicht zu viel gesagt, daß damit der gesamte, zur nationalen Einrichtung gewordene Zusammenhang zwischen innen- und außenpolitischer Organisation des Landes in Verwirrung geriet. Es ist in England ein alter Erfahrungssatz, daß der außenpolitische Aktionsradius der Regierung durch die Haltung der Opposition abgesteckt ist. Die Labour Party aber kennt nur eine einzige außenpolitische Richtlinie: den Pazifismus. Sie ist unter allen Umständen gegen den Krieg. Zu einer eigentlichen Außenpolitik, deren ultima ratio wohl noch auf lange Zeit die Macht der Waffen sein muß, wird sie nur dadurch befähigt, daß sie eine Völkerbund-exekutive nicht als Krieg betrachtet. Für einen solchen Pazifismus ist das Dasein des Völkerbundes geradezu eine logische Notwendigkeit, die ihm erst den Weg zur Wirklichkeit eröffnet. Dies hatte die völlig paradoxe Folge, daß Deutschlands Austritt aus dem Völkerbund die gegen Deutschland gewendete Stimmung der Massen zum Teil wieder deutschfreundlich werden ließ. Das hat mit Logik nichts zu schaffen. Die Nachwahlen in East Fulham ergaben einen Erdbeben zugunsten der Labour Party. Hinter dem Umsturz in der Wählerschaft stand die allgemeine Ueberzeugung, daß die nationale Regierung und die Konservativen die Mitschuld daran trügen, wenn jetzt Völkerbund, Abrüstung, Verständigung, all das, wofür die englischen Massen seit 15 Jahren unermüdlich gestritten hatten, nun für immer begraben wäre. Fast in jedem anderen Lande wäre dieser Volkssturm gegen eine des Militarismus und des Chauvinismus verdächtige Regierung von einer leidenschaftlichen Gegnerschaft wider jenes Volk begleitet gewesen, welches diese verpönten Ideen nicht nur mit herausfordernder Prägnanz verkörpert, sondern auch in ihrem Namen die, wenn auch noch unvollkommene Maschinerie zwischenstaatlicher Ordnung kaltblütig in Stücke schlägt, wie es Berlin getan. Doch der Labour Party ist jeder Gedanke an eine kriegerische Außenpolitik fremd. Sie verlangt die Wiederherstellung des Völkerbundes und die Fortsetzung der Abrüstungskonferenz um jeden Preis. Daß der Preis Deutschlands Aufrüstung wäre, will sie nicht wahr haben. Sie wendet sich sogar mit aller Kraft gegen das deutsche Aufrüstungsverlangen und fordert die Abrüstung Frankreichs, als ob in Berlin nicht Adolf Hitler regierte. Damit begibt sich die Arbeiterpartei genau auf die

Linie des deutschen Manövers, das die französische Aufrüstung in einem praktisch unmöglichen Maß und Tempo verlangt, um die eigene sofortige Aufrüstung durchzusetzen.

Wenn dieser von Illusionen und Trugschlüssen strotzenden Haltung der Labour Party dennoch ein Graß Wahrheit innewohnt, so liegt das an der zwiespältigen Politik Englands dem Völkerbund gegenüber. Die Konservativen nahmen Abrüstung und Völkerbund nie ganz ernst, dennoch begaben sie sich mit Locarno auf eine Bahn, deren Gefahren nur ein starker Völkerbund und eine erfolgreiche Verständigungs-, d. h. Abrüstungs- und Revisionspolitik auf die Dauer bannen konnte. Damals, als Genf den japanischen Truppen den Einbruch in die Mandchurei wehren wollte, hatte das Japan ermutigende Augenzwinkern der englischen Konservativen dem Völkerbund eine moralische Niederlage bereitet, deren Früchte Hitler zu pflücken verstand. Die Labour Party hatte die Gefahr erkannt und laut zur Abwehr gegen den japanischen Raubzug gerufen. Sir John Simon erwiderte ihr mit kühl überlegenen Zynismen, die im Lichte der nachfolgenden Ereignisse sich als die schwerste Selbstenthüllung einer kurzsichtigen Machtpolitik darstellen. Nicht nur die neuen sozialistisch-pazifistischen Instinkte haben gegenüber der Nachkriegswirklichkeit versagt. Der Aufstand der Wählermassen gegen die Nationale Regierung ergreift auch das konservative Lager. Regierung wie Opposition werfen einander gegenseitig mit Recht vor, daß sich alle Voraussetzungen, auf denen die Außenpolitik des anderen ruhte, in Nichts aufgelöst haben.

Die Krise der englischen Außenpolitik umfaßt so gut wie alle Grundelemente ihres Bestandes: Nicht Lord Rothermeres Zeitungsbetze gegen die Locarno-Verpflichtungen Großbritanniens, sondern Italiens Angriff auf den Völkerbund haben Sinn und Tragweite Locarnos ernsthaft in Frage gestellt. In drei von vier Fällen ist der casus foederis unter den Locarno-Abkommen in die Hut des Völkerbundes gelegt. Was würde wohl aus diesen Verpflichtungen werden, wenn an Stelle des demokratischen Rates morgen ein geheimes Großmächtedirektorium träte? Der vierte Vertragsfall ist geflissentlich in eine Formel gekleidet, die England nicht juristisch, nur moralisch zur Anerkennung des Ernstfalles zwingt. Dies trägt politisch den Sinn, daß Großbritannien sich zu einem Krieg nur dann verpflichtet, wenn dessen Notwendigkeit dem ganzen Volke überzeugend vor Augen steht. Aber kann solche Einmütigkeit in England in absehbarer Zeit überhaupt zur Wirklichkeit werden?

„Geht Abrüstung über den Frieden?“ rief MacDonald in seiner Guildhall-Rede aus. Die Abrüstung diene doch nur dem Frieden und so stehe denn der Friede höher im Werte als sie... Das heißt: England sei heute bereit, Deutschlands Aufrüstung zu gestatten, wenn es damit den Frieden erkaufen kann. Jedoch, daß unkontrollierte deutsche Aufrüstung uferloses Wettrüsten und sicheren Krieg bedeutet, darüber herrscht bei der Regierung kein Zweifel. Also Kontrolle, aber durch wen? Hier ist der Völkerbund unabkömmlich. Darin trifft man sich mit den Pazifisten, die jedoch wiederum jegliche Aufrüstung Deutschlands ablehnen...

Auf gewaltiger Front stoßen die antirevisionisti-

sehen Kräfte vor. Der Nationalsozialismus hat fast ganz Ost- und Mitteleuropa gegen die Revision geschaart. Ist Revision in dieser Lage nicht Krieg? Und wenn Deutschland die Aufrüstung nicht durch die Revision abgekauft werden konnte, wozu dann auch noch das Wagnis der Revision? Und überhaupt: Auf welche Kräfte und Mächte sollte der Friede Europas noch gründbar sein, wenn ein aller Pesseln lediges Drittes Reich erst die Fetzen der Verträge auf die Spitzen seiner neuerworbenen Bajonette gesteckt hätte?

Soll es und muß es einen Völkerbund geben? Darin münden all diese Fragen. Man kann es kaum fassen, daß diese Spätgeburt der Diktatfrieden, diese Frühgeburt einer besseren Menschheitsordnung, sich mit einem Mal als die praktisch und logisch unentbehrliche Achse aller denkbaren Nachkriegsordnung darstellen sollte. Dennoch ist dem so. Man mag daraus hämisch den Schluß ziehen wollen, daß es um Frieden und Ordnung unserer Welt schlecht bestellt sei. Um die Tatsache kommt man nicht herum, daß mit der Freisgabe des Völkerbundes jede Hoffnung gefallen wäre, den Frieden zu retten.

Es tut gut, zu wissen, daß Sir John Simon seine weihnachtliche Rundreise zu einem Zeitpunkt antrat, da die britische Regierung nach gefährlichem Schwanken beschlossen hatte, jede den Völkerbund in Wirklichkeit vernichtende „Reform“ abzulehnen.

* * : Oesterreichs außenpolitische Aufgabe.

Um Zeichen der Außenpolitik ist die gegenwärtige Lage entstanden. Wäre der österreichische Nationalsozialismus auf sich selbst angewiesen geblieben, so hätte es eines so kräftigen Mittels wie der Diktatur vom März nicht bedurft, um Oesterreich vor einem Umsturz zu bewahren.

Das Ueberwiegen der Außenpolitik gilt mehr oder weniger für jedes Land. Am meisten aber für einen waffenlosen Kleinstaat, der zugleich im Schnittpunkt der Großmächtepolitik liegt, für einen Kleinstaat zumal, dessen Bestand noch nicht unter dem Schutz geschichtlicher Gewöhnung steht. Darum hat auch im neuen Oesterreich wahren Führerrang immer nur der beansprucht und erlangen können, der das Gebot der Einheit von Innen- und Außenpolitik und des Vorrangs dieser zu erfüllen gewußt hat.

Revisionspolitik vor Hitler

Man hat sich in letzter Zeit daran gewöhnt, die Staaten in revisionistische und antirevisionistische einteilen. Das sind vieldeutige Begriffe. Wenn Oesterreich von seiner Geburtsstunde an zu den revisionistischen Staaten gehörte, so in einzigartiger Weise. Die Wiedervereinigung mit den Gebieten, die ebenso wie das neue Oesterreich deutsche Teile des alten Oesterreich gewesen waren, schien so wenig erreichbar, daß nicht einmal in Bezug auf Südtirol davon gesprochen werden konnte, Oesterreich stelle die Revision in den Mittelpunkt seiner Außenpolitik. Der österreichische Revisionsgedanke kreiste vielmehr um die Anschlussfrage, so daß er im Gegensatz zu dem der anderen Revisionsmächte

Gemeinde Wien Städtische Versicherungs- Anstalt

DIREKTION:
WIEN I, TUCHLAUBEN NR. 8
TELEPHON Nr. U-27-3-40 Serie

FILIALEN IN:
Graz, Innsbruck, Klagenfurt, Linz
und Salzburg

nicht eigenen Gebietszuwachs, sondern den eines anderen Staates anstrebte.

Zu dieser Eigenart der österreichischen Revisionspolitik trat die weitere, daß sie im Inland immer unstritten war. Während jeder Reichsdeutsche den polnischen Korridor verlangt, jeder Ungar die Slowakei, jeder Bulgare das ganze Mazedonien, war die Meinung der Oesterreicher über den Anschluß immer geteilt. Und unter den Anhängern waren Laubeit und Leidenschaft bald hier, bald dort anzutreffen, je nach der innenpolitischen Machtlage im Reich. Da zudem die Laubets in der überwiegenden Mehrheit waren, konnte eine verhältnismäßig kleine anschlussfeindliche Schicht viele Jahre die Führung behaupten. Sie war mit der geistigen Ueberlegenheit dessen ausgestattet, der in einer noch

Dr. Karl Polanyi: Schmalenbach und Liberalismus.

Prof. Schmalenbach hat seiner Sache einen schlechten Dienst erwiesen. Nämlich, wir nehmen an, diese Sache sei, der Zeit ihre Wirtschaft zum Bewußtsein zu bringen (und diese Wirtschaft ist immer mehr und mehr nicht reine Konkurrenz-wirtschaft, sondern wieder eine Art „gebundener“ Wirtschaft), sie sei zweitens, den neuen „gebundenen“ Wirtschaftsführern besseres und genaueres Kalkulieren anzuraten — wozu die Betriebswirtschaftslehre in der Tat manche Hilfe bieten mag. Einen schlechten Dienst aber hat er ihr erwiesen, indem er Karl Marx in die Debatte zerrte und so den bescheidenen Graben seines Gedankenganges von einer Sturzflut nicht dazugehöriger Argumente und Gegenargumente überschwemmen ließ. Warum sollte das Hereinbrechen der „gebundenen“ Wirtschaft eine „Erfüllung der Voraussagen“ Marxens sein? John Maynard Keynes, Ramsay Muir und ihre für den englischen Neoliberalismus maßgebende Schule verteidigten die These von der „gebundenen“ Wirtschaft in mannigfacher Form seit Jahren: das neue Wirtschafts- und Sozialprogramm der englischen Liberalen ist der Niederschlag ihrer Geistesarbeit — ein Programm, dessen Leitgedanke das kluge und sachgemäße „Einfangen“ der sich mehrenden wirtschaftlichen Großgebilde in die neuen Rechtsformen geregelter Kontrolle ist, ohne die freien Elemente der Wirtschaft zu behindern, zu beengen, geschweige denn, sie auszuschalten. Aber ganz im Gegensatz zu Schmalenbach sehen Keynes und seine Freunde in dieser Entwicklung zur „Gebundenheit“ nicht die Bestätigung, sondern die Widerlegung Marxseher Voraussagen, deren Kern sie in der Selbstaufhebung der Tausch-, Verkehrs-, Markt-, Geld-, Preiswirtschaft erblicken, während die „gebundene“ Wirtschaft trotz mangelnder freier Konkurrenz Tausch-, Verkehrs-, Markt-, Geld-, Preiswirtschaft bleibt. Weder Kapitalismus, noch Sozialismus, ist ihr Wahlspruch, weder freie Konkurrenz, noch Verwaltungswirtschaft, sondern ein Drittes, Neues.

Auch Keynes konnte es sich nicht versagen, wirtschaftstheoretische Vermutungen über die dieser Entwicklung unterliegende „Zwangsläufigkeit“ anzustellen. Mit nicht viel Glück. Vor kaum sieben Jahren meinte er noch, der Abschluß der konkurrenzwirtschaftlichen „Übergangsperiode“ zwischen den Epochen mittelalterlicher und allerneuester Körperschaftlichkeit sei durch das Ende der „technischen Revolution“ des 19. Jahrhunderts bedingt, deren Fortdauer die Kapitalisten mit Recht eine ständig anwachsende Nachfrage erwarten ließ, mit der nie versagenden Aussicht auf Wiederinvestierung auch noch so großer Gewinne. An Stelle dieser „akzelerierten Geschwindigkeit“, die dem wirtschaftlichen Sein das Tempo vorschrieb und sein Augenmaß aufs Unbegrenzte einstellte, trete nunmehr mit der Erschöpfung der technischen Erfindungskraft (oder -möglichkeit?) des Menschen wieder eine „proportionelle Geschwindigkeit“, eine Gleichmäßigkeit des Wirtschaftsprozesses in der Zeit, die den Kapitalismus in die Epoche stationärer Wirtschaft überführen müsse. Selten ist eine Theorie von den nachfolgenden Tatsachen so schnell und schlagend widerlegt worden wie

diese. Ein einziger vulkanischer Ausbruch aufgespeicherter technischer Erfindungskraft ist gerade jenes Jahrzehnt geworden, an dessen Schwelle Keynes diese pessimistischen Voraussagen gesetzt hatte.

Ebensowenig Glück hatte er mit seiner anderen Theorie, die das Gegebenen einer gebundenen, stationären Epoche rein wirtschaftlich erklären sollte. Stark an die Physiokraten gemahnende neomalthusianische Bedenken über die angebliche Verschmälerung der Lebensmittel- und der organischen Rohstoffbasis der Menschheit sollten den inneren Sinn einer Entwicklung aufdecken, die zur stationären Wirtschaft führt. Eine vom Bevölkerungsproblem beherrschte, aufs Stationäre dringende Welt könne ihre Lebensformen nicht anders als „gebunden“ gestalten — ein Theorem, dessen Keynessehe Beweisgründe: steigender Bevölkerungsdruck in England, populationistische Erklärung des russischen Bolschewismus, seither durch die Erfahrung kaum bekräftigt worden sind.

Auch Prof. Schmalenbach begeht den entscheidenden Fehler, eine universelle Strukturerscheinung eines Zeitalters aus einem Punkte heraus erklären zu wollen. Daß die freie Konkurrenz durch die Überlegenheit des Stärkeren zum Monopol führt, ist eine Erkenntnis, so alt, wie die freie Wirtschaft und ihre Kritik. Aber sie führt dann auch ohne Kartellbildung zum Monopol durch bloßes Überleben des Tüchtigsten. Was Schmalenbach erklärt (oder erklären sollte), ist, warum das Ansteigen der fixen Kosten im Wege des Kartells, des Syndikats, des Trustes zum Monopol führt. Da wäre seine richtige Einsicht von der mangelhaften Marktanpassungsfähigkeit von Unternehmungen, die mit hohen fixen Kosten arbeiten, fruchtbar gewesen. Denn je mangelhafter, langsamer, ungenauer diese Anpassung, um so größer das Investitionsrisiko. Sollen solche Investitionen also überhaupt erfolgen — und es ist wirtschaftsgemäß, daß sie erfolgen —, so ist für eine Sicherung zu sorgen, die die schnelle und genaue Marktanpassung unnötig, vermeidbar macht. Diese Sicherung ist ausschließlich durch die „Marktherrschaft“ denkbar, durch Kartell, Syndikat, Trust. Aber wird dadurch auch die Abhängigkeit des Produktionsbetriebes von der Nachfrage etwa aufgehoben, wie Schmalenbach unterstellt? Keineswegs. Die „Marktherrschaft“ ist nur Beherrschung des Konkurrenten, nicht der Nachfrage. Die Nachfrage bleibt souverän. Von ihrer Gestaltung ist auch das Großgebilde abhängig. An die Stelle der schwankenden, augenblicklichen Nachfragen tritt die Gestaltung der Nachfrage in einem längeren Zeitraum. Werden große Kapitalien in Produktionsmitteln von langer Lebensdauer festgelegt, wobei zugleich ein „Überwiegen“ der fixen Kosten eintritt, dann muß die Kalkulation im Grunde eine Nachfrageperiode von ähnlicher Dauer ins Auge fassen. Aber das ist alles. An diese muß sich der Produzent, und sei er noch so sehr Monopolist, anpassen, bei Strafe des Untergangs. Was sich aus dieser verlangsamten Anpassung wirklich ergibt, ist, daß im Falle von Fehlkalkulation der Schaden größer ist als sonst. Ungeheure Kapitalien — Sachwerte: Maschinen, Anlagen, Ausrüstungen — können vernichtet, katastrophale Umschichtungen von Arbeitskräften können durch die Krise notwendig werden — alles in viel, viel größerem Maßstab, als es unter freiem Wettbewerb bei Unternehmungen mit geringen fixen Kosten der Fall ist. Die verhältnismäßig geringen Anpassungs-

Homer !!

Störungen des Gesamtwirtschaftsprozesses, die „Reibungen“ der Verkehrswirtschaft, können sich zu das Leben der Gemeinschaft gefährdenden Lähmungen der Anpassungskraft auswachsen.

Hier liegt die Berechtigung — und wohl auch der Grund der leidenschaftlichen Beredsamkeit, mit der Professor Schmalenbach den Großunternehmern sein „Kalkuliert richtig!“ zurnft. Aber daß sie, wenn sie seinen Rat nur annähmen, es auch könnten, beweist am besten, daß die Wirtschaftsrechnung dieser Epoche dieselbe ist wie die der früheren.

Mit der Frage der Regelung und Kontrolle der Mammuttruste hat all das nichts zu schaffen. Die Gründe, sie zu regeln, haben mit den Ursachen, aus denen diese Truste entstanden sein mögen, so wenig gemein, wie die Ursachen einer Gefahr mit den Gründen dafür, sie abzuwehren. Gerade im Namen des Liberalismus der Notwendigkeit dieser Kontrolle entgegenzutreten, wäre ein Widerspruch in sich. Monopol und Liberalismus schließen sich gegenseitig aus. Leider zeigt der Liberalismus nach einem Aufschwung zur Selbstbejahung in der Nachkriegszeit jüngst wieder sowohl in Deutschland wie bei uns eine gewisse Neigung zu solcher Selbstverstümmelung. Die überspitzte Kostentheorie Schmalenbachs hat diesen Tendenzen einen erwünschten kritischen Anlaß geboten, die Tatsache der Monopoldurchsetztheit der heutigen Wirtschaft zu verdunkeln, indem sie die Durchsetztheit erklären will, scharf ins Licht rücken. Weder Keynes noch Schmalenbach haben eine zufriedenstellende Theorie der „gebundenen“ Wirtschaft geliefert. Aber während die englischen Liberalen Praktiker genug sind, sich der Anerkennung des nun einmal Daseienden nicht zu verschließen und ihren Liberalismus darin bewähren, daß sie das Monopol regeln und der Gesamtheit verantwortlich machen wollen, dient das Versagen einer Theorie des Monopols unseren Liberalen nur zu leicht zum Vorwand, dem Monopolproblem gegenüber in der Praxis selbst zu versagen.

Dr. Wilhelm Grottkopp, derzeit Washington: Die Quellen des amerikanischen Kapitalexports.

Das umfangreiche Zahlenmaterial, das das Department of Commerce soeben über die amerikanische Zahlungsbilanz des Jahres 1927 veröffentlicht hat, zeigt, daß im Jahre 1927 ebensowenig wie in den vorhergegangenen Jahren die einheimische Kapitalbildung die Quelle des amerikanischen Kapitalexports gewesen ist; daß der Kapitalnettoexport sogar geringer ist als die Einnahmen aus den bisherigen Kapitalinvestitionen im Ausland, daß also Amerika teilweise „von den Zinsen lebt“. Unter Auslassung der Zahlen der Kapitalbilanz ergibt sich folgendes Bild für die wichtigsten Posten der Zahlungsbilanz für das Jahr 1927:

	In Mill. Dollar
Güterbilanz	548
Frachtenbilanz	-92
Touristenverkehr	-617
Einwanderergelder	-206
Anderes	86
	-221

	In Mill. Dollar
	-221
Nettozinseneinnahmen	514
Kriegsschuldendienst	206
	499
Goldbilanz	166
	665

Aus diesen Zahlen geht hervor, daß im Jahre 1927 ein Nettokapitalexport von 665 Millionen Dollar möglich gewesen ist, errechnet wurde vom Department of Commerce ein Kapitalexport von 881 und ein Kapitalimport von 210 Millionen Dollar; der geringfügige Rest ist auf Fehlerquellen zurückzuführen. Es zeigt sich ferner, daß der an sich sehr hohe amerikanische Ausfuhrüberschuß nicht ausreicht, um die Posten Touristenverkehr und Einwanderergelder auszugleichen, daß vielmehr Zinseneinnahmen in der Höhe von 221 Millionen Dollar zu Hilfe genommen werden mußten, um einen Ausgleich für die ersten fünf Posten zu erhalten. Der Rest der Nettozinseneinnahmen, die Einnahmen aus dem Kriegsschuldendienst und die Goldbilanz ermöglichen den Kapitalexport.

Daß die Verhältnisse in den vorhergegangenen Jahren ähnlich lagen, sei an Hand nachfolgender Tabelle veranschaulicht. Es seien hierbei nur die wichtigsten Posten wiedergegeben; besonders die fünf ersten Posten obiger Tabelle, unter dem Sammelbegriff Güter- und Dienstbilanz zusammengefaßt:

	1924	1925	1926
	In Millionen Dollar		
Güter- und Dienstbilanz	154	-158	-537
Nettozinseneinnahmen	464	515	688
Goldbilanz	-258	134	-98
Kapitalbilanz	-522	-432	-522
Bankguthaben u. Dollarnoten	166	-123	319
Ungeklärter Rest	4	-64	-150

Das Nichtaufgehen dieser Bilanzen deutet auf Fehlerquellen hin, aber es kann an dieser Stelle nicht unsere Aufgabe sein, den Fehlern nachzuspüren. Wir müssen vielmehr die Zahlen als die zuverlässigsten verfügbaren über die amerikanische Zahlungsbilanz hinnehmen.

Würden wir die Tabelle durch weitere Zahlen über die Zahlungsbilanzen der vorhergegangenen Jahre ergänzen, dann würde sich deutlich ergeben, daß zwischen 1921 und 1922 ein Einschnitt liegt. Vom Ausbruch des Krieges bis Ende 1921 konnte Amerika dank einem Exportüberschuß von gut 22 Milliarden das große Kapitalexportland sein. Für 1920 und 1921 ergibt sich zum Beispiel ein Kapitalexportüberschuß von 874, beziehungsweise 789 Millionen Dollar. Die Jahre 1922 und 1923 sind Übergangsjahre; seit 1924 ist die wichtigste Quelle des Kapitalexportüberschusses die Einnahme aus den Zinsen und dem Kriegsschuldendienst. Es zeigt sich sogar, daß Amerika seit 1925 nicht einmal mehr soviel im Ausland investiert, wie es an Zinsen insgesamt einnimmt. Das Jahr 1927 ist also keine Ausnahmeerscheinung, es sind vielmehr in diesem Jahre dieselben Tendenzen wirksam gewesen, die sich schon seit längerem feststellen lassen.

Dank den Zinsen aus seinen hohen Kriegsgewinnen kann Amerika heute noch seine ausländischen Kapitalguthaben vermehren, wird dies wohl auch noch in den nächsten Jahren können, aber dieser Kapitalexport ist doch nicht mehr so bedeutsam, wie er teilweise hingestellt wird.

Nachdem so dargelegt ist, auf eine wie relativ

Karl Polanyi: Weltpolitisches Unbehagen.



Am 8. September Europäische Konferenz in Genf. Am 10. September Völkerbundversammlung. Ein glatter, nichtssagender Verlauf beider ist durchaus möglich. Aber ebensogut auch das Gegenteil: Aufscheinen und Lautwerden eines tiefen weltpolitischen Unbehagens.

Im Rückblick erscheinen heute die letzten fünf Jahre so, als hätte sich in den vielen einander kreuzenden Spannungen und Strömungen, die für die Zeitgenossen mit einem Gefühl unaufhörlichen Ringens und inneren Gestaltens verbunden waren, trotz allem fast ein System durchgesetzt. Denn in der Weltpolitik kann jede Konstellation, die längere Zeit andauert, in gewissem Verstande als ein solches gelten. Dieses System, das wir bei allem Eindruck seiner Labilität immerhin als bestehend hinnehmen konnten und in der Tat auch als solches hinnahmen, ist nicht mehr.

Seine Elemente waren: Entente Englands und Frankreichs. Doppelstellung Englands gegen Sowjetrußland und gegen Amerika zugleich. Auf dem Kontinent geschlossene Front der Militärbündnisse Frankreichs mit seinen Satelliten. In Osteuropa Solidarität der Sieger, eingeschränkt nur durch den Kampf um die Adria zwischen Italien und Südslawien. Dies als Hintergrund des Verständigungskampfes zwischen Deutschland und Frankreich, vom Dawes-Plan über Locarno zum Young-Plan. Unter Europa versteht man Briand und Stresemann. Tribüne der Weltpolitik ist der Genfer Völkerbund. Ihr anerkanntes Gemeinziel heißt Abrüstung.

Nur wenig davon besteht noch. Die Mehrzahl der Bestandteile fehlt ganz, sie ist durch andere ersetzt. Wieder bloß in Schlagworten: Lösung der Entente. Englisch-amerikanischer Ausgleich. Auf dem Kontinent keine „Solidarität der Sieger“ mehr. In Südeuropa italienischer und vatikanischer Aktivismus. Revision und Restauration. Verblassen des Völkerbundes. Frankreich heißt Tardieu. Deutschland Brüning-Treviranus. Europa „Pancuropa“.

Angesichts dieser durchgreifenden Auswechslungen und Verschiebungen sollte man eigentlich nicht so sehr darüber staunen, daß sich das Gesamtbild der Weltpolitik in kurzer Zeit sehr gewandelt hat, als vielmehr darüber, daß es nicht zu einem vollen Bruch der bisherigen Entwicklungslinie der europäischen Verständigungs- und Friedensbemühungen gekommen ist. Nur in diesem Licht scheint uns auch eine zursichtlichere Beurteilung der Krise möglich, die die deutsch-französische Annäherung gegenwärtig zweifellos durchmacht.

Bis in die Einzelheiten spiegelt sich die große Verschiebung wider. Briands

europäischer Föderationsvorschlag

hat einen Mißerfolg erlitten, wie er sich in dieser Vollständigkeit nur selten ereignet. Alle drei Großmächte — England, Deutschland, Italien —, an die er gerichtet war, haben den Vorschlag, wie er ist, abgelehnt. England hat seine Verweisung vor die Völkerbundversammlung verlangt, das heißt seine Hinrichtung. Deutschland und Italien gehen noch weiter. Sie rücken Frankreich diplomatisch geradezu an den

Leib: Ohne Revision kein Europa. Der Mißgriff Briands wäre wahrlich unbegreiflich, hätte es jenes plötzliche Zusammenbrechen des gesamten weltpolitischen Gerüsts nicht gegeben. Pancuropa war eine Improvisation Briands für den Zeitraum, bis sich die Lage geklärt haben würde. Daher ihre Vieldeutigkeit, aber auch dazwischen ihre Vieldeutigkeit. Pancuropa als Universalschlüssel: Der englisch-amerikanische Ausgleich sprengt die Entente cordiale — Pancuropa möchte die 26 Staaten Europas (mit Ausnahme Englands) gegen jenen neuen Weltblock gruppieren. Der Völkerbund war ein bequemes Mittel englisch-französischen Festlandsregierens, jedoch nur so lange, als jene Entente bestand — Pancuropa, das wäre ein Völkerbund ohne England, wie ihn Frankreich dann brauchen würde. Der Gegensatz zu Italien macht eine Abrüstungsoffensive, und bliebe sie noch so sehr in der Phrase stecken, als jährlich aufgeführte Völkerbundparade unmöglich — Pancuropa setzt die Abrüstung von der Tagesordnung ab, indem sie sie um die Dauer der Geschlechter verschiebt, die erst ins Grab steigen müßten, ehe die engelsgleichen denaturierten Europäer der Retorte des Föderationsplans entsteigen könnten. Und, was zum Glück auch nicht vergessen werden darf, in irgend einer, sehr elastischen Ausführung birgt Pancuropa Formeln einer deutsch-französischen Zusammenarbeit in ferner Zukunft, in einer Zukunft, die freilich so fern gesetzt wird, damit die französische nationalen Gegner Briands nicht kopscheu gemacht werden. Also, alles in allem, ein echter Notbehelf. Doch ein völlig untauglicher. Frankreich wird sich ziemlich bald um ein anderes Auskunftsmittel umsehen müssen. Nicht, daß Pancuropa „ein fernes, ideales Ziel“ wäre, macht es als Vorschlag so unmöglich; die Abrüstung war ein sehr geeignetes Idealprogramm für den Völkerbund, obgleich auch sie notgedrungen immer bloß aus weiter Ferne winkte — das ist kein Mangel eines Ideals, wenn man bloß hoffen kann, daß die Wirklichkeit sich unterdessen genügend vergeistigen und veredeln werde. Aber gerade das soll bei Pancuropa grundsätzlich nicht geschehen. Sobald man damit nur anfängt, wird Europa, Europa wie es ist, ewig. National, sozial, politisch. Eine nicht nur abscheuliche, sondern eine moralisch geradezu unvollziehbare Idee: Die Gegenkräfte, die sie weckt, müssen mit fast mathematischer Gewißheit stets im Quadrat der Anstrengungen wachsen, mit denen diese „Idee“ propagiert wird. Anders denkt darüber nur jene Abart von Pazifisten, die im Problem des Weltfriedens nur so etwas wie ein Kreuzworträtsel erblicken, daß man bei gediegener Bildung und einigem Sitzfleisch unfehlbar lösen könne. Was wiederum etwa auf die Entdeckung des moralischen Perpetuum mobile hinausläufe, wie man die der Menschheit aufgebürdete Last der Geschichte ohne irgend eine zusätzliche Anstrengung heben könne. Nun, auch dieser Verlegenheitsplan dürfte in Genf mit feierlichem Pomp seine geruhige Kommission finden.

Diese Völkerbundversammlung ist die erste seit der

enttäuschenden Rheinlandräumung.

Daß die Räumung nicht die Beschleunigung der deutsch-französischen Annäherung, sondern vorerst sogar einen Rückschlag auf diesem Wege gebracht hat, ist von Sinn und Wesen der Stresemannschen Linie aus

gesehen, Ueberraschung und Enttäuschung zugleich. Den tiefsten Grund dieser, die Genfer Tagung beherrschenden Schwankung mag man sehr wohl wieder darin sehen, daß das unvorhergesehene Scheiden Englands von der Seite Frankreichs einen völligen Wandel der Weltlage geschaffen hat, der sowohl Frankreich wie Deutschland zu einer Neubegründung ihrer Verständigungspolitik zwingt. Wichtige Stellungen Frankreichs in den Entmilitarisierungs- und verwandten Fragen sind durch die englische Wendung geschwächt worden, namentlich die, als deren Bürge die Franzosen den Völkerbund nur dann betrachten, wenn England an ihm mit der alten Kraft beteiligt bleibt. Zum Teil daher die fieberhaften Rüstungen Frankreichs, vor deren Abschluß eine Neufundierung wichtiger Beziehungen unwahrscheinlich ist. Denn angesichts jenes Abrückens Englands mußte die Rheinlandräumung in Frankreich wieder tiefe innerste Angstgefühle lebendig machen — zumal gleichzeitig die Londoner Flottenkonferenz nicht nur die Trennung von England, sondern auch die Verschärfung des Gegensatzes zu Italien brachte. Auf deutscher Seite aber liegt so manchem in diesen letzten Monaten der Druck der

Weltwirtschaftskrise

zugrunde. Der allgemeine Preisfall hat die Last des Young-Planes für Deutschland bereits um mehr gesteigert, als der ganze Betrag ausmachte, um den der Kampf in Paris gegangen war. Zugleich hat die Weltkrise die Wirtschaftskraft Deutschlands geschwächt, die Bürde seiner finanziellen Lasten gewaltig gesteigert. Wäre diese Krise, man darf das wohl sagen, nicht so bald nach der Unterzeichnung des Young-Planes, sondern auch nur zwei bis drei Jahre später gekommen, so hätte sie unfehlbar bereits in irgend einer Form zur Aufwerfung der Frage der Revision des Young-Planes auf deutscher Seite geführt. Jeder Urteilsfähige im Reich empfindet heute, daß das jetzt nicht angeht, eine zu frühe Aufwerfung dieser Frage müßte die Vertrauensgrundlage erschüttern, auf der der neue Ausgleich sicherlich doch zu treffen wäre. Dennoch liegt hier die begreifliche Quelle der starken Strömungen „gegen die bisherigen Methoden der Erfüllungspolitik“. Es ist daher auch kein Zufall, daß die

deutschen Wahlen,

unter deren Schatten die 11. Versammlung zusammentritt und zu denen die inneren Finanzfragen den Andreien. Zwar haben Reichskanzler und Außenminister knapp vor Genf den ostrevisionistischen Treviranus-Reden etwas die Spitze genommen. Nicht die Verständigungspolitik, sondern ganz ausdrücklich nur ihre Methoden sollen gewechselt werden... Daß die Weltlage sich geändert hat, haben wir gezeigt; eine gewisse Anpassung der Außenpolitik daran wäre also bloß selbstverständlich. Aber eine Aenderung der Methoden? Das Wort ist zweideutig. Nach Clausewitz sind Krieg und Frieden nur verschiedene Mittel der Politik. Soll sich Hugenbergsche Revanchepolitik von Stresemannscher Verständigungspolitik überhaupt noch scharf abgrenzen lassen, dann muß jenes Wortspiel ausgeschlossen bleiben. Dasselbe gilt von der Revision. Es gibt eine Revisionspolitik mit friedlichen und eine mit kriegerischen Mitteln. Das Wesen der friedlichen Methode aber ist, daß sie das Vertrauen des

Gegners zu eben dieser Friedlichkeit zu einem Pfeiler dieser Revisionspolitik macht. Stresemann war Meister darin, mit allen Waffen des friedlichen Kampfes den gewonnenen Vertrauensboden dazu auszunützen, die Anwendung der Friedensverträge, ihre Ausführung, ihre Lauffristen zugunsten Deutschlands zu mildern, einzuschränken, unwirksam zu machen. Sein realpolitischer Sinn erwies sich darin, daß er die große Mannigfaltigkeit der Machtmittel erkannte, die auch nach Abzug der nackten Waffengewalt übrigbleiben: Trotz der weiterbestehenden Entente cordiale hat England in Rhein-, Ruhr- und Reparationsfragen nicht immer auf Seiten Frankreichs gestanden. Die bloße Tatsache der Fortführung von Rapallo hat, auch ohne Liebäugeln mit dem Bolschewismus, das Dasein des sowjetrussischen Weltraums einige Male zum Aktivum deutscher Außenpolitik gemacht. Die Vereinigten Staaten von Amerika, gewiß kein Militärstaat, hatten erst in London, sodann in Paris ganz offen ein gewichtiges Wort mitzureden. Geographische Lage, Wirtschaftsmacht, Finanzstellung (wenn auch die eines Schuldners) haben realpolitische Eigengeltung. Nicht sollen die neuen Möglichkeiten übersehen werden, die sich hier dem Reich eröffnen. Die „Solidarität der Sieger“ hat in Osteuropa aufgehört. Das italienisch-ungarische Bündnis zerstört auch den Schein einer Gemeinbürgerschaft der Besiegten. Im südosteuropäischen Wirtschaftsraum liegen vielleicht sehr wertvolle Handhaben deutscher Realpolitik verborgen. Doch immer nur unter der Voraussetzung, daß die

deutsch-französische Verständigung

die feste Grundlage bleibt. Denn es wäre ein schwerer Irrtum, zu glauben, daß in der durch den englisch-amerikanischen Ausgleich geschaffenen neuen europäischen Lage für Deutschland dieser Weg an Wert verloren hätte. Mehr denn je, und jetzt erst wirklich ist Europa Deutschland und Frankreich. Ein deutsch-italienisches Bündnis wäre eine Episode von kurzer Dauer. Der lateinische Block wider das Reich wäre die Folge. Das aber wäre nicht nur ein Unglück für Deutschland, sondern auch für Europa. Die Zukunft Europas liegt in der von aller Angst und allen Rüstungen befreiten Bahn der großen demokratischen Kulturträger Deutschland und Frankreich. Doch auch über das Tempo, in welchem diese Erkenntnis marschieren wird, werden mehr als die Genfer Verhandlungen die deutschen Wähler entscheiden.

Dr. Clemens Klein, Berlin: Abbau der Internationalen Rohstahl-Gemeinschaft.

Als im Herbst 1926 unter maßgebendem deutschen Einfluß die Internationale Rohstahlgemeinschaft in Verbindung mit dem Luxemburger Kontingentabkommen für die lothringisch-luxemburgische Einfuhr nach Deutschland abgeschlossen wurde, geschah dies von seiten der deutschen Teilnehmer in der festen Absicht, eine Ordnung des ungezügelten Wettbewerbs auf dem Weltmarkt zu erzielen, der bekannt-

Dr. Karl Polanyi: Von Lausanne bis Washington.

Es ist fast erstaunlich, daß leitende Staatsmänner über den Ozean bemüht worden sind, um dort so ziellose und verworrene Gespräche zu führen wie auf den Washingtoner Konferenzen. Die Führungskraft der Vereinigten Staaten ist in den letzten drei Washingtoner Konferenzen sichtlich erlahmt. 1929 ergibt die Flottenbesprechung Hoover-MacDonald noch eine sehr wertvolle Klärung der englisch-amerikanischen Beziehungen, wengleich das Andauern der italienisch-französischen Unstimmigkeiten ihr die durchgreifende Wirkung versagt. 1931 zeitigt die Zusammenkunft Hoover-Laval nur mehr halbe Ergebnisse, wenn nicht überhaupt mißverständliche, denn nach Lausanne stellt es sich heraus, daß das vermeintliche Versprechen Amerikas, die Kriegsschulden zu erlassen, falls Frankreich seinerseits die Reparationen erläßt, nach amerikanischer Auffassung gar nicht gegeben worden sei. Die Konferenzen Roosevelt-MacDonald-Herriot enden vollends ergebnislos. Roosevelts plötzlicher Entschluß, den Dollar fallen zu lassen, hatte ihnen jeden Boden entzogen.

In Washington waren wirtschaftliche und politische Fragegruppen auf der Tagesordnung. Zu den wirtschaftlichen Fragen gehören Kriegsschulden und Weltwirtschaftskonferenz, namentlich die Währungs- und Zollfragen; zu den politischen Abrüstung und politische Befriedung oder, wie die Franzosen es nennen: Sicherheit. Um die Art und Weise ihrer Verknüpfung zu begreifen, muß man auf die ohne die Teilnahme Amerikas im Sommer 1932 abgehaltene Reparationskonferenz von Lausanne zurückgreifen, deren diplomatisches Erbe noch immer der Liquidierung harret.

Lausanne steigert noch die politische Spannung

Die wahre Eigenart der Lausanner Abkommen vom 9. Juli 1932 war schon damals nicht zu verkennen. Wir schrieben darüber *):

„Das Lausanner Abkommen hat die einzigartige Eigenschaft, daß nicht seine Unterzeichnung, sondern seine Ratifizierung als die Hauptsache gilt; es ist nur eine großartige Verhandlungskulisse zwischen zwei Ereignissen, einem vergangenen und einem erhofften: dem Hoover-Moratorium, das dem Young-Plan und den Reparationen den Todesstoß versetzt hat, und der Streichung der amerikanischen Kriegsschuldforderungen, welche die Voraussetzung der Ratifizierung des Lausanner Abkommens ist. In dieser Entwicklung ist Lausanne eine Etappe. Es hat eine Einheitsfront der Schuldner Amerikas zustande gebracht (mit einem abwartend und abseits stehenden Deutschland). Es hat die deutsch-französische Annäherung nicht zustande gebracht, zu welcher die Wegräumung der Reparationen hätte die Brücke sein können. Nach dieser Fehlleistung wird es geschichtlich beurteilt werden.“

Denn mit staatsmännischem Maß gemessen ist dies das Entscheidende: Es war unvermeidbar, daß die gewissermaßen sich von selbst vollziehende Liquidierung der Reparationen entweder einen neuen Gegensatz oder aber eine wesentliche Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich ergeben mußte. Entweder fiel zugleich mit den Reparationen das letzte Hindernis ihrer Verständigung oder die Kluft, die sie trennt, wurde erst in ihrer ganzen Tiefe sichtbar. Wie die Dinge liegen, wird man von Glück sagen können, wenn Lausanne nicht, wie einst die Rheinlandräumung, eine neue Hochspannungsperiode zwischen Deutschland und Frankreich einleitet.“

Die Tatsachen bleiben hinter den bösen Erwartungen nicht zurück: Lausanne ist bis auf den heutigen Tag nicht ratifiziert; die Abrüstungskonferenz wurde zwei Wochen später gegen deutschen Einspruch mit einem völlig nichtsagenden Beschluß unterbrochen und hat sich von diesem Schlag seither nicht erholt; die Weltwirtschaftskonferenz steht noch aus; eine neue Hochspannung von unerhörter Heftigkeit hat zwischen Deutschland und Frankreich eingesetzt.

Die Kriegsschuldenfrage. Nicht einmal die in Lausanne verabredete Einheitsfront der Kriegsschuldner Amerikas hielt stand. England hat am 15. Dezember gezahlt, Frankreich nicht. In London hat man die nach Lausanne einsetzende kurze Hausse und ihre günstige Wirkung auf die Aussichten der Wiederwahl Hoovers überschätzt; man legte sich auf die Zahlung fest in der sicheren Erwartung, daß der wiedergewählte Hoover es nicht dazu kommen lassen werde. Auch darin hatte man geirrt. Als Hoover durchfiel, war es zu spät, die Einheitsfront mit Frankreich wieder herzustellen. Nur geeichte Schwarzseher hätten es freilich für möglich gehalten, daß Amerika das Kriegsschulden-Moratorium nicht verlängern werde, obgleich Frankreich die Reparationen praktisch erlassen hätte und England nicht nur infolge des allgemeinen Preissturzes, sondern auch wegen des gesunkenen Außenwertes des Pfundes doppelt schwer an der Last der Schuldenszahlungen zu tragen hätte. Jetzt muß man sich damit abfinden, daß Roosevelt vom Kongreß höchstens für die Dauer der Weltwirtschaftskonferenz ein Moratorium verlangen wird, vielleicht auch dies nur unter der Bedingung, daß Frankreich die Nachzahlung der Dezemberrate inzwischen leistet. Auch die Lausanner Konferenz wurde mit der Erklärung eröffnet, daß für ihre Dauer ein Moratorium für Reparationen ausgesprochen wird. Auf der Weltwirtschaftskonferenz soll gleiches für die Kriegsschulden geschehen. Dazu will sich Roosevelt die Ermächtigung holen. Von einer Vollmacht zur Verhandlung über die Streichung oder die Herabsetzung der Schulden ist das sehr weit. Herriot hat also nicht mehr erreicht, als daß Frankreich, wenn es nachgezahlt hat, nicht schlechter behandelt wird als England, das gezahlt hat. Das ist nicht sonderlich viel.

Die Regelung der Wirtschaftsfragen sollte nach den Lausanner Annexen auf einer Reihe von Konferenzen erfolgen. Aber in Ottawa wurde weder eine Empire-Währung noch ein Abbau der Zölle, gestützt etwa auf Englands enger geknüpfte Reichspolitik, durchgesetzt, sondern es wurden neue Zollerhöhungen ohne jede Rücksicht auf die Erleichterung der weltwirtschaftlichen Aufgaben Englands beschlossen. In Stressa wird für den Südosten ein Getreide-Valorisierungs- und ein Währungsstabilisierungsfonds angeregt. Von dem einen hat man seither ebensowenig gehört wie von dem anderen. Die Lausanner Anleihe für Oesterreich ist allerdings im Zug. Mit bald einjähriger Verspätung wird die als dringend gedachte Hilfsmaßnahme vielleicht zur Tatsache.

Im Schatten der Inflationsermächtigung

Wer die Vorarbeiten zur Weltwirtschaftskonferenz auch nur ein wenig kennt, wird den kunstvoll abgefaßten Erklärungen Roosevelts und MacDonalds über ihre Einigung über gewisse Richtlinien nur sehr geringe Bedeutung zugestehen. Das Abgehen des Dollars von der Parität hat sämtliche Voraussetzungen,

*) Vgl. Dr. Karl Polanyi: „Kritik an Lausanne“ in Nr. 42 vom 16. Juli 1932.

unter welchen die Weltwirtschaftsfragen gestellt waren, von Grund aus verändert. Es genügt ein Blick in die Jänner-Empfehlungen der Genfer Sachverständigen, die mit der Ausarbeitung eines Berichtes zur Londoner Weltwirtschaftskonferenz betraut waren, um dies festzustellen. Im Kampf um diesen Bericht standen sich die englischen und die amerikanischen Regierungsvertreter noch unversöhnlich gegenüber. Im Bericht selbst gilt England als der Schuldige, dessen Abkehr vom Gold die Krise verschärft habe, Amerika als der Fordernde, der die schleunige Rückkehr des Pfundes zum Gold unter Frankreichs lebhaftester Zustimmung verlange. Amerikas Währungspolitik genoß so hohes Vertrauen, daß die Sachverständigen trotz ihrer scharfen Einstellung gegen jegliche Inflationspolitik sich einstimmig zu einer Erklärung verstanden, die geradezu eine Vertrauenskundgebung zur inneren Finanzlage Amerikas darstellte. „Es soll vermerkt werden“, hieß es im Bericht, „daß die im Frühjahr 1932 durch die Federal Reserve Banken auf dem offenen Markt vorgenommenen Operationen im Zusammenhang mit den Maßnahmen der Reconstruction Finance Corporation der Kreditnot und der Hortung von Zahlungsmitteln Einhalt boten; sie haben zusätzliche Reserven der Privatbanken im Ausmaß von über 500 Mill. Doll. bewirkt, die dazu beitrugen, das Vertrauen in das Bankwesen in U. S. A. wieder herzustellen.“ Einige Wochen darauf versagte dieses Bankwesen vor der heraufziehenden Vertrauenskrise. Dennoch sind MacDonald und die ihn begleitenden Sachverständigen an Bord des Ozeandampfers von der drahtlosen Nachricht völlig überrascht worden, daß der Dollar fallen gelassen sei. Nachdem sie sich von dem Schock erholt hatten, werden sie darangegangen sein, die Folgerungen daraus für ihre Währungstaktik zu ziehen. Daß sie, fern von England, abgeschnitten von City, Bank und Industrie sowie von den Dominionregierungen, zu grundlegenden Beschlüssen hätten gelangen können, wäre auch dann unwahrscheinlich gewesen, wenn die Lage in den Vereinigten Staaten selbst sie nicht der Notwendigkeit jeder Entscheidung enthoben hätte. Noch kämpfte Roosevelt um eine Ermächtigung, deren wahrer Sinn erst aus der Debatte hervorgehen konnte, denn nur aus ihr konnten gewisse Folgerungen darüber gezogen werden, ob der Präsident diese Ermächtigung eben dazu benützen werde, die Inflation in die Wege zu leiten, oder dazu, die Inflationsbestrebungen auf ein Nebengeleise zu schieben. Je nach dem aber die Hebung der Preise im Innern oder die Senkung des Dollars nach außen in den Vordergrund gelangte, mußte die Stellung sowohl Amerikas wie Englands in Zollfragen sich völlig umkehren: Steigende Inlandspreise bei stetigem Außenwert des Dollars würden die englischen Zölle für Amerika erst recht untragbar machen, während bei sinkendem Auslandswert des Dollars diese Zölle für Amerika geradezu belanglos werden könnten. Wenn Roosevelts Ermächtigungsvorlage jeder Abrede mit MacDonald die Grundlage entzog, ehe der Kongreß sie beschlossen hatte, so war auch nach dem Beschluß kein fester Boden zu Verhandlungen gewonnen, da man noch nicht wußte, wie diese Ermächtigung angewendet werden wird. Wenn Roosevelt gedacht hatte, durch das Abgehen von der Parität den englischen Verhandlungsgegner gewissermaßen unter Druck zu setzen, so hat er seine Sache zu gut gemacht; der plötzliche Umsturz in der amerikanischen Währungslage machte jedes Verhandeln unmöglich. Die langatmigen

Mitteilungen über die in Washington vereinbarten Richtlinien der Zusammenarbeit für die Weltwirtschaftskonferenz stellen sich, in der Nähe gesehen, als ebensoviele Selbstverständlichkeiten oder nichtssagende Allgemeinheiten dar. Nicht einmal ein Zollwaffenstillstand für die Dauer der Weltwirtschaftskonferenz konnte zustande gebracht werden. Der schwankende Dollar gestattete es Herriot nicht, Roosevelts Wunsch nach einem zumindest bis zum Eröffnungstag der Weltwirtschaftskonferenz währenden Zollwaffenstillstand zu erfüllen. Frankreich wollte sich als Sicherung gegen die Folgen eines weiteren Dollarsturzes das Recht vorbehalten, allenfalls Währungszölle, Kontingente und Devisenbeschränkungen einzuführen. Darauf verzichtete Amerika auf den Zollwaffenstillstand. Auch darüber soll erst in London beraten werden.

Um den Konsultativpakt

Desgleichen im Politischen. Herriot, der als Sondervvertreter zur Regelung der Kriegsschulden Frankreichs entsandt worden war, stellte es sich in Wirklichkeit fast zur einzigen Aufgabe, Amerika zu irgendwelchen Zugeständnissen in der Sicherheitsfrage zu bewegen. Es gehört bald schon zur herkömmlichen Politik Frankreichs, Amerikas Drängen auf Abrüstung mit dem Verlangen zu begegnen, daß Amerika den Kellogg-Pakt „instrumentieren“ solle, d. h. daß es ihm eine Vollzugsklausel anhängt, die seine Durchführung gegen den Angreifer ermöglicht. Schon Lavals Besuch in Washington galt solchem Beginnen, dem damals jeglicher Erfolg versagt blieb. Herriot konnte sich jetzt auf die bekannte Senatsklärung Stimson vom 8. August 1932 stützen, die fraglos als eine Andeutung auszulegen war, daß Amerika den Kellogg-Pakt durch eine Konsultativklausel ergänzen wolle. Alle Verhandlungen über eine derartige Klausel, durch die sich die Vereinigten Staaten verpflichten, im Falle eines drohenden Krieges mit den Unterzeichnern des Kellogg-Paktes gemeinsam zu beraten, scheiterten bisher, wie vieles andere in den Nachkriegsjahren, an den Tücken der amerikanischen Verfassung, laut welcher der Senat nicht auf das Recht verzichten kann, gegebenenfalls selbst zu bestimmen, gegen wen die Vereinigten Staaten außenpolitische Machtmittel aufzuwenden haben. Auf allerhand Wegen suchen Förderer der Konsultativklausel seither, dieses Recht des Senats zu umgehen, ohne die Verfassung zu verletzen. Erstens wird keine bewaffnete, sondern nur eine wirtschaftliche und finanzielle Unterstützung des Angegriffenen verlangt, vor allem durch Abbruch der Handelsbeziehungen mit dem Angreiferstaat. Oder noch bescheidener: durch die Zusicherung, gegen eine Blockade des Angreifers keinen Einspruch zu erheben. Praktisch würde man sich damit begnügen, daß die Vereinigten Staaten im Falle eines drohenden Krieges mitteilen, ob sie den Handel ihrer Untertanen mit einem gewissen Staat (eben dem angreifenden) zu schützen gedächten oder nicht. Eine solche Erklärung würde das Recht des Senats, über Krieg und Frieden zu entscheiden, formell wahren und könnte dennoch, zeitgerecht abgegeben, für die anderen Staaten genügende Sicherheit bieten, daß sie durch die Blockade des Angreifers nicht Gefahr laufen, mit Amerika in Streit zu geraten. Zugleich käme man aber auch um die leidige Frage herum, wer den Angreifer zu bestimmen habe, will doch Amerika weder dem Völkerbundrat noch einem Gremium der Kellogg-Paktmächte die Befugnis dazu überlassen.

Ohne Konsultativpakt kein Fortschritt in der Abrüstungsfrage. In Genf stand Ende April gerade der englische Abrüstungsplan zur Debatte. Seine Sicherheitsbestimmungen werden von Frankreich als ungenügend erachtet. (Wortführer ist in diesem Falle Polen.) Ungenügend sei, daß der Plan unter Angriffshandlung nur den Krieg verstehe, nicht auch andere Gewaltanwendungen, auch gelte der Plan nicht im Völkerbundrahmen, sondern nur im Rahmen des Kellogg-Paktes. Obgleich diese Bestimmung gerade Amerika zuliebe in den englischen Plan aufgenommen wurde, verlangte Norman Davis dennoch im Namen der Vereinigten Staaten die Unterbrechung der Beratungen, weil der englische Plan ein für Amerika neues Prinzip verwirkliche, nämlich „die Einführung des Grundsatzes der Konsultation in ein Abrüstungsdokument“. Dies geschah fast zur gleichen Stunde in Genf, da Herriot und Roosevelt in Washington über die Bedingungen eines Konsultativpaktes vergeblich verhandelten. Die Beratungen der Sicherheitsbestimmungen des englischen Planes mußten abgebrochen werden.

Kriegsschulden, Währung und Zollabbau, Abrüstung und allgemeine Befriedung — in keinem einzigen Punkt wurden die in Lausanne offengebliebenen Weltprobleme in Washington ihrer Lösung nähergeführt.

W. F.: Beseitigtes Budgetdefizit?

Seit der Ausschaltung des Nationalrates entwickelt die Regierung eine ungewöhnlich lebhaftige Tätigkeit. Fast jeden Tag sprudelt sie ein paar Notverordnungen hervor, täglich halten einige Regierungsmitglieder große Programm- und Kampfreden, täglich verkündet die modernisierte „Wiener Zeitung“ in Aufsätzen unter balkendicken Kopfszeilen von den Erfolgen der Regierung. Unter dem Titel „Fortschritte des Wiederaufbaus“ veröffentlicht sie einen Auszug aus dem Bericht des Finanzkomitees des Völkerbundes über Oesterreich. Da wird über die Fortschritte der Anleiheverhandlungen berichtet, aber wir erfahren noch immer nicht, wann die an Stelle der versprochenen 300 Mill. GS nun zugesagten 246 Mill. S wirklich aufgelegt werden. Wir hören neuerlich davon, daß das Komitee der Auslandsgläubiger der Credit-Anstalt der Verlängerung der Stillhaltevereinbarung bis 1. März 1933 zugestimmt habe; es wird von den bereits bekannten Maßnahmen zur Reorganisation der anderen Wiener Banken und von der fortschreitenden Lockerung der Devisenzwangswirtschaft berichtet, aber u. a. erfahren wir plötzlich, daß das Gleichgewicht im Bundeshaushalt neuerlich ernsthaft bedroht gewesen sei, daß aber die Regierung durch eine Reihe administrativer Maßnahmen und auf der Grundlage eines besonderen Gesetzes-erlassener oder in allernächster Zeit zu erlassender Verordnungen im Begriffe stehe, das Gleichgewicht im staatlichen Budget einschließlich der Eisenbahnen wiederherzustellen. Hier merkt man auf:

„Das staatliche Budget für das Jahr 1933 wurde im Februar dieses Jahres nach längeren Diskussionen vom Parlament bewilligt, doch waren im Zeitpunkt seiner Annahme gewisse Aenderungen bereits unabwendbar geworden. Seit Beginn des laufenden Jahres haben sich die Einnahmen auf einem offensichtlich niedrigeren Niveau gehalten, als veranschlagt worden war. Außerdem hatte man für das erhöhte Erfordernis für den ausländischen Schuldendienst, welcher durch Ankauf fremder Valuten im Privatclearing bedingt war, für eine zusätzliche Ausgabe

Gemeinde Wien Städtische Versicherungs- Anstalt

DIREKTION:
WIEN, I, TUCHLAUBEN NR. 8

TELEPHON Nr. U-27-5-40 Serie

FILIALEN IN:

Graz, Innsbruck, Klagenfurt, Linz
und Salzburg

vorsehen müssen. Außer dem veranschlagten Fehlbetrag von ungefähr 140 Mill. S zwischen den staatlichen Ausgaben und Einnahmen für das Jahr 1933 war noch ein Defizit im Eisenbahnbudget vorhanden, welches, wie das Finanzkomitee bereits in seinem Jännerbericht feststellt, mit einem Betrag von 40 Mill. unbedeckt blieb. Der durch weitere Maßnahmen zu deckende Gesamtbetrag belief sich infolgedessen auf 180 Mill. S.“

Also mit 140 Mill. S war der Fehlbetrag im Bundeshaushalt für 1933 veranschlagt. Davon hat man bisher nichts gewußt. Der vom Nationalrat verabschiedete, am 1. März kundgemachte Voranschlag hatte einen Ueberschuß von 128.500 S aufgewiesen. Wohl war die Entwicklung der Einnahmen ungünstig, aber 140 Mill., mehr als 10% der Gesamteinnahmen, sind ein Ausfall, der nicht so einfach mit hinter dem Voranschlag zurückbleibenden

Karl Polanyi: Ein gefährlicher Aufbauplan.

Der „Oe. V.“ hat erst kürzlich eines kleinen Buches Erwähnung getan, das nicht weniger als einen Zehnjahrplan für Oesterreich vorschlägt. (W. F.: „Aufbau, nicht Abbau“ von Dr. Deutsch-Ing. Vértés, Nr. 5 vom 15. Oktober.) Der Plan scheint zu unsinnig, um einer eingehenden Widerlegung zu bedürfen. Für ertragslose oder nur in ferner Zukunft Ertrag versprechende Investitionen hätte das im Plan herangerufene private Kapital auch dann kein Interesse, wenn das Ausmaß des Finanzierungsbedarfs von 500 Mill. S die Kapitalkraft des Landes nicht bei weitem übersteige. Die Gefahr, daß ein Versuch zur Verwirklichung dieser Vorschläge gemacht wurde, besteht also in keinem Fall. Dennoch wollen erstaunderweise selbst in Kreisen des öffentlichen Lebens, die man sonst ernst zu nehmen gewohnt ist, die Stimmen von Wirtschaftsführern nicht verstummen, die sich für den Plan einsetzen. Die Schriftleitung.



Der Arbeitsbeschaffungsplan Deutsch-Vértés findet in der Öffentlichkeit eine gewisse Beachtung. Daß ein aus windigen Theorien und zum Teil entstellten Zahlen gezimmelter Luftbau ensterner Aufmerksamkeit begegnen konnte, wird dem Wirtschaftshistoriker einst als überzeugender Ausdruck der Zeitstimmung gelten. Jeder Ausweg scheint recht, wenn er nur eine Ankurbelung der Wirtschaft verspricht — ohne Rücksicht auf die Folgen. Daß in diesem Fall die Folgen schon nach einem Jahr die Finanz-, Währungs- und Kreditkatastrophe sein müßten, wird zwar dunkel geahnt, aber nicht über die Schwelle des Bewußtseins gelassen.

Der Plan Deutsch-Vértés schlägt für Oesterreich einen über zehn Jahre verteilten Investitionsaufwand von 5900 Mill. S vor. Die Verfasser haben sich der Mühe unterzogen, so gut wie sämtliche in Oesterreich jemals erörterten öffentlichen Investitionspläne zusammenzutragen, wie Elektrifizierung der Bahnen, Ausbau der Wasserkräfte, Brückenbauten usw. Es ist eine Eigenart des Plans, daß er wegen der sogenannten volkswirtschaftlichen Produktivität der Investitionen auch ihre Rentabilität als erwiesen erachtet, zumindest jene mittelbare Rentabilität, die sich in der Steigerung der Staatseinnahmen kundgibt. Jene bestenfalls sehr spät und zumeist auch dann nur in geringem Ausmaß erwartbare, aber hier apodiktisch behauptete und genau errechnete eigentliche Rentabilität spielt übrigens in der Finanzierung des Plans nur eine recht verschwommene Rolle: sie scheint bloß dazu gut zu sein, die Stimmung für die erste große Ankurbelungsanleihe zu verbessern sowie die Schaffung von gemischtwirtschaftlichen Aktiengesellschaften zu erleichtern, bei denen ein Teil, zumeist ein Viertel, des Aktienkapitals das Privatkapital aufbringen soll, alle anderen Mittel werden ja fast ausschließlich von Staat und Arbeitslosenfonds beigesteuert; nur in gewissen Fällen soll die Industrie mit vier- bis sechsjährigen Lieferungskrediten zu niedrigem Zinsfuß die Finanzierung fördern. Alles in allem soll in Laufe von zehn Jahren vom Gesamterfordernis von 5910 Mill. S das Privatkapital 1170,5 Mill., die öffentliche Hand (Staat und Arbeitslosenversicherungsfonds) 4739,5 Mill. S auf-

zubringen. Im ersten Jahr wird die erwähnte innere Anleihe aufgelegt im Betrage von rd. 400 bis 500 Mill. S, überdies werden vom Privatkapital als Aktienkapital der gemischtwirtschaftlichen Gesellschaften 56,5 Mill. eingezahlt; an Lieferungskrediten für die ersten neun Monate 31,5 Mill. S eingeräumt; insgesamt verlangt die Ankurbelung rd. 590 Mill. S. Weitere Anleihen wird man nicht brauchen. Der jährliche Finanzierungsbedarf von 590 Mill. S wird durch neun Jahre zu 472 Mill. von Staat und Arbeitslosenfonds, zu 118 Mill. durch das Privatkapital aufgebracht. Sowohl Staat wie Arbeitslosenfonds und Privatkapital schöpfen diese Beträge mühelos aus den Ueberschüssen, die durch die Ankurbelung der Wirtschaft gewissermaßen von selbst entstehen. Das Aufbauplanwerk finanziert sich selbst. Staat und Arbeitslosenfonds speisen es aus ihren automatisch steigenden Einnahmen:

„Zur Sicherstellung der Finanzierung kommt lediglich ein Anfangskapital von 400 bis 500 Mill. S in Betracht, welches auch erst in sechs Monaten eingezahlt werden muß. Nach der unmittelbaren Inangriffnahme dieser Projekte würde sich nicht nur aus den bisherigen Erträgen des Arbeitslosenversicherungsfonds ein Betrag von mindestens 50 Mill. S abzweigen lassen, sondern durch die Einstellung so zahlreicher neuer Arbeiter muß dieser Fonds auch eine bedeutend größere Höhe erreichen. Für die weitere Finanzierung wird im wesentlichen dieser Fonds ausreichen, zuzüglich jener Mehreinnahmen aus der Belegung der Wirtschaft für den Bund, die Länder und Gemeinden sowie Krankenkassen und Pensionsversicherungsanstalten, welche über die Höchstgrenze des einmal festgesetzten Normalbudgets hinaussehen.“ (S. 10.)

Damit wäre für die 4739,5 Mill. S gesorgt. Aber auch die 1170,5 Mill. S des Privatkapitals werden der Wirtschaft nirgends entzogen, sie entströmen der Fülle des neu erstandenen österreichischen Reichtums:

„571 Mill. S aus dem Arbeitslosenversicherungsfonds und 121 Mill. S aus der öffentlichen Hand ergeben zusammen 472 Mill. S, d. s. 90% des jährlichen Erfordernisses. Der Beitrag des Privatkapitals muß also nur 20% (118 Mill. S) betragen. Wir haben oben schon festgestellt, daß der jährliche Zuwachs an Ersparnissen 21% ausmachen wird. Wir nehmen also gegen gute Verzinsung nicht einmal diesen vollen Zuwachs in Anspruch. Damit ist aus diesen drei Komponenten der Kapitalbedarf jedes Jahres (im Durchschnitt 590 Mill. S) gedeckt.“ (S. 65.)

Also in allem Ernst: Eine innere Anleihe von rd. 500 Mill. S genügt, um einen Investitionsbedarf von 6000 Mill. S zu decken! Die einmal aufgewendeten 500 kehren immer wieder, bis sie einen Wert von 6000 geschaffen haben. Das wirtschaftliche Perpetuum mobile ist entdeckt. Das Unbeschreibliche, hier ist's getan. Denn die automatische Selbstfinanzierung der Wirtschaft durch eine einmalige Investition von weniger als einem Zehntel des Gesamtwertes, das eben ist der Königsgedanke des Plans.

Phantastereien wie diese bergen eine ungeheure Gefahr. Die zwangsläufige Unterbrechung der Durchführung mangels finanzieller Mittel würde das Land nach ein oder zwei Jahren von halb erbauten Brücken, von halbvollendeten Werken und Anlagen besät zurücklassen. Ungeheuerliche Kapitalsvernichtung, die Entblößung des Landes von seinen letzten Reserven, die Verwandlung Oesterreichs in eine künstliche Ruine.

ein beispielloser Abbau wäre das Ergebnis dieses Aufbauplans.

Er fordert damit die schärfste Kritik heraus. Wir wollen jetzt nicht danach fragen, ob seine Voraussetzungen wirtschaftlich und technisch gegeben sind oder nicht. Wir wollen auch von der krassen Unrichtigkeit vieler seiner Angaben absehen. Wir stellen uns ohne Umschweife auf den Boden des Plans selbst, um uns so schneller zum Kern der Sache, der angeblichen Möglichkeit der selbsttätigen Finanzierung eines 6000-Millionen-Planes mit Hilfe einer Ankerbelungsanleihe von 500 Mill. zu gelangen.

Die von der öffentlichen Hand jährlich beigebrachten 472 Mill. S zerfallen in 351 Mill. aus dem Arbeitslosenfonds und 121 Mill. aus Steuermitteln. Der Arbeitslosenfonds liefert diesen Beitrag unter der Annahme, daß die Zahl der Beschäftigten sich um 550.000 erhöhen läßt, der Staat durch die selbsttätige Steigerung seiner Einnahmen.

Der Finanzierungsplan hängt also von der Möglichkeit der zusätzlichen Beschäftigung von 550.000 gegenwärtig Arbeitslosen oder Nichtvollbeschäftigten ab, gleichgültig, ob die Betroffenen gegenwärtig Unterstützung genießen oder nicht. Denn mit Recht befürchten die Verfasser, daß, wenn die zusätzliche Beschäftigung geringer wäre, der Arbeitslosenfonds nicht entscheidend entlastet würde, weil die Aufsaugung der Kurzarbeiter und der Unterbeschäftigten, die Anstellung Ausgesteuerter sowie Nichtunterstützungsberechtigter die Beschäftigtenzahl erhöhen würde, ohne den Arbeitslosenfonds genügend zu entlasten. Da nun dieser Fonds die Hauptfinanzierungsquelle des Planes bildet, so ist die sofortige schlagartige Vollbeschäftigung aller Arbeitslosen und Unterbeschäftigten ein konstitutives Merkmal des Planes, mit dem er steht und fällt. Er läßt sich nur im ganzen durchführen oder gar nicht (S. 28, 42). Würde er also zum Beispiel halbiert, würden also insgesamt nur 275.000 Neueinstellungen angestrebt werden, so könnte es sich bei der angenommenen Zahl von 525.000 gegenwärtig Unterstützten ereignen, daß die Zahl der Unterstützten nur um 50.000 zurückginge. Die Folgen für den Finanzierungsplan wären verheerend: der Arbeitslosenfonds, der im Plan zur Gänze (550 Mill.) frei wird, würde nur zu 116,5 Mill. S frei*), während der Investitionsbedarf nicht im gleichen Verhältnis zurückginge: er betrüge noch immer die Hälfte von 500, d. h. 295 Mill. — der Arbeitslosenfonds würde statt 60% nur mehr 32% des Investitionsbedarfs decken.

Die Finanzierung rechnet also mit einer Leistung des Arbeitslosenfonds, der nur bei 550.000 Mehrbeschäftigten erzielbar ist. Darans ergibt sich unsere zweite

*) Ersparte Unterstützung: 45 Mill. (50.000 × 900 S); hierzu die Anzahl der von den 275.000 Mehrbeschäftigten gezahlten Beiträge zum Arbeitslosenversicherungsfonds 21,5 Mill. S (27,5% von 260 Mill., mit welchem Betrag die Verfasser die von 1.000.000 Beschäftigten beigebrachten Beiträge errechnen, wenn diese Beiträge wieder auf normale Höhe zurückgebracht sind); zusammen 116,5 Mill. S. Dabei bleibt der Umstand, daß die Kurzarbeiter auch heute Arbeitslosenbeiträge zahlen, unberücksichtigt.

Frage: Wie ist es möglich, eine so ungeheure Zahl von Arbeitern mit einem Betrag von nur 500 Mill. jährlich zu beschäftigen? Die Antwort der Verfasser lautet, es genüge, mit einem Schlage 165.000 Arbeiter in den Investitionsindustrien neu einzustellen, um durch die den Konsum ankurbelnde Wirkung des Geldumlaufs selbsttätig weiteren 585.000 Arbeitern Beschäftigung zu geben. (165.000 : 585.000 = 1 : 2 $\frac{1}{3}$). Eine Lohnsumme von 412 Mill. (165.000 × 2500 S im Jahr) sei somit ausreichend. Beträgt nun die Lohnquote bei Investitionen 70%, so erhält man für den übrigen Aufwand (Material, Maschinen, Steuern) einen Bedarf von 178 Mill. S, insgesamt also eben die bekannten 590 Mill. S als den jährlichen Gesamtinvestitionsbedarf.

Die Erfahrung aller bisherigen Ankerbelungspläne beweist nun, daß von einem Verhältnis 1 : 2 $\frac{1}{3}$ zwischen unmittelbar und mittelbar Beschäftigten nicht die Rede sein kann. Das Verhältnis der mittelbaren Arbeit zur unmittelbaren ist bestenfalls wie 1 : 1.^{*)} Dann genügen aber 165.000 Neueinstellungen nicht, sondern es müssen 275.000 Arbeiter neu eingestellt werden, um insgesamt 750.000 neu zu beschäftigen. Damit wäre aber der Finanzierungsplan ungeworfen, denn zur Neueinstellung von 275.000 Leuten genügen natürlich 472 Mill. S nicht, dazu sind um 66,5% mehr nötig, nämlich 686 Mill. S, womit der jährliche Gesamtbedarf (auch die sonstigen Aufwendungen steigen natürlich mit) von 590 Mill. auf 985,5 Mill. S hinaufschleift!

Selbst die kühnste Zahlenakrobatik muß wohl an der Aufgabe scheitern, aus einem Arbeitslosenfonds von 550 Mill. eine jährliche Leistung von auch nur annähernd ähnlicher Größe hervorzuzaubern. Als den Verfassern dies vorgehalten wurde, meinten sie schlicht, man werde sich eben mit einer kleineren Gesamtzahl als 550.000 begnügen müssen. Sie vergaßen bloß, daß bei einer niedrigeren Zahl der Plan von vornherein versagen muß, was sie im Buch selbst hervorheben.

Es könnte nun fraglich scheinen, ob ein günstigeres Verhältnis als 1 : 1 wirklich nicht zu erzielen sei. Man könnte mit gewissem Recht darauf verweisen, daß diesen Plan vor allen bisherigen ausländischen Beispielen seine Totalität auszeichnet; ergreift er doch die gesamte Wirtschaft mit einem Schlag. Es könnte also die Ankerbelung hier gewaltiger ausfallen als anderwärts. In der Tat soll die „neue Geldumlaufstheorie“ und die dem Laien sehr zu imponieren geeignete Tabelle gerade das beweisen.^{**)}

Nun, wie immer es sich in anderen Ländern verhalten möge, in Oesterreich liegen die Dinge

*) Vergleiche die Berechnungen im Gelbbuch der englischen Liberalen 1929, die von John Maynard Keynes und Sir Josiah Stamp, gewiß keinen Gegnern der Ankerbelungstheorie, angestellt wurden, sowie Wladimir Woytinskys Ansicht im Anhang des Deutsch-Vértes-Buches (S. 114).

**) Ing. Alexander Vértes hat schon vor zwei Jahren in der „Neuen Freien Presse“ eine „Konsumgeld“-berechnung versucht. Seither hat Emil Hirschmann im „Oe. V.“ (Nr. 29 und 50 vom 16. und 25. April 1932) seine „Buchhalterische Methoden der Wirtschaftsforschung“ dargestellt, die von den Verfassern nicht richtig benützt worden ist. Namentlich die Tabelle auf Seite 25 stellt sich als eine bloße mißverständliche Anwendung der Hirschmannschen Methode dar.

zweifellos besonders ungünstig. Dies ist so leicht zu erweisen, daß wir uns jede Auseinandersetzung über den Wert oder Unwert der Tabellen ersparen können. Es genügen dazu die vom Verfasser selbst angegebenen Zahlen:

Oesterreich ist ein im höchsten Maße auf Einfuhr angewiesenes Land. Jegliche Ankurbelung der Wirtschaft muß hier ein sprunghaftes Ansteigen der Einfuhr zur Folge haben. Namentlich wenn die Ankurbelung durch Investitionen geschieht, die erst nach Jahren fertigwerdende Bauten und Werke betreffen und überdies solche, die ganz überwiegend keinerlei Exportzwecken dienen. Die Steigerung der Einfuhr würde durch keine Gegenbewegung aufgewogen. Nun haben die Verfasser auf Seite 24 mit Recht angenommen, daß das Einkommen eines Arbeitslosen zu 50 Prozent auf Einfuhrwaren geht, sie sind aber vor den Folgen dieses Umstandes für ihren Plan offenbar so erschrocken, daß sie ihn sogleich wieder vergaßen, sobald der Arbeitslose Arbeit gefunden hatte — denn da nahmen sie plötzlich an, daß er statt 50 Prozent nur mehr 7 Prozent seines Lohnes auf Einfuhrartikel verwende! Die Absurdität dieser Annahme läßt sich allerdings kaum mehr überbieten: Von seiner Unterstützung von 18 S wöchentlich gibt der Arbeitslose 5,40 S auf Importwaren aus. Sobald er Arbeit findet, wendet er von 48 S wöchentlich nur mehr 3,56 S dafür auf...! Man würde solche Sinwidrigkeit unbegreiflich finden, hätte sie nicht für den Plan Deutsch-Vörtes einen sehr guten Sinn, nämlich die gewaltige Außenhandelsquote Oesterreichs aus dem Bilde verschwinden zu lassen, um auf diesem Umweg das für die Finanzierung entscheidende Verhältnis 1:2 $\frac{1}{2}$ zwischen unmittelbar und mittelbar Beschäftigten zu retten. Setzt man nämlich in die „Geldumlauf-formeln“ des Buches eine Importquote von 4 Prozent, respektive 7 Prozent ein^{*)}, wie es die Verfasser faktisch tun, dann ergibt sie das von den Schöpfern der Formel gewünschte Verhältnis 1:2 $\frac{1}{2}$; setzt man aber eine der Wahrheit mehr entsprechende Importquote ein, zum Beispiel 25 Prozent, so ist es selbst für die willfährige Formel unmöglich, ein so günstiges Verhältnis zu liefern. In die Sprache der „neuen Geldumlauftheorie“ übersetzt: die berüchtigte Tabelle Seite 25 könnte dann keinesfalls von einer „Lohnquote“ von 70 Prozent, für die späteren Stufen von 66 Prozent, sondern nur von einer wesentlich niedrigeren „Lohnquote“, etwa von 50 Prozent oder weniger, ausgehen, was dann statt 250 nur 100 oder weniger zusätzliches „Konsumgeld“ ergeben würde, das heißt eben das Verhältnis 1:1 oder ein noch ungünstigeres^{**}).

*) 4 Prozent in der ersten Stufe (primäre Investition), 7 Prozent in den weiteren Stufen (Konsumverwendung des Lohnes).

**) Daß sich die Verfasser der entscheidenden Bedeutung der Importquote bewußt waren, beweist unter anderem der Versuch, durch allerbänd Scheingründe die Importquote des Beschäftigten tief unter die des Arbeitslosen zu senken (Seite 21 und 24), seinen Einfuhrbedarf sogar absolut unter den des Arbeitslosen sinken zu lassen, war freilich auch dann ein starkes Stück. Die nähere Untersuchung dieses einen Punktes ist an sich geeignet, über die eigentliche Qualität der sonst geschickelt geschriebenen Arbeit eine Fülle von Licht zu verbreiten.

Gemeinde Wien Städtische Versicherungs- Anstalt

DIREKTION:
WIEN, I, TUCHLAUBEN NR. 8

TELEPHON Nr. U-27-5-40 Serie

FILIALEN IN:

Graz, Innsbruck, Klagenfurt, Linz
und Salzburg

Wozu bemerkt werden muß, daß der Ausdruck „Lohnquote“ in der Tabelle keineswegs das bedeutet, was er zu bedeuten scheint, nämlich einen scharf umschriebenen Teil der Gestehungskosten, sondern eine eigens zum Zweck dieser Tabelle angenommene, nicht näher definierbare Größe. Gleichgültig jedoch, wie diese Definition ausfallen würde, der Umstand, daß er bei einer Importquote von 25 Prozent nicht ebenso groß sein könnte wie bei einer Importquote von 4 oder 7 Prozent, geht aus der Tabelle auf den ersten Blick hervor.

Aber, wie sind die Verfasser darauf verfallen, eine von der Wirklichkeit so entfernte Annahme über Oesterreichs Außenhandelsbedingtheit zu machen? Wir fragen nicht, warum sie das getan

haben, denn wir haben schon gezeigt, daß bei richtigeren Annahmen ihr Kartenhaus zusammengebrochen wäre. Wir fragen, wie sie es veranfaßt haben, eine derartige Fälschung des Zahlenbildes überhaupt zu bewerkstelligen. Die Antwort ist erhellend. Man findet sie auf Seite 21. Statt des Importis haben die Verfasser in ihren „Grundziffern“ mit aller Seelenruhe — den Importüberschuß eingesetzt. Sie errechnen ihn mit 600 Millionen, also 10 Prozent des Volkseinkommens von 6 Milliarden, später werden daraus gar nur 7 Prozent. Hätte also Oesterreich keinen Importüberschuß, ginge also unsere Handelsbilanz glatt aus, dann würde ein Ankurbelungsplan von 5900 Millionen S. dem auf Jahre hinaus überhaupt gar kein und nach Jahren nur ein minimaler Mehrexport gegenüber steht, überhaupt keinen Importüberschuß bewirken! Die Verfasser haben in der Diskussion diesen unbegreiflichen Schutzes dadurch wegzuerklären versucht, sie hätten eine dem Import gleichkommende Steigerung des Exports angenommen. In ihrem Buch steht davon nichts zu lesen. Allerdings wäre die Behauptung allein genug gewesen, um den Plan zu richten.

Ergebnis: Die zahlenmäßigen Angelpunkte des Finanzierungsplans sind falsch. Das Verhältnis der unmittelbar Beschäftigten zu den mittelbar Beschäftigten kann in Oesterreich keinesfalls günstiger sein als 1:1, weil Oesterreichs Importquote, wie immer man sie definiere, zumindest mit 25 Prozent anzunehmen ist, von einem zusätzlichen Export aber vorerst keine Rede sein kann. Infolgedessen müßten wenigstens 275.000 Arbeiter beschäftigt werden, um 550.000 neue einzustellen. Zur Beschäftigung von 275.000 fehlen aber im Plan die Mittel.

Würde aber, um dieser Schwierigkeit auszuweichen, der Plan bescheidener gefaßt, so daß er nicht 550.000, sondern nur weniger Beschäftigte ergriffe, dann wäre der Finanzierungsplan erst recht unmöglich, denn, wie wir eingangs gezeigt haben, versagt bei einer kleineren Anzahl die Manipulation mit dem Versicherungsfonds, sein Anteil an der Finanzierung sinkt von 60 auf 52 Prozent.

Also entweder der Plan müßte sehr verkleinert werden, dann könnte aber der Arbeitslosenfonds seine Tischleindeckdich-Rolle nicht erfüllen, Oder es bleibt bei den 550.000 Einzustellenden, dann sind zur ersten Ankurbelung nicht 165.000, sondern 275.000 unmittelbar Beschäftigte nötig, wozu nicht 590, sondern 985,3 Mill. S jährlich erforderlich sind, die Ankurbelungsanleihe allein müßte statt 500 Mill. S, 835 Mill. S betragen. Die selbsttätige Finanzierung des Planes aus dem Arbeitslosenfonds wäre natürlich unmöglich. Oder sollte der 550 Mill. S betragende Arbeitslosenfonds zusammen mit dem Staat jährlich auch 985,3 Mill. S aufbringen können?

Von einem ernsthaften Finanzierungsplan kann bei dem Vorschlag Deutsch-Véries nicht die Rede sein. Die Finanzen des Aufbauplans müßten nach dem ersten Anlauf versagen. Der Plan wäre stecken geblieben, Wirtschaft, Währung, Staatsfinanzen, Kredit zusammengebrochen. Und Oesterreich wäre in ein Trümmerfeld verwandelt.

Dr. Gottfried Haberler: Mit oder ohne Inflation?

Zu: „Aufbau, nicht Abbau.“

Es ist sehr bedauerlich, daß in Oesterreich die allgemeine Aufmerksamkeit immer wieder von den entscheidenden wirtschaftlichen Fragen auf Nebengeleise abgelenkt wird. Der von Dr. Deutsch und Ing. Véries vorgelegte Aufbauplan hat nicht nur eine solche unerwünschte Ablenkung gebracht, sondern auch durch die Tatsache, daß er in aller Öffentlichkeit ernsthaft diskutiert wird, ein wahrhaft erschreckendes Bild nationalökonomischer Unbildung entrollt.

Ich möchte hier nicht auf alle Einzelheiten des Plans eingehen, obwohl er wenig Einzelheiten enthält, die der Kritik standhalten; es soll nicht davon gesprochen werden, daß die Mehrzahl der Grundziffern, auf denen das ganze aufruht, sehr problematisch, um nicht zu sagen Hausnummern sind (Volkseinkommen 6 Milliarden, jährlicher Zuwachs der „Ersparungen“ 500 Mill. in einem Land, das seit Jahren vom Kapital zehrt!); auch davon sei geschwiegen, daß die Verfasser Gesamtimport mit Importüberschuß verwechseln. (Vgl. dazu den Aufsatz von Dr. Polanyi.)

Es soll vielmehr hier nur das Grundprinzip des ganzen Plans, das in der Tabelle auf S. 25 und den dazugehörigen Erläuterungen zum Ausdruck kommt, einer Kritik unterzogen werden. Diese Kritik ist daher von den konkreten Zahlenansätzen und von der Art der vorgeschlagenen Investitionen unabhängig und gilt ebenso für alle ähnlichen Ankurbelungspläne.

Abgesehen von den falschen Zahlenansätzen und abgesehen davon, daß, wie in der Diskussion schon hervorgehoben wurde, das sogenannte Konsumgeld in jeder Stufe selbst durch eine Addition einer Reihe von Größen gewonnen wurde, die in einem längeren Prozeß erst im Laufe der Zeit aufscheinen und daher nicht ohne weiteres auf einen bestimmten Zeitpunkt bezogen werden dürfen, fällt in der Tabelle auf S. 25 auf, daß in der 2. bis 18. Stufe immer nur das „Konsumgeld“ der vorhergehenden Stufe aufgeteilt wird. Die Stufenreihe selbst bringt die selbstverständliche Sache zum Ausdruck, daß das Geld nicht liegen bleibt, sondern umläuft. Wenn 100 S an irgend einer Stelle in den Verkehr gebracht werden, hat es mit dieser ersten Ausgabe nicht sein Bewenden, sondern der Empfänger der 100 S gibt sie weiter, sein Nachmann ebenfalls, und so in infinitum. Warum geschieht dies aber in der Tabelle nur mit dem „Konsumgeld“? Warum nicht auch mit dem Betrag, der an öffentlichen Abgaben in der ersten und den folgenden Stufen abgeschöpft wird, warum nicht mit den Rücklagen und selbst mit dem Betrag, der als Entgelt für Importe „über die Grenze fließt“? Es wäre doch eine etwas primitive Auffassung, zu glauben, daß das

Werbefür den
„Oesterreichischen Volkswirt“

K. P.: Staatsgründung.



Die Partei, die in Deutschland der Staat ist, ist „bis auf weiteres“ in Oesterreich „nur noch“ „eine kriminelle Angelegenheit“. So heißt es in der „Reichspost“. Die nationalsozialistische Partei hat den Versuch unternommen, gegen die Staatsmacht Gewalt aufzuwenden, und die österreichische Regierung hat das mit Maßnahmen beantwortet, durch die die Partei via facti außerhalb des Gesetzes gestellt wird. Das ist mehr als ein diplomatischer Konflikt zwischen Wien und Berlin. Es ist ein geistesgeschichtlicher Bruch, der unverwundbare Spuren hinterlassen muß. Denn so gewiß eine große Partei nicht dauernd verboten bleiben kann, wenn Oesterreich überhaupt noch ein Rechtsstaat sein will, so sicher wird die Gesamtgestaltung der österreichischen Frage als einer deutschen ein- für allemal durch dieses Verbot bestimmt werden. Mehr als der eiserne Griff an die Kehle Tirols und Salzburgs, der die Tausendmarksperrre ist: mehr als die Londoner Demonstration der sechzig Staaten, die Dollfuß als den Vorkämpfer österreichischen Selbstbestimmungsrechtes feierte, steilt jenes Verbot ein Denkmal des Versagens einer Politik dar, die auf Grund einer in Deutschland vollzogenen Revolution sich anmaßte, Deutschösterreich dem Dritten Reich einzuverleiben. Aus Anschluß wurde Annexion. Aber seit vierzehn Jahren hatten Deutschland wie Oesterreich das Selbstbestimmungsrecht zum Fundament der Anschließpolitik erhoben. Daß gerade Deutschland Oesterreichs Selbstbestimmungsrecht verweigerte, das hat die nationalsozialistische Politik hüben wie drüben in eine lange Reihe innerer Widersprüche gestürzt, unter die das Verbot einen Schlußpunkt gesetzt hat.

Es war ein Widerspruch, die Gleichschaltung Oesterreichs forcieren zu wollen, da Deutschland einen außenpolitischen Rückzug verlustreichster Art anzutreten gezwungen war. Deutschland im Rückzug auf der Front der Abrüstung, der Revision, Danzigs, Polens, der Kolonialpolitik, Rußlands — nur dem deutschen Oesterreich gegenüber so forsch und kriegerisch! Es ist eine geschichtliche Tatsache, daß fast am gleichen Tag, da MacDonald in Ostia eintraf, um mit Mussolini über den Viererpakt zu verhandeln, als dessen Voraussetzung Italien den Verzicht Deutschlands auf die Durchführung des Anschlusses verlangte, Dr. Frank II in München jene berühmte Annexionsrede gegen die österreichische Regierung hielt, die die deutsche Reichsregierung bis zur Stunde nicht berichtigt hat und deren Folge der österreichisch-deutsche Konflikt ist. Nicht genug daran, führten die Viererpaktverhandlungen zu einer feierlichen Bestätigung des Friedensvertrages und der Locarnopolitik durch das Deutsche Reich sowie der Völkerbundsatzungen im allgemeinen und ihrer für die Besiegten drückendsten Bestimmung im besonderen. Wenige Monate Hitler-Regierung hatten über das Reich eine außenpolitische Katastrophe gebracht, aus der der einzige Ausweg durch ein caudinisches Joch führte. Es ging nicht an, Dollfuß des nationalen Verrats zu zeihen, da Hitler kapituliert hatte.

Es war ein Widerspruch, die nationalsozialistische Partei in Oesterreich als einen Teil der reichsdeutschen auftreten zu lassen, ohne sich vorher über die außenpolitischen Folgen klar zu sein. Bald wurde es deutlich, daß

der deutsche Reichskanzler nicht Führer einer Partei im souveränen Staat Oesterreich sein kann, die den Abmachungen in Rom zum Trotz die Verwirklichung des Anschlusses als ihr unmittelbares Ziel setzt. Aber auch die Lösung, die man für diesen Widerspruch fand, führte nur zu immer neuen Widersprüchen. Statt die österreichische Partei von der Reichspartei sogleich abzuschalten, ließ die österreichische nationalsozialistische Partei erst den Anschluß als Tagesforderung fallen, ohne doch die Abschaltung umgehen zu können. So hat denn Frauenfeld am 26. Mai den Anschluß an Deutschland aus dem „Sofortprogramm“ der nationalsozialistischen Partei, Gau Oesterreich, gestrichen und damit auf den Anschluß als realpolitische Zielsetzung praktisch verzichtet, dabei aber die Abschaltung dennoch nicht vermieden! Denn als Oesterreich mit einer wuchtigen Geste gesunder Enttäuschung die abstoßende Bürgerkriegstechnik der Nationalsozialisten zurückwies, wich die deutsche Reichsleitung zurück und ließ am 18. Juni parteiamtlich bekanntgeben:

„Die Reichsleitung der NSDAP. lehnt es grundsätzlich ab, in die innerpolitischen Verhältnisse eines Gebietes außerhalb der deutschen Staatsgrenzen sich einzumengen. Sie lehnt es demgemäß auch ab, Parteigegeben außerhalb der Grenzen irgend welche Weisungen oder Ratschläge zu geben selbst wenn diese Parteigegeben der NSDAP. entsprechen oder ihr verwandt sind. Daher haben auch keine derartigen Parteiorganisationen das Recht, sich auf die Reichsleitung der NSDAP. oder auf eine ihrer Untergliederungen zu berufen, ebensowenig wie sie etwa in der Öffentlichkeit den falschen Eindruck erwecken dürfen, als ob sie mit der NSDAP. in irgend welchem Zusammenhang stehen. Die Auslandsortsgruppen der NSDAP. werden hievon nicht berührt.“

Es ist keine drei Tage dabei geblieben. Die österreichische Regierung hatte sich damit nicht begnügt, daß der reichsdeutsche Landesinspekteur Habicht den österreichischen Staatsbürger Frauenfeld zu seinem Nachfolger ernannte, noch erachtete sie obige parteiamtliche Abschaltung der österreichischen von der reichsdeutschen NSDAP. als zureichend, sondern verbot die österreichische NSDAP. vollends. Darauf bedachte man sich in Berlin und erklärte, die ganze Abschaltung sei bloß ein Mißverständnis gewesen. Der letzte Satz sei falsch ausgelegt worden, denn unter den „nicht berührten“ „Auslandsortsgruppen der NSDAP.“ sei unter anderem auch — die österreichische Partei zu verstehen.

Der Zwischenfall verdient nähere Betrachtung. Nicht nur wegen des an sich bedeutsamen Gegenstandes, sondern ebensowohl auch wegen der angewandten Methode. Sie trägt die Züge nationalsozialistischer Außenpolitik in Reinkultur: Erst großartig vorstoßen, dann alles preisgeben und schließlich leugnen, daß man überhaupt zurückgewichen sei. Erst wird Hitler zum politischen und organisatorischen Führer der österreichischen Nationalsozialisten ausgerufen. Dann, als es — eben in Oesterreich — schief geht, „lehnt die Reichsleitung der NSDAP. es grundsätzlich ab, sich in die innerpolitischen Verhältnisse eines Gebietes außerhalb der deutschen Staatsgrenzen einzumengen“. Schließlich aber, da der Rückzug nichts fruchtet und die österreichische Partei dennoch aufgelöst wird, erklärt man kleinlaut, daß gar nicht Oesterreich gemeint gewesen sei, sei doch die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, Gau Oesterreich, nur eine „Auslandsortsgruppe der NSDAP.“ Was verschlägt's, daß unter Auslandsortsgruppen be-

kamftlich nur die Vereine der im Ausland befindlichen reichsdeutschen Angehörigen der NSDAP. zu verstehen sind. Und was, daß jene „parteiamtliche Bekanntgabe“ vom unmittelbaren Stellvertreter Hitlers, Rudolf Heß, als Antwort auf die Anschuldigungen österreichischer Behörden erlassen war, die NSDAP. habe der österreichischen Gauleitung sowohl „Weisungen“ wie „Ratschläge“ gegeben, die zur „Einnengung in die innerpolitischen Verhältnisse Oesterreichs“ mittels terroristischer Attentate geführt hätten. Um all diese handfesten Tatsachen kümmern sich die parteiamtlichen Stellen in Berlin ebensowenig wie um die psychologische Wirkung ihrer Bestreitung. Wie muß es doch dem österreichischen Ehrgefühl schmeicheln, wenn ganz Oesterreich zu einer Ortsgruppe eines Berliner Vereins erhöht wird! Das ist ja fast noch erhebender, als einem Landesinspekteur unterstellt zu sein. Aber allen Ernstes: Die Bestreitung ist nicht nur ungläubwürdig, sondern geradezu verkehrt. Könnte sie doch nur den Sinn tragen, daß die deutsche Reichsleitung ausdrücklich den Anspruch darauf erhebt, sich in unsere innerpolitischen Verhältnisse einzumengen, Weisungen und Ratschläge an die österreichischen Nationalsozialisten in ihrem Kampf gegen Dollfuß zu geben und ihnen zu gestatten, sich dabei ausdrücklich auf die Reichsleitung der NSDAP. zu berufen... So hat es die Reichsparteileitung sicher nicht gemeint. Sie hat es wohl nur nicht vermeiden können, daß sich selbst noch im Dementi die Tücke des Widerspruchs meldet.

Noch ist der Kampf um Oesterreich nicht zu Ende, noch ist die Entscheidung nicht gefallen. Noch kann die immer höher gehende Woge des Umsturzes im Reich neue acherontische Kräfte entfesseln, die die kaum erst gesicherte innere und äußere Front Oesterreichs von neuem berennen. Wir sind noch lange nicht über den Berg. Aber schon ist es klar, daß Hitler zum Kompromiß gezwungen werden kann. Die Möglichkeit, die Freiheit und Selbständigkeit Deutschösterreichs vor dem nationalsozialistischen Staatsabsolutismus zu retten, ist gegeben. Doch erst diese Möglichkeit, die heute fast schon Wirklichkeit ist, eröffnet einen Ausblick über die Aufgaben des Tages hinaus. Denn eines steht unverrückbar fest: Einen Kampf, der nicht nach Wochen und Monaten, sondern nach Jahren und Jahrzehnten zählt, kann ein Gemeinwesen nur siegreich bestehen, wenn es den Sinn seiner Zukunft innerlich erfaßt hat und auch um den Preis von Opfern verwirklichen will. Es gibt nichts Kurzsichtigeres als die Auffassung: Jetzt erst siegen, dann werden wir unser Haus in Ruhe einrichten. Wer so spricht, verkennt, daß ein Gemeinwesen Inhalt und Form zugleich ist. Nur wer im Hause leben will, ist bereit, für es zu sterben. Es wäre deshalb verhängnisvoll, wenn die Regierung die eigentliche Natur der Kräfte verkennte, denen sie bisher ihren Erfolg verdankt. Sie liefe Gefahr, mitten im Werke zu versagen.

Dem oberflächlichen Blick erscheint als der feste Kern der Regierungsmacht der um die faschistische Heimwehr gruppierte reaktionäre Kreis in Wehrmacht und Schwerindustrie, Kirche und Bürokratie. Für die ersten Wochen des Widerstandes ist das, besonders im militärischen Sinne, auch wahr. Um so irriger ist es im ganzen und für die Gegenwart. Nur die Regierung begriff nicht, daß ein Kampf um Oesterreichs Freiheit gegen die ungeheure Uebermacht des von revolutionären Strömen durchzogenen Deutschen Reiches nur dann erfolg-

reich sein kann, wenn die Fahne, die vom österreichischen Kirchturm weht, die Fahne der Menschheit ist. Wer heute in Europa Oesterreich sagt, meint Kultur und Toleranz, freie Geistigkeit und deutsches Weltbürgertum. Weht heute im In- und Ausland für Oesterreichs Freiheit ein steht, meint die Souveränität eines freien deutschen Gebietes zur Wahrung jenes Erbgutes deutscher Gesittung und Humanität, die in allen Regionen geistiger Daseins eine seit Jahrhunderten nicht versiegende Quelle der Menschheitserhöhung war. Jeder ausländische Staatsmann weiß, daß Oesterreich den fast unwiderstehlichen Kräften nationaler Anziehungskraft entgegen seine Selbständigkeit neben dem Reich nur dann wahren kann wenn es dem neudeutschen Staatsabsolutismus nicht eine andere Abart des Gleichen entgegengesetzt, sondern eine Gestaltung aus dem Gegenteil heraus, eine Verkörperung derjenigen abendländischen Tradition also, von der abgefallen zu sein, das eigentliche geistige Ursprungszeugnis des deutschen Faschismus ist. Wenn die aus dem Leit Rußlands geschnittenen Randstaaten, so ungläubhaft dies seinerzeit erscheinen mochte, ihre staatliche Selbständigkeit bewahrt haben, so war das nur möglich, weil sie ihre innere Einrichtung in bewußtem Gegensatz zum sowjetrussischen Staatsabsolutismus vollzogen. Ein faschistisches Konkurrenzunternehmen in Oesterreich wird auf die Dauer kein außenpolitisches Vertrauen genießen. Denn die Wahlverwandtschaft zwischen Nationalismus und Faschismus muß Deutschösterreich zwangsläufig dem nationalsozialistischen Reich zutreiben. Die innerpolitischen Kräfte aber, die sich dieser Bewegung entgegenstellten, wären lahmgelegt und ausgeschaltet. Das kleine Deutschösterreich kann auf die Dauer seine Freiheit nur behalten, wenn seine Bürger freie Bürger sind. Oesterreich wird in diesen Tagen neu gegründet. Seine deutsche Bestimmung ist in eine ferne Zukunft gerückt. Es wird sie nie erreichen, wenn Freiheit und Menschlichkeit nicht bei der neuen Staatsgründung Pate stehen.

Hans Richter-Altschäffer, Berlin: Unzulängliche Erlöse und allgemeine Unterbilanz. Eine Replik.

Wir geben Herrn Richter-Altschäffer das Wort zur Beantwortung der Einwände, die gegen seinen ersten Aufsatz über dieses Thema in unserer Zeitschrift erschienen sind. Wir behalten uns das Schlußwort vor.

Die Schriftleitung.

Gegen den in meinem unter obigem Titel erschienenen Aufsatz*) vertretenen Standpunkt sind einige Einwände vorgebracht worden**), auf die ich hiermit kurz eingehen möchte. Das ist allerdings nicht ganz leicht, weil gerade auf die entscheidenden Punkte der Argumentation entweder überhaupt nicht oder nur in sehr allgemein gehaltenen Formulierungen Bezug genommen wurde und weil gerade jene Gegenbehauptungen, die, wären sie wahr, in der Tat ernste Bedenken gegen die von mir befürwortete Auffassung dar-

*) Vgl. Nr. 32 vom 6. Mai.

**) Vgl. Dr. Fritz Machlup: Kostensenkung oder Kreditausweitung? (Nr. 33 vom 13. Mai 1933). Dr. Fritz Hönig: Preissteigerung oder Schuldenabwertung? (Nr. 34 vom 20. Mai 1933).

Dr. Karl Polányi: England und die Wahlen.

Das englische Parlament, wenn es demnächst zusammentritt, wird fast dasselbe Bild wie vor einem Jahre bieten. Nur daß die Bänke der Liberalen viel schütterer besetzt sind, sonst hat sich auch am Kräfteverhältnis der Parteien kaum etwas geändert. Die Labour Party zählt um einige Abgeordnete mehr als vor einem Jahre, die Mehrheit der Konservativen hat sich vergrößert, doch steht auch diesmal nur eine Minderheit der Wähler hinter ihnen. Äußerlich ist alles beim alten geblieben.

Das kurze Jahr, das die beiden Regierungen Baldwin voneinander trennt, bedeutet dennoch einen tiefen Einschnitt in der Geschichte Englands, ja vielleicht Europas, und zwar in mehr als einer Hinsicht.

Das Jahr 1924 hat für England drei große Ereignisse gebracht: das erste war der unerwartete Regierungsantritt der Arbeiterpartei, das zweite der noch weniger erwartete Umstand, daß diese Regierung sich bewährte, das dritte Ereignis war, daß die über diesen Erfolg verdrossenen traditionellen Parteien der glorreichen Episode oder, wie es Lord Birkenhead auszudrücken beliebte, dem Alpdruck der Labour-Regierung durch Neuwahlen ein schnelles Ende bereiteten. Siehe da, so nahm und mildo spielte sich in England die Revolution und Gegenrevolution ab, welche in fast allen großen Staaten des Kontinents als unausbleibliche Folge des Krieges sich vollzogen hat. Dieser Sieg des demokratischen Geistes und der demokratischen Einrichtungen in einem Lande, wo sie feste Wurzeln gefaßt haben, ist eines der dauerhaftesten Resultate des Jahres 1924.

Ein weiteres Ergebnis ist die Entstehung einer großen sozialistischen Volkspartei im fortgeschrittensten Industriestaat der Welt, in Großbritannien. Als sie am 22. Jänner die Regierung antrat, war die Labour Party eine überwiegend traditionistisch eingestellte politische Gruppierung; als sie von der Regierung abtrat, war sie zu einer ausgesprochen sozialistischen Partei geworden. Im selben Zeitpunkt, da die letzten Ausläufer der französischen Revolution Rußland erreichen (mögen sich die Bolschewiken auch noch so unbürgerlich gebärden, sie bleiben doch nur die Bahnbrecher des russischen Kapitalismus), entspringt in der einstigen Heimat des bürgerlichen Europa eine mächtige sozialistische Bewegung. Und zwar eine Bewegung von anderem Geist, als er die kontinentalen Parteien beseelt. Dieser Sozialismus wurzelt im Religiösen. Seine Rückwirkung auf die europäische Arbeiterschaft kann schwerlich ausbleiben.

Die praktischen Leistungen der Labour-Regierung litten an einer auffallenden Einseitigkeit: In der inneren Politik, hauptsächlich in der Frage der Arbeitslosigkeit versagte die Partei fast vollkommen; ihre Erfolge, ihre sehr großen Erfolge errang sie in der auswärtigen Politik. Das Londoner Abkommen über den Dawes-Plan wäre zwar ohne die Finanzdiktatur J. P. Morgans nie möglich gewesen, ebensowenig aber ohne jene politischen Voraussetzungen, die allein in der von MacDonald geschaffenen suggestiven Atmosphäre des internationalen Versöhnungswillens zustande gebracht werden konnten. Die realpolitische

Bedeutung einer pazifistischen Außenpolitik, wenn sie von einer ernsthaft international eingestellten Kraft getragen wird, wurde hier das erste Mal erwiesen. In Dänemark, in Schweden, in Holland zeigen sich bereits die Folgen dieser positiven Form der Friedensbewegung.

Diese mutige und erfolgreiche Europapolitik bewirkte jedoch keine handgreiflichen Erleichterungen hinsichtlich der sozialen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten, unter denen das Land gegenwärtig leidet. Auch sonst versagte die Labour-Regierung, wie erwähnt, in der inneren Politik fast ganz. Dieser Gegensatz zwischen Erfolgen nach außen und Mißerfolgen nach innen ist das eigentlich Bezeichnende der Regierungszeit MacDonalds. Die zur Macht zurückkehrenden Konservativen werden nicht verfehlen, aus diesem Widerspruch die Konsequenzen auf ihre Weise zu ziehen. Und zwar sowohl in der inneren wie in der äußeren Politik.

In der Diagnose des Leidens, an dem England krankt, ist man sich so ziemlich einig. Die typischen Kriegsfolgen haben auch die britischen Inseln erfaßt. Sie äußern sich auf verschiedenen Gebieten verschieden. Der Mangel an politischer Stabilität ist in England zum Beispiel eine unmittelbare Wirkung der nach dem Krieg erfolgten Ausdehnung des Wahlrechtes auf fast sechs Millionen neuer Wähler. Die Politisierung dieser ehemals indifferenten Masse geschieht ruckweise von Neuwahl zu Neuwahl und der noch immer relativ geringe Prozentsatz der Wahlbeteiligung beweist, daß dieser Prozeß noch nicht zum Abschluß gelangt ist. Wirtschaftlich äußern sich die Kriegsfolgen am schärfsten in der auch gegenwärtig weit über eine Million betragenden Zahl der Arbeitslosen; finanziell, in der durch die Schuldtilgung an Amerika verschärften Steuerlast bei gleichzeitigem, wider Willen gewährtem Moratorium an die Kriegsschuldner Englands.

Die Wirkungen des Krieges zeigen sich aber auch in dem Gefüge des britischen Reiches. Die von den Dominions geleistete militärische Hilfe im Kriege hat das politische Selbstbewußtsein dieser Tochterstaaten mächtig gestärkt, die weltwirtschaftlichen Zustände in derselben Zeit haben zu ihrer Industrialisierung sehr beigetragen und ihre schutzzöllnerischen Neigungen gekräftigt. Auch die Heranziehung farbiger Hilfstruppen seitens des Mutterlandes hat die Beziehungen zu den Kolonien und den Dominions schwieriger gestaltet: nicht nur in Indien selbst, sondern auch in Britisch-Westafrika und in den südafrikanischen Staaten ist damit ein Problem entstanden, in welchem die weißen Kolonisten sich auch auf Kosten der Reichseinheit freie Hand bewahren wollen. Die ungünstige wirtschaftliche Lage der herrschenden Klassen in England (insbesondere auch als Folge der sehr hohen Einkommen- und Erbschaftssteuern) verleiht aber gerade jetzt jenem kolonialen Pfründensystem, das bisher so vielen Söhnen Englands ein gutes Auslangen sicherte, eine erhöhte Bedeutung. Irland erhält keine englischen Beamten mehr. Soll morgen auch Ägypten, der Sudan oder gar Indien mit der Selbstverwaltung ernst machen? Für die bürokratischen und militärischen Schichten Englands sind diese Fragen von unmittelbarer wirtschaftlicher Bedeutung. Kontinentale Beobachter überschätzen leicht die rein tauschwirtschaftlichen Vorteile eines Kolonialreiches und unterschätzen seine Bedeutung als Versorgungsfonds für die

Mittelklasse des Mutterlandes. Nicht nur die Dominions, sondern auch Indien verfolgen aber heute eine eigene, gegen das Mutterland nur sehr wenig rücksichtsvolle Zollpolitik. Ohne Kompensationen räumen sie England keine Begünstigungen ein. Aber selbst jener Stab der Kolonialverwaltung, der die Interessen der Kolonie so energisch gegen England verteidigt, — besteht heute noch ausschließlich aus Engländern!

Wie lange noch? ist die Frage. Vor fünfzig Jahren war das britische Weltreich der Rahmen, innerhalb dessen die englische Insel sowohl über die weißen Kolonisten wie über die braunen und schwarzen Eingeborenen der britischen Überseegebiete herrschte. Etwa seit dem Burenkrieg ward es die Form, in der die Weißen angelsächsischer Abstammung, ob Engländer, ob Kolonisten, gemeinsam über die Braunen und die Schwarzen die Rassenoberhoheit ausübten. Heute ist dieses Monopol der Farbe gebrochen. Die Braunen in Indien, in Ägypten, im Sudan melden ihren Anspruch zur Rassenherrschaft an. In der Kolonie Kenya und einem Teil der südafrikanischen Staaten kämpfen heute die Braunen erbittert mit den Weißen um ihren Anteil an der Herrschaft über die Schwarzen. Die Ägypter und die Nord-Sudanesen haben es auf die Neger des Südsudan abgesehen. Die Freiheitsbewegungen der Braunen in Indien, in Ägypten, im Sudan, in Irak und dem sonstigen Arabien sind aber mit der früheren Konstruktion des Reiches unvereinbar. Wenn die Braunen zur Selbstverwaltung und im dunklen Kontinent überdies zur Mitherrschaft mit den Weißen über die Schwarzen herangezogen werden sollen, so muß das System der britischen Reichsregierung über die Dominions, das Kaiserreich Indien, die Kronkolonien, die Protektorate und die Mandatsgebiete von Grund aus umgewandelt werden. Und das zu einer Zeit, da die Türkei und Rußland von den Toten zu einem sehr bedrohlichen Leben erwacht sind. MacDonald wußte, was er tat, als er das Empire Empire bleiben ließ.

Auf die Dauer geht das aber nicht. Die wirtschaftliche Lage Englands nach dem Kriege erlaubt es seiner Bevölkerung nicht, die Entwicklung der Überseeländer sich selbst zu überlassen. Der innerpolitische Mißerfolg MacDonalds war kein Zufall. Das Problem, das er zu lösen hatte, lautete also: Wie ist es möglich, den hohen Lebensstandard des englischen Arbeiters unter den neuen weltwirtschaftlichen Umständen aufrecht zu erhalten? MacDonalds Versuch, dies durch die Befriedung des Kontinents zu erreichen, mißlang. Nicht etwa, weil die günstigen Rückwirkungen ausblieben — zu diesen wäre ja auch die Zeit zu kurz gewesen — sondern weil schon die ersten Schritte die Zweifelhaftigkeit dieses Mittels sinnfällig machten. Die hohen Produktionskosten Englands lassen gegenwärtig keine ungemischten Wohltaten von einem Aufleben der kontinentalen Wirtschaftsgebiete erwarten. Soll also der englische Arbeiter seiner hohen Löhne nicht verlustig gehen — und das wünscht nicht nur die Arbeiterpartei, sondern aus Furcht für den inneren Absatz auch die bürgerliche Regierungsmehrheit —, so muß auf Grund der einverständlich gestellten Diagnose ein anderes Heilmittel gefunden werden. Hier ist's, wo sich die Wege scheiden: Die Labour Party ist für die Senkung der Produktionskosten im Wege der technischen Rationalisierung, der wissenschaftlich durchgeführten Kohlen- und Elektrizitätswirtschaft, der Kommunalisierung des Wohnungswesens, mit einem Wort im Wege einer An-

näherung zum Sozialismus, die Konservativen für zollgeschützte Märkte, für den wirtschaftlichen Ausbau des Empire.

Ginge es nur nach den Konservativen, so wäre die Folge der englischen Wahlen eine fühlbare Abkehr von Europa und eine energische Schutzzollpolitik im britischen Weltreich. In allen Europa interessierenden Fragen — Dawos-Plans, Genfer Friedenspakt, Abrüstungskonferenz usw. — wäre am ehesten eine verdrossen zögernde Politik der mittleren Linie zwischen wohlwollender Neutralität und totaler Indifferenz zu erwarten.

Es ist darum Zeit, hier daran zu erinnern, daß die neue konservative Regierung weit davon ist, nur ihren Neigungen folgen zu können. Der rücksichtslose Durchbruch ihrer eigentlichen Grundtendenzen wäre mit einem sicheren Sturz bei den nächsten Wahlen gleichbedeutend. Von einem reichspolitisch umwölbten Horizonte kann aber der Blitzstrahl der Neuwahlen zuweilen auch unerwartet einschlagen.

Dr. E. St., Frankfurt a. M.: Deutscher Wirtschaftsbrief.

Während in der Entwicklung der Großhandelspreise, namentlich im Zusammenhang mit der Beruhigung auf den Getreidemärkten, in den letzten Wochen ein Stillstand eingetreten ist, sind die Kleinhandelspreise, die der Bewegung der Erzeuger- und Grossistenforderungen erst in gewissem Zeitabstande nachrücken, im Oktober weiter gestiegen. Die Verteuerung der Lebenshaltung seit dem Sommer ist ziemlich beträchtlich, der Kleinhandelsindex der „Frankfurter Zeitung“ für 10 Lebensmittel erhöhte sich von rund 117 am 3. Juli auf rund 142,5 am 30. Oktober. Die Folge ist eine ziemlich allgemeine Lohnbewegung der Arbeiterschaft, die ihr Realeinkommen im Durchschnitt auf 60 bis 75 v. H. des Friedensstandes herabgedrückt sieht. Streiks haben in einzelnen Gewerkschaften und -Gegenden eingesetzt, bisher aber noch keinen allzu großen Umfang erreicht. Die Kampflage ist im allgemeinen für die Arbeiterschaft nicht günstig; die Arbeitslosenziffern sind zwar in der allerletzten Zeit zurückgegangen, aber immer noch recht hoch und die Gewerkschaften haben sich nach dem Inflationsschwund ihres Vermögens, bei starker Beanspruchung ihrer verfügbaren Mittel für Erwerbslosenunterstützung u. dgl. finanziell naturgemäß noch nicht erholen können, sondern stehen erst am Beginn neuer Kapitalsansammlung. Das Unternehmertum wehrt sich scharf gegen generelle Lohnsteigerungen und wirft dabei Argumente in die Waagschale, denen eine gewisse volkswirtschaftliche Berechtigung nicht abgesprochen werden kann. Es wird darauf hingewiesen, daß die Konjunkturbesserung zwar seit einigen Wochen tatsächlich sichtbar, aber in ihrem Ausmaß immer noch äußerst begrenzt sei; zudem hänge sie allem Anscheine nach so gut wie ausschließlich mit einer leichten Belebung der inneren Kaufkraft und Kaufkraft zusammen, während man von einer Hebung des Exports, von einer Zunahme des Absatzes im Auslande immer noch nichts oder fast nichts merke. Gestehe

Karl Polanyi: Hitler und die Wirtschaft.

Der Gedanke, der Hitlers gesamtem wirtschafts- und sozialpolitischen Programm zugrunde liegt, ist etwa der folgende: Wird der Nationalsozialismus einmal die Macht im Staat erlangt haben, dann wird die Wirtschaft von selbst genesen. Forderungen wie die nach der Abschaffung der Warenhäuser, der Konsumvereinsladen oder des Großgrundbesitzes waren für ihn kaum mehr als agitatorische Mittel, um diese Macht zu erobern. Im politisch, geistig und völkisch erneuerten Staat werde sich die Wirtschaft von selbst erneuern. Weil jene Schlagworte der Aufstiegszeit Hitler bloß Mittel zum Zweck waren, konnte er sie nach dem Sieg so leicht hin preisgeben. Die Konsumvereine werden nicht angetastet, Aktionen gegen die Warenhäuser sind von seinem Stellvertreter Heß verboten, Darré schwört jede Absicht eines Angriffes auf den Großgrundbesitz ab, und wäre dieser noch so überschuldet. Seinem eigentlichen Wirtschaftsprogramm ist Hitler damit treu geblieben. Er erklärt die Revolution für beendet und verlangt die Einstellung jedweder Experimente in der Wirtschaft. Es ist völlig abwegig, ihm vorhalten zu wollen, daß er damit seine Versprechungen verleugne. Nie und nirgends hat Hitler die Abschaffung des kapitalistischen Systems seinen Anhängern versprochen. Vielmehr besteht der Wesenszug seines Programmes darin, daß es an ein gesundes Funktionieren des kapitalistischen Systems im nationalsozialistischen Staate glaubt.

Aber warum hat er dann Hugenberg und seine Deutschnationalen so zäh und unerbittlich befehdet? Weshalb mußten diese treuesten Anhänger privatwirtschaftlicher Denkweise um jeden Preis aus dem Weg geräumt werden, wenn Hitler selbst ihre wirtschaftliche Überzeugung innerlich teilte? Die Frage geht am Wesen der Sache vorbei. Hugenberg und die Deutschnationalen waren das Hindernis der Alleinherrschaft der Nationalsozialistischen Partei im Staate. Die faschistische Diktatur gilt ihm aber als oberste Voraussetzung eines Genesens der Privatwirtschaft. Darin liegt der Sinn des von Hitler unermüdlich wiederholten Satzes vom Primat der Politik über die Wirtschaft. Hugenberg mußte schon politisch geschlagen werden, damit sein Wirtschaftsprogramm von den neuen Herren zum Sieg geführt werden könne. Und auch hier der gleiche scheinbare Widerspruch zwischen Kampfes- und Siegesphase: Solange es gilt, die Deutschnationalen politisch zu bekämpfen, bedient sich der Nationalsozialismus einer wahrhaft bolschewistischen Phrasologie: Er stachelt die Massen gegen die Profitwirtschaft, gegen die modernen Formen des Einzelhandels, gegen die „Zinsknechtschaft“,

gegen die Vorherrschaft des „reaktionären“ Adels auf. Doch sobald der Gegner erledigt ist, eignet er sich in aller Seelenruhe die Wirtschaftspolitik an, für welche er ihn verfermt hatte.

Kann solche zwiespältige wirtschaftspolitische Grundhaltung Erfolg haben? Ist die Bemühung Hitlers, die Wirtschaft auf der alten Grundlage zu normalisieren, aussichtsvoll? Ist vor allem seine nie ganz offen ausgesprochene, aber hier wie überall doch seinem wirtschaftspolitischen Verhalten zugrunde liegende Anschauung von der Lebensfähigkeit der freien Wirtschaft im nationalsozialistischen Staat stichhältig? Von der Antwort darauf hängt es ab, ob die von ihm wider gewaltigen Gegendruck der revolutionierten Masse versuchte Konsolidierung des status quo in der Wirtschaft gelingen kann.

Vor allem sei das Mißverständnis aus dem Wege geräumt, daß die unzufriedenen und enttäuschten SA, die Durchführung des Sozialismus verlangen. Hitlers Gefolgschaft fühlt sich zweifellos durch den evolutionär gewordenen Führer enttäuscht. Aber was sie von ihm verlangt, ist nicht die Durchführung des Sozialismus, sondern die Vollendung der faschistischen Revolution. Sie fordert von ihm immer drohend diejenige Umgestaltung der Wirtschafts- und Sozialorganisation, ohne die die Wirtschaft in dieser Staatsverfassung auf die Dauer ebensowenig oder noch weniger funktionieren kann als unter der Herrschaft der Demokratie in einer Wirtschaftskrise.

Damit ist aber die Hauptfrage schon beantwortet. Es gehört zu den Grundirrtümern Hitlers, daß im faschistischen Staat eine freie Wirtschaft möglich sei. Eine Demokratie und Freiheitsrechte leugnende faschistische Partei kann in einem modernen Gemeinwesen die Macht nur behalten, wenn sie sie zur Errichtung einer faschistischen Gesellschaftsverfassung benützt, d. h. zur Umbiegung der Wirtschafts- und Sozialorganisation im Sinne des „ständischen Aufbaues“. Tut sie das nicht, dann lähmt sie die Wirtschaft, der sie die kapitalistische Freiheit nimmt, ohne sie dafür durch monopolistische Freiheiten zu entschädigen. Sie raubt ihr das Vertrauen, das nur einer uneingeschränkten Herrschaft des Vertragsrechtes und des Privateigentums entspringen kann, ohne ihr dafür eine bindende Richtschnur im Rahmen jenes planwirtschaftlich-romantischen Gefüges zu bieten, das da „ständischer Aufbau“ heißt.

Hitler vermag den Widerspruch nicht zu lösen, der zwischen seiner Aufforderung an die Wirtschaft zu vertrauensvoller Betätigung im Sinne der freien Initiative des Unternehmertums und dem immer wieder amtlich betonten Versprechen eines ständischen Aufbaues der Gesellschaft klafft. Nach dem berühmten gewordenen Wort des Reichswirtschaftsministers Schmitt „stockt“ der ständische Aufbau. Aber, wohlgemerkt, er stockt

**L O R E N Z
M Ö B E L**



bekannt und bevorzugt durch Qualität und Geschmack

Ab Mai 1933 vereinigt in erweiterten Räumen:

WIEN I, PLANKENGASSE 4

R-22-007

VERKAUF VON LAGERBESTANDEN

ZU SEHR BILLIGEN PREISEN

nur, er ist nicht etwa aufgegeben. Es erklären die mit den Absichten der Reichsregierung vertrautesten Wirtschaftsorgane, daß jede endgültige Lösung der Verfassungsfrage sowie wichtiger Einzelprobleme, wie z. B. des Wirtschaftsrates, verschoben sei, bis der ständische Aufbau vollendet sein werde. Dieser reife langsam, aber sicher. Er werde vielleicht ein bis zwei Jahre brauchen, um fertig zu sein, denn er müsse sich erst organisch von unten bilden. Alles stehe im Zeichen dieses Werdens, das auch die Lösung der Grundfragen der Wirtschaftsverfassung beherrsche.

Manche werden das für leere Worte halten. Eine revolutionäre Programmatik, die nicht ungeduldig auf Erfüllung drängt, gleicht mehr einem verhüllten Verrat an ihrem angeblichen Endziel als einem zähen Festhalten daran. Es wäre allerdings wirklichkeitsfremd zu bezweifeln, daß diejenigen, die heute im Reich den „ständischen Aufbau“ so gerne evolutionär dem kommenden Jahrhundert entgegenreifen lassen möchten, am liebsten sähen, wenn er sich als eine bloße revolutionäre Chimäre erwiese. Sie hoffen vielleicht sogar darauf, daß es sich mit ihm verhalten mag wie mit dem italienischen Korporativstaat, der im 11. Jahr faschistischer Herrschaft von seiner Vollendung noch fast so weit ist wie am ersten Tag. Doch diese Hoffnungen der stillen Gegner des ständischen Aufbaues sind eitel. So gemächlich auch in Italien der Korporativstaat heranrückt, die bloße Tatsache, daß die Machthaber ihn nicht nur stets von Neuem versprechen, sondern an vielen wesentlichen Punkten der Wirtschaft vorzubereiten gezwungen sind, deutet auf eine tiefere Notwendigkeit hin, die eine jede faschistische Revolution der gebundenen Wirtschaft entgegenreibt. Dabei bestand in Italien diese Revolution nur aus der Aktion einer dünnen Machthaberschicht; in Deutschland sind es gewaltige Volksmassen, denen sie einen neuen Gesellschaftszustand als Umkreis von Leben und Werk verheißt. Was in Italien gemächlich plätschernd, oft beinahe im Literarischen stecken bleibender Gesprächsstoff einer kleinen Gruppe war, der Korporativismus, das kann im Reich zum reißenden Strom der Geschichte selbst werden.

Dem praktischen Wirtschaftsmann genügt es, auf die Einrichtungen hinzuweisen, deren innere Logik bereits heute im Reich auf die Umgestaltung der freien Wirtschaft in einen „ständischen Bau“ drängt. Werden diese Einrichtungen nicht wieder aufgehoben — und sie können es nicht werden ohne Selbstaufhebung der Revolution —, so treiben sie die Dinge dem weiteren staatlichen Eingriff, d. h. in einem faschistischen Staat eben dem Korporativismus zu. Die wesentlichste dieser Einrichtungen ist der Treuhänder der Arbeit. Staatliche Lohnbestimmung führt unweigerlich zu staatlicher Preiskontrolle, staatlicher Genehmigung der Anstellungen und Entlassungen, staatlicher Bewilligung von Kapitalanlagen, d. h. zur behördlichen Einmischung in die private Wirtschaft auf jeder Stufe der Erwerbstätigkeit. Der Einwand, der Treuhänder ersetze doch nur den Schlichter, ist abwegig. Der Schlichter setzt einen Streit zwischen zwei Marktparteien voraus. Es kann ihn nur geben, wo die organisierten Interessen von Arbeitgeber und Arbeitnehmer aufeinanderstoßen. Aber das Leugnen der Berechtigung dieser Interessengegensätze und die Schaffung einer Gesellschaftsorganisation, in der sie keinen Ausdruck finden können, ist der Kerngedanke faschistischer Gesellschafts-

auffassung. Der Treuhänder der Arbeit schlichtet nicht Interessengegensätze, die als berechtigt anerkannt sind, sondern er stellt den „gesamtwirtschaftlich berechtigten Lohn“ fest. Täte er das nicht, so müßte er die „Parteien“ hören und der Nationalsozialismus müßte oben die Gewerkschaften wieder in Geltung setzen, auf deren Abschaffung er im Grunde noch viel stolzer ist als auf die Abschaffung der politischen Parteien...

Der Treuhänder der Arbeit ist zwar bisher die einzige vom Nationalsozialismus geschaffene sozialpolitische Einrichtung, aber mit ihr ist die Schicksalslinie gezogen. Sie kann im faschistischen Staat nur dem Namen, nicht auch der Sache nach entbehrt werden. Solange sie aber besteht, muß sie über den sozialpolitischen Bereich hinausgreifend die Wirtschaft selbst erfassen und dem „ständischen Aufbau“ zuführen. Eine freie Wirtschaft im totalen Staat gibt es nicht. Das planwirtschaftlich-romantische Abenteuer wird der deutschen Wirtschaft nicht erspart bleiben.

Dr. Fritz Machlup: Nochmals Indexwährung.

Ein Schlußwort.

Dr. Machlup beleuchtet in seinem Schlußwort scharf die verborgenen Schwächen der Indexwährung, deren grundsätzliche Ablehnung wir in diesen Blättern wiederholt ausgesprochen haben. Die Schrittleitung.



In der Entgegnung, mit der Herr E. v. Gomperz unter dem Titel „Der Index auf dem Index“ die Verteidigung der Indexwährung gegen meine kritischen Bedenken übernimmt, wird zugegeben, daß das System der Indexwährung bisher nicht „theoretisch eindeutig ausgearbeitet“ ist. Etwas unachtsamter hat vor einigen Wochen der Fachreferent der „Frankfurter Zeitung“ von den „nebelhaften Theorien“ der Indexwährungsanhänger gesprochen. Herr v. Gomperz setzt aber meiner ablehnenden Stellungnahme das Argument entgegen, daß der heutige Zustand des Währungswesens doch auch keineswegs zufriedenstellend sei. Da muß ich mich fragen: Kann die Tatsache, daß ein Zustand — aus nicht besprochenen Gründen — unbefriedigend ist, als zureichender Grund dafür angesehen werden, sich in eine noch schlechtere Lage zu begeben? Der Grundsatz „Probieren geht über Studieren“, der heute auch in Währungsfragen die Uebermacht zu gewinnen scheint, sollte uns nicht ganz vergessen lassen, daß über die Frage der Preisstabilisierung nicht nur ganz ansehnliche Studienresultate, sondern auch schon ziemlich handgreifliche Ergebnisse des praktischen Ausprobierens vorliegen. Bevor ich darauf zu sprechen komme, soll auf die wichtigsten Argumente, die Herr v. Gomperz in seinem bemerkenswerten Aufsatz meinen Argumenten entgegengesetzt, eingegangen werden.

Politisierung der Währung

Das Bestreben, die Fragen des Geldwertes dem Kampf der Parteien und Machtgruppen zu entrücken, wird als berechtigt anerkannt. Die Gefahr politischer Beeinflussung des Preisniveaus und der Indexermittlung wird aber als „verschwindend gering im Verhältnis zu den handelspolitischen Eingriffen“, unter denen wir zu leiden haben, angesehen. Also weil wir bereits im Bereich der Handelspolitik in aller Welt die Wirkung des Treibens der Interessentenhaufen und des Unverständ-

Dr. Karl Polanyi: Weltinflationismus.

Die nach Washington einberufene „kleine“ Weltwirtschaftskonferenz soll die Londoner „große“ einleiten. Noch ehe sie in London eintreffen, sollen die Vertreter Englands und Amerikas über die erste Hitze des Gefechtes hinaus sein. England will Schuldennachlaß, Amerika wirtschaftlichen Wiederaufbau, vor allem aber die Stabilisierung des Pfundes, was auch für England früher oder später unabweislich ist. Aber die Kraft der Engländer in diesem scheinbar ungleichen Kampf beruht darauf, daß sie auf die Londoner Weltwirtschaftskonferenz auch verzichten können. Obgleich MacDonald zu ihrem Vorsitzenden auserwählt ist, ist es doch nicht ihre Konferenz. Im Besitz einer ohnehin schwankenden Zählung würden sie einen einseitigen Aufschub der Wählung der Kriegsschuldraten als nicht übermäßig gefährlich erachten; vom Pfund aber wissen sie zu sagen, daß es, siehe da, wertbeständiger sei als Gold, da im Gegensatz zu den weiter fallenden Weltmarktpreisen die Preislage in England verhältnismäßig stetig geblieben ist.

Das Pfund wertbeständiger als Gold. In diesem kurzen Satz drückt sich gewissermaßen eine ganze währungspolitische Weltanschauung aus, die seit der Entwertung des Pfundes einen steigenden Einfluß auf die Geister gewonnen hat. Es ist der Geist des Inflationismus. Auf einer Weltwirtschaftskonferenz würde er sich, seiner inneren Gesetzmäßigkeit folgend, zum Weltinflationismus auswachsen.

Daß diese Gefahr heute erkannt ist, bildet die wahre Schwäche der Engländer. Der im Jänner erstattete Sachverständigenbericht zur Weltwirtschaftskonferenz, der noch in aller Erinnerung sein dürfte, bedeutet für sie eine verlorene Hauptschlacht.

Das Genfer Vorgeficht zur Weltwirtschaftskonferenz

Die Sachverständigen der Weltwirtschaftskonferenz mißtrauen Allheilmitteln, ebenso wie isolierten Teilmaßnahmen. Sie lehnen Methoden ab, die die Krise nur auf Kosten ihrer Verschleppung und späteren Verschlimmerung, eben nur scheinbar, mildern. Also: keine Inflation, keine Arbeitsbeschaffungsprogramme, keine künstlichen Preishaltungen, keine Zwangskartelle. Was aber dann? Wir zerlegen im Folgenden bewußt, was die Sachverständigen nicht ohne Absicht ineinandergeschachtelt haben, um der gegenseitigen Abhängigkeit der Probleme gerecht zu werden. Denn es enthüllt sich dem sorgfältigen Leser die wahre Reihenfolge, die den Verfassern vorschwebt, unschwer: Noch vor der Weltwirtschaftskonferenz sind die Reparationen und Kriegsschulden zu erledigen. Auch eine vorherige weltpolitische Entspannung ist für die wirtschaftliche Erholung unerlässlich. Von diesen eigentlichen Vorbedingungen abgesehen, ist der Wiederaufbau bei der Zoll- und Handelspolitik zu beginnen, da nur hier eine bewußte zwischenstaatliche Anstrengung der Regierungen wirklich möglich ist. Vor allem anderen sind Ein- und Ausfuhrverbote und sonstige Behinderungen des Warenverkehrs abzubauen. Ohne freien internationalen Güteraustausch kann ein internationales Währungssystem nicht Bestand haben. Zum freien Güteraustausch gehört allerdings auch die Aufhebung der Devisenbeschränkungen. Sie ist in vielen

Staaten insolange nicht möglich, als über die Rückzahlung kurzfristiger und den Dienst langfristiger Außenkredite keine Vereinbarungen getroffen worden sind. In diesen Ländern bedarf es zum Gleichgewicht im Staatshaushalt und zum Gleichgewicht in der Gesamtwirtschaft einer Schuldabwertung. Also eine Konsolidierung der kurzfristigen Schulden, die Gewährung neuer langfristiger Anleihen. Auf das selbsttätige Funktionieren des internationalen Kapitalmarktes sei jedoch in der heutigen Lage kein Verlaß; die Hilfe könnte zu lange auf sich warten lassen. Die Stabilisierung der Währungen sollte in diesen Ländern durch die zielbewußte Organisationsarbeit der Regierungen der finanziell starken Staaten gefördert werden. Der neuauftretende Welthandel werde dann für steigende Rohstoffpreise schon sorgen, deren Unterlage in der beginnenden Konjunktur gesichert wäre. Unter solcher Verumständerung wären auch einzelne durch Erzeugungsbeschränkung vorgenommene Preisstützungen, wie die des Weizens, gefahrlos, wenn sie ohne inflationistische Valorisierung vor sich gehen. Als Krönung des Wiederaufbaus der Weltwirtschaft ergibt sich die Wiedererrichtung eines internationalen Währungssystems durch eine stufenweise und allmähliche Rückkehr zur Goldwährung. Der amtliche Vertreter Englands im Sachverständigenausschuß kämpfte vergeblich gegen die Empfehlung der Rückkehr zum Gold.

Auch die inflationistische These von der Notwendigkeit der Hebung der Rohstoffpreise wird hauptsächlich von der englischen Regierung vertreten. Schatzkanzler Neville Chamberlain unterläßt es bei keiner Gelegenheit, sie als die Voraussetzung der Rückkehr Englands zum Gold zu nennen. Der Sachverständigenbericht konnte daran nicht vorbeigehen. Doch er ließ sich nicht um einen Schritt auf die gefährliche Bahn der Forderung nach einer allgemeinen Hebung der Rohstoffpreise drängen. Er stellt fest, daß der beispiellose Sturz der Rohstoffpreise einen zunehmenden Mangel an Gleichgewicht zwischen Gestehungskosten und Verkaufspreisen geschaffen habe; daß die Zahlungsfähigkeit verschuldeter Rohstoffländer dadurch schwer getroffen sei; daß eine gewisse Erholung der Rohstoffpreise ein erstes Anzeichen der Besserung in der Weltwirtschaftslage wäre; daß man sich fragen müsse, mit welchen Mitteln gegen diesen Preissturz anzukämpfen sei; daß zu untersuchen sei, ob für gewisse lebenswichtige Bodenprodukte, deren Bestände auf den Weltmarkt drücken, nicht bessere Preise im Wege einer gewissen Organisation der Ausfuhr oder der Erzeugung erzielbar wären, namentlich für Getreide. So viele Formulierungen, so viele Umgehungen eines Verlangens nach einer allgemeinen Erhöhung der Rohstoffpreise! Bei allem scheinbaren Entgegenkommen nirgends ein entscheidendes Zugeständnis, nirgends die Einräumung, daß eine solche Preishebung erwünscht, geschweige denn ohne allgemeinen Währungsverfall möglich sei. Vielmehr wird diesem Abschnitt der schwerwiegende Zusatz angehängt: „Jede Hebung der Preise, die durch derartige Mittel erzielt wird, könnte sich nur dann als dauerhaft erweisen, wenn der Welthandel wieder allgemein zunimmt, was wiederum von der Ueberwindung der gegenwärtigen Hemmnisse bedingt ist sowie von der Wiederherstellung des finanziellen Vertrauens.“ Des finanziellen Vertrauens — das besagt, daß nicht einmal begrenzte Teilvalorisierungen von Rohstoffen, wie Getreide, als auf die Dauer gesichert erachtet werden können, wenn sie durch Mittel erkauft wurden, welche

finanziell kein Vertrauen verdienen, wie z. B. inflationistische. Dem Hauptverlangen Englands nach einer Steigerung der Rohstoffpreise als Vorbedingung der Rückkehr zum Gold haben die Genfer Sachverständigen nicht zugestimmt.

Hebung der Rohstoffpreise — aber in Gold

Damit ist die Gefahr verringert, daß Englands Kampf um den Kriegsschuldennachlaß den Inflationisten neuen Auftrieb gibt. Von den drei Forderungen, die England als Vorbedingung für die Rückkehr zum Golde stellt, hat nur der Kriegsschuldennachlaß einen guten Sinn. Die beiden anderen sind kaum mehr als bloße Schlagworte, wenn nicht Aergeres. Die eine heißt: Internationale Sicherungen der künftigen Einhaltung der „Spielregeln“ der Goldwährung. Das erweckt den Schein, als ob es solche Regeln, deren Einhaltung oder Nichteinhaltung im Belieben der Regierungen oder Notenbankpräsidenten stünde, gäbe und als ob die Währungskrisen aus einer bloßen Nichteinhaltung dieser Spielregeln entsprungen wären. Keines von beiden ist der Fall. Man darf mit Genugtuung verzeichnen, daß dies nun auch Keynes zugibt, der beinahe als der Schöpfer der Spielregel-Legende anzusprechen ist. Zumindest spricht Keynes neuerdings selbst davon, daß „die hochlöbliche Behörde die Rückkehr Englands zum Golde von Bedingungen abhängig macht, von denen sie selbst wissen sollte, daß sie unerfüllbar sind“. Der Schuldennachlaß ist damit sicherlich nicht gemeint. Die Erhöhung der Rohstoffpreise, die dritte und letzte Vorbedingung der englischen Regierung, kann nicht gemeint sein, da Keynes sie an der gleichen Stelle selbst mit aller Kraft fordert! So kann nur jene „Spielregel“ verstanden sein, von der übrigens in letzter Zeit auch die Londoner Regierung weniger redet.

Umso mehr von jener „Hebung der Rohstoffpreise“, in deren Dienst auch die von Keynes vorgeschlagenen neuen internationalen Goldnotenbonds von 5 Milliarden Dollar — die er im übrigen der Arbeitsbeschaffung und vielen anderen Zwecken widmen will — treten sollen. Man tut gut, wenn man dem schillernden Schlagwort von „der Hebung der Rohstoffpreise“ auf den Grund gehen will, einen ganz bestimmten Standort zu wählen, denn Preise sind immer etwas Relatives. Wählen wir also als diesen Standort England selbst mit seiner gegenwärtigen schwankenden Papierwährung. Dann wird es sofort klar, daß nur die Hebung der Preise der Rohstoffe in Gold gemeint sein kann, denn nur dadurch könnte die Kaufkraft der Abnehmer Englands, die Zahlungsfähigkeit seiner Schuldner in den Rohstoffländern gehoben werden. Damit ist jede Hebung der Rohstoffpreise ausgeschlossen, die eine Hebung nicht dem Goldpreis nach, sondern nur der sich entwertenden Inlandswährung nach wäre. Denn Preiserhöhungen in inflationierten Papierwährungen steigern weder die Kaufkraft der Abnehmer im Ausland, noch die Zahlungsfähigkeit von Schuldnern, die in ausländischer Währung zu zahlen haben. Gewiß ist eine Hebung der Rohstoffpreise auch ohne Senkung des Auslandswertes des Geldes möglich. Wir erleben sie in jeder Konjunktur. Auch ihre Herbeiführung durch wirtschaftliche und finanzpolitische Mittel ist sehr wohl denkbar. Wer bezweifelt, daß z. B. eine Streichung der politischen Schulden oder eine Senkung der Zölle zur Hebung der Rohstoffpreise beitragen könnte, wenn es damit gelingt, den Tiefpunkt der Depression zu überwinden? Aber eine solche Hebung

der Rohstoffpreise kann wirtschafts- und währungspolitisch nur in engen Grenzen angestrebt werden. In Grenzen, die eben dadurch gesetzt sind, daß der Außenwert des Geldes unberührt bleibt.

Wie bringt es Keynes zustande?

Hier steckt die folgenschwere Zweideutigkeit. Keynes' 5-Milliarden-Goldnotenbonds empfiehlt sich der Welt offen als Inflationsplan. Keynes nimmt sich sogar alle Mühe, zu beweisen, daß nur eine inflationistische Aufbringung von Mitteln ankurbelnd wirken könne, eine aus Steuern aufgebrachte nicht, was man ihm gerne einräumen wird ohne sich über die Dauer der Ankurbelungswirkung übertriebenen Hoffnungen hinzugeben. Wie aber in aller Welt soll eine massive, unverfälschte Inflation die Preise in Gold heben können? Man braucht darüber kein Wort zu verlieren, daß dies unmöglich ist und daß nur eine Verallgemeinerung der Geldentwertung die Folge sein könnte. Aber gerade daraus will Keynes die Stärke seines Vorschlags denjenigen glaubhaft machen, die seine unbehebbar Schwäche nicht merken. Da es eine allgemeine Geldentwertung aller Staaten allen anderen gegenüber schon rein begrifflich nicht geben kann, hält Keynes mit aller Strenge daran fest, daß die 5-Milliarden-Bonds von allen Staaten in Anspruch genommen werden müßten.

Damit wäre in der Tat eine allgemeine Hebung der Preise ohne eine Senkung des Auslandswertes der Währung erzielt. Aber natürlich wieder nur der Papierpreise, nicht der Preise in Gold. Und freilich mit dem die Sinnlosigkeit des ganzen Vorgangs unerbittlich beleuchtenden Ergebnis, daß grundsätzlich die Preisrelationen von Land zu Land unverändert blieben und sich somit nichts geändert hätte! Weder nationale noch internationale Inflation vermag die Preise der Rohstoffe in Gold zu heben. Und darauf allein kommt es an. Keynes würde vermutlich antworten, daß seine Goldbonds völlig goldgleich sein sollen und also nur eine Goldinflation bewirken könnten, eben die erwünschte Entwertung des Geldes, eine Hebung aller Preise in Gold. Wer an die Goldgleichheit seiner Bonds glaubt, mag das für wahr halten. Die Oesterreicher, deren Regierung die österreichische Tranche der Goldbondsemission mitverbürgt, werden es kaum tun.

Die Einführung des von Keynes vorgeschlagenen neuen internationalen Geldes hätte für den Wert des Goldes in Wirklichkeit nur eine mittelbare Wirkung: Die Erhöhung der monetären Goldbestände der Welt um 5 Milliarden würde ihre Gesamtbestände um fast die Hälfte steigern. Dadurch könnte die Nachfrage nach Gold zu Deckungszwecken unter Umständen dauernd sinken und damit seinen Wert allen anderen Waren gegenüber drücken. Unter Umständen — der wichtigste wäre, daß die Goldbonds ihre Rolle als Notendeckung 100%ig spielen. Denn versagt der Plan auch nur teilweise, so wäre eine neue Erschütterung der Währungen und ein neuer Kampf ums Gold unvermeidlich. Das Keynesche Experiment würde dann so geendet haben, wie bisher alle Versuche zur künstlichen Senkung des Goldwertes ausgegangen sind, nämlich, mit einer weiteren Zunahme seines Wertes und einer noch größeren Verschärfung der Krise.

Hinter dem Schlagwort von der Hebung der Rohstoffpreise verbirgt sich ein guter Sinn nur dann, wenn man es als den praktischen Ausdruck der zwiespältigen Lage betrachtet, in der sich England im Zustand der Papier-

ung befindet. England kann es nicht wagen, zum d zurückzukehren, solange es nicht weiß, ob die eise in Gold nicht noch weiter sinken, d. h. die Weltwirtschaftskrise nicht endgültig vorüber ist. Solange aber England nicht zum Gold zurückkehrt, dauert die Krise an und die Preise in Gold hören nicht auf zu fallen. Aus diesem Zirkel sucht England einen Ausweg. Es weiß sehr wohl, wo er liegt, nur soll er nicht zu früh genannt sein. Es ist die Streichung eines Teiles seiner Forderungen, der in jedem Fall unausbleibliche gewaltige Nachlaß an Zins und Kapital. Gerade deshalb will England erst zum Gold zurückkehren, wenn die Höhe des Nachlasses absehbar wird, denn es kann ein neues Abgleiten des Pfunds nicht riskieren. Das und nichts weiter bedeutet die Bedingung der vorherigen Hebung der Rohstoffpreise. Ein an sich durchaus vernünftiges Verhalten. Leider ist es zum beliebtesten Vorwand der Inflationisten in- und außerhalb Englands geworden.

Der Condliffe-Bericht

Die außerordentliche Leistung wirtschaftspolitischer Standhaftigkeit der Genfer Sachverständigen hat ihre nicht genügend beachtete wissenschaftliche Stütze in dem im Herbst dieses Jahres erschienenen Völkerbundjahrbuch aus der Feder Prof. J. B. Condliffes. Seine Untersuchungen haben den Zusammenhang zwischen Rohstoffkrise und Inflation in der Nachkriegszeit mit einer Prägnanz aufgezeigt, deren Eindruck noch lange Zeit nachwirken wird. In dem Kapitel II über die „Entwicklung der Weltwirtschaftskrise“ wird die für die spätere Krisenentwicklung grundlegende Bedeutung der bald nach Kriegsschluß einsetzenden amerikanischen Kapitalausfuhr nach den Rohstoffländern zahlenmäßig dargelegt. Der ständige Kapitalzufluß in die Rohstoffländer hatte erst eine künstliche Steigerung der Erzeugung, sodann von 1927 bis 1929 kostspieligste Valorisationen zur Folge, deren Zusammenbruch die Preise ins Bodenlose fallen ließ, als der Kapitalzustrom plötzlich versiegte. Es ist heute als erwiesen zu betrachten, daß die verkappte amerikanische Inflation weit über die Landesgrenzen hinaus zum Verhängnis ward, daß sie der eigentliche Grund der ungeheuerlichen Verschärfung der Rohstoffkrise auf den Weltmärkten wurde. Daran ermesse man die Weisheit des Ratschlages, die Weltwirtschaftskrise durch eine künstliche Hebung der Rohstoffpreise heilen zu wollen und zu diesem Behufe eine neue Weltinflation loszulassen.

Dr. Georg Kemény, Budapest: Ungarns neues Budget.

Mühsam und schrittweise erfolgt in Ungarn die Anpassung der staatlichen Ausgaben an die durch die Krise so arg geschwächten Wirtschaftskräfte. Nachdem die unter den Auspizien des Völkerbund-Finanzkomitees im Herbst 1931 durchgeführte Sanierungsaktion eine Jahresausgabengrenze von 830 Mill. P. vorgesehen hatte, drückte das Budget Károlyi-Korányi die Ausgaben für 1932/33 auf 806 Mill. herab, doch wurden die Annahmen, auf welchen die Voranschläge für das laufende Budgetjahr beruhten, durch die Verschärfung der Krise umgestoßen. Die Einnahmen der Verwaltung und nicht minder die der Staatsbetriebe blieben hinter den Erwartungen zurück, um die Jahreswende erwies sich daher eine neuerliche Sanie-

Gemeinde Wien Städtische Versicherungs- Anstalt

DIREKTION:
WIEN, I, TUCHLAUBEN NR. 8

TELEPHON Nr. U-27-5-40 Serie

FILIALEN IN:

Graz, Innsbruck, Klagenfurt, Linz
und Salzburg

rung als dringend notwendig. Dr. Imrédy, der Finanzminister des Kabinetts Gömbös, hatte zur Deckung der Fehlbeträge folgende Maßnahmen vorgesehen: Eine innere Anleihe von 45 Mill. P.; Kürzung der Ausgaben — hauptsächlich durch Herabsetzung der Beamtenbezüge — um 30 Mill.; Steuererhöhungen, die für das Halbjahr 25 Mill. einbringen sollten; schließlich Herabsetzung des Erfordernisses für den Staatsschuldendienst um 50 Mill. P., da bis zu diesem Betrag mit Zustimmung des Genfer Finanzkomitees Schatzwechsel im Transferfonds hinterlegt wurden. Das neue Budget für 1933/34 Dr. Imrédy sieht nun Ausgaben der Hoheitsverwaltung im Betrag von rd. 765 Mill. P. vor, gegenüber dem Vorjahrsbudget um rd. 5% weniger. Diese Endsumme des Budgets bedeutet indessen ein Erfordernis der Hoheitsverwaltung von nur 715 Mill., da

K. P.: Gegenrevolution.

Der Beitrag des Mitglieds des Herrenklubs, Herrn Werner von Alvensleben, zur Klärung der Zeitgeschichte ist gewichtig. Es war also mehr als ein Gerede, daß der abgedankte General von Schleicher unmittelbar vor der Ernennung der gegenwärtigen Regierung mit der Verhaftung Papens gedroht hat, als dieser eine Regierung ohne Hitler bilden wollte. Herr von Alvensleben behauptet nur, daß er selbst und nicht Schleicher es gewesen ist, der diesen Schritt zum Schutz der Einheit der Reichswehr für unvermeidlich hielt. Aber Herr von Alvensleben leugnet gar nicht, daß er für seinen Freund Schleicher sprach.

Diese Episode ist erleuchtend. Sie spricht den Sinn eines Geschehens aus, das in der Nähe als ein unentwirrbares Gewebe persönlicher Intrigen und kleinlicher Mißverständnisse erscheinen mag, das aber der geschichtlichen Logik nicht nur nicht entbehrt, sondern sie in fast gerippenhafter Symbolik offenbart. Das historische Geschick des Generals von Schleicher wird mit einem Schlage durchsichtig. Jahrelang geheimnisvoller Machthaber hinter den Kulissen, allmächtiger Deus ex machina zweier leerlaufender Monate, plötzlich rätselhaft entmachteter Gegenspieler Papens, der nur als sein Geschöpf gegolten hatte, war Schleicher nichts anderes als der schicksalsbestimmte Verkörperer der Tatsache, daß die Regierungen der Mitte und der Linken im Reich nur im Schatten der Reichswehr Bestand haben konnten, daß aber die Reichswehr, als sie sich selbst als Hauptakteurin exponierte, daran tragisch scheitern mußte. Die Reichswehr konnte nur aus dem Verborgenen wirken; sobald sie hervortrat, war sie den Spannungen der sie umgebenden Einflüsse nicht gewachsen. Schleicher wußte dies: Deshalb sein Festhalten an der gedeckten Stellung in Papens Kabinett, deshalb sein inneres Widerstreben gegen die Uebernahme der Kanzlerschaft, hauptsächlich aber deshalb die Absicht, seine Regierung durch außerparlamentarische Volkskräfte zu unterbauen. Eine Reichswehrdiktatur Schleicher-Strasser-Leipart hielt er in seinen napoleonischen Tagträumen für widerstandsfähig gegen rechts und links zugleich. Eine Reichswehrdiktatur ohne Stütze in den Massen erschien ihm als das, was sie gewesen wäre: Das Ende der Reichswehr. Herrn von Alvenslebens Erzählung ist wesentlich. Sie beweist, daß Schleicher die Reichswehr nicht exponieren wollte, wahrscheinlich gar nicht mehr konnte. Mit Unrecht war man erstaunt, daß sich nicht Papen, sondern Schleicher als die „auswechselbare Figur“ im Zweigespann Papen-Schleicher erwies: Papen blieb Sieger, weil er nichts war als eine Person, Schleicher verkörperte die Reichswehr und mußte unterliegen. Denn die Reichswehr hatte nur noch die Wahl, im Kampf gegen rechts und links, gegen neun Zehntel des deutschen Volkes unfehlbar aufzuerstehen zu werden oder zum Werkzeug einer einseitigen Parteidiktatur Hitlers herabzusinken. Diesem unrühmlichen Schicksal verweigerte sie sich. „Vergesst nicht, daß ihr Helfer und Förderer aller Volksschichten sein sollt . . .“, waren die Abschiedsworte Schleichers in seinem letzten Tagesbefehl an die Reichswehr.

Hitlers Stärke lag darin, daß er diese Schwäche seiner Gegner früh erkannte. Die autoritäre Regierung Papen übergab er mit Hohn und Spott. Autorität als die Massen durchdringende, sie disziplinierende, von ihnen

selbst vollzogene Idee — das ja: Autorität als das Prinzip, das die Herren vom Herrenklub befähigt, ohne seine, Hitlers, Massen auszukommen — nie und nimmer. Nur als die N. S. D. A. P. seien die Massen instande, die eigene Selbstentmachtung, die endgültige Abkehr von der Demokratie, zu verwirklichen; wer die Demokratie gegen die Massen vernichten wollte im Namen altbackener Autorität längstvergangener Zeiten, den würde die N. S. D. A. P. als Volksfeind bekämpfen. An der Aussichtslosigkeit, gegen die geschlossene Front des ganzen deutschen Volkes von links bis rechts durchzukommen, ist Papen gescheitert. Aber auch gegen Schleicher wandte Hitler die gleiche Waffe an. Nur daß es hier noch klarer wurde, daß nicht inhaltlich bestimmte Gegenforderungen, sondern eben jene formale, scheinbare Anteilnahme der Massen an der autoritären Macht über sie selbst, richtiger also: die organisatorisch gesicherte Entmachtung der Massen durch die Massen selbst, das Wesen des deutschen Faschismus sei. Hitler besaß das reaktionäre Massenmonopol, er vermochte Strasser den Weg zu Schleicher zu verlegen. Ohne Strasser war auch Leipart für Schleicher unreichbar. Aber der bloße Versuch, rechts und links Anlehnung an die Gewerkschaftsfront zu suchen, mußte Schleicher als Exponenten des sozialen Gedankens für die Reaktion untauglich, sein Verlangen nach Reichstagsauflösung verdächtig machen.

Die Entscheidung fiel in Neudeck. Wieder verstand Hitler den Umstand zu nützen, daß der Reichspräsident durch ein verhängnisvolles Ehrengeschenk der Nation den Einflüssen einer Nachbarschaft unterlag, die aus ihrer wirtschaftlichen Lage heraus zum extremsten Aktivismus neigte. Die Krise der Wirtschaft, die Hitler zum Enderfolg führte, war bezeichnenderweise nicht die Industrie-, sondern die Agrarkrise: Einige Dutzend ostelbischer Grundherren stürmten die Neudecker Position. Ihr Radikalismus wurde von wirtschaftlich und technisch reaktionären Interessen beflügelt. Die Senkung der agrarischen Produktionskosten in Uebersee durch Landmaschinen und Sortenzucht macht die Forcierung eines rückständigen Roggenbaus in Ostpreußen auf die Dauer nur auf Kosten der gesamten Lebenshaltung des deutschen Volkes möglich. Dabei ist nur ein kleiner Teil der grundherrlichen Wirtschaften tatsächlich unrentabel und sollte seinem natürlichen wirtschaftlichen Schicksal, zu Siedlungsland zerschlagen zu werden, nicht entgehen. Dieser Bruchteil ist es aber, der revoltiert, nach Staatsmitteln greift, in seinem Dünkel jegliche Kontrolle selbst von Stützungsgeldern als demokratischen Uebergriff ahnden will und das Land heber der Barbarei ausliefert, als daß er durch wirtschaftliche Umstellung seinen Teil an der Krisenlast trüge.

Der wirtschaftsreaktionäre Charakter dieser Interessen sollte nicht verkannt werden. Brüning's Osthilfe hatte zum Ziel, die Betriebe, die rentabel zu gestalten sind, zu retten, die wirtschaftlich unrettbaren der Siedlung zuzuführen. Das ist als Bolschewismus verschrien worden. In Wirklichkeit war Brüning's Linie nicht nur nicht sozialistisch, nicht nur nicht bürgerlich-fortschrittlich, sondern sie war einfach konservativ. Es entsprach reinstem konservativem Denken, zur Erhaltung wirtschaftlich lebensfähiger privater Großgrundbesitze Staatshilfe aufzuwenden, eine Maßnahme, die kein Sozialist, ja auch kein Liberaler gutheißen kann, jener, weil sie privatem Großeigentum zugute kommt.

dieser, weil ein derartiges Subventionswesen als mißbräuchliche Verschiebung der Wettbewerbsverhältnisse zu Lasten des Tüchtigen erscheinen muß. Privaten Großgrundbesitz durch Staatsopfer vor dem Untergang zu bewahren, den aus wirtschaftlichen Gründen unrettbaren Großgrundbesitz aber, gleichfalls im Wege von Staatshilfe, einer gesunden bäuerlichen Siedlung zu eröffnen, das entspricht fast vollendet der bevölkerungs-, wehr-, sozial- und wirtschaftspolitischen Ideenwelt des deutschen Konservativismus. Der nach Staatshilfe rufende Teil war dabei verhältnismäßig geringfügig. Im Osthilfegebiet gibt es 1,3 Millionen landwirtschaftlicher Betriebe, darunter 770.000 kleine Betriebe unter 2 ha; diese Kleinbetriebe stellten keinen Antrag auf Hilfe. Von den 544.000 größeren haben aber nur 72.000 Osthilfe beantragt. Der Rest von 471.000 verließ sich auf seine eigene Kraft, d. h. der Klein- und Mittelbetrieb ist im allgemeinen nicht überschuldet. Diese Betriebe tragen die Schädigungen, die sie durch die Osthilfe erleiden, ohne deren Vorteile zu genießen. In die Osthilfe aufgenommen wurden auf Grund der unter Papen abgeänderten Richtlinien Brünnings 41.000 größere Betriebe, darunter viele offenbar mißbräuchlich. Der Zentrumsabgeordnete Josef Ersin hielt in einem offenen Schreiben („Rhein-Mainische Volkszeitung“) dem alten Oldenburg-Januschau, einem der vertrauesten Berater Hindenburgs und mächtigsten Männer der nun siegreichen Clique, folgendes vor:

„Ich habe nicht behauptet, daß Sie ein Gut gekauft hätten mit den Geldern der Osthilfe. Mir war bekannt, daß Sie zu Ihren vier Gütern im Jahre 1929 noch ein weiteres Gut gekauft haben. Wenn es der Landwirtschaft im Osten so schlecht geht, wie Sie behaupten, ja, so frage ich Sie, warum haben Sie denn noch ein weiteres Gut hinzugekauft und sich in Schulden gestürzt? Für die Schulden, die Sie damals gemacht haben, verlangten Sie nun, daß Ihnen durch die Osthilfe geholfen werde. Ich hätte es für richtiger gehalten, daß Sie, da Sie ja über fünf Güter verfügen, eines oder zwei wieder verkauft hätten, damit Sie ihre Schulden abdeckten und dann auf die Osthilfe verzichtet hätten. Sie sind den anderen Weg gegangen . . .“

Dieser andere Weg konnte auf die Dauer nur durch den Rechtsbolschewismus gegangen werden.

In der Industrie liegen die Dinge ebenso. Auch hier stand Hitler stets im Bündnis mit den wirtschaftlich und technisch reaktionären Interessen, denen weder eine sozialistische noch eine liberale, ja auch keine ehrlich konservative Staatsmacht finanziell entgegenkommen konnte. Es ist ein Irrtum, die deutsche Schwerindustrie in Bausch und Bogen der Unterstützung Hitlers zu zeihen. Die gesamte Ausführindustrie, also mit Einschluß der Schiffahrt und des Schiffbaus, die gewaltige chemische Industrie stand hinter Schleicher und gegen Hitler. Nur die rheinisch-westfälische Montanindustrie steht hinter ihm. Sie setzt ihre Hoffnungen auf Rüstungsaufträge, auf massiven Lohndruck und künstliche Binnenwirtschaft. Die Interessen der deutschen Ausführindustrie diesen wirtschaftlich und technisch reaktionären Sonderinteressen zu opfern, wäre vollständig wirtschaftswidrig. Aber die Logik der Gegenrevolution obsiegte. Hugenberg gelang es, die Hoffnung eines Bruchteils der Industrie auf Rüstungsaufträge und die Furcht eines Bruchteils der Landwirtschaft vor den Mähreschern der Ueberseesteppen zu einem politischen Hebel zu zimmern, der das konservative Deutschland aus dem Sattel warf und eine mit revolutionären Mitteln arbeitende Reaktion zur Allmacht erhob.

Hitlers andere Stärke lag in der moralischen Schwäche der Demokratie. Man verkenne nicht die tragische Schuld der deutschen Demokratie, die in folgender Verkettung der Tatsachen liegt: In Preußen wird die Regierung durch Notverordnung abgesetzt. Mittel hierzu ist der § 48, den verfassungsmäßige Regierungen zum Schutz der Demokratie seit Jahren diktatorisch angewendet haben. Es ist fraglich, ob diese Anwendung stets ganz im Sinn der Verfassung geschah, wenn sie ihrem Geist auch entsprach. Selbst am 20. Juli, als eine dem Geiste nach schon unverhohlen verfassungseindliche Regierung die verfassungstreue preußische Regierung absetzte, konnte dieser Staatsstreich noch zur Not mit dem Schein des guten Glaubens gedeckt werden: Man habe den Buchstaben der Verfassung trotz allem nicht verletzt. Jetzt ist es anders. Das Urteil des Reichsgerichts hatte dem preußischen Ministerpräsidenten Braun gerade die Rechte zugesprochen, die ihm die Reichsregierung durch die neue Notverordnung entzogen hat: Die Vertretung Preußens nach außen. Daß dies aber geschah, um den preußischen Landtag aufzulösen, in Preußen Wahlen herbeizuführen, also um den eigentlichen demokratischen Mechanismus gegen den Willen der Landtagsmehrheit ins Spiel zu setzen, verleiht nicht nur dem Gewaltstreich der Reaktion einen Schein demokratischer Berechtigung, sondern rückt auch die verfassungsmäßigen Parteien in das schiefe Licht eines hinter Paragraphenkram verschanzten, vor dem Volksurteil bangenden Machtmißbrauchs. Der demokratischen Linken und Mitte soll alles genommen werden, selbst die Berufung auf die Demokratie. Höhnisch brüstet sich der Faschismus der Insignien der Besiegten. Faschismus auf dem Boden der Demokratie! Hoffentlich wird nicht einmal die Linke, die sich wahrlich über die Wucht des faschistischen Einbruchs allzu lange einer verhängnisvollen Selbsttäuschung hingab, Illusionen darüber hegen wollen, was es damit an sich hat.

Der staatspolitische Inhalt des Faschismus ist, mit einem Wort, nichts anderes als die Ausrottung des demokratischen Gedankens, demokratischer Einrichtungen, der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Formen demokratischer Gesittung. Der Gedanke der gesellschaftlichen Gleichheit und deren Einrichtungen, der Gedanke der staatsbürgerlichen Freiheit und ihre Einrichtungen, der Gedanke menschlicher Solidarität und ihre Einrichtungen sollen aus allen Umkreisen sozialen Daseins, ob Wirtschaft, ob Politik, ob Gebiets-, ob Interessenkörperschaft, ob Nation, ob Menschheit, ausgemerzt werden. Hier bleibt für die Anerkennung demokratischer Wahlergebnisse kein Raum. Wie die Kommunisten ziehen die Faschisten nur mit einem spöttischen Lächeln in Wahlen. Denn Mehrheit oder Minderheit, ihr Machtanspruch bleibt aufrecht: Als Herrschende anerkennen sie das Wahlergebnis nur dann, wenn es sie in der Macht bestätigt.

Hitler geht nicht den Weg Mussolinis. Mussolini hat den Marsch auf Rom gewagt, aber nachher den Schein der Legalität gewahrt. Hitler hat den Marsch auf Berlin nicht riskiert, aber nach der Machtergreifung den Schein der Legalität sogleich verlassen. Durch Notverordnung wird Vizekanzler Papen als Reichskommissär für Preußen mit den Befugnissen beauftragt, die nach dem Urteil des Staatsgerichtshofs für das Deutsche Reich vom 25. Oktober 1932 dem preußischen Staatsministerium und seinen Mitgliedern zustehen! Nicht auf Um-

wegen, nicht durch Deutungen geschieht das, sondern ausdrücklich und wörtlich. Die durch den Spruch des Staatsgerichtshofes in ihrem Amt bestätigte preußische Hoheitsregierung ist einfach ihres Amtes entsetzt worden. Dadurch wurde im preußischen Dreimännerkollegium, dem die Entscheidung über die Auflösung des preußischen Landtages zusteht, künstlich eine Regierungsmehrheit geschaffen, so daß der Landtag aufgelöst werden konnte. Die abgesetzte Regierung Braun hat dagegen den Staatsgerichtshof angerufen. Zugleich wird der Angriff von einer anderen Seite vorgebracht. Sämtliche Gemeindevertretungen Preußens sind aufgelöst, ihre Neuwahl für den 12. März angesetzt. Sie soll offenbar unter dem Eindruck des für den 5. März erwarteten Wahlsieges der Regierung im Reich und in Preußen vor sich gehen. Damit könnte selbst ein der Regierung ungünstiges Urteil des Staatsgerichtshofes in der Frage des Dreimännerkollegiums politisch wieder unwirksam gemacht werden. Denn durch die Gemeindevertretungen werden die Provinziallandtage gewählt, die den Präsidenten des preußischen Staatsrates bestellen — neben dem Vorsitzenden des preußischen Landtags und dem preußischen Ministerpräsidenten das dritte Mitglied des Dreimännerkollegiums. Wird Papens an Brauns Statt abgegebene Stimme für ungültig erklärt, so soll bis dahin der Zentrumsmann Adenauer durch einen regierungstreuen Präsidenten des Staatsrates ersetzt sein. Ja, selbst im Reichsrat ist die rechtmäßige Vertretung Preußens in Gefahr. In dieser Körperschaft war Hitlers Ansprache vom Vertreter der preußischen Regierung, Dr. Brecht, mit einer Würde beantwortet worden, die dem neuen Kanzler als düsterer Vorbote des Widerstandes erscheinen mußte, der von den Länderrevolverungen, vor allem Bayern, gegen ihre Autonomie bedrohende Verfassungsbrüche zu erwarten ist. Wird Hitler zur Legalität noch zurückfinden? Oder will er, der nicht die Kraft zum Aufstand aufbrachte, den Weg wagen, den selbst ein Mussolini gemieden hat, den Weg des offenen Staatsstreichs?

Prof. Dr. Michael Kröll: Einschränkung oder Verbrauchs- steigerung?

I. Unsichere Theorien.

In der Erklärung der Arbeitslosigkeit in Oesterreich stehen vor allem drei Meinungen nebeneinander: 1. die Rationalisierungstheorie, die die Freisetzung von Arbeitern durch den technischen Fortschritt in den Vordergrund stellt; 2. die Exportvernichtungstheorie, die die Zerreißung der Monarchie und die Absperrungspolitik als Hauptursache ansieht, und 3. die Konjunkturtheorie, die auch unsere Arbeitslosigkeit als eine vorübergehende Konjunkturerscheinung auffaßt.

Allen diesen Meinungen muß eine weitgehende, aber nicht volle Berechtigung zugestanden werden. Die erste Theorie erklärt nicht, warum die aus der Rationalisierung entstehenden Gewinnsteigerungen und Lohnerhöhungen und die daraus folgende Kaufkrafthebung bisher so gar nicht zu einer Aufsaugung von Arbeitslosen geführt haben. Die zweite erklärt nicht, warum die Exportbeschränkungen nicht eine gleich

Gemeinde Wien Städtische Versicherungs- Anstalt

DIREKTION:

WIEN, I, TUCHLAUBEN NR. 8

TELEPHON Nr. U-27-5-40 Serie

FILIALEN IN:

Graz, Innsbruck, Klagenfurt, Linz
und Salzburg

starke Importbeschränkung und damit eine hinreichende Steigerung der Selbstversorgung bewirkt haben, die naturgemäß eine Aufsaugung der aus den Exportindustrien gedrängten Arbeiter in die erstarkenden Inlandsindustrien nach sich hätte ziehen müssen. Die dritte Theorie erklärt nicht die schon vor der eigentlichen Krise in Oesterreich vorhandene Dauerarbeitslosigkeit.

Die folgende Darlegung will dennoch diese Erklärungen nicht verdrängen, sondern nur einschränken. Sie verlegt das Gewicht von den Tatsachen, die als höhere Gewalt erscheinen können, auf diejenigen, die wir uns selbst zuschreiben haben. Das Mißverhalten aber, das uns selbst vorzuwerfen ist, heißt relativer Uebersverbrauch oder mindestens Streben nach Uebersverbrauch und darum nennen wir die hier entwickelte Theorie kurz die Uebersverbrauchstheorie.

COUNTER-REVOLUTION

Karl polanyi

The contribution of Herr Werner von Alvensleben, member of the Herrenklub, is important to clarify current historical events. In fact the rumours to the effect that the now-resigned General Schleicher, immediately before the installation of the present government, had threatened to place Papen under arrest when Papen wished to form a government without Hitler, are more than mere idle gossip. Herr von Alvensleben says only that he himself, and not Schleicher, regarded this step as inevitable to preserve the unity of the Reichswehr. But Herr von Alvensleben does not deny having been the spokesman for his friend Schleicher.

The episode is illuminating. It expresses the signification of a succession of events that might appear as an impossible tangle of personal intrigue and misunderstanding, but that in fact not only evidence some historical logic, but do so with an almost transparent symbolism. The historical destiny of General von Schleicher suddenly becomes clear. For years the power behind the scenes, for two months an omnipotent *Deus ex machina* to no apparent purpose, suddenly and inexplicably the powerless adversary of Papen, who had been thought to be his creature, Schleicher was nothing if not the fatal personification of the fact that governments of the left and of the centre could subsist in the Reich only in the shadow of the Reichswehr, and of the fact that the Reichswehr, from the moment that it intervened directly as a protagonist, was destined to a tragic collapse. The Reichswehr could play its role only on the condition of hiding it; it had hardly appeared on the scene when it became apparent that it did not have sufficient stature to deal with the tensions provoked by the forces that surrounded it. Schleicher knew this; hence his care not to come out in the open during the Papen government, and hence his reluctance to assume the Chancellorship, and principally, the idea of basing his government on popular forces outside of Parliament. In his napoleonic dream, with eyes wide open, he dreamed of a Schleicher-Leipart military dictatorship capable of resisting both the right and the left. A dictatorship of the Reichswehr deprived of mass support then looked as it would have been: the end of the Reichswehr. Herr von Alvensleben's information is essential. It then becomes evident that Schleicher did not want to expose the Reichswehr, that in fact he simply could not take the risk. There is no reason for astonishment that, between Papen and Schleicher, it was not Papen but Schleicher who was shown to be "substitutable." Papen won because he was only a person, while Schleicher represented the Reichswehr and had to give way. In fact the Reichswehr had only one alternative, in the struggle against the right and the left, either to wear itself out, with no way of escape, in a fruitless struggle against nine-tenths of the population, or to descend to being an instrument of the hardly impartial dictatorship of the Hitlerian

party. There was only one way out of this inglorious destiny. "Do not forget that those who support and follow you must belong to all levels of the population...", were Schleicher's words of adieu in his last order of the day to the Reichswehr.

The strength of Hitler rested in the fact that he became aware of this weakness of his adversary. He overturned the authoritarian government of Papen and made a fool of him. An authority that takes hold of the masses, disciplines them, and appears as their ideal realized, that would work; an authority as a principle that enables the gentlemen of the Herrenklub to ignore the masses, Hitler's masses, this would never work. Only through and within the NSDAP could the masses come to realize their own self-discreditation, the definite departure from democracy; he who would cancel democracy against the masses in the name of an antiquated authority from the past would see himself overrun by the NSDAP in the name of the people. Papen failed through the impossibility of working against a front composed of the whole German people, from left to right. Hitler then moved to employ the same arms against Schleicher. And here it becomes even more clear that the raison d'etre of German fascism is not in revindications determined by their content, but rather in that formal, apparent participation of the masses in the authoritarian oppression of themselves, or more precisely: in the self-discreditation of the masses organizationally assured through the masses themselves. Hitler gained possession of the reactionary monopoly of the masses, and he was in position to block Strasser's approach to Schleicher. Without Strasser, Schleicher was cut off from Leipart. In any event, the revealing of the attempt to seek support left and right in the labour front was enough to induce the reaction to keep out Schleicher, given his social-political orientation, and suspecting his desire to dissolve the Reichstag.

The decision was taken by Neudeck. Hitler was able, already, to profit from the circumstance that the President of the Reich had to submit to the interests of a gang, which, because of their own economic position, pushed for an extreme activist position. In the economic system, the crisis that led Hitler to his final success was, significantly, not the crisis of industry, but the agrarian one: several dozen latifundists from beyond the Elb took Neudeck by assault. Their radicalism was spurred by interests that were economically and technically reactionary. The diminution of production costs overseas, due to the use of machinery and the type of cultivation, made the subsidized and outmoded cultivation of rye in East Prussia sustainable, in the long term, if the costs were borne by the whole German people. In reality only a small part of the large holdings was in fact unprofitable and should not have escaped from its natural economic destiny by being dismembered and colonized. It was however this fraction that revolted, that looked to state subsidy, and that in their confrontation wanted to condemn as a democratic abuse any control of subsidies, and that would rather abandon the country to barbarism than to carry

their part of the burden accepting an economic restructuring.

The reactionary economic character of these interests should not be misconstrued. The Osthilfe of Brüning had for its purpose the saving of those holdings that were profitable and to subdivide those which were not. There have been efforts to discredit this policy by calling it Bolshevism. In reality the line taking by Brüning was not only not socialist, neither was it progressive-bourgeois: it was quite simply conservative. To employ staid aid to support large private estates that were economically vital corresponded to the most pure conservative thought; no socialist, nor any liberal, could support such a measure: the first, because it was to the advantage of large private property; the second because a subsidy of this kind could not help but appear as an undue distortion of competitive relationships the cost of which would be borne by the most efficient. To preserve the great landed private proprietors from ruin through state intervention, or to open to occupation by small proprietors, again with state aid, those that are not economically viable: this corresponds almost perfectly to the ideological universe of German conservatism in matters of population, national defence, society and political economy. The proportion of those who demanded state aid was in addition relatively insignificant. In the area included under the Osthilfe there were some 1,300,000 agrarian properties, of which some 770,000 were small holdings under two hectares; these last in fact did not demand any aid. And only 72,000 of the 544,000 of the largest ones did so. The rest, 471,000 properties trusted to their own forces, and this means that the small and medium proprietors are not, as a general thing, excessively burdened with debt. These proprietors carry the extra burdens which fall to them because of the Osthilfe, without receiving any benefits from it. On the basis of directives from Brüning, as modified by Papen, 40,000 large proprietors were admitted to Osthilfe, and in many cases there were clear abuses. The Centre Party Deputy Josef Ersin has published an article (in the Rhein-Mainische Volkszeitung) in which he blames the old Oldenburg-Januschau, one of the most trusted counsellors of Hindenberg and one of the most powerful figures in the now-victorious clique:

I have not said that he has acquired a property with money from Osthilfe. It appears that in 1929 he had bought another property near his other four properties. If agriculture in this Eastern region is in such bad economic conditions, as he maintains, then I ask: why has he gone into debt to acquire yet another property? Now he wants help from Osthilfe for debts contracted on that occasion. It would have appeared more just that he could, having five properties, have sold one or two, and thus cover the debts without recurring to Osthilfe. He has taken another way out...

This other way is that of being able to keep going only

through a bolshevism of the right.

In industry things are going the same way. Even here Hitler was always in league with the most economically and technically reactionary interests, who can stay the course financially through a state power that is neither socialist nor liberal, and not even honestly conservative. It is wrong to accuse all of German heavy industry of supporting Hitler. All of the export industry, hence including navigation and shipbuilding, and the powerful chemical industry, were behind Schleicher and against Hitler. He was supported only by the coal and steel industries of Rhein-Westfalia. The hope of these latter was in armament contracts, in a massive compression of wages and in an economic system rendered artificial. To sacrifice the interests of the German export industry to these particular interests, economically and technically backwards, cannot not be absolutely disastrous for the economy. But the logic of counter-revolution has prevailed. Hugenberg has managed to put together a political project with a fraction of industry in hope of armament contracts and the fears of a fraction of agriculture of the threshing machines in the plains of overseas competitors; this political project has been the lever that has unseated conservative Germany and has given absolute power to a reaction that works with revolutionary methods.

Another strong point for Hitler was the moral weakness of democracy. The tragic fault of German democracy, discernable in the chain of events here described, is well-known. In Prussia

the government was deposed with a decree of emergency. This was possible because of article 48, that constitutional governments have for years applied in a dictatorial way to safeguard democracy. It is problematical whether this use has been in accord with the Constitution, doubtful that it corresponds to the spirit of the same. On July 20, when a government already openly hostile to the Constitution, or at least to its spirit, deposes the Prussian government that is faithful to the constitution, this coup d'état could have, in the emergency, have been covered with the appearance of good faith: in spite of everything, there was no open offence to the letter of the Constitution. Now things are different. The judgement of the Reichsgericht has recognized for the Prussian Prime Minister Braun the right that the Government of the Reich had taken away with the new statute of emergency: the representation of Prussia externally. Moreover the fact that everything took place in order to dissolve the Prussian Landtag, to force elections in Prussia, hence to put into play a mechanism that is in itself democratic against the will of the majority of the Landtag. This not only conferred on the coup de main of the reaction an apparently democratic justification, but in addition forced the constitutional parties to appear under the false light of an abuse of power entrenched behind legal nit-picking and fearful in the face of popular judgement. The democratic left and centre have lost everything, even the appeal to democracy. Fascism struts as it mocks with the symbols of the vanquished: fascism

founded on democracy! the left, which for too long had been abandoned to a tragic illusion with respect to the violence of the fascist eruption will not, one hopes, retain any illusions respecting the real meaning of these events.

The political doctrine and the theory of the state characteristic of fascism is, in synthesis, nothing less than the elimination of democratic thought, of democratic institutions, of the social, political and economic forms of democratic civilization, the idea of freedom of the bourgeois state and its institutions, the idea of human solidarity and its institutions, all this must be stamped out in every sphere of social existence, in the economy, in politics, in territorial organisms and in associations of interest, of the nation, of humanity. There is no space left for the recognition of democratic election results. Like the communists, the fascists take part in elections only with sarcastic derision. Whether they are in effect a majority or a minority, their pretension to power remains indiscutible; when they are in power, they recognize the results of an election only when their power is upheld.

Hitler does not follow in the steps of Mussolini. Mussolini made his march on Rome, but then maintained the appearances of legality. Hitler did not risk a march on Berlin, but after seizing power he immediately discarded even the appearances of legality. Vicechancellor Papen has been made--with an emergency decree--Reichscommissioner for Prussia, with the powers that

according to the verdict of the Staatsgerichtshof, of October 15, 1932, belong to the Prussian government and its members! This was not done through subterfuge, nor with any artful dissimulation of the consequences, but formally and explicitly. The sovereign Government of Prussia, confirmed in its charge by a sentence of the Staatsgerichtshof, is simply deposed. Then a majority of three members in the College is artfully contrived, responsible for the decision on the choosing of the Prussian Landtag, in order that this body may be dissolved. The deposed governor Braun has appealed this to the Staatsgerichtshof. Meanwhile the attack is being carried out in other areas. All the communal representative organs in Prussia have been dissolved and the date for their reelection has been set for March 12. It is clear that these elections will take place under the influence of the electoral victory of the Government of the Reich and in Prussia, put off until March 5. Hence even an Staatsgerichtshof judgement unfavourable to the Government on the question of the three-member College can again be made politically ineffective. In effect, through the communal Councils the provincial administrations will be elected, and these nominate the president of the Prussian Staatsrat, which is the third component of the three-member college. If the vote given to Papen instead of Braun were to be invalidated, the Centre Party representative Adenauer would in the interim be replaced by a President of the Staatsrat tied to the government. In fact the legal representation of Prussia is endangered in the Reichsrat.

itself. In this organism the speech of Hitler has encountered, in Dr. Brecht, the representative of the Prussian government, a reply of such dignity, that it cannot but appear to the new Chancellor as a veiled sign of opposition that may be expected from regional governments, and in the first place from Bavaria, against the violations of the Constitution that menace their autonomy. Will Hitler return to legality? Or on the other hand does he, who has not put in place a violent insurrection, intend to follow the way of an open coup d'état, a way that Mussolini himself had avoided?

--Der Oesterreichische Volkswirt, vol. XXV-12, No 20, February 1933, pp. 457-459. Translation by M. Cangiani.

Frankfurt - Frankfurt

Frankfurt - Frankfurt

Karl Polanyi: Gleichberechtigung und die deutsche Linke.

Noch sind Ort und Zeit für Großmächtekonferenz im Ungewissen, die Deutschlands Verlangen nach Gleichberechtigung untersuchen soll. Aber schon scheint es wieder das Schicksal der deutschen Demokratie werden zu wollen, daß sie ihre Haltung mit Illusionen unterbaut, statt sie auf die Wirklichkeit zu gründen. So hört man auf der Linken im Reich bereits die Ansicht verkünden, daß die Gleichberechtigungsfrage durch einige wohlüberlegte Kompromißformeln über den französischen und deutschen Rüstungsstand aus der Welt geschafft werden könnte.

Das scheint uns eine völlige Verkenntnis der wahren Lage. Gewiß mag eine Konferenz durch gutgewählte Formeln oder nichtsagende gegenseitige Zusicherungen den Schein einer Einigung vorläuschen. Aber die mit dem Gleichberechtigungsverlangen erstrahlende Entwicklungsphase wird damit ihr Ende nicht finden. Ebensovienig wie die Reparationsfrage mit dem Dawes-Plan oder mit dem Young-Plan ihren Abschluß fand. Sie wird weiter gehen bis zur Entscheidung, ob Europa noch die Kraft innewohnt, jenen Grundwidersatz zu lösen, in welchem es befangen ist, seitdem vor 13 Jahren zwei einander diametral entgegengesetzte Vorstellungen des Völkerlebens in den Friedensverträgen zusammengekoppelt wurden. Abstrichversprechen der Sieger und Völkerland — höchste Selbstverleugnung und höchste Rechtsverwirklichung einerseits; ewige Entwaffnung und ewige Tribute — die höchste Entrechtung und die höchste Ungleichheit anderseits. Die Verheilung einer neuen Welt wurde hier zusammengeschweißt mit der Bekräftigung der alten. Das Gleichberechtigungsverlangen Deutschlands aber hat die ganz besondere Eigenart, sämtliche Widersprüche fällig werden zu lassen, die in diesem im tiefsten Verstande sinnlosen Dokument ihre Verkörperung gesucht haben. Allzuoft haben die Sieger rühmend, die Besiegten fluchend den Geist der Versailler Ordnung beschworen, als daß man es hätte leicht erkennen können, daß es diese Ordnung nicht gibt. Die Versailler Ordnung — das ist die Lebendige Europas. Wird Europa die Kraft aufbringen, sich eine wirkliche Ordnung zu schaffen?

Es ist die Tragik der deutschen Demokratie, daß sie mangels politischer Erfahrung diesen Grundanbverhall nie erkannt hat. Sie hat damit unbewußt, aber nicht minder folgenschwer die europäische Mission Deutschlands verleugnet. Nur wenigen beginnt selbst heute noch diese wahrhaft menschheitliche Problemstellung aufzuscheinen. Vielleicht zu spät, um in naher Zukunft das Schicksal der deutschen Demokratie zu wenden. Nicht zu spät, um in der Opposition ihre Pflicht Europas gegenüber zu erfüllen und damit ihr Anrecht auf deutsche Zukunftsgestaltung neu zu verankern.

In Deutschland selbst hat die Umwälzung der Meinungen bereits begonnen. Es wäre ganz vergeblich, verschweigen zu wollen, daß die deutsche Linke in den letzten Monaten außenpolitisch einen

Kurswechsel vollzogen hat. Die Gleichberechtigungsthese, die sie noch vor einem halben Jahr als ideologisch-nationale Scharfrichterei abgelehnt hatte, findet bei ihr heute fast das gleiche Verständnis wie auf der Rechten. Daß dieser schnelle Wandel nicht immer offen zugerechnet wird, ändert daran nichts. Die Linke berichtigt damit nur den Fehler, für den vor allem sie jetzt durch die nationalistische Hochflut büßt: ihr Versagen in der Außenpolitik. Sie hat versagt, nicht nur als deutsche Linke, sondern noch tiefer und tragischer als europäische Linke. Europa, von der deutschen Linken ungewarnt und ungeweckt, zahlte dafür durch eine lebensgefährdende hinausgezögerte des unvermeidlichen Klärungsprozesses, Deutschland aber durch die seine ganze Zukunft bedrohende Herrschaft der militaristischen Reaktion.

So ist es dem von entscheidender Bedeutung, ob es den Weimarer Parteien gelingen wird, ihre späte Bekehrung zur Gleichberechtigungsthese mit dem Sinn und der Würde weltanschaulicher Selbständigkeit zu erfüllen. Gelängt das nicht, dann steht die deutsche Opposition in Gefahr, einfach zur Mitläuferin der nationalistischen Rechten hinabzusinken. Es kann der Linken nicht erspart bleiben, die ganze Tragik deutscher Gleichberechtigungspolitik auf sich zu laden. Deutschland ist um seiner selbst und der Menschheit willen mit dem Kampf um seine Gleichberechtigung belastet, einem Kampf, in welchem es Gefahr läuft, an seiner Friedensgesinnung irre zu werden. In die politische Realität umgesetzt: Keine Aufrüstung, weder in Deutschland, noch bei den anderen Abrüstung der Sieger, aber in vollem Ernst! Keine Beteiligung Deutschlands an einer Abrüstungskomödie! Abrüstungsoffensive des Reichs durch Unterbrechung des Baues seiner mehr als wertlosen Kreuzer, deren jeder nur den Vorwand zu neuen überlegenen Rüstungen der Gegner gibt! Austritt aus dem Völkerbund, wenn Deutschlands Gleichberechtigung durch keine vollwertige Abrüstungsleistung Frankreichs ein Unterpfand erhält! Das ist freilich fast die genaue Umkehrung der Politik, die die deutsche Linke tatsächlich befolgt hat, und die sie im In- und Ausland um so viel Vertrauen gebracht hat. Sie hatte 1928 die Wahl, auf die Gleichberechtigung zu verzichten und den Panzerkreuzer „A“ zu bauen, eilte ihn nicht zu bauen und von Frankreich die volle grundsätzliche Gleichberechtigung zu verlangen! Das wäre der Kampf gewesen. Kampf nach außen hin gegen Frankreich. Kampf nach innen hin gegen die militaristische Reaktion. Sie fand es realpolitischer, den Weg der Verständigung zu gehen: nach außen mit Frankreich, nach innen mit der militaristischen Reaktion. Das Ergebnis war vorzusehen: Frankreich gebrauchte es an Vertrauen, weil die Linke gegen die Reaktion im Innern versagte; die deutsche Bevölkerung verlor ihr Vertrauen, weil die Linke für Deutschlands Gleichberechtigung nicht fechtete. In einer historischen Krise läßt sich eben die Wahrheit einer Politik nur durch den geistigen Kampf auf allen Fronten bewahren. Wie anders hätte doch die Linke an Frankreich und die Welt um die Anerkennung deutscher Rechte und um die Abrüstung der Sieger appellieren können, wenn sie zugleich im Innern Monarchismus und Faschismus mit der Nichterlebung des Panzerkreuzers „A“ die Fehde angezettelt hätte! Und wie

Handwritten note: "Handwritten note" with an arrow pointing to the text.

anders hätte sie vor dem deutschen Volk in dieser Fehde bestehen können, wenn sie zugleich an die Spitze der friedliebenden Völker in einem alle guten Geister der Menschheit anführenden Kampf gegen den französischen Nationalismus getreten wäre um die Anerkennung deutscher Gleichberechtigung! Statt dessen versagte sich die Linke jeder aktivistischen Außenpolitik — mit Berufung auf die militärische Uebermacht Frankreichs. In einer Weltlage, die als Folge der wurzelfastigen Fragwürdigkeit der sogenannten Friedensordnung in einem nie erlebten Maße durch geistige Faktoren bestimmt war, berief sich die Linke auf das militärpolitische Argument! Als ob es nicht zu ihrer naturgegebenen Wirkungsweise gehörte, gegen die angeblich allein wirklichen militärischen Kräfte die Realität moralischer und geistiger Potenzen zu behaupten und zu erweisen. So entstand die einzigartige Lage, daß die Linke, ausgerechnet die Linke, alle Argumente naturwahrlicher und ideologischer Art der militaristischen Rechten überließ, während sie selbst ihre passivistische Außenpolitik militärpolitisch begründete. Und doch, wer wäre besser legitimiert gewesen, für Abrüstung und Völkerbündrecht zu streiten als sie, die 1918 das Schicksal ihres Vaterlandes dem Glauben an diese idealen Werte anvertraut hatte? Abrüstung und Völkerbund — das waren Karten im Spiel der internationalen Politik, die nur in ihren Händen stecken konnten. Allerdings nur dann, wenn Deutschland das Gesamtproblem der Friedensverträge aufrollte. Wenn es kühn und klar die Frage aufwarf, welche Ordnung denn eigentlich in Versailles geschaffen worden sei. Das heißt eben, wenn es die Gleichberechtigung forderte.

Das führt zu Versailles zurück, einem Flickwerk aus Neuem und Altem Testament. Deutschland wurde entwaffnet und es wurde ihm für alle Zeiten verboten, seine Rüstungen zu erhöhen; die Siegerstaaten blieben aufgerüstet. Die logische Folge einer derartigen Bestimmung hätte die Dauerbesetzung oder die Aufteilung des seiner vollen Souveränität beraubten Gebietes sein müssen, dessen vermindertem Rechtsstatus dann auch sein internationaler Status etwa als Mandat, Kolonie oder Protektorat entsprechen hätte. (Daß eine solche Fremdverwaltung Deutschlands aus überaus zahlreichen Gründen eine Unmöglichkeit war, beweist nur, daß die einseitige Dauerentwaffnung eben ein Ungedanke ist.) Wären die Entwaffnungsbestimmungen befristet gewesen, man hätte ihnen kraft des Vertrages noch einen gewissen Bestand zuerkennen können. Aber sie waren unbefristet, sie waren, so komisch es klingt (oder einst klingen wird), sie waren buchstäblich für ewig. Weder mit einem, noch mit zehn Menschenaltern begrenzt, noch mit dem Lebensalter des biblischen Methusalem.

Es kann nicht oft genug wiederholt werden, gerade weil diese Einsicht dem Besiegten so fremd zu sein scheint, daß diese einseitige ewige Entwaffnung eines großen und reichen Staates ohne die selbstverständliche Bürgschaft einer militärischen Dauerbesetzung seines Gebietes durch die Sieger eine Unmöglichkeit ausspreche, der gerade vom Gesichtspunkt der Generalmentalität, der eine derartige Maßnahme doch allen entspringen konnte, an sich nicht der geringste Ernst einzuräumen war. (In

diesem Lichte wird man der Raubtierlogik Clemenceaus besser gerecht, der die Aufteilung Deutschlands oder wenigstens die endgültige Rheingrenze sowie ein französisch-englisch-amerikanisches Militärbündnis gegen Deutschland für eine unumgängliche Ergänzung des Friedensvertrages hielt. Die ewige Dauer der Entwaffnung widerlegte einfach sich selbst.) Aber hier griff als deus ex machina das Gegenprinzip, jene frohe Botschaft von Recht und Friede ein. Deutschlands Abrüstung solle gar nicht einseitig sein. Nicht sollten die Besiegten aus der Gemeinschaft der Völker ausgestoßen werden. Eine neue Zeit bricht an, in der Löwe und Lamm friedlich nebeneinander hausen, weil der Löwe verspricht, daß er freiwillig abrüstet. In diesem Versprechen des freiwilligen Abrüstens der Sieger lag die Befristung der einseitigen Abrüstung verborgen. Die Einseitigkeit sollte nicht ewig dauern. Es sollte die Zeit kommen, da auch Deutschland die gleiche Sicherheit genießen sollte wie die Sieger, weil diese gleichfalls abgerüstet haben würden. Diese scheinbare Lösung führte natürlich nur zu neuen Widersprüchen. Denn als Symbol der Gleichberechtigung sollte der Völkerbund dienen, ein freier und freiwilliger Verein der Staaten, dem dabei kein Staat angehören würde, wenn ihm die volle und wahre Gleichberechtigung nicht gesichert ist. Aber jene Gleichberechtigung war doch nur ein Zukunftswechsel, während der Völkerbund sie als bereits verwirklicht voraussetzte! Der Ausweg war also kein Ausweg. Im verfallenen Bau klappte Riß um Riß.

So viel ist klar: An der Gleichberechtigung Deutschlands hängt die Sache der Abrüstung. In der Gleichberechtigung liegt das Dasein und die Zukunft des Völkerbundes. Die deutsche Demokratie, welche Abrüstungs- und Völkerbundpolitik wahrlich nicht wohlfeil von der Geschichte erstanden hatte, ist es sich schuldig, diese Gleichberechtigung auch dann zu fordern und zu erkämpfen, wenn Deutschland sich dadurch in den Verdacht des Militarismus brüchete. Einer Linke, die im Ringen mit der Reaktion im Innern das Vertrauen der ganzen Welt gewonnen hätte, müßte es wahrlich nicht bange werden, wenn Frankreichs Militaristen ihr Gleichberechtigungsverlangen als verkappten Militarismus verdächtigten. Liege es doch nur an Frankreichs Regierung, die Probe darauf zu machen. Eine Linke, die diese Probe nicht zu fürchten brauchte, würde durch einen Sieg auf der Abrüstungsfront davor bewahrt bleiben, sie bestehen zu müssen. Und was die Linke als Regierung zu vertreten hätte, das hat sie schon als Opposition zu verkünden — und sich damit den Weg zur Regierung zu bahnen.

Was aber, wenn der verstockte Militarismus seiner Gegner Deutschland nichts übrig ließe, als selbst aufzurüsten? Dieses Dilemma wird heute von der Rechten absichtlich falsch gestellt. Für sie, die weder die Abrüstung noch die Völkerbundpolitik ehrlich bejaht, heißt es einfach: Rüstet ihr nicht ab, so rüsten wir auf — und wir werden dafür sorgen, daß ihr nicht viel Lust zum Abrüsten habt! Wir werden euren eigenen angebotenen Widerwillen

2) Vgl. Karl Polanyi: „Gleichberechtigung und Völkerbund“ in Nr. 39 vom 25. Juni 1932.)

gegen das Abrüsten wahrlich nicht durch unsere Ueberredungskünste abzuwöhnen wollen! Was wir von euch verlangen, ist gar nicht, daß ihr die Waffen ablegt, sondern daß ihr uns endlich bescheinigt, daß ihr gar nicht abzurüsten gedenkt! — Die Politik der Linken muß umgekehrt sein, den Siegern den Weg zur Abrüstung so leicht als möglich machen, ihnen die Verweigerung der Abrüstung nach Kräften erschweren. Eine zähe Abrüstungsabotage würde sie nicht durch ein schleuniges Aufrüsten, sondern durch eine gesteigerte Abrüstungs-offensive begen, die auf allen Gebieten öffentlicher Tätigkeit, in Schule und Verwaltung, den Gedanken der Friedensmission Deutschlands überzeugend verkörpert. Nur Schritt für Schritt, jeden Fußbreit Friedensbogens mit allen Mitteln verteidigend, dürfte sich Deutschland von dem Boden der Abrüstung der Sieger auf den Boden eigener Aufrüstung drängen lassen, das furchtbare Unglück eines neuen Wettrüstens aller Welt ständig vor Augen führend. Und nicht einmal dann dürfte Deutschland sich auf die für das Reich besonders verhängnisvolle Bahn des Wettrüstens hegeben. Wie es auch in einer protektionistischen Welt Freihandels- und Schutz Zollstaaten gibt, dürfte Deutschland seine durch den Sturz des Völkerbunds und das Versagen aller Abrüstungsarbeiten heinfällende Gleichberechtigung nicht zum Wettüsten, sondern es müßte sie zu einem ständigen Druckmittel auf Frieden und Verständigung hin benutzen, als die Freiheit, seine Friedensgestattung trotz allem zu wahren. Es ist möglich, daß dies alles dennoch fruchtlos wäre. Daß Deutschland seinen Rüstungsstand zu erhöhen gezwungen sein wird, wenn es seine faktische Gleichberechtigung wahren will. Diese Verantwortung würde dann auch die Linke zu tragen haben. Sie müßte, sie könnte sie tragen. Sie hätte getan, was menschenmöglich war, um aus dem Chaos der Nachkriegswelt zu einer neuen Völkerordnung aufzusteigen. Sie hätte gekämpft und gezählt, gezählt und gekämpft, um sich vor der Schuld des Rüstens reinzuhalten. Sie würde Deutschland lehren, die Last der Rüstungen unwillig zu tragen, als ein Zeichen dessen, daß die Zeit noch nicht gekommen ist, in der die Welt die Bedeutung der deutschen Friedensbestimmung erfüllt hat.

Wer wagt dann den Anwurf, daß eine deutsche Linke, die dies um Deutschlands und der Menschheit willen vermöchte, eine bloße Mitläuferin der militaristischen Reaktion geworden wäre? Wer würde ihr nicht den Sinn und die Würde einer Tragik zubilligen, die sie schuldlos-schuldvoll zum Rüsten zwingt, gegen ihr in Kämpfen bewährtes inneres Wesen?

Die kommenden Konferenzen über die Gleichberechtigung sind nur der Anfang einer neuen Entwicklungsphase, in der die europäische Illusion einer 1919 aus dem Krieg geborenen Ordnung verfliegen wird. Spät hat die deutsche Demokratie verstanden, daß die deutsche Gleichberechtigung die einzige Hoffnung bietet, die halben Verheißungen von Versailles auf Kosten seiner Verbrechen und Irrtümer der Welt zu erhalten. So möge darüber wachen, daß die neue Erkenntnis sie nicht schwäche, sondern stärke. Daß sie nicht erlöst eine Dente der Reaktion wird, sondern den Weltanschauungsboden wiederfindet, der sie unüberwindlich macht.

W. F.: Hofrat Sterns Gutachten.

Wir haben vorige Woche das Gutachten des Hofrat Stern über die Schadenersatzpflicht der Leiter der Credit-Anstalt und Boden-Credit-Anstalt nach einem Zeitungsartikel besprochen. Inzwischen liegt uns der in Finanzkreisen verbreitete Bericht des Hofrates Stern selbst vor.

Bei dem Zusammenbruch der Credit-Anstalt zweifeln wir nicht, daß die einbekannten ungeheuren und doch nur einen Teil der wirklichen ausmachenden Verluste unmöglich seit der letzten Bilanzaufstellung nach der Fusion mit der Boden-Credit-Anstalt Ende 1929 entstanden sein konnten, sondern daß sie zum großen Teil den Leitern der Bank schon früher erkennbar gewesen sein mußten. Es waren also

Gemeinde Wien Städtische Versicherungs- Anstalt

DIREKTION:
WIEN, I, TUCHLAUBEN NR. 8

TELEPHON Nr. U-27-3-40 Serie

FILIALEN IN:

Graz, Innsbruck, Klagenfurt, Linz
und Salzburg

Anton Erkelenz, Berlin: Demokratie und Armee im Reich.

Darf ich mir erlauben, einige ergänzende und kritische Bemerkungen zu machen zu dem Aufsatz des Herrn K. Polanyi „Gleichberechtigung und deutsche Linke“?¹⁾

Es ist sehr notwendig, der Linken der deutschen Demokratie, in aufbauender Kritik ihre Mängel und Fehler vorzudulden. Es ist besonders bedeutsam, wenn das von einer so angesehenen Zeitschrift geschieht wie dem „Oesterreichischen Volkswirt“. Ueberhaupt könnte eine Kritik von Wien aus, von österreichischen Volksgenossen, besonders wirksam sein. Weil aufmerksame Kritik das Recht hat, die Phantasie anzuregen, anzuspitzen, darf sie nicht nachlassen sein. Aus diesem Grund will ich gegen einzelne, doch etwas zweifelhafte Ausführungen von Polanyi nichts einwenden. Es ist aber vielleicht gestattet, wenn jemand, der gern seinen Antheil an Mitverantwortung für die Politik der deutschen Linken — wenigstens bis 1930 — trägt, die Gesichtspunkte darlegt, die für die Linke sprechen. Man muß das, was geschehen und nicht geschehen, doch mehr im Zusammenhang der geschichtlichen Zwangslage sehen, als es Polanyi tat. Gewiß kann die nachstehende Darlegung nichts Neues bringen. Sie soll längst Bekanntes in die Erinnerung zurückrufen.

Außenpolitisch war die Aufgabe der republikanischen Parteien seit Ende 1918 gestellt aus der Zwangslage heraus, daß der Weltkrieg verloren war. Es gab zwei Möglichkeiten, auf diese Lage zu reagieren.

1. Durch Verzweiflungsaktionen der verschiedensten Art, zum Beispiel die *levée en masse* im Herbst 1918, die Ablehnung der Versailler Verträge 1919, die wenigstens teilweise Provokation des Ruhrkrieges 1923/25, die Versenkungspolitik Ende 1923 usw. Auch all die zahllosen Forderungen, „einmal nein zu sagen“, entsprangen fast stets letzten Endes der meist verantwortungslosen, selten verantwortungsbewußten Verzweiflungspolitik.

2. Oder man mußte in unendlich geduldiger und einseitiger Arbeit die zerstörenden Folgen des Kriegsausganges und der Verträge abtragen, abschülen.

Die Politiker und die republikanischen Parteien wählten bis zum Rücktritt Brüning's den zweiten Weg. Herrliche Geste, volksaufpeitschende und mitreißende Agitationen waren dabei nicht möglich. Erfolge, die erzielt wurden, blieben naturgemäß immer weit hinter den Erwartungen zurück. Um so mehr, da diese Erwartungen durch eine verantwortungslose, rein auf Innenpolitik und innenpolitisches Machtstreben abgestellte Opposition übersteigert wurden. Parteien, die Regierungsverantwortung tragen müssen, können ohnehin ja selten gleichzeitig Volksbewegungen hochziehen, aufpeitschen. Die Tages Sorge verschleucht meist solches Emporsteigen in höchste Regionen. Die tägliche Leistung der Regierung steht fast immer in einem zu deutlich sichtbaren Gegensatz zu den Träumen und Hoffnungen des Erwünschten. Volksbewegungen aufzubauen, ist deshalb normalerweise Aufgabe der Opposi-

sition. Sie kann sich damit „gesund machen“, wenn sie vorher in der Regierung sich aufgebraucht hatte. (Erst Bolschewismus und Faschismus haben gezeigt, daß auch eine Regierung, nachdem sie alle Andersdenkenden geächtet oder verhaftet, mit allen Mitteln des Staatseinflusses und des Geldes der Steuerzahler zeitweise „Volksbewegungen“ hochportschen kann.) Diese Arbeitsteilung zwischen Regierungsparteien und Opposition hat in seinem höheren Sinne sogar ihr Gutes. Wenn es schon in normaler Zeit so ist, wieviel mehr wird es so sein in so aufregenden, in jeder Richtung anomalen Zeiten wie ab 1918. Und das alles gilt zehnfach für ein Volk, das leider noch nicht gelernt hat, in der Politik Maß zu halten, sondern das stets bereit ist, Phantasien mehr zu glauben als klardenkenden, abwägenden Führern.

Wer einigermaßen gerecht und sachlich urteilt, muß anerkennen, daß diese Haltung der Republikaner in der Außenpolitik sehr erfolgreich war, viel mehr erreicht hat, als Verzweiflungspolitik hätte erreichen können. Das wird gewiß auch Polanyi zugeben. Hoffrich hat 1917 gesagt: „Wenn diese Waffe (der U-Boot-Krieg) nicht sticht, dann sind wir für ein Jahrhundert verloren.“ Diese und manche andere Waffe hat nicht „gestochen“ und doch wird heute, 1932, niemand sagen dürfen, Deutschland sei „für ein Jahrhundert verloren“.

Eine der wichtigsten Voraussetzungen dieser Außenpolitik war es von jeher, nicht hinter allem Erwünschten, Erstrehten gleichzeitig herzulaufen. Man durfte nicht dem Hund gleichen, der zehn Hasen auf einmal jagt. Es galt, die wichtigsten Ziele zuerst zu erreichen, die anderen nach und nach anzunehmen. Wie schnell Deutschland sich bei den heutigen Machtverhältnissen und bei der geistigen Lage der Welt zwischen sämtliche Stühle setzen kann, zeigt uns ja die Gleichberechtigungs- und die Handelspolitik Papens. Die ganze Politik braucht Geduld und Zeit. Zeit hat Deutschland, muß sie haben, um so mehr, weil jeder Versuch, den Abbau der Folgen des Weltkrieges über das Mögliche hinaus zu beschleunigen, letzten Endes nach mehr Zeit erfordert, noch mehr Opfer kostet. Geduld hatte das deutsche Volk nicht im erforderlichen Maß, um so weniger, weil jene, die eine innenpolitische Umwälzung erstreben, sich die Ungeduld zunutze machen. Das Frankreich Clémenceaux und Poincarés hat fünfzig Jahre Zeit und Geduld gehabt, um die Scharte von 1870/71 auszumerzen. Das viel tiefer verwundete Deutschland des Weltkrieges glaubt, nicht fünfzehn Jahre Geduld haben zu können, um ohne Krieg den Zusammenbruch von 1918 auszubessern. Neue, unausbleibliche Mißerfolge werden uns früh oder spät wieder einmal beibringen, daß nichts soviel Zeit kostet wie Ungeduld.

Auf diesem so bitteren Wege der Geduld galt es also,

1. die nach fortdauernden neuen Eingriffe der Sieger in den Jahren 1918—1925 abzuwehren und endlich einmal eine gewisse Stabilität zu erreichen (Erszberger, Rathenau, Wirth);
2. die Friedensbedingungen aus der phantastischen Märchenwelt der Jahre bis 1925 herauszuholen und einigermaßen reale Bedingungen zu erreichen (Dawes-Plan, Stresemann);

¹⁾ Vgl. Nr. 1 vom 22. Oktober 1932.

3. die feindliche Besatzung vom deutschen Boden wegzubringen (Davos-Plan in Verbindung mit Young-Plan, Stresemann);

4. die Unmöglichkeit der Reparationszahlungen zu erweisen und international anerkannt zu erhalten (Brüning).

So weit waren wir beinahe, noch nicht ganz, als Brüning den Intrigen der Militäre und der Junker weichen mußte, Lausanne sollte erst einige Wochen später die Beseitigung der Reparationen bringen. Formell abgeschlossen ist dieser weitere Schritt noch keineswegs. Aber schon war auch von Brüning die militärische Gleichberechtigung gefordert, angemeldet, vorläufig. Nur war sich die Linke klar, daß dann noch ein weiterer Zeitschnitt notwendig war. In ein bis zwei Jahren war die militärische Gleichberechtigung zu erreichen, ohne Feindseligkeit, ohne Erschütterung der nationalen und internationalen Politik.

*

Polanyi hat vollständig recht: die deutsche Linke muß von sich aus die militärische Gleichberechtigung verlangen und durchführen. Die Frage, inwieweit Deutschland hinter seine Politik den Druck einer größeren oder kleineren Armee setzt, oder inwieweit es mit der Idee, dem Rechtsgedanken seine Politik fundiert, muß im innenpolitischen Kampfe entschieden werden. Solange der Druck von außen die Rüstungsbeschränkung erzwingt, sind die Kräfte, die nicht auf Militärmacht, sondern auf dem Rechtsgedanken die Politik fundieren wollen, geschwächt. Um so mehr geschwächt, je länger dieser Teil der Verträge besteht. Die Aufrechterhaltung der Armeebeschränkungen durch Druck von außen stärkt den Militarismus im übrigen Sinne, schwächt die Demokratie, schwächt die Außenpolitik europäischer Gemeinschaftsarbeit. Der innenpolitische Kampf um diese Fragen würde sehr schwer sein, auch wenn die außenpolitischen Hemmungen wegfallen. Der Kampf gegen die Wiedererhebung des deutschen Militarismus ist verloren, wenn er mit dem Mühlstein des Teils V der Versailler Verträge geführt werden muß. Es gibt keinen irgendwie verantwortlichen Menschen in der deutschen Linke, der das nicht seit jeher erkannt hätte. Ganz abgesehen von dem politisch entscheidend wichtigen Gesichtspunkt, daß eine Linke, die regieren will und soll, sich nicht auf den träumerischen Standpunkt stellen kann, daß jede Militärmacht überflüssig, schädlich sei. Es war ja doch die Linke, die in Weimar die Reichswehr schuf und die ganzen Jahre hindurch schwere — man darf wohl sagen, verhältnismäßig zu schwere — Opfer dafür gebracht hat.

Diese Erkenntnis mußte allerdings eingereicht werden in die außenpolitischen Machtverhältnisse und Möglichkeiten. Sie erforderten, daß diese Frage hinter andere, dringendere, wichtigere eingereiht wurde. Der Plan der deutsch-österreichischen Zollunion und sein Schicksal zeigt, daß man entscheidend wichtige Forderungen nicht zur falschen Zeit aufwerfen darf. Hätte die Linke nach außen in die Verschiebung der Frage eingewilligt, sie nach innen jedoch zum Gegenstand einer starken Agitationsbewegung gemacht, so hätte sie die Durchführung der drängendsten außen-

politischen Ziele gefährdet und dabei innenpolitisch doch nicht die Erwartung erfüllen können, die ihre eigene Agitation weckte. Die unvermeidlichen Folgen brauchen hier nicht ausgemalt zu werden.

Es bestanden auch noch andere Schwierigkeiten. Die deutsche Linke war, weil sie eigentlich bis 1918 nie direkten politischen Einfluß hatte, in ihrer Oppositionszeit „antimilitaristisch“ geworden. Unwissen, Einwirkungen und Folgen dieser Tatsache sind sehr vielgestaltig und hier nicht darzulegen. Die Schuld liegt keineswegs allein oder überwiegend bei der Linke. Die Militärmacht der Vorkriegszeit fühlte sich so ganz und ausschließlich nicht nur als Stütze, sondern als integrierender Teil des halbfeudalistisch-antidemokratischen Systems, daß die Trüme der deutschen Freiheitsbewegung nach den napoleonischen Kriegen, die allgemeine Wehrpflicht werde ein Erziehungsmittel zur Demokratie sein, sich als illusionär erwiesen. Der Krieg hatte diesen jahrzehntelangen Bruch zwischen Militärmacht und Demokratie etwas überbrückt. Der Verlust des Krieges hatte die „Halbgötter aus dem Generalstab“ — ein Wort Bismarcks — bescheidener gemacht. Die Revolution gab der Linke die politische Verantwortung. So entstand auf drei Wegen die Möglichkeit einer Annäherung zwischen Demokratie und Wehrmacht. Ein solches Zusammenwachsen von Kräften, die seit Jahrzehnten sich feindlich gegenüberstanden — das galt für alle drei Teile der Linke: Sozialdemokratie, Demokraten und Zentrum —, braucht Zeit, Geduld und von allen Seiten guten Willen.

Unter der Herrschaft des Systems Scheidter muß man offen aussprechen, daß diese staatspolitischen Hoffnungen gescheitert oder doch zeitweise gescheitert sind. Ein neues Kapitel in der deutschen Tragödie. Die Armee wendet schon sehr früh, etwa ab 1920, in wachsendem Maß ihr Gesicht nach rückwärts. Das Wort „Deutsche Republik“ kam fast nie aus dem Mund eines verantwortlichen Führers der Armee, einschließlich des Wehrministers. Die Tradition, die Vergangenheit wurde wichtiger als die Zukunft. Zum neuen Staat hatte, soweit man von außen sehen konnte, keiner der Armeeführer ein inneres Verhältnis. Zwar fand man nach einigen Mißgriffen und Schwankungen ein „korrektes“ Verhältnis. Provozierende Fehler wurden vermieden, aber das Herz war im Hochlande der Vergangenheit. Als in den stürmischen Herbstmonaten des Jahres 1923 der Reichspräsident über den damaligen Chef der Obersten Heeresleitung, General von Seeckt, fragte, ob die Armee der Regierung, bezw. dem Reichspräsidenten folgen werde, gab Seeckt die vorsagende Antwort: „Die Armee folgt mir.“ Als dieser General, der sich in mancher stürmischen Stunde wirklich „korrekt“ benommen hatte, aus dem Dienst schied, taucht er bald beim Stahlhelm, bei manchen verschänt republikgegnerrischen Kundgebungen auf und landet politisch auf dem rechten Flügel der Volkspartei. Als sein Nachfolger im Amt, General von Heye, im Dienst immer politisch „korrekt“, einige Jahre später den Zylinderhut nahm, stellt er sich schon nach wenigen Monaten provozierend in die Reihen des Stahlhelms. Groener, der Württemberger, der noch am ehesten Verständnis hatte für die neue Lage, hat wohl jahrelang selbst geglaubt, der wirkliche Führer der Armee zu sein. Als er im Frühjahr 1933 den „Wehr-

willen" der nationalsozialistischen Prätorianergarde nicht hoch genug einschätzte und mit Rücksicht auf Staat und Verfassung diese Privatarmeen verbot, wurde er von den „Halbgöttern“ einschließlich seiner intimsten Freunde gestürzt, aus allen Ämtern entfernt. Er hatte geglaubt, der Führer zu sein, aber er war es nicht. Das sind wenige Erinnerungen aus vierzehn Jahren bitterer Erfahrung.

Es soll nicht behauptet werden, daß von der anderen Seite keine Fehler gemacht wurden. Es ist manches Wort der Verständnislosigkeit gefallen. Die Kritik an wirklichen und vermeintlichen Fehlern war nicht selten politisch anklagend, oft auch unsachlich. In nichts aber drückt sich das innere Verhältnis, der innere Wunsch einer politischen Gruppe zur Armee realer aus als in der Bereitstellung von Mitteln für den Aufbau und die Erhöhung der Leistung der Armee. Damit wird auch festgelegt, wie der Wille der betreffenden Gruppe ist, unabhängig davon, ob jeder einzelne damit einig geht. Die deutsche Linke hat, in dem gegebenen Rahmen der Verträge, mit der Bereitstellung von Mitteln die Armee verwöhnt. Sie hat, im Verhältnis zur Finanzkraft, zu viel und nicht zu wenig gegeben. Der innenpolitische Erfolg, nämlich ein gesundes Verhältnis zwischen Demokratie und Wehrmacht zu schaffen, wurde nicht erzielt. Das Reichsbanner ist ein Wehrverband wie der Stahlhelm. Das Reichsbanner ist republikanisch, der Stahlhelm monarchistisch, im ganzen eine Armee der Restauration. Nie ist meines Wissens bei einer Kundgebung des Reichsbanners für die Republik ein höherer aktiver Offizier erschienen. Beim Stahlhelm erschienen die abgedankten Generäle stets scharenweise. Und seit dem August dieses Jahres stellten sich unter Führung des Generals und Reichswehrministers von Schleicher auch die aktiven Armeeführer beim Stahlhelm ein. Die „Tamung“ war nicht mehr nötig. Kann jemand glauben, daß von solchen Vorgängen das Verhältnis zwischen Demokratie und Wehrmacht unberührt bleibt? Gar nicht zu reden von der Tatsache, daß bei allen Verfassungsverletzungen der letzten Monate die Armee stets als das Exekutivorgan der Reaktion, des Verfassungsbruchs gebraucht wird. Man wird sagen: die Armee muß eben jeder Staatsführung gehorchen. Richtig, aber doch eine jener schönen Phrasen, die sich nur gegen die Weimarer Verfassung, gegen die Republik, gegen die Linke auswirken. Ebenso wie jener andere schöne Begriff, die Armee müsse unpolitisch sein. . . . Reaktionär ist unpolitisch, unparteiisch, demokratisch-republikanisch ist politisch, parteiisch. Oder dachten Sie etwas anderes? — Man muß aussprechen, was ist.

Es wäre töricht zu leugnen, daß sich eine verhängnisvolle Entwicklung zwischen Armee und der Linken durchgesetzt hat. Dabei wäre es verführerisch, in diesem Zusammenhang auch die von Polanyi erwähnte Frage der Kinderfibel-Panzerkreuzer zu erörtern. Es genügt zu sagen, daß auch dieses Kapitel zu der übermäßigen Freigebigkeit der Linken für die Armee gehört. Man wollte mit Freigebigkeit das Herz der Armee und der Armeeführer gewinnen. Diese hatten ihr Herz längst vergeben, nahmen aber die Geschenke gern. Die ganze Entwicklung ist für die Armee nicht weniger

Gemeinde Wien Städtische Versicherungs- Anstalt

DIREKTION:

WIEN, I, TUCHLAUBEN NR. 8

TELEPHON Nr. U-27-5-40 Serie

FILIALEN IN:

**Graz, Innsbruck, Klagenfurt, Linz
und Salzburg**

tragisch als für die Linke. Ja, man kann sagen: Armee und Staat werden früh oder spät die Rechnung bezahlen für dieses Auseinandergehen zweier Staatskräfte. Die Art, wie die außerdeutsche Welt auf diese Wiedergeburt des Vorkriegsmilitarismus reagiert, sagt ja genug. Auch die Geschichte der deutschen Innenpolitik hört mit dem 20. Juli 1932 nicht auf. Es bleibt vorerst zu hoffen, daß es auch in der Armee noch Führer gibt, die die Gefahr der Entfremdung zwischen Armee und Volk in ihrer tragischen Schwere erkennen und vorbeugen helfen. Deshalb muß man die Hand in die Wunde legen. Man muß aussprechen, was ist. Armee und Armeeführung werden nicht um die Entscheidung herumkommen, ob sie eine Volksarmee der

Republik oder eine Schutzgarde der Restauration und des Feudalismus sein wollen. Wehrmacht des Reiches oder Militarismus? Das ist die entscheidende Frage.

W. F.: Der Bundesvoranschlag.

Der Bundesvoranschlag für 1933 wird mit einem kleinen Ueberschuß von 228.000 S aufgestellt. Jahrelang zeigten die Voranschläge ein ausnehmendes Defizit, aber die Rechnungsabschlüsse schlossen mit großen Ueberschüssen der laufenden Gebarung, ja im Jahre 1929 konnten sogar alle Investitionen (147,2 Mill. S) zu Lasten der laufenden Gebarung bestritten werden und es blieb noch ein Ueberschuß von 28 Mill. S. Das Jahr 1930 brachte den Umschwung. Die laufende Gebarung schloß mit einem Fehlbetrag von 15 Mill. S, Investitionen von 248,4 Mill. waren zur Gänze auf Anleihen und Kassenbestände verwiesen. Damals glaubte man, wie so oft, durch forcierte Bestellungen der Krise entgegen zu können und zehrte den Erlös der Anleihe von 1930 und lud auch die Kassenbestände auf. Für das Jahr 1931 glaubte ein ewig zurechtlicher Finanzminister, obwohl die Zeiten schon krisenhaft genug waren, noch einen Voranschlag verantworten zu können, der die Einnahmen und Ausgaben um etwa 300 Mill. S hinaufgechrannt und mit fast 2500 Mill. ein Rekordbudget geschaffen hat. Aber schon während der Beratung des Voranschlags, die damals sehr spät erfolgte — es war die Zeit nach dem Putschkabinett Vaugin-Stauberberg, da die Herbstmonate mit Neuwahlen und Beratung der Verfassungsreform ausgefüllt waren — mußte das Budget seiner Aufgabe als Richtschnur der Gebarung entkleidet werden. Der Finanzminister mußte erklären, daß er den Voranschlag nur als Ermächtigung auffasse, im Rahmen der veranschlagten Kredite die Ausgaben zu bestreiten — soweit die Einnahmen ausreichten. Die aber gingen fortgesetzt zurück, die Arbeitslosigkeit nahm immer mehr zu. Als dann im Mai die Katastrophe der Credit-Anstalt eintrat, war das Budget über den Haufen geworfen. Die Ausgaben mußten gekürzt werden, neue Steuern — allerdings in geringem Umfang — wurden beschlossen und das Ergebnis war, daß die Einnahmen mit 2009,5 Mill. um 164 Mill. hinter dem Voranschlag zurückblieben. Die laufenden Ausgaben — da 100 Mill. S zu vermeintlichen Sanierung der Credit-Anstalt verwendet wurden — hielten sich trotz allerlei Ersparnismaßnahmen mit 2232 Mill. auf der Höhe des Voranschlags, die Investitionen wurden von 189 auf 98 Mill. gedrosselt, aber das Ergebnis war ein Fehlbetrag von 322 Mill. S. Dabei war das Defizit der Bundesbahnen ungelockt, wurden Investitionen der Bundesbahnen zum großen Teil auf den Kreditweg verwiesen und auch sonst häuften sich schwebende Schulden an.

Auch der Voranschlag für 1932 wurde zwar schon vorsichtiger (mit einem Abstrich von 137 Mill. gegen das Vorjahr in den laufenden Ausgaben) aufgestellt, für Investitionen war so gut wie nichts mehr vorgeschrieben, 44 Mill. sollten dafür bewilligt werden, wenn die Ueberschüsse der laufenden Gebarung es gestatteten. Der Voranschlag balancierte so um 2 Md. S in Einnahmen und Ausgaben, aber auch die Annahmen dieses Voranschlags erwiesen sich, je weiter das Jahr und die Krise fortschritt, als illusorisch, neue Ersparnisse mußten vorgeschlagen werden, Zollerhöhungen sollten Mehreinnahmen bringen, bis dann in Verbindung mit der Aktion des Völkerbundes und den Vereinbarungen von Lausanne ein umfangreiches Nachtragsetudget aufgestellt wurde. In der Hauptsache wurde neben kleinen Ersparnissen und größeren Einnahmerrichtigstellungen vorgesorgt für die rasch wachsenden Erfordernisse der Arbeitslosenunterstützung und für eine weitere Quote zur Deckung des Bundesbahndefizits durch die Verdopplung der Warenumsatzsteuer und die Aufassung der Reserve zur Rückzahlung kurzfristiger Verbindlichkeiten im Betrage von 100 Mill. S. Das Endergebnis der vielen Verschiebungen, die dieses Nachtragsetudget brachte, war eine Herabminderung der Haushaltssumme von rd. 2000 auf rd. 1964 Mill. S.

Der Voranschlag für das Jahr 1933 wird nun in abgeänderter Aufmachung als „Nettobudget“ aufgestellt. „Netto“, das heißt, mit dem Ueberschuß oder Fehlbetrag nach Abzug der Ausgaben oder Einnahmen, so wie es bis 1926 der Fall war, sind die Monopole und Betriebe und die Sozialversicherung eingestellt, diese mit dem Zuschuß des Bundes nach Abzug der Beiträge der Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Länder. Der Voranschlag annimmt wie folgt:

	Ausgaben	Ueberschuß	Fehlbetrag
	in tausend Schilling		
Hohheitsverwaltung	1065,685	502,751	208,151
Monopole	257,736	—	—
Betriebe	1,667	—	16,956
Eisenbahnen	16	—	96,231
Gesamtsumme	1324,399	—	322

Die dem Finanzgesetzentwurf beige druckte Bruttoaufstellung erlaubt den Vergleich mit den Vorjahren (siehe Tabelle unten).

Nach dem Bruttobudget waren Einnahmen und Ausgaben um etwa 10 Mill. S höher, als sie nach dem durch das Nachtragsetudget ergänzten Voranschlag für 1932 waren. In den meisten Voranschlagsposten sind die Unterschiede gegen 1932 gering. Kleine Ersparnisse wechseln mit kleinen Steigerungen ab. Das Rückgrat des Voranschlags der Einnahmen, die Steuern und Gebühren, zeigen folgende Veränderungen:

	Einnahmen			Ausgaben			+ Ueberschuß - Fehlbetrag		
	Rechnungs- abschluss	Voranschlag	Rechnungs- abschluss	Voranschlag	Rechnungs- abschluss	Voranschlag	Rechnungs- abschluss	Voranschlag	
	1931	1932	1933	1931	1932	1933	1931	1932	
	in Millionen Schilling								
Hohheitsverwaltung	1278,60	1256,87	1273,25	1710,83	1597,90	1418,45	- 432,23	- 159,04	- 147,23
Monopole	449,77	447,42	479,15	250,60	189,84	181,40	+ 219,17	+ 257,58	+ 257,73
Betriebe	279,99	256,67	261,74	341,06	277,03	337,81	- 61,02	- 20,75	- 16,07
Eisenbahnen	0,15	1,14	0,32	48,16	99,27	96,25	- 48,01	- 96,15	- 96,21
Summe	2008,52	1964,10	1974,43	2350,65	1964,04	1973,89	- 322,14	+ 0,06	+ 0,23